blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



VR CHINA

Entwicklungsmodell
Innenpolitische Konflikte
Außenpolitik

Nr. 55
AUGUST 76

Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Postfach 5328
Tel. 0761/74003

AUS DEM INHALT

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i.Br., Tel. 0761/7 40 03

Zusammengestellt von: S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, M. Glatthaar, K. Höweling, C. Jürgenmeyer, L. Klering, S. Lindemann, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, R. Salmela-Gohl, M. Schäfer, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Stein, B. Thill, H. Wenzler, J. Wilhelm, W. Witzel, M. Winter. E. Zeller

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 – 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899

Jahresabonnement (acht Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (Für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Schweiz: Fr. 28,80 bzw. 20,40
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/Fr. 2,50 / S. 17,–

Publik-Forum

1. **Publik-Forum** erschien als die angemessene „Antwort von unten" auf eine nicht zu akzeptierende Entscheidung kirchlicher Obrigkeit. Viele empfanden es 1972 als empörend, daß das unerwünschte „linke" **Publik** kurzerhand durch Streichung der bischöflichen Zuschüsse zum Schweigen gebracht wurde. Als sich jedoch dann der spontane Protest zur „Leserinitiative Publik e. V." formierte und es an die Herausgabe einer eigenen Zeitung ging, gab kaum ein Sachkundiger diesem Unternehmen eine Chance. Heute ist **Publik-Forum** mit 11 000 Abonnenten wirtschaftlich gesund und von keinerlei Zuschüssen abhängig.

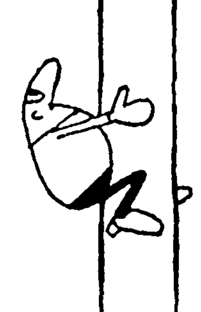
2. Als Zeitung „von Lesern für Leser" bietet **Publik-Forum** Möglichkeiten der direkten Mitgestaltung und Einflußnahme. Das im Namen angedeutete Selbstverständnis als „Forum" ist ernst gemeint. Die mannigfachen Überzeugungen, Hoffnungen, Enttäuschungen, die an der Basis des Kirchenvolkes beider Konfessionen vorhanden sind, können sich hier artikulieren und werden diskutiert.

3. Dieses Forum schafft eine Kommunikation, die gemeinsame Aktionen anregt und ermöglicht. Beispielhaft vollzog sich diese „Umsetzung von Information in Aktion" bei der Initiierung des „Camara-Fonds". Die Nachricht, daß norwegische Gruppen einen „Volksfriedenspreis" für Helder Camara ins Leben rufen wollten, führte zu zahlreichen Aktivitäten auch in der Bundesrepublik. **Publik-Forum** vereinte diese Aktivitäten und konnte nach drei Monaten Dom Helder Camara 320 000 DM überreichen.



Heiße Eisen?

Gedrückt haben wir uns davor nie.



Wo andere aufgehört haben, fangen wir an.

Publik-Forum: die erste unabhängige Zeitung, die nicht nur für Leser, sondern auch von Lesern gemacht wird.

Publik-Forum: die Plattform für den Dialog der geistigen Strömungen unserer Zeit in Kirchen und Gesellschaft.

Publik-Forum: das kritische Blatt für die Standortbestimmung in der Diskussion.

Publik-Forum: die Information über Hintergründe und Zusammenhänge, Trends und Weichenstellungen.

Publik-Forum: die offene Zeitung für eine offene Gesellschaft.

Fazit: Wer auch immer sich über politische, gesellschaftliche und kirchliche Fragen informieren will, kann an **Publik-Forum** nicht vorbeigehen. Daher bestellen Sie ein Probeheft – oder abonnieren Sie die Zeitung, wie es schon über 11 000 interessierte Leser vor Ihnen getan haben. **Publik-Forum** erscheint alle 14 Tage.

An die Leserinitiative Publik e. V.,
6000 Frankfurt 70, Postfach 700 771

Bitte übersenden Sie mir ein kostenloses Probe-Abonnement von Publik-Forum

Name, Vorname

Ort, Straße

Datum, Unterschrift

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE

Tropisches Afrika

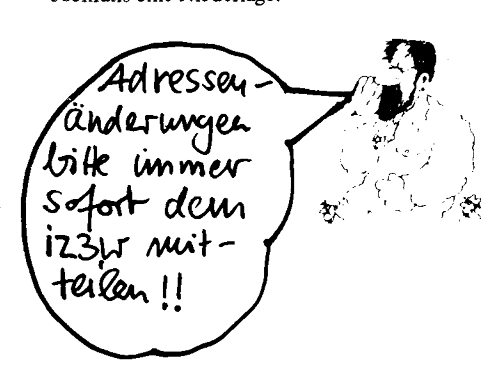
TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Luftfahrtbehörde vor dem Zusammenbruch
2. 7., jeune afrique

Die Luftfahrtbehörde ehemaliger französischer Afrika-Kolonien, *Asecna*, steht vor dem Bankrott. Die Mitgliedsstaaten schulden ihr ca. 15 Millionen DM, verschiedene Fluggesellschaften zusammen fast 30 Millionen DM. 1959 in St. Louis (Senegal) gegründet und 1969 von Paris nach Dakar (Senegal) verlegt, beschäftigt die *Asecna* bei einem Jahresumsatz von ca. 200 Millionen DM über 6.000 Personen.
Sie nimmt in weiten Teilen Afrikas die Aufgaben der Flugsicherung und der Nachrichtenübermittlung zum Zweck der Luftfahrt wahr. Bis 1974 war die Gesellschaft völlig unter französischer Kontrolle, da Frankreich 90 % des Haushalts bestritt. Alle wichtigen Positionen waren von Franzosen besetzt; selbst die schlechter bezahlten unter ihnen verdienten mindestens 5000 DM im Monat.
1974 setzten darum die beteiligten afrikanischen Länder die Afrikanisierung der *Asecna* durch. Die Franzosen zogen sofort ihren jährlichen Zuschuß von 30 Millionen DM zurück und zeigten sich lediglich bereit, sieben Millionen zu zahlen – zweckgebunden für die Gehälter der französischen Angestellten.
Die beteiligten afrikanischen Staaten versuchten die französische Überrepräsentanz durch die gleichmäßige Repräsentanz aller Mitgliedsstaaten zu ersetzen, was zu einer für die *Asecna* katastrophalen Stellenvermehrung führte. Während der Personaletat sich aufblähte, mogelten sich viele Länder um ihre Zahlungspflicht herum.
Frankreich holte gleichzeitig zum entscheidenden Schlag aus: in Dakar, im Gebäude der *Asecna*, wurde eine neue Flugsicherungsbehörde, *Sofreavia*, aufgebaut, die z. T. aus Angestellten der *Asecna* besteht und im übrigen die von der *Asecna* im Zuge der Afrikanisierung abgezogenen Fachkräfte französischer Nationalität aufnimmt. *Sofreavia* hat, den baldigen Zusammenbruch der *Asecna* im Auge, schon Gabun und Zaire ihre Dienste angeboten.
Wenn die *Asecna* – Mitglieder nicht rasch zu einer besseren Zahlungsmoral und vernünftigem Management ihrer Organisation kommen, wird es wieder sein wie in kolonialen Zeiten: Afrikanischer Luftraum wird von Franzosen kontrolliert – ohne afrikanische Beteiligung.

ÄTHIOPIEN

Mit der Mobilisierung von über 100 000 Bauern versuchte die äthiopische Regierung, einen militärischen Durchbruch in Eritrea zu erreichen.
Die schlecht ausgerüsteten und ungeschulten Bauern scheiterten jedoch an dem entschlossenen Widerstand der eritreischen Befreiungsbewegungen. Während ihr Vormarsch auf die eritreische Hauptstadt Asmara zusammenbrach und in wilder Flucht endete, verkündete die äthiopische Regierung die Einstellung der Offensive wegen schwebender Friedensverhandlungen mit den Eritreern.
Offensichtlich hatte eine Gruppe von Militärs, die in Eritrea kämpfte, die Aussichtslosigkeit des Kampfes gegen die Eritreer eingesehen und die Konsequenzen gezogen. Die Regierung bot den Eritreern praktisch die Wiederherstellung der vom Kaiserreich zerschlagenen Autonomie Eritreas an.
Die Verhandungen führten jedoch zu keinen Ergebnissen und im Militärrat setzte sich wieder die harte Linie durch, die gegenüber den Autonomiebestrebungen verschiedener Provinzen und den demokratischen Forderungen der sich immer stärker formierenden Opposition keine Zugeständnisse machen will.
Wegen eines angeblichen Putschversuches wurden führende Mitglieder des Militärrats hingerichtet, darunter General Getachew Nadew, bis vor kurzem Befehlshaber im Eritrea-Krieg, und Major Sissay Habte, Vorsitzender der politischen Kommission des Militärrats.
Auf eritreischer Seite erlitt die verhandlungsbereite Gruppe der Befreiungsbewegungen ebenfalls eine Niederlage.



Die PLF-Inlandsleitung fand Verhandlungen nicht akzeptabel. Sie bezeichnete die „fortschrittlichen" Eritreer als Verräter und lehnt auch eine angebotene Amnestie ab. Diese Haltung ist angesichts der Kampfbereitschaft der eritreischen Bevölkerung gegen den äthiopischen Völkermord und aufgrund des äußerst autoritären Charakters des äthiopischen „Sozialismus" verständlich. In der erneuten Säuberung des Militärrats von allen konzessionsbereiten Elementen zeigt sich die Richtigkeit der Einschätzung der äthiopischen Haltung durch die Inlandsleitung der PLF.

29. 5., 21. 6., Le Monde; 15. 7., NZZ
(vgl. Hefte 50–52)

AFAR UND ISSAS

Das Ende Ali Arefs

19. 5.–30. 6., Le Monde
(vgl. Heft 51)
Aufgrund des Widerstands der Unabhängigkeitspartei LPAI ließ die französische Regierung ihre Pläne fallen, das Territorium der Afar und Issas unter dem völlig von Frankreich abhängigen Präsidenten Ali Aref in eine formale Unabhängigkeit zu entlassen.
Mitte Mai übernahm der französische Hochkommissar die Polizeigewalt über das Territorium. Anfang Juni wurde von Arefs vor einem halben Jahr gegründete Partei UNI, von der parlamentarischen Opposition und von der LPAI ein Abkommen unterzeichnet, das den Übergang zur Unabhängigkeit regelt. Das Abkommen sieht die Verwirklichung einer „echten Unabhängigkeit" vor, aber auch „Kooperationsabkommen" zwischen Frankreich und dem neuen Staat (gewöhnlich ein gutes Mittel, Abhängigkeiten zu zementieren). Wichtigste Regelung ist die Änderung des Wahlsystems, das die traditionelle Wahlfälschung zum Nachteil der somalischen Bevölkerungsgruppe ausschalten soll. Die drei unterzeichnenden Gruppen sollen eine Einheitsregierung bilden, was allerdings unwahrscheinlich ist.
Ali Aref verlor nach dem Abkommen seine Parlamentsmehrheit und stellte seinen Rücktritt in Aussicht. Er vertritt nunmehr die Forderung nach sofortiger Unabhängigkeit, um sein Wahlsystem zu retten. Wie sich die Lage weiterentwickelt, ist offen, doch stehen die Chancen gut, daß die LPAI nach der Besichtigung der französischen Herrschaft auch die KZ – ähnliche politische Struktur des Landes aufbrechen kann. Dies wird jedoch nur im Alleingang gegen die gegenwärtig im Parlament vertretenen Gruppen möglich sein.

MALAWI

Weltkirchenrat mahnt Malawi

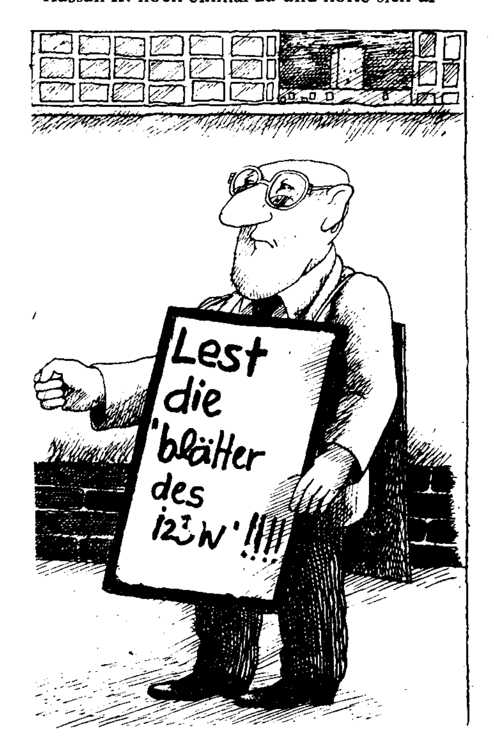
14. 6., FR
Der Weltkirchenrat hat die Beendigung der Verfolgung und die Freilassung der inhaftierten Zeugen Jehovas in Malawi gefordert. In einem Schreiben an den malawischen Staatspräsidenten Kamuzu Banda dringt Weltkirchenrats-Generalsekretär Philip Potter auf die Einhaltung der Menschenrechte, zu denen das Recht auf abweichende Meinung gehöre. Seit Jahren werden in Malawi Anhänger der Zeugen Jehovas inhaftiert, deportiert und gefoltert, weil sie sich weigern, Mitgliedskarten der einzig zugelassenen Kongreßpartei zu kaufen. Dies steht im Zusammenhang mit der umfassenden

Unterdrückung der Bevölkerung durch den Präsidenten auf Lebenszeit Kamuzu Banda. Banda, der den Kampf gegen eine weiße Herrschaft nach rhodesischem Muster gewonnen hatte, unterdrückte nach der Unabhängigkeit brutal alle antiimperialistischen Kräfte und entfaltete einen umfassenden Personenkult, um seine Herrschaft zu sichern; sein Ziel, das Land nach kapitalistischem Muster zu entwickeln und dabei die Klassenstrukturen zu zementieren, verfolgt er in enger Kooperation mit der Republik Südafrika. Die grenzenlose Willkür seines Unterdrückungsapparates hält die verängstigte Bevölkerung in Schach und schafft das nötige Investitionsklima.

SAHARA

Polisario setzt Guerilla fort.

(vgl. die Berichterstattung bis Heft 53)
Wie erst jetzt bekannt wurde, fiel am 19. April Gelta-Zemmur, die letzte Basis der Arabischen Demokratischen Republik Sahara innerhalb der nationalen Grenzen. Die Operationsbasis der Polisario liegt jetzt nur noch im algerisch-mauretanischen Grenzgebiet (africa/Juni 1976). Der Versuch, am 8. Juni die mauretanische Hauptstadt Nouakchott zu besetzen, endete mit einem Fiasko: die Expeditionstruppe der Polisario wurde aufgerieben, der Generalsekretär der Plisario, El Quali Mustafa es Sayed, getötet. Sein vorläufiger Nachfolger ist Mahfud Larussi Ali (9. 6., FR; 10., 22. 6., Le Monde). Aufgrund ihrer guten Ortskenntnisse und wegen der Unterstützung der Bevölkerung gelingt es der Polisario immer wieder, mauretanische und marokkanische Stellungen anzugreifen und sogar die marokkanische Phosphatproduktion empfindlich zu stören (Juli 1976, africa).
Kurz vor der endgültigen Festlegung der Grenze zwischen Marokko und Mauretanien schlug Hassan II. noch einmal zu und holte sich ursprünglich Mauretanien zugedachtes Gebiet, in dem Eisenerzvorkommen vermutet werden. Die endgültige Grenze verläuft, wenn es nach den Invasoren geht, von der Küste nördlich von Dakhla (Vila Cisneros) zu den Eisenerzlagern von Zuerate. Diese Grenzziehung wurde von beiden Staaten mittlerweile ratifiziert.



SEYCHELLEN

Unabhängigkeit

30. 6., Le Monde/12. 7., afrique-asie
(vgl. Heft 45 und 49)
Die etwa 48000 Einwohner zählende Inselgruppe der Seychellen im Indischen Ozean erhielt am 28. Juni die Unabhängigkeit von Großbritannien. Bei der schon im Heft 49 gemeldeten „Unabhängigkeit" der Seychellen handelte es sich um eine „Ente" der Süddeutschen Zeitung.
Regierungschef James Manchanm, Mann der Kolonialverwaltung, der Geschäftswelt, des Großgrundbesitzes und des Klerus, ging auf Anraten Großbritanniens mit der Oppositionspartei Albert Renés eine Koalition ein. Die Opposition war von der Organisation für afrikanische Einheit als Befreiungsbewegung anerkannt worden, weil sie, im Gegensatz zur Mehrheitspartei, frühzeitig die völlige Unabhängigkeit der Seychellen forderte.

Die Oppositionspartei rechtfertigt diese Koalition mit dem politischen Desinteresse der Bevölkerung, was einen Kampf gegen Unwissenheit und Unterdrückung nur durch Regierungsbeteiligung möglich mache.
Die Seychellen, in den Katalogen der Fernreiseveranstalter ein „Paradies auf Erden", sind für die Seycheller selbst weniger paradiesisch. Große Teile der Bevölkerung, vor allem die Kinder, haben nicht das Existenzminimum und sind unterernährt. 30 % sind arbeitslos, das Bildungswesen ist wegen seines kolonialen Charakters völlig ineffektiv, die Verwaltung ist aufgebläht und viel zu teuer. Die einzige Industrie, der Tourismus, bringt den Seychellen kaum Einnahmen, treibt aber die Preise in für die Einheimischen unerschwingliche Höhen.
Die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien ist noch im Polizeibereich tätig und überwacht das Verhalten des neuen Staates, der wegen seiner strategisch wichtigen Lage nicht sich selbst überlassen werden soll.

UGANDA

Am Rande des Zusammenbruchs

(vgl. Heft 45, 48 und 51)
Nach vier Jahren des „Wirtschaftskrieges", der mit der brutalen und massiven Ausweisung der indo-pakistanischen Händler begonnen hatte, befindet sich der ugandische Staat am Rande des Bankrotts. Der ugandische Schilling verliert rasant an Wert, während die Versorgung Kampalas mit Mehl, Brot und Butter stockt. Aus Mangel an Devisen, und damit Ersatzteilen, liegt die Hälfte aller Kraftfahrzeuge still. Die Desorganisation des Marktes zwingt die Plantagenbauern, wieder zur Selbstversorgung überzugehen. Allein die Baumwollproduktion ist in diesem Jahr um die Hälfte gesunken.
Unkontrollierte Übergriffe der ugandischen Armee gegenüber Kenia und heftige verbale Attacken bishin zu territorialen Forderungen gegenüber dem Nachbarland, führten zu einer zeitweiligen Unterbrechung der Treibstoffzufuhr über den kenianischen Hafen Mombasa. Mittlerweile wird Treibstoff wieder geliefert, aber nur gegen harte Währungen, die Uganda, vor allem aufgrund der irrsinnigen Aufrüstung der Armee, nicht hat. (14. 6., Le Monde).
Über die Ereignisse von Mitte Juni gibt es nur zensierte Nachrichten und Berichte von Reisenden bzw. Flüchtlingen. Nach der glaubhafteren Version gab es einen Attentatsversuch, bei dem gegen Präsident Amin Handgranaten geworfen wurden. Als die Bevölkerung anfing, das Attentat begeistert zu feiern, begannen schärfste Verfolgungen, denen möglicherweise an die 2000 Menschen zum Opfer gefallen sind (15. 6., NZZ, FR, Le Monde).
Nach Berichten, die auf geheimen Wegen nach Tansania gelangt sind, soll das Attentat nur vorgetäuscht sein. Der Massenmord soll vielmehr völlig grundlos gewesen sein; bei einer Abschlußfeier der Polizeiakademie hätten Amin und seine Leibwache auf die Menge geschossen und zahlreiche Menschen getötet (18. 6., NZZ). Die Armee erklärte, daß sie dem Land eine Lehre erteilen werde, die es niemals vergessen werde, wenn es noch mehr Versuche geben werde, Präsident Amin zu ermorden. Die Soldaten würden zeigen, zu was eine Militärregierung fähig sei, wenn die Zivilisten nicht damit aufhören würden, sich gegen sie zu verschwören (13. 6., NZZ). Am 25. 6. ließ sich Amin zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen (28. 6., Le Monde).

Flugzeugentführung

1.–16. 7., FR, NZZ, Le Monde, SZ
Am 27. 6. entführte ein palästinensisches PFLP-Kommando einen Airbus 300-B 4 der Air France auf dem Flug von Tel Aviv nach Paris. Nach einer Zwischenlandung in Bengasi landete das Flugzeug mit 258 Insassen auf dem ugandischen Flughafen Entebbe. Die ugandischen Behörden, zeitweilig von Präsident Amin persönlich geleitet, übernahmen Versorgung und Überwachung der Geiseln. Die Entführer forderten die Freilassung einer Reihe von Palästinensern und deren Verbündeten, die in Israel, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Kenia gefangen gehalten werden; in Kenia hatte, wie erst jetzt bekannt wurde, ein palästinensisches Kommando versucht, eine Linienmaschine der El Al mit Raketen abzuschießen.
Nach einer Woche, in der einerseits Verhandlungen bereits zur Befreiung der nichtjüdischen Geiseln geführt hatten, andererseits ein israelisches Eingreifen logistisch vorbereitet wurde, befreite ein israelischer Kommandotrupp die Geiseln; dabei wurden alle gerade anwesenden Entführer, zwanzig ugandische Soldaten sowie einige Israelis (Soldaten und Geiseln) getötet.
Die israelische Aktion fand in Westeuropa und den USA begeisterte Zustimmung, während

afrikanische und arabische Länder die Verletzung der ugandischen Souveränität scharf angriffen.
Nach der Aktion prallten im Sicherheitsrat die Positionen der Industrieländer und der Entwicklungsländer hart aufeinander: Die Industrieländer rechtfertigten die israelische Aktion, die natürlich nur ein Industrieland in einem Entwicklungsland durchführen kann, und wollten allein den individuellen Terrorismus verdammt wissen: Jenen Terrorismus, der dem bestehenden System schaden will, auch wenn er es anscheinend eher stabilisiert.
Bemerkenswert an der Haltung der westlichen Industrieländer ist, daß sie die israelische Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, die vorsieht, internationale Konflikte vor dem Weltsicherheitsrat zu verhandeln, wortlos hinnehmen.
Es blieb Außenseitern wie dem Gaulisten Offroy vorbehalten, den europäischen Terrorismus kolonialer Denkungsart zu erwähnen, wie die Entführung einer marokkanischen Maschine durch die französische Luftwaffe im Jahre 1956, um Führer des algerischen Widerstandes festzusetzen.
Den afrikanischen Regierungen war das Thema Terrorismus offensichtlich zu heiß, um überhaupt erwähnt zu werden; einerseits können sie für antiimperialistisch gemeinte Aktionen kaum Sympathie aufbringen, da sie sich mehrheitlich mit den ehemaligen Kolonialstaaten gegen die eigenen Völker verbündet haben. Andererseits bringt sie ihr eigenes Herrschaftsinteresse verbunden mit der Erkenntnis, gegen imperialistische Überfälle von außen gleichermaßen hilflos zu sein wie die Ugander, gegen die israelische Aktion in Rage.
In der Redaktion der „blätter" ist die Diskussion über die Ereignisse in Entebbe noch nicht abgeschlossen. Eine große Mehrheit lehnt Flugzeugentführungen, die sich gegen wehrlose Zivilisten richten, aus moralischen und politischen Gründen scharf ab. Zur Frage der revolutionären Gewalt erscheint in einer der nächsten Hefte ein Artikel.
Dennoch wird die israelische Aktion von uns als imperialistischer Akt verurteilt. Angesichts der Handlungsalternativen, die die Israelis hatten, aber in Fortführung ihrer bisherigen unnachgiebigen Politik gegenüber Geiselnehmern nicht wahrnahmen, kann von einer Notwehrsituation, die es erlaubte, die Souveränität eines anderen Staates zu verletzen, nicht gesprochen werden. Trotz der Kontakte zwischen den Entführern und Idi Amin zeigte dieser sich nämlich sehr verhandlungsbereit und leistete gute Vermittlungsdienste.

ZAIRE

Ent-zairisierung

(vgl. Heft 51)
Juni 1976, africa
Ende 1973, als die Preise für Zaires Hauptexportprodukt Kupfer hoch waren, begann die Regierung Mobutu eine Welle von „Zairisierungsmaßnahmen", die vor allem auf die Übernahme von Handelsfirmen und Plantagen, die in ausländischen Besitz waren (Belgier, Griechen und Portugiesen), zielten. Tausende von Zairern übernahmen die Unternehmen, während die Besitzer das Land verließen. Ein Jahr später brachte eine „Radikalisierungskampagne" Verstaatlichungen von Industrieunternehmen.
Durch den Preisverfall des Kupfers und den Zusammenbruch der Benguela-Bahn sanken die Deviseneinnahmen Zaires jedoch beträchtlich. Die Staatskasse wurde ferner dadurch beeinträchtigt, daß während des Booms Unmengen an Fertigwaren auf Abzahlung gekauft worden waren, während die bitter notwendigen Infrastrukturmaßnahmen unterblieben.
Die neuen Besitzer übernommener Firmen bemühten sich in einigen wenigen Fällen, ihr Geschäft zu lernen, oder die alten Besitzer als Manager zu halten. Die große Mehrheit aber schaffte durch Verkauf der Produktionsanlagen erst einmal Bargeld heran und gab es dann für importierte Statussymbole aus. Die Staatsbürokratie, ineffizient und aufgebläht, ließ alles weiter verrotten. Das Ergebnis: Ausländer sind wieder eingeladen, sich im Lande nützlich zu machen – und daran fürstlich zu verdienen.
Für das Volk kommt dabei wenig heraus, es ist ärmer als je zuvor. Straßen verfallen, Schulen werden geschlossen, doch die undisziplinierte Armee und eine Geheimpolizei sorgen dafür, daß der Unmut nicht zu laut wird.
In der Kwilu-Provinz am Tanganyika-See wächst der bewaffnete Widerstand.

Lateinamerika

ARGENTINIEN

Die Militärjunta unter General Videla, die am 24. März dieses Jahres die Macht in Argentinien übernahm, trat unter der Devise der „nationalen Reorganisation" an. Sie nannte als Ziel, das „politische, ökonomische und institutionelle Chaos" zu beseitigen und die Gesellschaft „neu zu ordnen". Immer offensichtlicher wird jedoch, daß der Putsch der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems in Argentinien dient, die Auslieferung des Landes an das ausländische Finanzkapital und verschärfte Ausbeutung und Entrechtung für das argentinische Volk bedeutet. Die argentinischen Militärs, die aus dem Vorgehen der chilenischen Militärjunta gelernt haben und eine internationale Isolierung vermeiden wollen, versuchen mit allen Mitteln, ihren Putsch und ihre Herrschaft als unblutig hinzustellen und betonen bei jeder Gelegenheit ihren Willen, zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren (womit sie im übrigen selber zugeben, daß es solche gegenwärtig in Argentinien nicht gibt).
Die Wahrheit ist eine blutige Terrorherrschaft. Indes zeigt sich, daß die Militärjunta nicht in der Lage ist, der Wirtschaftskrise Herr zu werden und die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes zu unterbinden. Der Druck auf die Militärjunta nimmt von verschiedenen Seiten zu.

Die Militärjunta ist politischer Interessenvertreter des Bündnisses zwischen argentinischer Oligarchie und ausländischem Monopolkapital.

Eckpfeiler der Wirtschaftspolitik der Junta sind die Förderung der Landwirtschaft und des Exports der Erzeugnisse aus diesem Bereich, der traditionell bis zu 90 % der Devisenerlöse erbringt. Auf dem industriellen Sektor sollen nur „effiziente, auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähige Industrien" gefördert werden. Argentinien soll verstärkt „in den Weltmarkt integriert" und es sollen Auslandsinvestitionen angelockt werden (El Cronista, 5. 5.). „Gefördert" wird die „Landwirtschaft" u. a. durch die Privatisierung der Getreide- und Fleischvermarktung, die bisher vom Staat besorgt wurde.
Um das nötige Geld zu „schöpfen" und ausländisches Kapital zur Überwindung der wirtschaftlichen Dauerkrise zu erhalten, müssen die Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung in der Produktion und die Ausplünderung im Reproduktionsbereich verschärft werden.
Sie sind die Grundlage des neuen Wirtschaftsprogramms.

Eine „äußerst straffe Lohnpolitik" drückte „innerhalb kürzester Zeit das durchschnittliche Realeinkommen teilweise auf die Hälfte" herunter. Das argentinische Schatzamt hat „für das zweite Semester bereits eine ganze Reihe von Notstandssteuern in Aussicht gestellt". Durch das „Entbehrlichkeitsgesetz" wurden über 60.000 Angestellte des öffentlichen Dienstes entlassen. Weitere 280.000 sollen folgen. (NZZ 14. 7.) Die Preisobergrenzen und Preiskontrollen, ausgenommen Arzneimittel, wurden aufgehoben. Übriggeblieben ist eine Anmeldepflicht von Preisänderungen für die 500 wichtigsten Unternehmen. Die Tarife der öffentlichen Dienstleistungen (u. a. Brenn- und Treibstoffe, Strom, Gas) wurden erhöht (BfA/NfA 5.5.). Ein zentraler Angriff auf die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung ist vor allem auch die geplante Neuregelung des Mietensystems für Privatwohnungen. Danach soll die seit 30 Jahren bestehende Zwangsbewirtschaftung der Mieten etappenweise abgeschafft werden. Ab 1. 12. 79 ist absolute Mietzinsfreiheit vorgesehen (SZ 2. 7.).
An dem Wirtschaftsprogramm und den bisher vorgenommenen Maßnahmen wird klar, daß die Militärjunta der politische Interessenvertreter der großen Viehzüchter und Großgrundbesitzer, der einheimischen Großindustriellen sowie des ausländischen Monopolkapitals ist, das die wichtigsten und größten Industriezweige beherrscht (insbesondere die Automobilindustrie zu 100 %). Die Person des Wirtschaftsministers spiegelt diese Linie in hervorragender Weise wider: Martinez de Hoz ist Sohn einer alten Großgrundbesitzerfamilie und Mitglied mehrer Direktorien ausländischer Monopole.
Die Folgen, die sich die Militärjunta als positiv vermerkt, sind das Fallen der zuletzt im März – dem Putschmonat – 38 % betragenden Inflationsrate auf 2,8 % im Juni (NZZ 14.7.). Der Schwarzmarkt, der unter der Regierung Isabel Peron ein gewaltiges Ausmaß angenommen hatte, ist „nahezu verschwunden" (NZZ 18. 6.).

Die Junta akzeptiert die Bedingungen der Imperialisten bei der Vergabe von Krediten
Um das gewaltige Zahlungsbilanzdefizit zu senken, die Rückzahlungsbedingungen gegenüber anderen Ländern zu verbessern und Kapital für die Verwirklichung des Wirtschaftspro-

gramms zu erhalten, entwickelte die Junta eine rege Reisetätigkeit. Im Juni fuhr eine argentinische Wirtschaftsdelegation in die USA und nach Kanada. Über das Ergebnis war der Wirtschaftsminister de Hoz „zufrieden". Ein Abkommen über Kreditgewährung wird „vermutlich" Anfang August vorliegen. Daneben sind Kontakte „mit der Weltbank, der Eximbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, einigen Erdölgesellschaften sowie der wichtigsten amerikanischen Privatbank" vorgesehen. (NZZ 29. 6.) Mitte Juli traf de Hoz in Frankfurt mit Bundesbank-Präsident Klasen sowie Vertretern führender westdeutscher Großbanken zusammen, um Umschuldungsverhandlungen zu führen und neue Kredite zu erhalten (SZ 16. 7.).

Bei diesen Verhandlungen ging es nicht ohne Druck seitens der Gesprächspartner von de Hoz ab. So mußte er in Frankfurt versichern, daß die Niederlassung des Siemens-Konzerns in Argentinien, der die argentinische Wirtschaft in gewaltigem Ausmaß geschädigt hat (vgl. IZ Nr. 50), nicht verstaatlicht werde, wie es noch unter der Regierung Isabel Peron geplant war, sondern „weiter als privates Unternehmen tätig sein" dürfe (SZ 16. 7.). Dem mit Siemens paktierenden ITT-Konzern (vgl. ebenfalls IZ Nr. 50) wurde ebenso die Stornierung des gegen seine argentinische Unternehmenstochter laufenden Verfahren zugesagt wie Esso und Shell (SZ 5. 5.). Das Auslandsinvestitionsgesetz, das unter der 3. Regierung Peron erlassen wurde und die Anlagemöglichkeiten und Verwertungsbedingungen ausländischen Kapitals ein wenig einschränkte, soll wieder zugunsten des Auslandskapitals geändert werden (BfA/NfA 5. 5.).
Neue Anlage- und Einflußmöglichkeiten werden dem ausländischen Kapital erschlossen. „Zu einem nicht näher bezeichneten Zeitpunkt" sollen ausländischen Ölkonzernen „Beteiligungen an der staatlichen Erdölmonopolgesellschaft YPF angeboten werden" (NZZ 30. 5.).
Bis auf einige wenige Bereiche wird damit die nationale Wirtschaft dem ausländischen Finanzkapital wieder total ausgeliefert, wie es bereits unter den Militärdiktaturen der 60er Jahre, insbesondere unter General Ongania, der Fall war.

Die Widersprüche in der Wirtschaftspolitik
Die Regierungsübernahme durch die Militärjunta bewirkte bei der argentinischen Agraroligarchie und Großbourgeoisie zunächst „eine regelrechte Euphorie und außergewöhnlichen Optimismus". Die in Argentinien ansässigen Unternehmen waren „erleichtert" (BfA/NfA 5. 5.). Die amerikanische Finanzwelt reagierte bei den ersten Kontakten mit Vertretern der Junta „äußerst positiv" (NZZ 18. 6.), jedoch „bei stark abwartender Haltung und leichter Skepsis" (BfA/NfA 5. 5.).
Abwarten und Skepsis haben ihren Grund. Die Wirtschaftspolitik selbst muß auf der Grundlage eines vom imperialistischen Welthandelssystem abhängigen kapitalistischen Landes gemacht werden. Die Widersprüche, die sich aus dieser Abhängigkeit ergeben, können nur durch Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und alle vom Imperialismus unterdrückten Klassen und Schichten gelöst werden, eine Macht, die auf die eigene Kraft vertraut und sich nicht den Bedingungen imperialistischer „Hilfeleistung" unterwirft.
Diese Widersprüche treten wieder klar zum Vorschein. Darüber kann auch das Sinken der Inflationsrate nicht hinwegtäuschen. „Heute steckt Argentinien in einer offenen Rezession, deren Ausmaße für einige Industriezweige bereits kritische Formen angenommen hat. Der Rückgang der Nachfrage liegt je nach Branche zwischen 40 und 80 %" (NZZ 14. 7.). Bei Sinken des Reallohns auf die Hälfte (siehe oben) ist es nicht verwunderlich, daß die Textilwirtschaft Verkaufsrückgänge von 45 %, die Bekleidungsindustrie von über 50 % und die Haushaltsgerätebranche von bis zu 90 % zu verzeichnen haben. In der Autobranche als Schlüsselindustrie gab es im Mai einen Verkaufsrückgang von 66 % im Vergleich zum Vorjahr (NZZ 14. 7.). Der Export bietet auch keine Rettungsmöglichkeit: „Die Möglichkeiten, auf vermehrten Export auszuweichen, sind jedenfalls kurzfristig sehr beschränkt. Die im letzten Jahr verlorengegangenen Märkte sind nicht leicht wiederzugewinnen, und vor allem ist der Wechselkurs für die meisten Branchen zu wenig günstig, um auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig zu sein." (NZZ 14. 7.).
Zur Folge hat dies, daß „der Druck auf die Regierung in den letzten Wochen sichtich zugenommen hat. Die Vertreter der verschiedenen Branchenverbände beginnen, das Industriesekretariat zu belagern und fordern immer lautstarker staatliche Unterstützung" (NZZ 14. 7.).

Die Arbeiterklasse formiert ihren Widerstand
Brechen bereits die Widersprüche innerhalb der herrschenden Kräfte in Argentinien auf, so liegt der entscheidende Grund für das „Abwarten" und die „Skepsis" des ausländischen Finanzkapitals darin, daß die argentinische Arbeiterklasse durch die verschärfte Unterdrückung nach dem Militärputsch in ihrem Kampfwillen nicht wesentlich beeinträchtigt worden ist.
Neben dem allgemeinen Interesse der imperialistischen Mächte an Argentinien bei ihrer Jagd nach Warenabsatzmärkten, Kapitalanlagesphären und Rohstoffquellen steht das Interesse des einzelnen Unternehmers und Kreditgebers, der günstige Bedingungen für die Verwertung und Realisierung seines investierten Kapitals verlangt. Vor allen Dingen muß politische Ruhe herrschen und der Ausbeutungsgrad der Werktätigen einen hohen Stand erreicht haben. Das ausländische Finanzkapital prüft die Militärjunta und ihre Politik, inwieweit sie die Fähigkeit besitzt, diese Bedingungen zu schaffen.
Die argentinische Arbeiterklasse verfügt über eine lange Kampftradition, einen hohen Grad an Bewußtheit über die Notwendigkeit geschlossenen Handelns und langjährige Erfahrungen im Kampf unter Bedingungen der Illegalität, sowohl auf der Ebene der politischen Organisationen wie auf der Ebene des gewerkschaftlichen und innerbetrieblichen Zusammenschlusses. Der Schlag der Militärs hat nicht wie in Chile zum Zusammenbruch der Arbeiterbewegung geführt, sondern lediglich eine Anpassung der Formen des im wesentlichen ungebrochenen Widerstands an die veränderte Situation bewirkt.
Der Widerstand der Arbeiter ist zur Zeit gekennzeichnet durch Sabotageakte, Bummelstreiks, Malen von Parolen an Fabrik- und Hauswände. In einigen Betrieben kam es zu offenen Streiks trotz des allgemeinen Streikverbots. Z. B. gab es Bummelstreiks bei „Propulsora Siderurgica" in Tandem über eine ganze Woche Ende April/Anfang Mai, bei „Rigolleau", bei „General Motors" in San Martin, bei „Kaiser" in Cordoba. Bei „Kaiser" sank die Tagesproduktion während des Bummelstreiks von 210 auf 165 Autos. Als ein Arbeiter entführt und die Familienangehörigen eines anderen festgenommen wurden, sank die Produktion sogar auf 10 %. Durch das Hineinwerfen von Metallteilen z. B. in den Motorblock werden ganze Serien der Automobilproduktion unverkäuflich gemacht. Bei IKA-Renault in Cordoba, einem der wichtigsten Industriezentren Argentiniens mit der kampfstärksten Arbeiterschaft des Landes, gab es einen Streik, an dem bis zu 4.000 Arbeiter teilnahmen.
Die Forderungen, für die gekämpft wird, gehen vor allem auf Lohnerhöhungen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Wiedereinstellung entlassener Kollegen und Freilassung festgenommener oder entführter Kollegen oder deren Familienangehörigen. (Nach „El Combatiente" v. 12. 5.).
Um den Widerstand zu organisieren, haben sich die Arbeiter an die Festigung der bestehenden betrieblichen Kampfkomitees (coordinadoras de lucha, comisiones internas etc.) sowie die Schaffung neuer gemacht.
Die Guerilla-Organisationen lassen in ihrer Aktivität nicht nach und verunsichern die herrschenden Kräfte bis in ihre Schlafzimmer. Im Juni wurde der Chef der Bundespolizei, General Cardoso, von einer unter seinem Bett installierten Bombe zerrissen (SZ 21. 6.).

Die Antwort der Junta: verschärfte Unterdrückung
Die Militärs reagieren auf die sich formierenden Kämpfe der Arbeiterklasse und die nicht nachlassende Aktivität der Guerilla-Organisationen mit verstärkter Abschaffung der von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte, vermehrten Hausdurchsuchungen und Straßenkontrollen, mit Folter und Mord.

Die Mitbestimmung des Personals bei der Leitung der Hauptelektrizitätsgesellschaft von Buenos Aires, SEGBA, die unter der Regierung Peron eingeführt worden war, wurde abgeschafft (SZ 7. 7.). Nach dem Bombenanschlag auf General Cardoso wurde die Todesstrafe für eine Reihe von Aktivitäten eingeführt, unter anderem für Mordanschläge auf Angehörige der Regierung, der Justiz, des Militärs oder der Polizei (SZ 29. 6.). In Cordoba und Rosario wurden Bücher marxistischer Autoren verbrannt. Das Nationale Filminstitut erließ im Mai neue Richtlinien, nach denen nur noch solche Filme gefördert werden, die eine „optimistische Grundeinstellung des Volkes gegenüber den Problemen der Zukunft" propagieren und „auf jeden Fall dreiste Szenen und Dialoge vermeiden" (FR 22. 6.). Anfang Juni wurden 48 linksgerichtete Organisationen verboten. Menschen, die sich politisch betätigen, werden mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bedroht. Auf Herstellung

von parteipolitischem Material, für „ideologische Werbung" sowie das Tragen von Partei-Emblemen stehen Freiheitsstrafen bis zu 2 Jahren (SZ 9. 6.). Personen, die an Guerilla-Organisationen ein Lösegeld bei Entführungen zahlen oder die Guerilla direkt finanziell unterstützen, müssen mit Haft bis zu 6 Jahren rechnen (SZ 6. 7.).
Bei einem Fußballspiel in La Plata wurden alle 30.000 Besucher kontrolliert, nachdem ein Transparent der Guerilla-Organisation „Montoneros" aufgetaucht war und die Menge die Beschlagnahme des Transparents und die Verhaftung der Aktivisten zunächst verhindert hatte. (NZZ 18. 5.) Die Zahl der politischen Gefangenen geht in die Zehntausende. Nach einem Bericht von „amnesty international" von Mitte Mai sind es mindestens 20.000.
Der Terror der rechtsextremen Terrororganisationen AAA (Argentinische Antikommunistische Allianz) nimmt an Umfang zu. Kein Tag vergeht, an dem nicht mehrere Menschen von diesen Mordgruppen entführt und – meist nach bestialischen Folterungen – getötet werden. Die Zusammenarbeit mit den Militär- und Polizeibehörden ist in Argentinien kein Geheimnis mehr.
Der Terror erstreckt sich in letzter Zeit auch vermehrt auf politische Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Ländern. Nach der Ermordung des ehemaligen Präsidenten des uruguayischen Abgeordnetenhauses, Héctor Gutiérrez, im Mai wurde Anfang Juni der einstige Präsident Boliviens, Juan José Torres, mit 3 Kugeln im Kopf unter einer Straßenbrücke in Buenos Aires gefunden (SZ 10. 6.). Dutzende andere Flüchtlinge wurden entführt, gefoltert und zum Teil ebenfalls ermordet.

Seit Monaten werden die beiden deutschen Studenten Klaus Zieschank und Peter Falk gefangengehalten. Die Videla-Junta weiß offiziell auf die Anfragen deutscher Regierungsstellen nichts über den Aufenthaltsort zu sagen (siehe auch die letzte Umschlagseite).

Eine internationale Isolierung der Militärjunta verbessert die Kampfbedingungen des argentinischen Volkes

Aber gerade durch die Ermordung und Entführung von Flüchtlingen und das Verschwinden ausländischer Staatsbürger hat das Bild, das die Militärjunta von sich in der Weltöffentlichkeit entworfen hat, gehörige Kratzer erhalten. Diese Ereignisse haben die Junta „einigen politischen Kredit gekostet". Durch ihr „ungeschicktes Verhalten (hat sie) in den letzten Wochen im Ausland Schaden erlitten" (NZZ 18. 6.). Diese Situation ist für den Kampf des argentinischen Volkes für Unabhängigkeit und Demokratie sehr günstig, da sie die Militärjunta in eine internationale Isolierung treiben und die bestehenden Widersprüche innerhalb der Militärs verschärfen kann, die sich zum einen uneinig sind, inwieweit dem ausländischen Finanzkapital Raum zur Entfaltung gegeben werden soll, zum anderen keine Einigkeit haben in der Frage des Vorgehens gegen die Kämpfe des argentinischen Volkes.

Kurz vor Redaktionsschluß verbreitete die Nachrichtenagentur Associates Press die aus Argentinien noch unbestätigte Meldung, daß der Gründer und Generalsekretär der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) und gleichzeitige Oberbefehlshaber des ERP (Revolutionäres Volksheer), Roberto Santucho, sowie sein Stellvertreter, Enrique Merlo, von Truppen der argentinischen Streitkräfte erschossen worden seien (SZ 21. 7.).



CHILE

OAS-Konferenz veranlaßt Diskussion um Menschenrechte

Vom 4. 6. bis 18. 6. 76 fand in Santiago die Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) statt. Die chilenische Militärdiktatur erhoffte sich dadurch eine politische Aufwertung. Dies gelang allerdings höchstens auf offizieller Ebene, aber auch dort nur bedingt.
Mexico und Jamaica hatten zunächst die Abhaltung der Tagung in Chile zu verhindern versucht, jedoch nur Mexico blieb ihr fern; dort fand gleichzeitig eine Konferenz lateinamerikanischer Journalisten – zumeist Flüchtlinge – statt, die Mord, Folter und Zensur auf ihrem Kontinent anprangerten (Il Manifesto 8. 6. 76; in der deutschen Presse verschwiegen).
Thema Nr. 1 der OAS-Konferenz waren die Menschenrechte. Pinochet nahm gleich in der Eröffnungsrede dazu Stellung, wobei er erklärte, daß die Menschenrechte keinen autonomen Stellenwert haben dürften, sondern höher stehenden Zielen untergeordnet werden müßten (NZZ 9. 6. 76). Gleichzeitig kündigte er ein – dementsprechendes – Menschenrechtsgesetz für Chile an. Mit diesem andeutungsweisen Schuldbekenntnis und Besserungsversprechen nahm der Diktator den halbherzigen Protesten der – meist ebenfalls blutig unterdrückerischen – anderen amerikanischen Regierungen jeglichen Wind aus den Segeln. Nach einer Woche, in der auch die Menschenrechte in anderen Ländern des Kontinents angesprochen wurden, einigte man sich auf eine höfliche Ermahnung der gastgebenden Junta.
Gewinner bei der Versammlung war neben dem glimpflich davongekommenen Putschisten Pinochet auch der US-Intrigenmeister Kissinger. Stand auf früheren OAS-Tagungen immer die Lateinamerika-Politik der USA im Vordergrund der Diskussion – Handelsbeziehungen, politische Einmischung usw. –, so mußten die USA dieses Mal nicht so viel Kritik einstecken (SZ 11. 6. 76). Das erklärt sich u. a. daraus, daß an die Stelle nationalistischer Regierungen heute vielfach die in den Militärakademien der USA ausgebildeten Offiziere getreten sind (SZ 11. 6. 76; der BRD-Beitrag hierzu wird unten beschrieben).
In der internationalen Öffentlichkeit hat Pinochet jedoch wohl keinen Sieg errungen (vgl. auch Chile-Nachrichten 39). Die intensive Diskussion der politischen Repression führte zu einem lange nicht dagewesenen Ausmaß der Berichterstattung über Verhaftungen, Folter und Rechtlosigkeit in Chile, wobei eine verwirrende Vielfalt von Zahlen angeboten wurde. Obwohl sich die Repression keineswegs quantifizieren läßt, folgende Zahlen zur Orientierung: während kurz vor und während der Konferenz 250–300 Häftlinge – gegen die ohnehin keine ernsthafte Anklage erhoben werden konnte – freigelassen wurden, verhaftete man gleichzeitig ca. 800 Bürger – vorbeugend, wie auch in der BRD praktiziert (vgl. iz3w Nr. 53, S. 40) – und außerdem mehrere tausend angeblich „asoziale Elemente", damit die OAS-Tagung nicht gestört werden (FR 22. 6. 76).
Miserable Wirtschaftslage (Blick durch die Wirtschaft 19. 6. 76)
Ein größeres Problem für die Militärdiktatur dürften die hohen Arbeitslosigkeits- und Inflationsraten sowie der Produktionsrückgang darstellen.
Ein annäherndes außenwirtschaftliches Gleichgewicht konnte aufgrund des Kupferpreisanstiegs, der starken Einschränkung von Agrarimporten sowie – mit Hilfe der laufenden „Wettbewerbsmäßigen" Abwertungen angestrebten – Steigerung der „nicht-traditionellen" Exporte erreicht werden.
War nach jeweils offiziellen Angaben die Arbeitslosigkeit im Herbst 1975 auf 16 % zurück-

gegangen, so liegt sie inzwischen wieder bei 20 %. Das traditionelle Instrument ihrer Bekämpfung, die Investitionsförderung, greift nicht, da kaum Neuinvestitionen getätigt werden.

„Die ‚Investitionen' chilenischer Kapitalgeber beziehen sich fast ausschließlich auf den Kauf der zu Zeiten der Volksfrontregierung (1970 bis 1973) verstaatlichten Betriebe und Unternehmen, die größtenteils hoch verschuldet sind und aus zwar einleuchtenden ‚ökonomischen' Gründen zumeist durch Personaleinschränkung rationalisiert werden, die jedoch sozial insbesondere angesichts der bereits vorhandenen hohen Arbeitslosigkeit kaum vertretbar erscheinen. Tragen somit die chilenischen Investoren schon nicht dazu bei, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, so schaffen sie in Wirklichkeit mehr Arbeitslosigkeit und zögern eine Lösung dieses Problems hinaus."

Auch die Bremsung der Inflation (Juni 75 bis Mai 76: 231,9 % gegenüber Juni 74 bis Mai 75 mit 427,4 %) ist äußerst schwierig. Die Preiskontrolle greift nicht: regelmäßig gehen bei der Bekanntgabe der Inflationsrate des Vormonats die Preise sprungartig in die Höhe. Die restriktive Geldpolitik, die immerhin die Zuwachsraten des Geldumlaufes erheblich verringern konnte, wirkt wohl inflationsabschwächend, aber angesichts der Kaufkraftverknappung klagen Handel und Industrie über zunehmende Absatzschwierigkeiten. Damit sinkt auch die Hoffnung auf die Erreichung des 4. wirtschaftspolitischen Zieles, des Wachstums. Die industrielle Produktion sank im 1. Quartal 1976 um 3,1 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Wachstumspolitische Zielsetzung ist es zunächst, erst einmal wieder das Produktionsniveau von 1969 (Index-Mittelwert 1969 = 100) zu erreichen. Aber davon ist man noch weit entfernt: Index-Mittelwert 1. Quartal 1976: 84,1.

Die Darstellung dieser „wirtschaftspolitischen Nöte" der Junta kann zwar kaum beschreiben, in welchem Ausmaß die Bevölkerung davon betroffen ist. Sie deutet jedoch an, wie zu der politischen Repression aufgrund von Arbeitslosigkeit, Inflation und Produktionsrückgang eine wirtschaftliche Überausbeutung des chilenischen Volkes hinzukommt, während die herrschende Klasse weiterhin absahnt, so gut sie nur kann.

Ausdruck eines Widerstandes war im Mai ein 12-stündiger Streik von 6.000 Minenarbeitern in Chuquicamata: zum ersten Male seit dem Putsch wurde in einer Schlüsselbranche gestreikt. Die Arbeiter forderten eine Beendigung der Rationalisierungsmaßnahmen, höhere Löhne sowie die Anerkennung von Tarifverträgen, die unter der Regierung Allende abgeschlossen wurden. Die ersten Forderungen mußte die Regierung teilweise erfüllen und versichern, weitere Forderungen sukzessive zu verwirklichen (Chile-Nachrichten 39, 15. 7. 76).

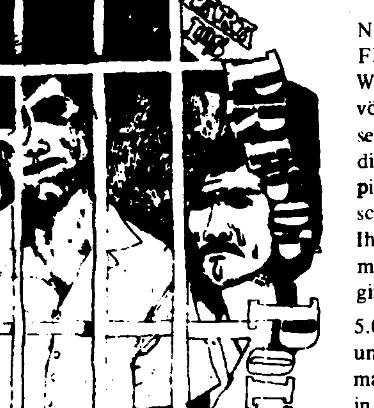
Weitere Unterstützung der Junta durch die BRD

Offizielle Duldung und wirtschaftliche Unterstützung der chilenischen Militärdiktatur durch die BRD sind weiterhin unverhohlen. Als der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) Wolff von Amerongen der Junta Ende Mai einen Besuch abstattete, verglich er das heutige Chile mit Nachkriegsdeutschland. Er stellte fest, daß Chile denselben richtigen Weg einschlage wie damals Westdeutschland und wünschte dem Land dabei guten Erfolg (SZ 31. 5. 76).

AA-Staatsminister Karl Moersch konnte nach seinem Chilebesuch Anfang Juli die Junta zwar nicht öffentlich unterstützen, aber er spielte naiv die Repression in Chile wie in anderen lateinamerikanischen Ländern zu Schönheitsfehlern herunter (vgl. SZ 16. 7. 76). Moersch machte sich zum „wertfreien" Sprachrohr der südamerikanischen Diktaturen und berichtete, die dort herrschenden Militärs betrachteten sich als „Übergangsregierungen" zu „neuen Demokratien", über deren Charakter er jedoch keine Informationen bekommen habe.

Eine ähnliche Unwilligkeit, sich zu informieren, zeigte auch das Bundesverteidigungsministerium im Fall des chilenischen Oberstleutnants Kraushaar. Schon im September 1975 hatte Oberfeldwebel Müller aus Hildesheim die Ausbildung dieses faschistischen Offiziers in der BRD unter Berufung auf Grundgesetz und Anti-Folter-Charta bekanntgemacht und angeprangert. Er erhielt dafür jedoch eine Disziplinarstrafe, die auch truppendienstgerichtlich noch bestätigt wurde (FR 16. 7. 76).

Nachdem Kraushaar nun trotz wiederholter Ermahnungen zur Zurück(!)haltung durch seine Vorgesetzten (FR 17. 7. 76) seine reaktionären (SZ!) Meinungen sogar auf der Führungsakademie der Bundeswehr verbreiten konnte, war nicht mehr zu leugnen, daß es sich bei Kraushaar nicht um jemanden handelt, der gekommen ist, um hier Demokratie zu erlernen – womit Leber ihn im Herbst in Schutz genommen hatte. Leber hat nun eine Untersuchung eingeleitet – nicht über Kraushaar, der inzwischen den Bundeswehrlehrgang erfolgreich abschließen konnte, sondern um herauszufinden, warum denn von all den freiheitlich-demokratischen Offizieren auf der bundesdeutschen Militäreliteschule den offen faschistischen Meinungen Kraushaars kein einziger widersprach (SZ 13. 7. 76).



Der von einer zehntägigen Südamerikareise zurückgekehrte Staatsminister im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, hat in Argentinien, Chile und Uruguay den Eindruck gewonnen, daß sich die dort herrschenden Militärs als „Übergangsregierungen" betrachten. Vor Bonner Journalisten berichtete Moersch, seine Gesprächspartner hätten angedeutet, sie wollten in ihren Ländern „neue Demokratien" errichten. Wie diese aussehen sollten und wann das geschehen könnte, sei ihm allerdings nicht gesagt worden. Moerschs Besuche dienten nach seinen Worten der Information über die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Bei seinen Begegnungen mit Chiles Junta-Chef Pinochet, dem Innen- und dem Justizminister sowie dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes habe er darauf hingewiesen, „daß für uns die Prinzipien des Rechtsstaats gerade nach unseren historischen Erfahrungen in der öffentlichen Diskussion sehr wichtig sind". Moersch erläuterte, damit habe er die Menschenrechtsverletzungen durch die chilenische Militärregierung deutlich genug kritisiert. Den obersten Richter des Landes habe er auch auf Berichte über Folterungen angesprochen, jedoch ohne konkrete Ergebnisse.

Einer der Eindrücke Moerschs war auch, daß in Argentinien, Chile und Uruguay die Empfindlichkeit gegenüber europäischer und deutscher Kritik an ihren inneren Verhältnissen sehr groß sei. Der Staatsminister verzichtete deshalb offensichtlich darauf, beim Umgang mit den Vertretern von Militärdiktaturen harte Worte zu gebrauchen. Vielmehr zog er es vor, Informationen zu sammeln und – wo nötig – die Standpunkte der Bundesregierung zu verdeutlichen. Wünsche nach Finanzhilfe seien weder von Chile noch von Argentinien vorgetragen worden, teilte Moersch mit.

SZ, 15. 7. 76

BOLIVIEN

NZZ, 16., 22., 27., 30. 6. und 8. 7.;
FR 16., 21. 6. und 2., 7. 7.

Wiederholte Protestbewegungen der Zivilbevölkerung, die mysteriöse Ermordung diverser hoher Offiziere (z. B. Expräsident Torres), die zunehmende Abhängigkeit von Fremdkapital und der wachsende Einfluß Brasiliens schaden der Regierung Banzer immer mehr. Ihre Verunsicherung zeigt sich an der Härte, mit der sie gegen den jüngsten Streik vorging:

5.000 Grubenarbeiter in den Provinzen Siglo und Catavi gehen aus Protest gegen Kontrollmaßnahmen des Militärs in sechs Erzrevieren in den Streik. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand und inhaftiert Gewerkschaftsführer wegen angeblicher subversiver Tätigkeit. Daraufhin solidarisieren sich insgesamt 50.000 Minenarbeiter mit den Streikenden und treten auch in den Ausstand.

Sie fordern eine 130-prozentige Lohnerhöhung (der Monatslohn eines Arbeiters beträgt nur 160 DM und die Regierung will maximal nur 30 % mehr Lohn gewähren), die Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter und den totalen Rückzug des Militärs. Während des Ausnahmezustandes herrscht Versammlungsverbot (nicht einmal Gottesdienste sind erlaubt). Die den Streik leitenden Gewerkschafter müssen sich in den Minen verstekken. Die Regierung läßt durch Militär die streikenden Provinzen hermetisch von der Außenwelt abriegeln. Damit ist auch die Nahrungsmittelzufuhr abgeschnitten, die jetzt, im Andenwinter, besonders wichtig ist. Auch Hilfslieferungen der Kirche werden blockiert. Trotz eines Aufrufes des Erzbischofs von La Paz, der das Recht der Arbeiter zum Streik nachdrücklich unterstreicht, werden 300 Streikende entschädigungs- und fristlos entlassen, 28 „Rädelsführer" nach Chile abgeschoben, über 200 Personen in Haft genommen und 5 Menschen bei Auseinandersetzungen mit der Polizei getötet.
Die Bergleute erhalten zahlreiche Sympathiebezeugungen. So schließen sich mehrere Hochschulen dem Streik an und auch zahlreiche Betriebe in La Paz und Cochabamba.
Der Ausstand wurde inzwischen offiziell beendet. Jedoch werden die zwei größten Zinnminen immer noch von 5.000 Arbeitern bestreikt.

HAITI

Der Widerstand wird aktiver

Vier junge Leute haben auf dem Inselreich Haiti (in der Karibik) mit einer wagemutigen militärischen Aktion bewiesen, daß der Widerstand gegen das amerikanische Marionettenregime des Jean-Claude Duvalier selbst mit den schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen nicht kleinzukriegen ist. Nach einem Schußwechsel mit der verhaßten Palastpolizei „Tonton Macoutes" (eine Art geheime Todesschwadron gegen Oppositionelle), die gekommen waren, um die Jugendlichen zu verhaften, lagen 12 Polizisten erschossen am Ort der Aktion – und nicht die Angehörigen des Widerstandes.
Die Vier sind bis heute nicht gefunden, dafür hat der 23jährige Diktator Duvalier („Babydoc" genannt, sein Vater Francois Duvalier „Papadoc") inzwischen rund 200 Personen willkürlich festnehmen lassen. Seit der Entführung des US-Botschafters Clinton Knox im Januar 1973 war dies die erste größere Aktion im Lande; damals wurden 12 politische Gefangene durch die Geiselnahme des Diplomaten befreit, dieses Mal wurden 12 Mitglieder des Unterdrückungsapparates liquidiert. Duvalier, der diese außerlegale Privatpolizei als „den Grundstock seines Systems" pries, ist seit dem 22. April 1971 „Präsident auf Lebenszeit", nachdem sein ebenso brutaler Vater gestorben war. Kurz vor dessen Tod hatte man das Mindestalter für den Präsidenten der „Republik" von 35 auf 21 Jahre heruntergesetzt und den damals 18jährigen Sohn für 21 Jahre alt erklärt, damit er sofort „legal" Präsident werden konnte. Ein Fünftel des Staatshaushaltes gehen in die Taschen der Duvalier-Familie, die auch die entscheidenden Herrschaftspositionen im Lande innehat.
90 % der fünf Millionen zählenden Bevölkerung sind Analphabeten und es existiert kein Programm zur Bekämpfung des Analphabetentums. Es gibt 20.000 Polizisten und geheime Sicherheitsbeamte in Haiti, obgleich es nur eine größere Stadt (Port-au-Prince, die Hauptstadt) gibt. Haiti hat eine der höchsten Geburtenraten der Welt, jedoch sterben 20 % der Kinder schon im Säuglingsalter; es gibt ebenfalls kein wirkliches Programm zum Aufbau eines Gesundheitswesens, das nicht einmal in Ansätzen existiert.
Bekannte „Größen" wie die US-Konzerne Kennecott (Kupfer) und Reynolds (Aluminium) sind im Land und profitieren von der riesigen hungernden Reservearmee der Inselbewohner: der gesetzlich „festgelegte" Minimallohn beträgt ca. 3,– DM pro Tag, aber die Arbeiter kriegen nie soviel (wie 3,– DM) zu sehen. Als Sozialminister Max ANTOINE zu Beginn des Jahres die Beachtung der Mimimallöhne durchzusetzen versuchte, wurde er sofort gefeuert. Verteidigungsminister Paul Blanchet wurde ebenfalls kurzerhand in die Wüste geschickt, als er eine geringe Exportsteuer (es wäre zu Nutzen der Haitischen großbürgerlichen Familien gewesen, nicht für das Volk!) auf die Bauxitförderung durch US-Firmen einführen wollte. Jedoch ändert sich die Situation allmählich: durch die vorteilhaften Investitionsbedingungen für ausländisches Kapital (BRD kommt nach den USA und Frankreich an dritter Stelle, Frankreich ist ehemaliges Mutterland Haitis!) wird auch eine wachsende Arbeiterklasse entstehen, obgleich die meisten Haitianer noch immer auf dem Land dahinvegetieren. Die Arbeiter haben keine Gewerkschaften (natürlich verboten!) und werden alle als Tagelöhner beschäftigt, so daß die Konzerne und Großgrundbesitzer keine Sozialleistungen oder auch nur einen Dauer-Hungerlohn zu zahlen haben. Doch zeigen sich Anzeichen von Unruhe bei den Tagelöhnern in den größeren Betrieben der Hauptstadt.
Die Massenverhaftungen trafen insbesondere die wenigen Studenten Haitis sowie kürzlich zurückgekehrte Exil-Haitianer. Das Regime hat eine Heidenangst vor dem Einfluß der exilierten und dann heimgekehrten Menschen, von denen alle – wenn sie nicht automatisch erst einmal ins Gefängnis geworfen werden – zunächst einmal unter strikter Polizeiaufsicht gehalten werden. Im Mai wurden Gerüchte über einen Putsch aus dem Ausland zum Vorwand für weitere Verhaftungen genommen; wobei dann selbst Minister und Polizeichefs vor der Willkür der Duvalier-Familienclique nicht sicher sind: der ehemalige Polizeichef von Portau-Prince sowie drei Minister wurden verhaftet. Obgleich immer großspurig von Amnestie für politische Gefangene gesprochen wird (was die USA-Regierung dann in alle Welt posaunt), steigt die Zahl der mißhandelten Gefangenen und neu Verhafteten drastisch an. Daß die reaktionärsten Elemente der Duvalier-Diktatur noch mehr Einfluß gewonnen haben, läßt sich u. a. daran sehen, daß der Kommandeur der grausamen Privatpolizei „Tonton Macoutes", Piere Biamby, zum ersten Berater des Jung-Diktators geworden ist. Biamby begann seinen Aufstieg 1964, als er in der kleinen Provinzstadt von Jeremie mit einem Trupp der „Tonton Macoutes" auf einen Schlag 100 Leute massakrierte. Inzwischen ist er auch zum Innen-(Polizei-) und Verteidigungsminister avanciert.
Die westlichen Industrienationen sind mitschuldig an der brutalen Polizeistaatswillkür in Haiti. Die amerikanische Regierung, die immer „entrüstet" tut, als ob sie die Methoden Duvaliers ablehne, verweigert haitischen Flüchtlingen Asyl und versucht im Augenblick wieder einmal, mehrere hundert (die in Florida auf ihre Asylpapiere hoffen) nach Haiti ins sichere Verderben abzuschieben. Reiseunternehmen in der BRD haben das Inselreich inzwischen entdeckt und machen Riesenprofite auf Kosten der Bevölkerung des Landes – die weiterhin im größten Elend lebt, auch wenn die Menschen als Hotelboys und Zimmermädchen ausgenutzt werden. Prostitution blüht und reiche Scheidungswillige fliegen nach Haiti, um sich in einer Stunde formlos dort scheiden zu lassen, wie kürzlich Richard Burton und Elizabeth Taylor.
In den USA und einigen anderen Ländern haben sich inzwischen Komitees gebildet, die für die Exilhaitianer eintreten und die Forderung nach dem Ende einer der brutalsten Diktaturen auf dieser Welt erheben.

(nach Berichten aus den USA und der US-Zeitung „Guardian")



MEXIKO

Präsidentenwahlen

Am 4. Juli ist der bisherige Finanzminister José Lopez Portillo zum neuen Staatspräsidenten Mexikos „gewählt" worden. Bei den sogenannten „Wahlen" gab es nur diesen einen Kandidaten. Lopez Portillo vertritt die Institutionalisierte Revolutionspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional), die seit fast 50 Jahren den Präsidenten stellt.
Gleich nach den „Wahlen" meldete die PRI „den überwältigenden Sieg" von Lopez Portillo und daß die Wahlbeteiligung die höchste sowie der Prozentsatz der abgegebenen Stimmen für den PRI-Kandidaten der höchste in der Geschichte Mexikos gewesen sei. Eine Woche nach den „Wahlen" war jedoch die Auszählung der Stimmen noch nicht beendet. Offensichtlich wird so lange gezählt, bis das

angekündigte Ergebnis erreicht ist! (SZ 14-7-76)
Nach der mexikanischen Verfassung wird der Präsident für 6 Jahre gewählt und kann nicht wiedergewählt werden. Gewohnheitsmäßig ernennt der amtierende Präsident den Kandidaten für die Partei. Diese Ernennung ist an sich schon ein Ritual, denn man muß sich für den „richtigen" Mann einsetzen, um seine eigenen Posten erhalten zu können. Als es im Sommer letztes Jahr an der Zeit war, den Kandidaten zu ernennen, kamen sieben dem Präsidenten nahestehende Männer in Frage.
Überraschend nominierte Echeverria seinen alten Schulfreund und Finanzminister zum Kandidaten, der bis dahin eine ziemlich unbekannte Figur in der mexikanischen Politik gewesen war. Er war der einzige, dem weder in der Öffentlichkeit noch in den gutinformierten in- und ausländischen Unternehmerkreisen auch nur die geringste Chance zugesprochen wurde. Gleich nach der Nominierung waren die mexikanischen Zeitungen gefüllt mit Glückwunschanzeigen von verschiedenen Organisationen, staatlichen Gewerkschaften und Privatpersonen. Zehntausende von Menschen aus weitentfernten Landesteilen wurden in die Hauptstadt zur Ehrung des Kandidaten bei Massenkundgebungen gebracht.
Lopez Portillo soll im vergangenen Dreivierteljahr 1.000 Städte und Dörfer besucht, über 1.300 Reden gehalten und an 600 „Arbeitssitzungen" mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft teilgenommen zu haben. Er soll 60.000 km zurückgelegt und sich einem Dreiviertel der 57-Millionen-Bevölkerung vorgestellt haben. Der Wahlkampf, dessen Kosten auf 50 Mio DM geschätzt werden, wurde zum größten Teil aus Staatsmitteln (aus dem eigenen Ressort Lopez Portillos, dem Finanzministerium) finanziert. Es kommen auch Spenden von Großgrundbesitzern und aus der Geschäftswelt. (FR; 3-7-76)
In Wirklichkeit ist der Wahlkampf gar nicht nötig, denn bei der Ernennung eines Präsidentschaftskandidaten der PRI ist es in Mexiko schon entschieden, daß dieser Kandidat auch gewählt wird. Die Kommunistische Partei hatte einen Gegenkandidaten, Valentin Campa, ernannt, der aber offiziell nicht kandidieren konnte. Das Wahlgesetz schreibt nämlich vor, daß eine politische Partei 65.000 eingeschriebene Mitglieder aufweisen muß, um als Partei registriert zu werden. Nach der SZ von 3/4.7. wurde die Kandidatur Campas mit der Begründung abgelehnt, daß die 65.000 Unterschriften verfassungswidrig gesammelt worden seien. Laut FR vom 3/7 hat die KP vorsichtshalber nicht einmal die Unterschriftslisten eingereicht, da dabei Namen, Adressen, Beruf und Nummer des Wahlausweises des Anhängers angegeben werden müssen und diese Daten mißbraucht werden können. Die reaktionäre Partei der Nationalen Aktion (PAN) hatte wegen interner Streitigkeiten auf die Kandidatur verzichtet. Die authentische Partei der mexikanischen Revolution (PARM) und die Volkssozialisten (PPS) hatten sogar José Lopez Portillo zu „ihrem" Kandidaten ernannt, bzw. unterstützten ihn.
Somit ist der Wahlkampf eine Farce, durch die die Herrschenden noch einen Anschein von Demokratie erwecken wollen. In Wirklichkeit dient der „Wahlkampf" nur zu Legitimation der Führungsposition der „offiziellen Partei", da andere Parteien praktisch ausgeschaltet sind.
Über das Regierungsprogramm des neuen Präsidenten kann nur spekuliert werden, da es zu den Eigenheiten des mexikanischen Systems gehört, daß der Präsident erst in der Regierungspraxis sein politisches Konzept enthüllt (SZ 3/4. 7). Auch wenn Lopez Portillo die „überwiegende Mehrheit" der Stimmen bekommen hätte, (die Enthaltungen werden auf 30 % geschätzt), hieße das keineswegs, daß er die geschlossene Zustimmung der Bevölkerung bekäme. Im Gegenteil. Die Kleinbauern, die Landlosen und der städtische Mittelstand werden die Regierungspolitik kaum gutheißen. Die Intellektuellen und die Stadtguerilla (insbesondere die „Bewegung 23. September") werden nicht untätig bleiben.
Die wirtschaftlichen Probleme des Landes sind gewaltig. Die Agrarreform, die schon 1915, gleich nach der Revolution, initiiert wurde, ist bis heute nicht beendet. Außerdem hat sich das Konzept der Agrarreform als wenig erfolgreich herausgestellt. Es gibt über 4 Mio. landlose Bauern, und diejenigen, die durch die Agrarreform Land bekommen haben, haben nur ganz winzige Parzellen. Auf der anderen Seite gibt es Großgrundbesitzer, die den größten Teil des Bodens kontrollieren.
Die Abhängigkeit Mexikos von den USA wird besonders deutlich in den Handelsbeziehungen. Die negative Handelsbilanz und die Auslandsverschuldung, die 18 Mrd. Dollar beträgt, werden von US-amerikanischen Banken finanziert.
Die Arbeitslosigkeit, die statistisch gar nicht exakt erfaßt werden kann, ist sehr hoch. Es wird geschätzt, daß bis zu 50 % der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos sind. Dazu kommen viele andere wirtschaftliche und soziale Probleme wie Verstädterung, hohes Bevölkerungswachstum etc.

Wie Lopez Portillo diese Probleme zu meistern versucht, ist ungewiß. Sein Vorgänger Echeverria hat auf der einen Seite versucht, durch reformerische Politik (z. B. durch die Kollektivierung der Ejidos, das sind landwirtschaftliche Genossenschaften oder die Diversifizierung des Außenhandels) die Probleme des Landes zu lindern bzw. zu verschieben ohne Systemänderungen, die zu der Problemlösung notwendig wären. Andererseits hat er selbst Landbesetzungen initiiert, um dadurch den Großgrundbesitzern das revolutionäre Potential der landlosen Bauern zu demonstrieren. Er hat „freie Gewerkschaften" gefördert, obwohl offiziell nur die staatlichen Gewerkschaften geduldet werden. Außerdem hat er Gründungen von Parteien gefördert, die in Opposition zu seiner eigenen Partei stehen. Somit hat er es meisterhaft geschafft, durch Intrigen das Image eines progressiven, reformfreudigen Staatschefs zu erwecken, und gleichzeitig durch das Spalten seiner Gegner seine Macht zu festigen. Nach außen hin hat er versucht, durch außenpolitische Aktivitäten von den inneren Schwierigkeiten abzulenken. So will er als Sprecher der Dritten Welt auftreten (der Vorschlag zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung stammt von ihm). Sein Hintergedanke war, den am Ende des Jahres freiwerdenden Posten im UNO-Sekretariat zu bekommen. Als dieses Vorhaben sich als illusorisch herausstellte, gründete Echeverria eine „Dritte-Welt-Universität", deren Leitung er nach seiner Amtszeit (1. Dezember) übernehmen wird. Da aber dieser Posten ihm nicht genug Macht verspricht – und er will auf der politischen Schaubühne aktiv bleiben – ergreift er andere Methoden. Er erwarb durch Strohmänner die Mehrheit in der Zeitungskette von El Sol und Universal. Da es aber noch eine angesehenere und durch ihre kritische Einstellung auch bedeutendere Zeitung – den Excelsior – gibt, mußte diese entmachtet werden.

Der Excelsior, der von einer redaktionellen Kooperative geleitet wird, besitzt Grundstücke in den Außenbezirken der Hauptstadt. Diese Grundstücke wurden vor einem halben Jahr verkauft, dann plötzlich von „besitzlosem Proletariat" besetzt. Landbesetzungen sind an sich nichts Außergewöhnliches in Mexiko, aber sie werden normalerweise nicht geduldet, falls sie nicht von der Regierung selbst initiiert worden sind. Der Excelsior-Kooperative wurde angedeutet, daß die Polizei erst gegen die Besetzung einschreiten werde, wenn der Chefredakteur zurücktritt. Anfang Juli beschloß die „Generalversammlung" von Excelsior – zu der der Mehrheit der Mitglieder mit Waffengewalt der Eintritt verwehrt wurde – die Absetzung des Chefredakteurs. Nun hat Echeverria die Hände frei. (SZ 14/7)

PERU

NZZ 23. 6. 76

Die Finanzsituation Perus hat sich 1975 prekär entwickelt: Der Wert der Exporte verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,4 % auf 1378 Mio. Dollar. Das ist teilweise zurückzuführen auf die sinkenden Kupferpreise. Außerdem ging der Eisenerzexport (Wert 54 Mio. Dollar) um 48 % zurück. Ein Abnehmerboykott, organisiert von der US-amerikanischen Firma MARCONA Mining Co., verhinderte weitere Eisenerzverkäufe. Dieses Unternehmen besaß Perus einziges Eisenerzwerk. Es war Mitte 75 enteignet worden. Unter dem Druck der ausfallenden Erlöse erklärte sich der Staat schließlich bereit, die Exportabwicklung bis Ende dieses Jahres in den Händen von MARCONA zu belassen.
Da die Importe sich gegenüber dem Vorjahr um etwa 30 % auf 2491 Mio. Dollar erhöht haben, entstand ein Rekorddefizit von 1113 Mio. Dollar in der Handelsbilanz (Vorjahr 403 Mio.!). Gleichzeitig verringerten sich die Nettowährungsreserven in Jahresfrist von 693 Mio. Dollar auf 150 Mio. Dollar. Die Tendenz hält auch 1976 an.
Die peruanische Regierung versucht, diese Krise durch Sparmaßnahmen und Abwälzung der Lasten auf die Bevölkerung zu bewältigen: Von drastischen Erhöhungen der Mehrwertsteuer, des Benzinpreises (auf über das Doppelte) und der Transporttarife wird die Bevölkerung hart getroffen. Der Konsumentenpreisindex stieg nämlich schon während der letzten 12 Monate um 25 %. Dabei werden den Arbeitern nur 10–15 % mehr Lohn gewährt. Ein Lohnstopp bis Juni kommenden Jahres ist angekündigt.

Angesichts dieser massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen kommt es in Lima zu einer riesigen Demonstration, an der 500.000 Menschen teilnahmen. Die Polizei setzt bei den Unruhen Panzerfahrzeuge ein, es gibt 64 Verletzte und zwei Tote. Der daraufhin verhängte Ausnahmezustand soll einen Monat andauern.

URUGUAY

NZZ 13., 15., 16., 25., 29. 6.; 1., 8. und 17. 7. 76
FR 14., 15., 30. 6. und 7. 7. 76

Der Staatspräsident von Uruguay, Juan Maria Bordaberry, wird durch das Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte des Landes gestürzt.



Der 1972 durch zweifelhafte Wahlen an die Macht gekommene Bordaberry regierte nach einem 1973 erfolgten Militärputsch mit Hilfe des Militärs. Seine repressive Politik äußerte sich unter anderem in einem Verbot der kommunistischen Gewerkschaft ONT und aller marxistischer Parteien, einem Tätigkeitsverbot der anderen Parteien sowie einer brutalen Verfolgung der Tupamaros. Uruguay hat, gemessen an der Einwohnerzahl, die meisten politischen Gefangenen Lateinamerikas. Nach einem Bericht von amnesty international werden sie auf übelste Weise gefoltert (Siehe iz Nr. 45, S. 41).

Im letzten Jahr war das Land in zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, als die Rindfleischnachfrage stark zurückging. Rindfleisch ist Uruguays einzig wichtiges Exportprodukt.

Bordaberry wollte auch nach Ablauf seiner „verfassungsmäßigen" Amtszeit 1977 noch, weiter auf das Militär gestützt, an der Macht bleiben. Dazu war die Armeeführung auf Druck des internationalen Finazkapitals, das mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes unzufrieden ist, nicht bereit. Auf Gunst und Kredite der Metropole angewiesen, propagiert das Militär einen flexibleren politischen Kurs mit „politischer Öffnung" und Wahlen (vielleicht 1984). Neuer Staatspräsident wird der 72-jährige Aparicio Méndez.
Nachfolgender Vorfall erleichtert vielleicht die Einschätzung des neuen Regierungskurses:
In der venezolanischen Botschaft in Montevideo bat eine junge Frau, verfolgt von uruguayischen Sicherheitsbeamten, um Asyl. Kurz darauf drang ein Mann in die Botschaft ein, zog die Frau an den Haaren heraus und schlug einen Konsul, der sich ihm in den Weg gestellt hatte, nieder. Der Forderung Venezuelas, die Frau herauszugeben, kam die uruguayische Regierung nicht nach. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wurden daraufhin abgebrochen.

Asien

INDIEN

Neuorientierung der Außenpolitik

In der Außenpolitik versucht Indira Gandhi ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Allgemein läßt sich in jüngster Zeit eine verstärkte außenpolitische Aktivität feststellen, die darauf abzielt, mit den Staaten des Fernen Ostens gute Kontakte zu pflegen und das Ansehen Indiens zu verbessern. (FEER, 30. 4. 76; NZZ, 18. 6. 76). Als ein besonderes Ereignis ist die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zu China (NZZ, 18. 4. 76) und zu Pakistan (Le Monde, 16./17. 5. 76) zu verzeichnen. Mit Pakistan einigte man sich auch noch darüber, die Luft-, Eisenbahn- und Straßenverbindungen wieder herzustellen und den gegenseitigen Handel auszuweiten (FEER, 28. 5. 76).
Beide Staaten, Pakistan und China, waren in der Vergangenheit in militärische Auseinandersetzungen mit Indien verwickelt. Während im Falle Pakistans Kaschmir[1] und, im letzten Krieg 1971, Bangla Desh die hauptsächlichen Streitpunkte waren, handelt es sich bei den Chinesen um die Grenzziehung zwischen Indien und China. China erkannte nie die willkürlich von den englischen Kolonialisten 1913 festgesetzte Grenze (sog. Mac-Mohan-Linie) an und verlangte stets die Rückgabe dieser Gebeite. Im Herbst 1962 kam es darüber zu einem von Indien angezettelten Grenzkrieg, der nach 30-tägiger Dauer mit einer vernichtenden Niederlage der Inder endete. Allein der von China einseitig erklärte Waffenstillstand und der freiwillige Rückzug der chinesischen Truppen hinter die Mac-Mohan-Linie erlaubte es der indischen Regierung, die nordöstlichen Gebiete (Arunachal Pradesh) wieder unter ihre Herrschaft zu stellen.

An der Nordfront (Jammu und Kaschmir) mußten die Inder ihre Hoffnungen auf den Besitz der Provinz Aksai Chin für immer begraben. Dieser Verlust war aber nicht so schwerwiegend. Wie unbegründet und unrealistisch der indische Anspruch auf Aksai Chin war, zeigt sich daran, daß Indien nicht einmal den Bau einer 112 KM langen Straße durch das unwegsame Berggelände bemerkt hatte, obwohl dabei 6.000 Chinesen beschäftigt waren (FR, 21. 4. 76). Erst aus Zeitungsberichten in Peking gewahrte Indien die Existenz dieser Gebirgsstraße. Der letzte chinesische-indische Grenzzwischenfall ereignete sich im Herbst 1975. (FR, 21. 4. 76)[2].
Das militärische und politische Desaster im Herbst 1962 hatte weitreichend Konsequenzen für Indien. Das ehedem sehr große Selbstvertrauen Indiens war stark angeschlagen und das internationale Ansehen als große, pazifistische Nation innerhalb der Gruppe der Dritte-Welt-Länder erheblich gesunken. Die diplomatischen Beziehungen zu China wurden total eingefroren, jedoch nicht abgebrochen. In der Folgezeit kam es zu einer immer stärkeren Anlehnung Indiens an die Sowjetunion, vor allem, als die USA 1965 ein Waffenembargo über Indien verhängt hatten. Die Sowjetunion sprang bereitwillig in die Bresche und lieferte hinfort an Indien alle gewünschten Rüstungsgüter. Die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern breitete sich auch auf wirtschaftliche Gebiete aus und wurde 1971 mit einem Freundschaftsvertrag bekräftigt. 1974/75 war die Sowjetunion der größte Handelspartner Indiens, vor den USA und Großbritannien (NZZ, 12. 9. 75)[3]. Die einst so hochgehaltene Blockfreiheit des Landes wurde damit endgültig hinfällig und führte zu vermehrter Kritik vieler bündnisfreier Staaten, Indien sei zu einem Werkzeug der Sowjetunion geworden.
Als im Juni letzten Jahres Indira Ghandi den Ausnahmezustand eingeführt und damit *de jure* die bürgerlich-demokratische Staatsform liquidiert hatte (de facto bestand in Indien noch nie eine Demokratie), erreichte das Ansehen Indiens in den westlich kapitalistischen Staaten, vor allem in den USA, einen Tiefpunkt, da zum einen Indira Gandhi den CIA als Hauptdrahtzieher der Oppositionsmachenschaften (vgl. Heft 46/47) zum Zweck ihrer Entmachtung beschuldigte und zum anderen die europäischen Staaten, ihre – durch und durch scheinheilige – Kritik an der Verhängung des Ausnahmezustandes vorbrachten.[4] Aufgrund der politischen Differenzen mit Indien hat die amerikanische Regierung die für dieses Jahr wieder vorgesehene „Entwicklungshilfe" in Höhe von 197 Mio. DM gestrichen, nachdem schon seit dem indo-pakistanischen Krieg anno 1971 die amerikanische „Entwicklungshilfe" an Indien ausgesetzt worden war. Gleichzeitig wurden Verhandlungen über künftige amerikanische Leistungen abgesagt und auf ein unbestimmtes Datum verschoben (NZZ, 20. 2. 76).

Hingegen unterstützten die Sowjetunion und die DDR vorbehaltlos und ausdrücklich die Errichtung der Gandhischen Diktatur.
Indien sah sich also einer wachsenden internationalen Isolierung gegenübergestellt, die mit einer immer stärker werdenden Bindung an ihren Hauptverbündeten Sowjetunion

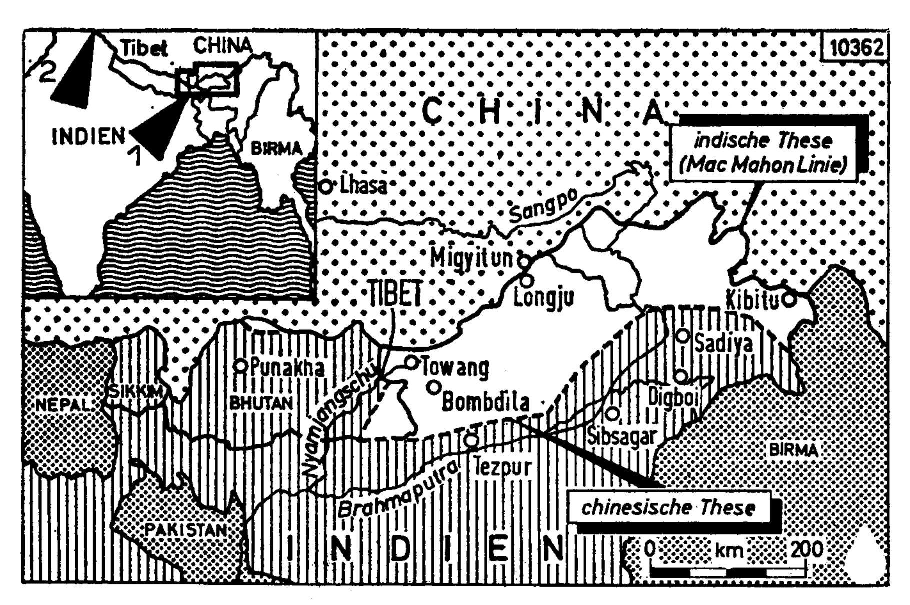
einherging. Damit war aber auch der außenpolitische Handlungsspielraum Indiens schwer eingeengt. Diese Verengung versucht nun Indira Gandhi zu durchbrechen, indem sie mit dem einstigen Erzfeind China (in gewisser Hinsicht auch Pakistan, das mit China befreundet ist) wieder normale diplomatische Beziehungen aufnimmt. Ebenso verspricht sich die indische Regierung davon eine allmähliche Wiederherstellung ihrer Führungsrolle unter den blockfreien Nationen. Der chinesischen Regierung dürfte die indische Entscheidung sehr gelegen sein, da sie damit die Möglichkeit erhält, in Zukunft den starken sowjetischen Einfluß in dem weltpolitisch bedeutsamen Indien einzudämmen.

Wie stark der sowjetische Einfluß in Indien ist, wurde erst kürzlich wieder demonstriert, als Indira Gandhi zu einem Staatsbesuch in Moskau weilte (Ebenfalls besuchte sie die DDR. (FR 2. 7. 76)). Es wurde eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation und eine Ausweitung des Handels beschlossen. Interessant ist die Tatsache, daß Indira Gandhi dem sowjetischen Plan eines „kollektiven Sicherheitssystems in Asien" keine Zusage gab und im Schlußkommuniqué die Normalisierung der Beziehungen zu China unerwähnt blieb (NZZ, 16. 6. 76).

Im Falle Pakistans dürfte wohl als Hauptmotiv für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen das sehr gespannte Verhältnis zu Bangla Desh in Frage kommen. Seitdem indienfeindliche Militärs den proindischen Scheikh Mujibur Rahman im August letzten Jahres ermordet und die Macht in Bangla Desh übernommen haben, war eine kontinuierliche Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen zu verzeichnen. In jüngster Zeit kam es dann auch zu mehreren bewaffneten Zwischenfällen an der bengalischen Grenze zwischen indischen und bengalischen Truppen.

Zur großen Streitfrage zwischen Indien und Bangla Desh ist die Errichtung des Farraka-Staudammes auf indischem Territorium geworden. Mit diesem Damm wird das Wasser des Ganges zum größten Teil umgeleitet, um die Wassermenge des indischen Flusses Hughli zu erhöhen und damit die drohende Verschlammung des Hafens von Calcutta zu verhindern. Dadurch ist aber Bangla Desh fast vollkommen von der Wasserzufuhr durch den Ganges abgeschnitten, schwerwiegende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes infolge von Trockenheit sind unvermeidlich. 38 % des kultivierbaren Bodens Bangla Deshs sind davon betroffen (NZZ, 21. 2. 76).

Im November 1975 drohten die Spannungen fast in einen offenen Konflikt umzuschlagen, als in der bengalischen Hauptstadt Dacca ein bewaffneter Überfall auf die indische Botschaft verübt wurde, bei dem mindestens vier Personen ums Leben kamen (NZZ, 27. 11. 57). Die indische Regierung reagierte auf diesen Vorfall äußerst scharf und machte das Militärregime Bangla Deshs auf die gefährlichen Konsequenzen ihrer antiindischen Politik aufmerksam. Zuvor hatte Indira Gandhi schon mehrfach offiziell verlauten lassen, daß Indien die politische Entwicklung im Nachbarstaat Bangla Desh auf keinen Fall gleichgültig sein könnte. Schließlich stünden



Grenzziehung fraglich: Nach dem Simla-Abkommen von 1913 zwischen Großbritannien und Tibet verlegte London – als Kolonalherr Indiens – die Grenze einseitig auf den Himalaja-Kamm („Mac-Mahon-Linie", Pfeil 1). China, Souverän über Tibet, hat diese Grenzziehung nicht anerkannt. Ähnliche Konflikte entstanden in Aksai Chin (siehe Pfeil 2 im eigesetzten Kästchen).

die eigenen Sicherheitsinteressen auf dem Spiel.

Aufgrund dieser äußerst konfliktgeladenen Situation im östlichen Teil Indiens erscheint es nur allzu logisch, wenn nun Indira Gandhi eine Politik der Annäherung an Pakistan betreibt. Gelingt ihr dies, so entfällt die Notwendigkeit, dauernd an zwei Fronten militärisch voll präsent zu sein. Die jetzt noch an der pakistanischen Grenze gebundenen Streitkräfte könnten dann teilweise an die Grenze zu Bangla Desh verlegt oder zur Unterdrückung interner Unruhen eingesetzt werden. Daß die indische Regierung grundsätzlich bereit ist, bei sich zuspitzenden Konfliktsituationen in fremde Länder einzumarschieren bzw. sie zu annektieren, hat erst in jüngster Zeit das Beispiel Sikkim gezeigt (vgl. Heft 50). So berichtet auch das Magazin „Stern" (Nr. 18/76), daß um Calcutta 20.000 Elitesoldaten sowie Transportflugzeuge und Flotteneinheiten zusammengezogen wurden, um im geeigneten Moment in Bangla Desh einzumarschieren zu könne. Wie man sieht, hat sich der expansionistische Charakter der indischen Außenpolitik nicht geändert. Im Gegenteil: er wird bewußt weiterhin aufrechterhalten, auch deshalb, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und mehr innere Handlungsfreiheit zu gewinnen. Wenn es um die Sicherung oder Erweiterung der Großmachtstellung der eigenen Nation geht, brüllen *alle* politischen Gruppierungen Indiens in einem Chor, die Opposition teilweise sogar noch lauter als die Regierung selbst.

Anmerkungen:

1) Das Kaschmir-Problem blieb auch bei den neusten Vereinbarungen ausgeschlossen.
2) Zum 62-er Krieg vgl.: Maxwell, Neville, India's China War, Harmondsworth 1972 (Pelican-Book, ca. 10,– DM)
3) Die irrtümliche Meldung in Heft 41/42, die BRD sei der größte Handelspartner Indiens, ist hingegen falsch.
4) Ein gutes Beispiel für die im Chor vorgetragenen Klagelieder der Apologeten der bürgerlichen Demokratie lieferte die Süddeutsche Zeitung, vgl. dazu Heft 46/47, S. 22.

Folter in Indien

5. 6. 76 (NZZ)
Die in New York ansässige Internationale Liga für Menschenrechte hat in einem Bericht Indien vorgeworfen, die Folterung politischer Gefangener nach Einführung des Ausnahmezustandes zur offiziellen Politik gemacht zu haben. Der Bericht wurde UNO-Generalsekretär Waldheim und der Menschenrechtskommission der UNO übermittelt.

Berichtigung

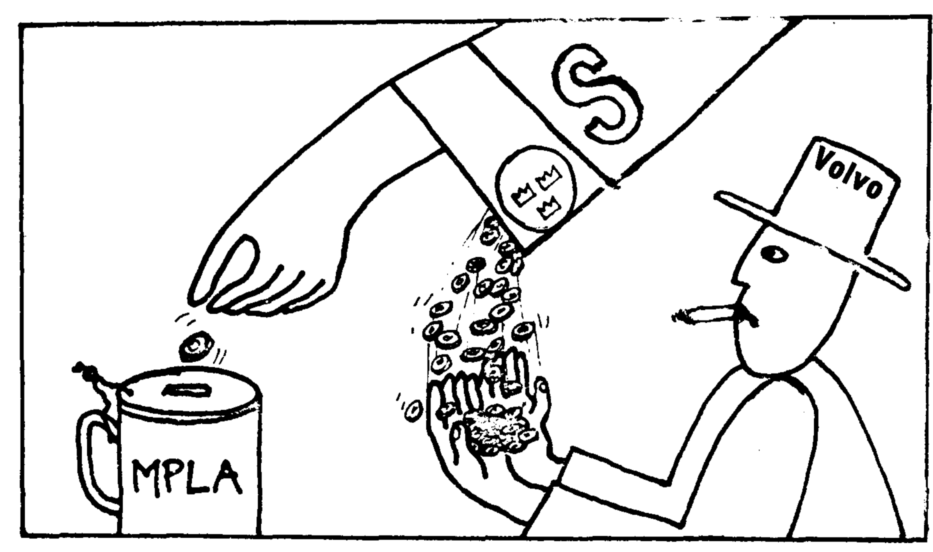
Im letzten Heft der „blätter" berichteten wir auf Seite 10 („Asiatische Militärpotentiale"), die Militärausgaben Indiens beliefen sich auf ein dreifaches der offiziellen Summe von 2.660 Mrd. Dollar, wobei in jener Zahl die Kosten für die Nuklear- und Raumfahrtforschung sowie für die paramilitärischen Verbände und die Polizeistreitkräfte nicht enthalten seien. Diese Angabe ist jedoch unrichtig. Richtig ist, daß die indischen Rüstungsausgaben allem Anschein nach dreimal so hoch sind als 2.660 Mrd. Dollar, wobei nur die unveröffentlichten Kosten des atomaren Entwicklungsprogramms nicht miteingeschlossen sind (FEER, 7. 5. 76). Die von der Zeitschrift Far Eastern Economic Review gemachten Angaben erscheinen allerdings etwas hochgegriffen. Vgl. dazu den Indien-Artikel in diesem Heft, Anm. 2.



Südliches Afrika

ANGOLA

Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg



Nach dem mit kubanischer Hilfe gegen FNLA, UNITA und südafrikanische Expeditionstruppen erkämpften Sieg sah sich die MPLA-Regierung in Luanda mit großen Problemen konfrontiert. Die Frankfurter Rundschau berichtet, daß 600.000 Angolaner dem Krieg zum Opfer gefallen seien. (20. 5. 76) Das Flüchtlingsproblem ist noch immer ungelöst. Die angolanische Regierung bat um internationale Unterstützung zur Versorgung der Flüchtlinge. Von insgesamt ca. 700.000 Flüchtlingen leben nach UN-Schätzungen noch 445.000 außerhalb Angolas, davon 400.000 in Zaire und 35.000 in Sambia, innerhalb Angolas sind etwa 250.000 durch den Krieg vertrieben worden, dazu kommen noch 35.000 Flüchtlinge aus den ehemaligen portugiesischen „strategischen Dörfern". (International Herald Tribune, 27. 5. 76)
Der Krieg hat die Verwaltung des Landes und das Wirtschaftssystem der Kolonialzeit fast vollständig zerstört und die Verbindung zwischen den Landesteilen zerschnitten. Obwohl die Zerstörungen an Industrieanlagen nicht bedeutend waren, ist das Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand gekommen. Der Grund dafür ist, daß die Exportindustrien Angolas zum größten Teil von Europäern geleitet wurden und daß von den 500.000 Weißen, die noch vor einem Jahr in Angola lebten, 450.000 das Land verlassen haben. Angola verfügt nur noch über eine kleine Zahl von Technikern und leitenden Angestellten. (Marchés Tropicaux 23. 4. 76) Die angolansiche Regierung hat ihr Interesse an der Rückkehr der Angola-Flüchtlinge deutlich gezeigt. Präsident Neto hat jedoch die Bedingungen für eine Rückkehr nach Angola klargemacht: „Wenn ein Portugiese, der kein Krimineller ist und keine Gewalttaten gegen unser Volk beging, zurückkehren will, muß er sich klarmachen, daß er sich dem System anzupassen haben wird, das hier entsteht, und nicht wieder als Boß oder Aufseher zurückkommen kann." (Daily News, Tansania, 25. 5. 76)
Die bisher angeknüpften Wirtschaftsbeziehungen zeigen, daß die VR Angola sich nicht einseitig auf die Ostblockländer orientieren will. Das erste größere Vertragsgeschäft wurde mit Brasilien abgeschlossen, das als eines der ersten Länder die MPLA-Regierung anerkannt hatte. Brasilien gewährt Angola einen Kredit von 8 Mill. Dollar, es wird 200 Autobusse und 5.000 Tonnen Reis an Angola liefern und im Austausch Öl und Kaffee aus Angola beziehen. (El Moudjahid, Algier, 17. 4. 76)
Schweden, das seit langem freundschaftliche Beziehungen zur MPLA unterhielt, schickte als erstes europäisches Land eine Handelsmission nach Luanda. Importlizenzen wurden erteilt für fünf Herstellerfirmen schwerer Lastkraftwagen, davon zwei schwedische (Volvo u. Scania). Die drei anderen sind Fiat, Mercedes und Tam, eine jugoslawische Marke. Außerdem arbeiten schwedische Planungsexperten mit dem angolanischen Wirtschaftsministerium zusammen. Die MPLA-Regierung hat schnell Beziehungen zu ausländischen Luftlinien hergestellt, Luanda kann heute direkt von Rom, Paris, Lagos, Algier und Moskau angeflogen werden. (The Economist 21. 5. 76)
Der Handel mit den USA und Portugal ist dagegen drastisch zurückgegangen (jedoch gibt es auch hier Anzeichen einer Normalisierung). Zwei Boeing 737, die von der angolanischen Übergangsregierung vor Beginn des Bürgerkriegs bestellt worden waren und deren Auslieferung die US-Regierung verhindert hatte, sind am 25. 3. in Angola übergeben worden (Africa, 2. 4. 76). Gulf-Oil hat die Förderung in Cabinda im Mai wieder aufgenommen, nachdem die Gesellschaft im Dezember letzten Jahres auf Drängen der US-Regierung ihre Aktivitäten eingestellt hatte. Verhandlungen über den künftigen Anteil des angolanischen Staates an den Öleinnahmen sind im Gange, eine Einigung wird erwartet, da ein längerer Stillstand der Anlagen zu einer Schädigung führen würde und nicht im Interesse Angolas ist. Falls die Verhandlungen scheitern, steht als Interessent das italienische Staatsunternehmen ENI bereit. (Economist 22. 5. 76).
Die MPLA-Regierung hat ein Gesetz über das Eingreifen des Staates in den Wirtschaftssektor erlassen, in dem die Prinzipien der zukünftigen Wirtschaftspolitik festgelegt sind. Die VR Angola will eine Planwirtschaft aufbauen, in der drei Sektoren nebeneinander bestehen werden: die verstaatlichten Wirtschaftseinheiten, die Kooperativen und die privaten Unternehmen. (Marchés Tropicaux 26. 3. 76) Der Premierminister Nascimento hat die Verstaatlichung der Bodenschätze des Landes (Öl, Diamanten, Eisenerz, usw.) und der großen Fabriken und Gesellschaften angekündigt. Zum Tempo der Verstaatlichungen sagte er: „Wir werden nichts ungetan lassen, was sofort getan werden kann, aber wir werden nichts beginnen, was jetzt noch nicht machbar ist." (Financial Times, 11. 5. 76) Die Verstaatlichung von sieben großen Industriekonzernen (darunter Champalimaud-Stahl) und von 36 landwirtschaftlichen Großunternehmen, darunter die größte Kaffeeplantage der ehemaligen Kolonie, wurde bereits vollzogen. (Financial Times, 7. 5. 76) Ein nationales Energieversorgungsunternehmen, die SONANGOL, ist gegründet worden, das die Produktion und die Verteilung des Erdöls im ganzen Land kontrollieren soll. Weiter wurde die gesamte Presse des Landes verstaatlicht. Außerdem beschloß der Revolutionsrat die Beschlagnahme aller Häuser und Wohnungen, deren Besitzer das Land verlassen haben. (Le Monde, 25. 5. 76; NZZ, 18. 6. 76)
Große Schwierigkeiten der angolanischen Wirtschaft resultieren aus Arbeitskräftemangel und fehlender Arbeitsdisziplin. Besonders besorgniserregend für die regierende MPLA scheint die Situation im Industriegürtel von Luanda und auf den großen Kaffeeplantagen im Norden zu sein, Die Arbeiter von Luanda, auf die sich die MPLA im Bürgerkrieg gestützt hatte, wollen nun die Früchte des Sieges ernten. Solange ihre Lebensbedingungen sich nicht spürbar verbessern, zeigen sie wenig Interesse, sich in der nun proklamierten „Produktionsschlacht" zu engagieren. Ihre Unzufriedenheit drückt sich aus in häufigen Arbeitsniederlegungen oder einfachem Fernbleiben vom Arbeitsplatz. Ein deutliches Indiz für die Schwierigkeiten in der Produktion ist das „Gesetz gegen Wirtschaftssabotage", das am 11. 7. vom Revolutionsrat erlassen wurde. Als Wirtschaftssabotage gelten „Akte, die den normalen revolutionären Ablauf auf dem Gebiet der nationalen Wirtschaft beeinträchtigen." (NZZ, 12. 7. 76) Die Kaffeeplantagen in Nordangola wurden während der Kolonialzeit mit Kontraktarbeitern aus dem dichtbevölkerten Zentralangola bewirtschaftet. Die meisten davon sind nach Hause zurückgekehrt, so daß nur 20.000 Plantagenarbeiter zur Verfügung stehen, während 150.000 benötigt würden. Die Regierung mußte eine nationale Kampagne zur Einbringung der Kaffeeernte in Gang setzen. Kaffee ist eine der Haupteinnahmequellen Angolas, das Land ist der viertgrößte Kaffeeproduzent der Welt. (Africa 1. 6.)

Der Söldnerprozeß in Luanda

(Le Monde 30. 6. 76, Afrique-Asie 28. 6. 76)
Am 11. Juni eröffnete ein Revolutionsgericht in Luanda den Prozeß gegen 13 Söldner, neun Briten, drei US-Bürger und einen Iren, die im Januar während der siegreichen MPLA-Offensive gegen die FNLA in Nordangola gefangengenommen worden waren. Über die Art der Durchführung des Prozesses gab es in der MPLA unterschiedliche Vorstellungen, der Plan, die Söldner durch ein Volkstribunal

in den Elendsvierteln von Luanda richten zu lassen, wurde aufgegeben zugunsten eines nach internationalen Rechtsnormen öffentlich geführten Prozesses unter Teilnahme von Pressevertretern aus aller Welt. In der Berichterstattung der westlichen Presse wurde die faire Prozeßführung wiederholt hervorgehoben.
Ziel der Anklage war es vor allem, das Netz von Interessen aufzuzeigen, das die Anwerbung und den Einsatz der Söldner ermöglicht hatte. Angeklagt wurden die gegnerische Organisation FNLA, die die Söldner ins Land gerufen hatte, die Vereinigten Staaten als Geldgeber, Großbritannien, Belgien und Zaire wegen der stillschweigenden Duldung der Anwerbung beziehungsweise der Durchreise der Söldnergruppen. Die Komplizenschaft der britischen Regierung geht aus dem folgenden Dialog zwischen dem Angeklagten Fortlin und dem Vorsitzenden des Gerichts hervor:
Vorsitzender: Wie haben Sie England verlassen?
Fortlin: Es gab überhaupt keine Paßkontrolle. Auf dem Flughafen Heathrow sind wir direkt vom Wartesaal zum Flugzeug gegangen.
– War es normal, daß es keine Kontrollen gab?
– Nein. Aber Banks (John Banks war der Hauptanwerber in England) hat uns angedeutet, daß wir „Unterstützung von oben" hatten und daß „alles geregelt war".

Der Hauptankläger hatte nach dem Verlesen der Anklageschrift, die 139 Punkte umfasste, die Todesstrafe für sämtliche Angeklagten gefordert. Er betonte, daß das Urteil zur Abschreckung dienen müsse gegenüber denjenigen, die die Absicht hätten, als Söldner nach Rhodesien oder Namibia zu gehen.
Die angolanischen Verteidiger versuchten, die Angeklagten selbst als Opfer gerissener Anwerber darzustellen, deren betrügerische Methoden übrigens im Prozeß enthüllt worden waren, und als Opfer der Gesellschaftsordnung ihrer Herkunftsländer, die ihnen keine andere Chance gelassen hatte, außer sich als Berufskiller für 150 Pfund in der Woche zu verdingen.
Am 28. Juni ging der Prozeß mit Todesurteilen gegen vier der Angeklagten, den Amerikaner Daniel Gearhart und die Briten Costas Georgiou alias Tony Callan, Andrew Mc Kenzie und John Barker zu Ende. Die übrigen Angeklagten wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. In der Urteilsbegründung wies das Gericht den Einwand zurück, daß es sich bei den Söldnern um Kriegsgefangene handle. Jedoch ging das Urteil davon aus, daß die Angeklagten nicht gleichermaßen schuldig waren. Callan und Mc Kenzie wurden wegen der Verbrechen verurteilt, die sie begangen hatten, unter anderem der Erschießung von 14 anderen Söldnern, Gearhart und Barker, weil sie eine führende Stellung innerhalb der Söldnergruppe eingenommen hatten.

Trotz Protesten der Vereinigten Staaten und Großbritanniens und eines Gnadengesuches der englischen Königin Elisabeth hat der angolanische Staatspräsident Neto am 9. Juli die Todesurteile bestätigt. Am 10. Juli wurden die vier Verurteilten hingerichtet. Das Internationale Rote Kreuz konnte nicht zugunsten der Verurteilten intervenieren, da dafür die rechtlichen Voraussetzungen fehlen. In der Theorie des humanitären Völkerrechts ist es umstritten, ob ein gefangener Söldner als Kriegsgefangener behandelt werden muß oder als vogelfreier Abenteurer gilt. Nigeria hat auf der Kriegsrechtkonferenz in Genf im Mai einen Antrag eingebracht, der Söldnern ausdrücklich den Schutz der Genfer Konventionen entziehen will. (FR, 22. 6. 76)
Als ein Schritt zur weltweiten Ächtung des Söldnerunwesens, unter dem besonders auch Afrika gelitten hat, war der Prozeß von Luanda geplant. Er sollte ein Warnsignal für diejenigen sein, die geneigt sein könnten, dem Ruf der rhodesischen Regierung, Südafrikas oder der geschlagenen Organisationen FNLA und UNITA in Angola selbst zu folgen. Deshalb hat die angolanische Regierung eine internationale Kommission, zusammengesetzt aus angesehenen Juristen aus 42 Ländern, parallel zum Prozeß nach Luanda geladen, um einen Grundsatztext für eine internationale Verurteilung des „mercenarismo" zu erarbeiten.

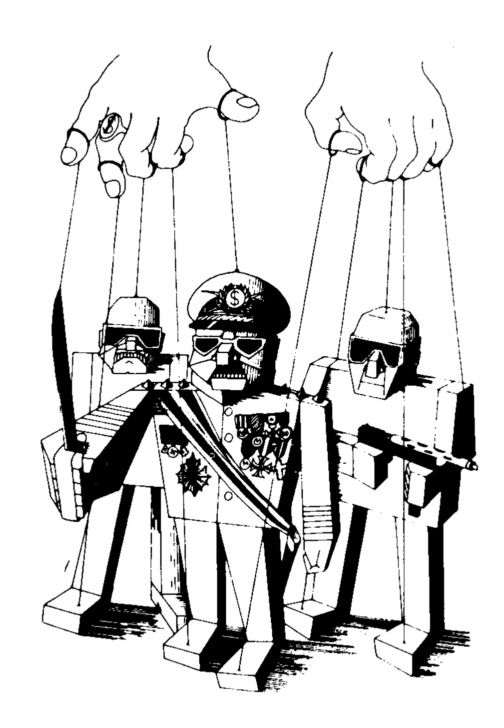
Libanon

Grobe Einschätzung der Lage

Im aufgewühlten libanesischen Gewässer fischen viele im Trüben. Der derzeitige Konflikt ist das Ergebnis bereits lange schwelender innerlibanesischer Widersprüche, die sich aus der Geschichte des Landes erklären, angeheizt und genährt von Großmachtrivalitäten und panarabischen Cliquenkämpfen.
Jahrelang diente den libanesischen Feudalcliquen (christlich, moslemisch und drusisch) das labile Proporzystem des Landes zur Spaltung der Massen, die sich im Land der wohl drastischsten Klassenunterschiede dieses Raums zunehmend radikalisierten.
Die wechselnden Allianzen im Libanon erklären sich z. T. aus der Furcht der Cliquen vor dieser Radikalisierung, wobei auch bei den Herrschenden das Klassenhemd stets näher ist als der Religionsrock.
Die Palästinenser dienten sowohl den libanesischen wie den anderen reaktionären arabischen Führungscliquen als politisches Faustpfand nach außen wie innen und untereinander, wobei sie besonders als Ventil für die politischen Energien der eigenen Massen benutzt wurden.
Zu diesem Zweck und zur besseren Kontrolle der Palästinenser zogen sich alle Regierungen ihre eigenen palestinensischen Kampforganisationen groß, deren Einsatz und Ausrichtung meist mehr von den Interessen des Gast- bzw. Förderlandes als durch die Interessen der palästinensischen Revolution bestimmt waren.
Im Libanonkonflikt bemühten sich beide Seiten von Anfang an, die Palästinenser hineinzuziehen. Die Rechten unter Führung der faschistischen Falange, um vom Klassencharakter des Konflikts abzulenken und den Unruhefaktor PLO zu beseitigen, der ihre Geschäfte bedrohte. Falangistenchef Gemayel erklärt als Kriegsziel, daß „die Libanesen vom palestinensich-progressistischen Joch befreit" werden. (NZZ 11. 7. 76) Die „Progressisten", um einen militärisch starken Verbündeten zu gewinnen. Die Mehrzahl der reichen Libanesen fürchtet mit Recht, daß der Libanon durch die Palästinenser in einen Konflikt mit Israel hineingezogen wird, der Beiruts Stellung als Finanz- und Handelsmetropole in Nahost zerstören würde. Ihr Kriegsziel ist die Erhaltung des sie begünstigenden Proporzsystems, die Abwehr aller Reformbestrebungen, soweit sie die Macht und den Zugang zu ihren Fleischtöpfen betrifft, sowie die Ausschaltung der Palästinenser als politischen und militärischen Faktor.
Sie werden dabei unterstützt von immer mehr reaktionären arabischen Regimen, die durch die wachsende politische und militärische Stärke und Unabhängigkeit der PLO ihr Faustpfand schwinden sehen und die, nach den letzten Verlusten im Krieg gegen Israel, sich lieber heute als morgen mit Israel arrangieren würden, wenn sie dadurch nicht Gefahr liefen, Opfer ihrer eigenen früheren Demagogie zu werden. Eine unabhängige und militante Palästinenserbewegung steht solchen Kompromissbestrebungen aber in jeder Hinsicht im Wege.
Das Sinaiabkommen Sadats markiert einen wichtigen Wendepunkt in dieser Hinsicht in der Politik der herrschenden arabischen Cliquen.
Zudem sind da noch in allen arabischen Ländern die Produkte früherer Demagogien-Nasseristen und radikale (iraknahe) Baathisten vor allem, die, dank der Exilierung durch spätere Regierungen, heute ihre Hochburgen im Libanon

haben (vor allem in Tripoli und Saida) und deren Einfluß in Damaskus wie in Kairo gefürchtet wird. Der syrische Frontenwechsel muß auch damit erklärt werden, und die intensive Beschießung von Saida und Tripoli durch die Syrer mag dabei ebenfalls mitspielen.
Assads Rechnung, er sei nun – vor allem auch nach wirksamer Stützung seines Regimes durch amerikanischen Weizen stark genug, um seine Kompromißpolitik notfalls gegen und auf Kosten der Palästinenser durchsetzen zu können, ging bislang auf, wenn auch nicht immer glatt. Assad mußte im Frühjahr 76 300–400 Gegner seiner Libanonpolitik verhaften lassen. (NZZ 22.5.)
Die USA (und vor allem Israel als lachender Dritter) unterstützen dieses Spiel, wobei nach Ermittlungen des CIA die Falangisten auf dem Seeweg von Israel mit amerikanischen Waffen beliefert werden.
Die „Washington Post" behauptet, der Libanon sei „Opfer eines US-syrisch-israelischen Komplotts." Kissinger wolle Syrien für den Verlust der Golan Höhen mit Teilen des Libanon, vor allem der Hafenstadt Tripoli, entschädigen (28. 5. 76).
Dagegen sieht sich die UdSSR vor einem erneuten Dilemma: Wenn Sie einseitig Stellung bezieht, tritt sie auf jeden Fall einem wichtigen Verbündeten auf die Füsse. Um weiteren Schwund ihres Einflusses in Nahost fürchtend, beliefert sie vorsichtig beide Seiten mit Waffen und Verbandsstoff, wobei sie nach außen einerseits Nichteinmischung fordert, andererseits besonderes geopolitisches Interesse anmeldet. Man fischt mit (mindestens) zwei Angeln im Trüben und hofft, daß sich der Sturm legt und ein Patt entsteht. Rumänische und bulgarische Transportschiffe liefern Waffen sowohl an Falangisten als auch an progressistische Verbände. (FR 22. 6. 76).
Auf der Seite der „Progressisten" unter Kamal Dschumblat geht es einmal um die längst fällige Ablösung des überlebten Proporzsystems, an der vor allem die unterrepräsentierten Moslems interessiert sind. Der rhetorisch zuweilen radikale, tatsächlich aber eher sozialdemokratische Großgrundbesitzer und Chef der Drusensekte Dschumblat setzt heute auf Linke und Nasseristen, die unter den verarmten Massen den größten Zulauf versprechen. Seine Drohungen mit Volkskrieg scheinen aber wenig Echo bei diesen Massen zu finden, die sich immer mehr als Kanonenfutter rivalisierender Feudalcliquen (Dschumblat eingeschlossen) und deren Privatarmeen mißbraucht sehen.
Ihr sozialrevolutionären Forderungen sind bei Dschumblat und seinen Freunden auch kaum in den richtigen Händen.
Die Palästinenser schließlich, die in den Konflikt hineingezogen, sich zunächst in Kämpfen zwischen den verschiedenen auslandgesteuerten Fraktionen selbst zerfleischten, befinden sich mittlerweile in einem Kampf ums physische Überleben. Die arabischen Reaktionäre im Verein mit Israel und den Supermächten scheinen entschlossen, die Palästinafrage auf ihre Weise zu lösen.
Der Ausgang des Konflikts wird vor allem auch davon abhängen, inwieweit sich die libanesischen Massen aus dem Gestrüpp von Stammes-, Cliquen- und Religionsloyalitäten befreien und gemeinsame Klasseninteressen zur Grundlage ihrer Einheit machen können. Da die Positionen der anderen reaktionären arabischen Regimes gegenüber ihren eigenen Massen bzw. gegenüber rivalisierender Cliquen nicht allzu stabil sind, können sich auch von da her plötzliche Kräfteverschiebungen im Konflikt ergeben.
Le Monde hat bereits über Meutereien syrischer Truppen im Libanon berichtet. (9. 6. 76)

R. G.



PARAGUAY

ERNEUTE REPRESSIONSWELLE

Der folgende Bericht stammt von einem Paraguayer, der aus verständlichen Gründen ungenannt bleiben möchte.

Bericht über einige Ereignisse
Im April 1976 kam es in Paraguay zu einer Verstärkung des politischen Terrors von Seiten der Polizei und Militärpolizei, die nur mit der Repressionswelle gegen Ende der 50er Jahre zu vergleichen ist.
Am 4. und 5. April werden zahlreiche Campesinos im Departamento (Provinz) Misiones verhaftet und zum Teil an Ort und Stelle in grausamer Weise mißhandelt. Unter ihnen befindet sich José G. Ojeda, der seit 1975 die Kommerzialisierung der Agrarprodukte der unabhängigen Bauerngenossenschaften in Misones organisiert.
Am 9. April dringt die Polizei nach Art einer Kommandoaktion in die „Misión de Amistad" (eine von der nordamerikanischen protestantischen Kirche gegründete Mission) ein und verhaftet die Angestellten Luciano Paredes, Carlos Flores, Marcelino Zarza, Ramón Giménez, Waldina Soto, Dionisio Borda. Die Mitarbeiter Ubaldo Chamorro und seine Ehefrau können sich in die Deutsche Botschaft flüchten und um Asyl ersuchen. Am 30. April bezeichnet der Verteidigungsminister Gen. Macial Samaniego die „Misión de Amistad" als „. . . von der fünften Kolonne des internationalen Kommunismus fast völlig unterwandert".
Während der Folterungen, denen mit Sicherheit J. Ojeda, B. Nunez, W. Soto und D. Borda unterworfen wurden, versucht die Polizei nachzuweisen, daß Mitarbeiter der Mission mit dem spanischen Jesuitenpater Miguel Sanmarti, der kommunistischen Partei und einer aufständigen Bauernorganisation zusammengearbeitet und Geld unter anderem zum Ankauf von Waffen verwendet haben. In der einzigen offiziellen Stellungnahme über die Vorkommnisse in Paraguay, die der Verteidigungsminister und stellvertretende Innenminister General I. Samaiego am 20. April in den Tageszeitungen veröffentlichen ließ, heißt es, daß es der Polizei geglückt sei, einer umfangreichen Terrororganisation auf die Spur zu kommen, die als OPM (Organización politca-

militar) in Verbindung mit dem argentinischen ERP (Ejercito revolucionario del Pueblo) und unabhängigen katholischen Gruppen arbeiten solle. Diese OPM habe unter der Führung des spanischen Jesuiten Sanmarti einen bewaffneten Bauernaufstand, Banküberfälle und Entführungen von Politikern und Geschäftsleuten geplant. Allein in der Provinz Misiones habe man 1.600 Terroristen (!) identifiziert, aber Verbindungen seien in allen Provinzen festgestellt worden.
Selbst die Regierungspartei (Partido Colorado) sei infiltriert worden. Aufgrund dieser absurden „Analyse" gibt es für die Sicherheits- und Repressionsbehörden keinerlei Kontrollmechanismen oder landesübliche „Rücksichten" mehr und es häufen sich täglich Willkürakte völlig unsinniger Art in der Hauptstadt und auf dem Land, die offensichtlich dem kollektiven und personlichen Rachebedürfnis der Polizei und Militärpolizei entsprechen. In Sta. Rosa/Missiones, wird einem Campesino in Gegenwart seiner Verwandten und Nachbarn der Kopf mit einer Machete (langes Buschmesser) abgeschlagen.
In Asuncion wird ein alter Mann, der als Kriegsversehrter des Chaco-Krieges und Mitglied einer Kirchenorganisation das Kirchenblatt „Sendero" verteilt, auf offener Straße zu Tode geprügelt.
Während der polizeilichen Durchsuchung und Besetzung des Jesuitengebäudes in Asuncion werden die Priester Miguel Munarriz und Ingnacio Parra festgenommen.

Am 21. April werden die Jesuitenpriester Munarriz, Gelpi und der Pfarrer von Santa Rosa des Landes verwiesen. Unterdessen gehen die Massenverhaftungen vor allem auf dem Land weiter: Am 2. Mai besetzt die Polizei ein Dorf in der Provinz Paraguari, treibt alle Bewohner, Männer und Frauen und Kinder, unter Gewaltanwendung auf bereitgestellte Lastautos, mit denen sie (vermutlich nach Asuncion) abtransportiert werden. Zu ähnlichen Aktionen kommt es nach Augenzeugenberichten auch in den Provinzen Ka'aguasu, Cordillera, Central und Ne'embuku.
Nach vorsichtigen Schätzungen eines westeuropäischen Botschafters gab es bereits in der dritten Aprilwoche über 400 neue politische Gefangene im Dpto. de Investigaciones (Politisches Polizeigefängnis). Außer in der deutschen Botschaft befinden sich auch in den Botschaften Mexikos und Perus Asylbewerber.
Von einigen wieder freigelassenen Inhaftierten (Familienangehörigen) wurde bestätigt, daß die Polizei der Zahl der Verhafteten organisatorisch nicht mehr gewachsen ist: Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser funktioniert nicht mehr, tagelang bekamen die Gefangenen über die Ostertage kein Essen und die Verhöre und Folterungen werden großenteils planlos und je nach Laune und Kraft der Polizisten durchgeführt. 83 der politischen Gefangenen wurden bereits aus Platzmangel in die nationale Gefängnisanstalt Tacumbu überführt. Die im paraguayischen Repressionssystem übliche „Sippenhaft" bei politisch Verdächtigen hat die Zahl der Gefangenen weiter erhöht. Deshalb kommt es nach Aussagen eines Polizeioffiziers zur Erschießung aller Gefangenen, bei denen „. . . nachgewiesen sei, daß es sich um Kommunisten handele", um „. . . ein bißchen mehr Platz zu schaffen".

Zur Einschätzung dieser Repressionswelle
Zusammenfassend kann festgehalten werden:
Seit Dezember 1975 (Liquidierung des Indianerprojekts Marandu) kam es zu einer ständig wachsenden, aus der Kontrolle der Regierung und Partei geratenden Repressionswelle, die sich gegen alle potentiell oppositionellen Sektoren der paraguayischer Bevölkerung richtet, sich aber auf die Vernichtung der Organisationskerne der katholischen Bauernbewegung (movimiento campesino), der unabhängigen Studentenbewegung (centros independientes) und der Kommunistischen Partei (PCP) konzentriert. In der entstandenen repressiven Dynamik setzen sich die Willkürakte der Polizei und Militärpolizei wahllos fort, und ein Ende ist derzeit nicht abzusehen.
(Weitere Repressionsursachen und deren Einschätzung vermitteln die als Literatur unten angeführten Artikel in „Blätter des iz3w". Anmerkung der Red.)
Auslösende Faktoren können im argentinischen Militärputsch, der vielen Exilparaguayern die rechtliche Grundlage in Argentinien entzog und sie dadurch zur Rückwanderung (heimlichen) nach Paraguay veranlaßte und im Erstarken der Campesinobewegung gesehen werden. Auch parteiinterne Schwierigkeiten, die mit der für eine neue (fünfte) Kandidatur Strössners notwendige Verfassungsänderung zusammenhängen, bzw. mit der wachsenden Abhängigkeit Paraguays von Brasilien, die auf Widerstand unter einigen Offizieren stößt, könnten die Notwendigkeit einer totalen Säuberung verstärken.

Als *unmittelbare Konsequenz* ergibt sich ein allgemeines und erdrückendes Angstgefühl unter fast allen Paraguayern, da die zur Gewohnheit gewordenen persönlichen Sicherheitsmaßnahmen wie Parteizugehörigkeit, Freundschaft bzw. padrinazgo mit Machthabern, gelegentliche Spitzeldienste oder Verankerung durch „sichere" Institutionen wie Regierung, Kirchen oder ausländische Firmen und Institutionen keinen Schutz mehr gewährleisten. Es weiß buchstäblich kein Paraguayer mehr, ob er Gefahr läuft, verhaftet zu werden, oder nicht. Das in über 20 Jahren Diktatur erlernte sorgfältige Abschätzen des persönlichen Risikos – eine selbstverständliche und virtuos durchgeführte Aufgabe jedes Staatsbürgers – ist innerhalb weniger Wochen unmöglich geworden.
Nur so erklärt sich die allgemein beobachtete Hilfs- und Fassungslosigkeit ansonsten mutiger Leute und Institutionen. Verstärkt wird diese Katastrophenstimmung durch das fast absolute Schweigen der katholischen Kirche, der Bischofskonferenz (wider einzelne Bischöfe) und des apostolischen Nuntius, da ja die Kirche bis vor kurzem im Ruf stand, einzige Institution des Landes zu sein, der die Regierung keinen Maulkorb umbinden konnte. Wenn man an die mutige und international verbreitete Kampagne anläßlich des militärischen Überfalls auf die Bauernkooperative „Jejui" im Februar 1975 denkt, ist es unverständlich, weshalb auf die unvergleichlich heftigere, grausamere und verbreitetere gegenwärtige Terrorwelle nicht reagiert wird.



Bisherige Artikel zu Paraguay in „blätter des iz3w":
- Subimperialismus am Beispiel des ITAIPU-Projekts in Paraguay in Nr. 35, S. 32 f
- Basiskommunitäten: Befreiung geht von der Basis aus, in Nr. 40, S. 22–26
- Chronikmeldungen zur Verfolgung der Bauerngemeinschaft San Isidro de Jejui; Nr. 43/44, S. 28; Nr. 45, S. 24; Nr. 46/47, S. 13.

VR China
MODELL FÜR DIE DRITTE WELT

Die Kritik an bürgerlichen Entwicklungsideologien und die Strukturanalyse abhängiger Länder, in denen ein hoffnungsloses Elend herrscht, verleiten auf die Dauer zur Resignation, wenn sie ohne praktisches Gegenbeispiel bleiben. Ein solches gibt es glücklicherweise: Das bevölkerungsstärkste Land der Dritten Welt, die VR China, hat in den vergangenen dreissig Jahren einen eigenen Entwicklungsweg gefunden, auf dem Massenelend und Abhängigkeit beseitigt werden konnten. Um falschem Pessimismus entgegenzuwirken, gehört es daher zu den Aufgaben einer antiimperialistischen Zeitschrift, das positive chinesische Entwicklungsmodell gründlich vorzustellen. Weil die VR China nicht nur theoretisch-modellhafte, sondern zunehmend auch praktisch-politische Bedeutung für das Ringen der ausgebeuteten Völker um Selbständigkeit und Wohlstand hat, ist es überdies notwendig zu untersuchen, von welchen Tendenzen die chinesische Innen- und vor allem Aussenpolitik gegenwärtig bestimmt werden. Bei aller Zustimmung zum chinesischen Entwicklungsweg muß dabei natürlich auch Raum für Kritik sein.

Nirgends ist die bürgerliche Entwicklungsideologie, wonach einer schmalen Elite von Technikern und Verwaltern die histirische Mission zukommt, aller Rückständigkeit und Widerspenstigkeit der Zurückgebliebenen zum Trotz die verborgenen Reichtümer der Welt zu ergründen und zu entfalten, praktisch so eindeutig widerlegt worden wie in der VR China. Ohne radikales Vertrauen in die kreativen Fähigkeiten der Produzenten selbst hätte China nie seine großen Erfolge errungen: ausreichende Nahrung für alle, Aufbau einer blühenden Leichtindustrie, Schaffung wohnlicher Städte, eine gut eingespielte Gesundheitsfürsorge usw.

Nach einer allgemeinen Einführung in die politischen Grundkonzeptionen der KP Chinas analysieren die beiden folgenden Artikel, wie das chinesische Entwicklungsmodell im einzelnen funktioniert und worin es sich von der Industrialisierung im kapitalistischen Westen und in der UdSSR unterscheidet. Sie ergänzen und erläutern sich gegenseitig.

Während der erste von Otterbein seinen Gegenstand aus einer abstrakten volkswirtschaftlichen Perspektive „von oben" angeht, beschreibt der zweite von Glass im konkreten Detail, wie auf der unteren Ebene der einzelnen Produktionseinheiten gehandelt wird. Was manchem Leser am Otterbein-Artikel noch schwer verständlich sein mag, wird durch die Beispiele des Glass-Artikel veranschaulicht und erklärt.

Gleichzeitig sind diese anschaulichen Beispiele auch wichtig zum Verständnis des Artikels, der sich mit dem Kampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie beschäftigt, welcher in der Entmachtung Deng Hsio-pings in jüngster Zeit einen spektakulären Ausdruck gefunden hat. Indem sie den Gegenstand dieser Auseinandersetzung verdeutlichen, machen sie klar, daß es keineswegs nur ein Kampf rivalisierender Führungscliquen um die pure Herrschaft ist, sondern daß es hier um Fragen geht, von denen das Leben der chinesischen Volksmassen zutiefst betroffen wird. Bettelheim behandelt einen besonderen Aspekt dieser Problematik: Ausgehend von der Gefahr einer wachsenden Entfremdung zwischen Kopf- und Handarbeit, die die Loslösung der Führungsgruppen vom Volk bedeuten würde, schildert er die in der Kulturrevolution entwickelten Maßnahmen gegen eine solche Entwicklung.

Im letzten Artikel des Themenblocks versuchen wir, die gegenwärtige Außenpolitik der VR China, die durch freundschaftliche Beziehungen zu reaktionären Regimes in der Dritten Welt von sich reden macht, kritisch einzuschätzen. Ob dies mit den inneren Auseinandersetzungen zusammenhängt und Ausdruck davon ist, daß sich in der Außenpolitik die rechte Linie durchgesetzt hat, können wir mangels zuverlässiger Information nicht untersuchen, geschweige denn entscheiden. Wir können nur hoffen, daß mit einem dauerhaften Sieg der Linken in China auch dessen Außenpolitik wieder in Bahnen geraten wird, deren Nützlichkeit für die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt über jeden Zweifel erhaben ist.

Red.

DAS CHINESISCHE KONZEPT VON REVOLUTION UND ENTWICKLUNG

1.

Sowohl die russische als auch die chinesische Weltrevolutionstheorie sind Produkte ganz spezifischer historischer Konstellationen und müssen als solche verstanden werden. Daher ist es auch völlig verständlich, daß sie nicht identisch sind, sondern beträchtliche Unterschiede aufweisen. Einer der großen Differenzen besteht darin, daß die chinesische Theorie das Zentrum der revolutionären Bewegungen von den kapitalistischen Staaten in die Länder der dritten Welt verlagert. Lin Piao führte diese These in seinem bekannten Aufsatz vom September 1965 „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg" näher aus: „Nehmen wir die ganze Welt her. Wenn Nord-Amerika und West-Europa als ‚Städte der Welt' bezeichnet werden können, kann man Asien, Afrika und Latein-Amerika die ‚ländlichen Gebiete der Welt' nennen. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die proletarische revolutionäre Bewegung in den Nordamerikanischen und westeuropäischen kapitalistischen Ländern aus verschiedenen Gründen vorübergehend abgebremst worden, während die revolutionäre Bewegung der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika sich kraftvoll entwickelt hat. In einem gewissen Sinn bietet die gegenwärtige Weltrevolution ein Bild der Einkreisung der Städte durch die ländlichen Gebiete. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind."[1]

Diese Theorie der ‚Städte und Dörfer', deren Originalität umstritten ist[2], stellt eine Übertragung des Verlaufs der chinesischen Revolution auf die Weltsituation dar, gleich wohl man nicht dem Irrtum verfallen darf, diese Übertragung als eine rein mechanische anzusehen. Es kommt also darauf an, die Grundzüge dieser Theorie herauszuarbeiten.

Zunächst einmal wird die Bedeutung von revolutionären

Kämpfen betont, d.h. ohne einen auf die Bauern gestützten Guerillakrieg kann eine Revolution in den Ländern der dritten Welt nicht erfolgreich sein. „Er ist in einem rückständigen Land, in einem großen halb-kolonialen Land eine lange Zeit hindurch die unerläßliche und folglich auch die beste Kampfform für die bewaffneten Kräfte des Volkes zur Niederringung des bewaffneten Feindes und zur Schaffung eigener Kampfpositionen. . . . Wir haben begriffen, daß in China ohne bewaffneten Kampf kein Platz für das Proletariat wäre, kein Platz für das Volk und kein Platz für die Kommunistische Partei und daß die Revolution nicht siegen würde."[3] Mao-Tse-tung geht sogar soweit zu sagen, daß die Entwicklung der KP Chinas nicht vom Partisanenkrieg zu trennen sei.[4]

Die Strategie, nach der dieser Kampf geführt wird, hat Mao zum ersten Male während der Bauernaufstände in Hunan entwickelt. „Die erste Etappe wird die Etappe der strategischen Angriffe des Gegners und unserer strategischen Verteidigung sein, die zweite die Etappe der strategischen Konsolidierung des Gegners und unserer Vorbereitung zur Gegenoffensive, die dritte die Etappe unserer strategischen Gegenoffensive und des strategischen Rückzugs des Gegners."[4] Dabei spielt die zweite Etappe eine ganz entscheidende Rolle: Sie bezeichnet nämlich den Zeitpunkt, wo der Feind schwächer geworden ist, während gleichzeitig die Partisanenbewegung erstarkt. Doch können die Partisanen ihren Kampf nur erfolgreich durchführen, wenn sie von der Bevölkerung unterstützt werden. Nur so können sie sich in ihren Rückzugsgebieten halten, um dann zu gegebener Zeit von dort aus ihre Aktionen zu starten. Dabei sind die Partisanen darauf bedacht, Partisanengebiete, d.h. Gebiete, die faktisch vom Gegner kontrolliert werden, aber dennoch relativ ungestörte Operationen zulassen, in Stützpunkte umzuwandeln, also in Gebiete, in denen keine Angriffe des Gegners mehr stattfinden. Diese Transformation der Partisanengebiete in Stützpunkte ist dann vollzogen, „sobald sie die nötigen Prozesse des Partisanenkriegs durchlaufen haben, d.h., sobald hier eine größere Anzahl von feindlichen Truppen vernichtet oder geschlagen worden sind, sobald die Marionettenmacht gestürzt ist, die Aktivität der Volksmassen geweckt und anti-japanische Massenorganisationen gegründet sind, sobald die Volksbewaffnung fortgeschritten und eine anti-japanische politische Macht geschaffen worden ist."[5] Um aber diese Bedingungen zu schaffen, werden sozial-revolutionäre Maßnahmen vorgenommen.

Im Zuge des erfolgreichen Kampfes werden immer mehr Partisanengebiete in Stützpunkte verwandelt, bis dann alle Stützpunkte zu einem geschlossenen Gebiet verschmelzen. Dieser Prozeß geht mit der Einkreisung der Städte einher, bis auch diese letzten Zufluchtstätten des Gegners erfolgreich erobert werden.

Eine Übertragung dieser Strategie eines auf ein Land beschränkten revolutionären Volkskrieges auf internationale Ebene sähe dann folgendermaßen aus:[6]

Revolutionärer Volkskrieg	Weltrevolution
1. Land	1. Dritte Welt
a) Stützpunkte, reguläre Armee	a) sozialistische Länder, deren Streitkräfte
b) Partisanengebiete, Partisanen	b) Länder, die sich emanzipieren (jeweils mit Stützpunkten, Partisanengebieten und Feindgebieten), Partisanen in diesen Ländern
c) Feindgebiet, Feindarmee, feindliche Hilfsverbände	c) Kolonien, Kolonialmächte resp. Truppen, Marionettenarmeen
2. Stadt	2. Hochindustrialisierte Länder
a) Feindliche Macht, Marionettenregierung	a) Kapital, Regierung
b) nationale Opposition	radikaldemokratische Opposition
c) mit den Partisanen sympathisierende Opposition	c) sozialistische Opposition

Dabei nimmt die Weltrevolution in den Stützpunkten ihren Anfang. Sie entwickelt sich in jenen Ländern der dritten Welt, die um ihre soziale und politische Emanzipation kämpfen und greift dann auf die Staaten über, die jetzt noch von den Kolonialmächten unterdrückt werden. Wenn auch in diesen Ländern die Revolution siegreich durchgeführt worden ist, dann sind die ‚Städte' umzingelt, und der Tag ist nicht mehr fern, an dem auch dort die Revolution stattfinden wird.[7]

2. Die neue demokratische Revolution

Der Charakter einer anti-imperialistischen Revolution in einem kolonialen oder halb-kolonialen Land hat sich seit der russischen Oktoberrevolution von 1917 gewandelt. Während sie vor diesem Zeitpunkt noch zur Kategorie der alten bürgerlich-demokratischen Revolution gehörte, ist sie ab dieser Zeit „Bestandteil einer neuen Weltrevolution, d.h. sie ist zum Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution des Proletariats geworden."[8]

Diese Revolution, auch neue demokratische Revolution genannt,[9] richtet sich gegen den Imperialismus und wird von den Volksmassen unter Führung des Proletariats getragen. Dabei kommt dem Proletariat und der revolutionären Partei, die als Basis den Marxismus-Leninismus hat, eine besondere Bedeutung zu, weil nur sie zur Führung der Revolution berechtigt sind. Eine andere Klasse bzw. Partei ist dazu nicht in der Lage. Der revolutionäre Kampf der Volksmassen wird nicht nur von den Arbeitern, Bauern, der städtischen Kleinbourgeoisie, sondern auch von der nationalen Bourgeoisie und anderen patriotischen und anti-imperialistischen Demokraten ausgetragen. Es ist also notwendig, eine möglichst breite Front aller anti-imperialistischen und patriotischen Menschen eines Landes im Kampf gegen den Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus aufzubauen.

Diese neue demokratische Revolution, die zum Sozialismus und nicht zum Kapitalismus führt, unterteilt sich in zwei revolutionäre Etappen: a) die Etappe der national-demokratischen Revolution und b) die Etappe der sozialistischen Revolution. Beide Etappen hängen jedoch eng miteinander zusammen. Die national-demokratische Revolution ist eine notwendige Voraussetzung der sozialistischen Revolution, die wiederum die unvermeidliche Fortsetzung der national-demokratischen Revolution darstellt. Um so gründlicher die national-demokratische Revolution durchgeführt worden ist, desto erfolgreicher wird die Durchführung der sozialistischen Revolution sein.

3. Revolution oder Konterrevolution

Die fortschrittlichen Kräfte in den Ländern der dritten Welt müssen die Notwendigkeit einer Entscheidung für die Revolution oder für die Konterrevolution stets vor Augen haben. So schreibt Mao in seinem Aufsatz „Über die neue Demokratie" folgendes: „. . . Unter den heute obwaltenden internationalen Umständen müssen sich die wackeren Recken der Kolonien und Halbkolonien entscheiden, ob sie sich in

die imperialistische Front einreihen und zu einem Teil der Kräfte der internationalen Konterrevolution werden oder sich in die antiimperialistische Front einreihen und zu einem Teil der Kräfte der Weltrevolution werden wollen. Eins von beiden, einen anderen Weg gibt es nicht."[10]

Während der Phase der national-demokratischen Revolution, deren Aufgaben nur durch revolutionäre Kämpfe gelöst werden können, „sind der Imperialismus und seine Lakaien die Hauptfeinde."[11] Um sie zu bekämpfen, muß eine möglichst breite Front aller antiimperialistischen und patriotischen Personen organisiert werden. Doch diese Solidarität darf sich nicht nur auf das entsprechende Volk in einem Land beziehen, sondern alle Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas müssen sich vereinigen, um gegen ihren gemeinsamen Feind: der US-Imperialismus im Bunde mit den anderen industrialisierten Staaten zu kämpfen. Denn „der Widerspruch zwischen den revolutionären Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika, auf der einen Seite und den Imperialisten mit den Vereinigten Staaten an der Spitze auf der anderen ist in der heutigen Welt der Widerspruch."[12] Die heutige Weltsituation hat sich im Sinne der unterdrückten Völker dieser Erde sehr positiv entwickelt. Im Verlauf des revolutionären Aufschwungs nach dem 2. Weltkrieg haben sich der Prozeß des politischen Bewußtwerdens und der Organisiertheit bei den Völkern der Dritten Welt kraftvoll entwickelt, während gleichzeitig das kapitalistische-imperialistische System sehr geschwächt wurde. Die rasche Zunahme der revolutionären Volksbewegungen in den beherrschten und unterdrückten Ländern legen dafür ein gutes Zeugnis ab. Obwohl die imperialistischen Mächte über ein gewaltiges Militärpotential verfügen, sind sie längerfristig nicht in der Lage diese revolutionären Volksbewegungen zu zerschlagen. Die gerechten Kämpfe dieser Völker unterstützen sich gegenseitig, und „die geistige Atombombe, welche die revolutionären Völker besitzen, ist eine weitaus gewaltigere und nützlichere Waffe als die physikalische Atombombe."[13]

4. Unterstützung der Befreiungsbewegungen

In allen Erklärungen und Grußbotschaften, die Mao-Tse-tung an die Völker der Dritten Welt gerichtet hat, betont er immer wieder und ausdrücklich, daß das chinesische Volk für die Befreiungskriege aller unterdrückten Völker volle Sympathie empfinde und sie nach besten Kräften aktiv unterstützen werde.[14] Auch Lin Piao schreibt: „Was die von den unterdrückten Nationen und Völkern geführten revolutionären Kriege betrifft, sind wir weit davon entfernt, dagegen zu sein, werden sie immer entschieden unterstützen und dabei aktiv Hilfe leisten."[15] Mit der zunehmenden Stärke Chinas wird diese Unterstützung immer mehr ausgebaut, und es bestehen überhaupt keine Gründe zu der Annahme, der revolutionäre Kampfgeist des chinesischen Volkes sei wegen der großen Erfolge im nationalen Aufbau versiegt, und die Sache der Weltrevolution werde aufgegeben. Die Verpflichtung zur Hilfe ist aber nicht nur eine Aufgabe Chinas, sondern „die Völker, die in ihrer Revolution bereits den Sieg errungen haben, müssen denen zur Hilfe kommen, die noch um ihre Befreiung kämpfen. Dies ist unsere internationalistische Pflicht."[16]

Eine Revolution in einem Land entspringt natürlich einer ganz spezifischen Situation. In diesem Sinne darf die Unterstützung der um ihre Befreiung kämpfenden Völker durch andere Nationen nicht als Export bzw. Import der Revolution verstanden werden. Erst dann, wenn ein ausreichendes Niveau des politischen Bewußtseins, der Organisiertheit und der Bewaffnung erreicht ist, kann das Volk seinen revolutionären Kampf gegen die Imperialisten und ihre Verbündeten beginnen und erfolgreich durchführen. Niemand kann es dabei ersetzen, kein anderes Volk kann ihm diese Aufgabe abnehmen. Die Befreiung eines unterdrückten Volkes ist also eine Befreiung aus eigener Kraft. „Im Kampf um die völlige Emanzipation verlassen sich die unterdrückten Völker in erster Linie auf ihre eigene Kraft und erst in zweiter Linie auf internationale Hilfe."[17] Und diese internationale Hilfe besteht eben darin, die kämpfenden Völker so zu unterstützen, daß sie einen Kampf aus eigener Kraft führen können.

5. Self-reliance als Entwicklungsstrategie

Dieses Prinzip der self-reliance wurde nun in den sechziger Jahren auf den ökonomischen Bereich ausgedehnt, nachdem China sehr schlechte Erfahrungen mit der russischen Hilfe gemacht hatte. Moskau hatte ab 1955 keine neuen finanziellen Mittel mehr bereit gestellt, weil es diese Gelder lieber in nichtkommunistischen Staaten anlegen wollte.[18] Als dann 1960 auch noch alle Techniker abgezogen wurden, zu einer Zeit, als China gerade unter größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten litt, und Moskau zwei Jahre später den Versuch unternahm, die anderen kommunistischen Staaten unter dem Vorwand der internationalen Arbeitsteilung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu reinen Zulieferanten zu degradieren, da gelangte die chinesische Regierung zu der Einsicht, daß ein Land nur dann seine volle Unabhängigkeit bewahren könne, wenn es sich beim nationalen Aufbau allein auf seine eigenen Kräfte verlassen würde. Diese Erfahrungen wurden auch auf die Weltsituation projeziert, und fortan wurde der Grundsatz der self-reliance als neue Entwicklungsstrategie für die Länder der Dritten Welt propagiert. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Landes ist Voraussetzung der politischen Unabhängigkeit, und diese wirtschaftliche Unabhängigkeit ist nur durch eine weitgehende Unterbrechung der Hilfe der IL – einschließlich der UdSSR –, weil diese Hilfe grundsätzlich keine Hilfe ist, sondern nur ein Mittel darstellt, die alte Ausbeu-



Spektakulärstes Projekt chinesischer Entwicklungshilfe : die „Uhuru"-(Freiheit-)Eisenbahnlinie (Tansania)

tungspolitik der Imperialisten durch eine neue zu ersetzen. Anders ausgedrückt: Die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Staaten und der UdSSR ist nichts anderes als ein Instrument des Neokolonialimus. Als Alternative dafür wird self-reliance empfohlen, d.h. „sich hauptsächlich auf den Enthusiasmus, die Initiative und das Schöpferische der Massen des Volkes des eigenen Landes stützen und die Kapitalakkumulation im eigenen Lande zu betreiben,"[19] die sich aus der Neuverteilung des Nationaleinkommens, aus der Kollektivierung der Landwirtschaft und Nationalisierung der anderen Wirtschaftszweige ergibt.[20] Natürlich darf der Grundsatz der self-reliance nicht als wirtschaftlicher Protektionismus und als völlige Abkapselung eines Landes von der übrigen Welt verstanden werden, doch die „wirtschaftliche Zusammenarbeit muß die Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe zur Grundlage haben."[21] Zwischen den EL kommt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sogar eine besonders große Bedeutung zu, weil sie alle eine gemeinsame Aufgabe haben: den Kolonialismus und den Neokolonialismus zu bekämpfen und alle Kräfte für den nationalen Aufbau zu konzentrieren. Angesichts dieser Situation gibt es allen Grund, daß sich die EL eng zusammenschließen und nicht entfremden.

6. Stellung Chinas in der Weltrevolution

Welche Stellung nimmt nun China in dem globalen revolutionären Prozeß ein? Spielt es eine aktive oder passive Rolle in der Weltrevolution? Diese Frage beantwortete Mao-Tse-tung in einem Interview mit E. Snow (1936) folgendermaßen: „Die chinesische Revolution ist ein Schlüsselfaktor in der internationalen Situation . . . Wenn die chinesische Revolution zur vollen Herrschaft gelangt ist, werden die Massen vieler kolonialer Länder dem Beispiel Chinas folgen und selbst einen gleichartigen großen Sieg erringen."[22]

China versteht sich also als Wegbereiter und Vorbild für die Länder der dritten Welt in ihrem Kampf gegen die Imperialisten und Kapitalisten. Die großen Erfahrungen, die in einem sehr langen revolutionären Kampf gewonnen wurden, und die daraus entwickelte Revolutionsstrategie sind auf alle Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas übertragbar, auch wenn die unterschiedlichen Besonderheiten der einzelnen Länder geringfügige Modifikation erfordern. Der große Vorteil, der China gegenüber den anderen Ländern hat, besteht darin, daß es die revolutionäre Theorie in die Realität umgesetzt hat. In diesem Sinne äußerte sich auch Lin Piao: „In der chinesischen Revolution wurde das Problem, wie die nationale demokratische Revolution in den kolonialen und halb-kolonialen Ländern mit der sozialistischen Revolution zu verknüpfen ist, erfolgreich gelöst."[23], und damit kann das chinesische Modell als Lehrbeispiel für die revolutionären Befreiungsbewegungen dienen. Dieser Führungsanspruch Chinas muß natürlich auch im Kontext der chinesisch-sowjetischen Konfrontation gesehen werden. Mao wandte sich verschiedentlich gegen die Bestrebung Moskaus, den anderen kommunistischen Staaten ihren Willen aufzuzwingen[24], die unter anderem darin begründet liegt, daß die Sowjetunion sich als Führer der Weltrevolution betrachtet. Dieses Verhalten Moskaus, das von den Chinesen als Großmacht-Chauvinismus bezeichnet wird,[25] werde auch gegenüber den anderen unabhängigen Ländern der dritten Welt praktiziert und stellte daher im Grunde nichts anderes als eine Form des Neo-Kolonialismus dar. Damit aber befinde sich die SU im Bunde mit dem US-Imperialismus.[26] Außerdem sei der revolutionäre Schwung in Russland zum Erliegen gekommen, und anstatt den Sozialismus aufzubauen, habe sich eine erstarrte bürokratische Ordnung und eine neue Klasse etabliert. Die sowjetischen Führer seien nicht mehr bereit, den Befreiungskampf der armen Völker bedingungslos zu unterstützen. Aus diesen Gründen sei die SU weder in der Lage noch habe sie die Berechtigung, die Führungsrolle in der Weltrevolution zu beanspruchen. Die wahren Zentren der Revolution haben sich aus dem IL in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verlagert, wobei China diesen Ländern als Vorbild bei der Durchführung der Revolution dient und ihnen durch bedingungslose und aktive Hilfe größtmöglichste Unterstützung zukommen lasse. Deshalb sei China heute für die Führung der Weltrevolution bestimmt.[27]

7. Die globale Bedeutung des chinesischen Marxismus als revolutionäre Entwicklungsstrategie

Die Bedeutung des chinesischen Marxismus als revolutionäre Entwicklungsstrategie besteht ohne Zweifel in der Projektion des Marxismus auf die gesellschaftlichen Verhältnisse Chinas. Mit dieser Projektion wird aber das ursprünglich komplizierte und sehr differenzierte System der marxistischen Gesellschafts- und Herrschaftsanalyse der zentraleuropäischen Länder, die sich damals gerade in der Phase der kapitalistischen Industrialisierung befanden, ihrer bestimmenden Züge beraubt. Diese inhaltliche Verarmung drückt sich besonders stark aus, wenn es um die Voraussetzungen der proletarischen Revolution geht. Die Existenz des hochentwickelten Kapitalismus und das Vorhandensein des durch diesen hervorgebrachten revolutionären Proletariats, gelten fortan nicht mehr als Voraussetzung für die Revolution, sondern allein die Tatsache, daß ein Volk unterdrückt wird und arm ist, reicht aus, um den revolutionären Prozeß herbeizuführen. Trotz der technischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit der Länder der dritten Welt im Vergleich zu den industrialisierten Staaten, sieht Mao-Tse-tung in der Armut vieler Länder das zentrale Moment zur Durchführung der Revolution, auch gerade deshalb, weil diese Länder von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Zivilisation verschont blieben. Dem zu Folge hat sich natürlich auch das Zentrum der revolutionären Bewegungen von den westlich kapitalistischen Staaten in die rückständigen und armen Länder der Welt verlagert. Sie sind heutzutage das wahre Sturmzentrum der Weltrevolution.

Mit dieser Umkehrung des marxistischen Revolutionsverständnisses wird die zentrale Funktion des Proletariats „zur Lehre von der Befreiung der Armen dieser Welt umgedeutet."[28] Dies erscheint auch allzu verständlich, wenn man berücksichtigt, daß in China vor und während der Revolution das Proletariat eine verschwindende Minderheit gegenüber der Masse der Bauern darstellte. Daraus ergab sich dann auch für Mao die Notwendigkeit eines auf die Bauern gestützten Guerillakrieges zur erfolgreichen Durchführung der Revolution, wobei dem Proletariat und der kommunistischen Partei die Führungsrolle zufiel. Erwuchs in Europa die Revolution als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung, und hatte der Marxismus in seiner ursprünglichen Form die Aufhebung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen als oberstes Ziel, so entsteht dem chinesischen Marxismus nach die gesellschaftliche Entwicklung erst nach der Revolution. Der chinesische Marxismus zeigt also einerseits den Armen und unterdrückten Völkern der Welt einen Weg zu ihrer Befreiung auf, andererseits wird er zum Initiator der industriellen Entwicklung (einschließlich ihrer Folgen!) und der Kapitalakkumulation.

Die Reduzierung des marxistischen Gedankengebäudes im Zuge seiner Sinisierung auf relativ einfache, praktische und klare Aussagen über die Regeln des Kampfes zwischen Arm und Reich bringt aber auch einen doppelten Vorteil mit sich: Die chinesischen Lehren der Revolution sind nicht nur für China selbst von großer Bedeutung, sondern sie sind für alle Völker der dritten Welt von Nutzen, d.h., sie werden universell anwendbar. Diese Universalität verbindet sich noch mit einer großen Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft, weil die Anschaulichkeit und Prägnanz der Mao-Tse-tung-Ideen erlauben, daß eine sehr große Anzahl von Menschen sie lesen und verstehen, und somit auch verinnerlichen. Schon früh erkannte Mao, daß „es . . . keinen abstrakten, sondern nur einen konkreten Marxismus" gibt. „Man muß die ausländischen Schemata beseitigen, weniger hohle, abstrakte Phrasen dreschen und den Dogmatismus ruhen lassen; an ihre Stelle sollen der frische, lebhafte chinesische Stil und die frische lebhafte chinesische Manier treten, die bei den einfachen Menschen Chinas beliebt sind."[29] Die Vermischung mit typisch chinesischem Gedankengut birgt allerdings auch die Gefahr in sich, daß ein Nicht-Chinese, der mit den Besonderheiten Chinas nicht eng vertraut ist, ziemlich hilflos den Aussagen Mao-Tse-tungs gegenübersteht.

Geht man davon aus,daß eine große strukturelle Ähnlichkeit zwischen den Problemen Chinas und denen anderer außereuropäischer Länder besteht, so dürfte die chinesische revolutionäre Entwicklungsstrategie eine große Faszination auf die dritte Welt ausüben. Mao-Tse-tung ist Nationalist und zugleich Revolutionär. Dieser charakteristische Zug kommt den anti-westlichen, oft auch anti-imperialistischen Strömungen und der Notwendigkeit einer radikalen Umwandlung und schnellen Entwicklung der Gesellschaften in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in



ausgezeichneter Weise entgegen. Und nicht zuletzt dürfte das chinesische Modell an Bedeutung für diese Länder gewinnen, weil die chinesische revolutionäre Theorie nicht nur Theorie blieb, sondern zur revolutionären Praxis wurde.

jür

Literaturliste

Bohnet, Michael	Das Nord-Süd-Problem, München 1971²
Schram, Stuart, R.	Das Mao-System, München 1972
Mao Tse-tung	Ausgewählte Werke, Band I-IV, Peking 1968
Kernig, C. D.	Person und Revolution: Marx – Lenin – Mao, Freiburg 1972
Gäng, Peter, Reiche, Reimut	Modelle der kolonialen Revolution, Frankfurt 1967³
Bechtoldt, Heinrich	Chinas Revolutionsstrategie, München 1969
Krippendorff, Ekkehart	Probleme der internationalen Beziehungen, Frankfurt 1972
Schickel, Joachim	Guerrilleros, Partisanen, Theorie und Praxis, München 1970
Deng Hsiao-ping	Unter dem Himmel herrscht große Unruhe, in: Frankfurter Rundschau v. 1./2. Mai 1974, S. 14
v. Lehn, Hartmut	Indien und China – zwei Entwicklungswege, Nachdruck aus: Vereinte Nationen, Heft 2/3 1970, Bonn 1970
Boris, Hans-Dieter	Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften, in: Das Argument, Bd. 8, Juni 1966, S. 173-202

Anmerkungen

1) Lin Piao, Die Lehren der chinesischen Revolution für die Weltrevolution. in Bohnet, M., a.a.O., S. 265
2) Auf dem 2. KomIntern-Kongreß (1920) stellte schon M.N. Roy die These auf, daß die Revolution in Asien die Revolution in Europa überhaupt erst ermögliche. Damit wies er dem europäischen Proletariat eine mehr oder weniger passive Rolle bei der Weltrevolution zu, eine These, die den Auffassungen sehr vieler europäischer Revolutionäre diametral entgegengesetzt war. Lenin bezog damals eine mittlere Position: Die revolutionären Bewegungen in Europa bilden mit denen Asiens eine natürliche Allianz. Beide haben eine gleichgroße Bedeutung. Vgl. dazu: 1.) Bechtoldt, Heinrich, Chinas Revolutionsstrategie, S. 131 f., 2.) Schram S. R. Das Mao-System, S. 31 f.
3) Mao Tse-Tung, in: Schram ., S.R., a.a.O., S. 333; im folgenden werden die Mao-Zitate so angegeben: Schram ., S.R., a.a.O., S. ...
4) Schram S.R., a.a.O., S. 333
4) Mao-Tse-tung, A. W. Bd. II, S. 157
5) ebd., S. 105
6) Gäng, P. u. Reiche, R., Modelle der kolonialen Revolution, S. 146
7) Diese Etappe, das Übergreifen der Revolution auf die IL, scheint m.E. der neuralgische Punkt der chinesischen Weltrevolutionstheorie zu sein. Denn es gibt gewichtige Gründe dafür, daß dieser Übergang sich weit schwieriger gestalten wird, als es bei den Ländern der dritten Welt der Fall sein könnte. Allein die riesige militärische und wirtschaftliche Macht der kapitalistischen Staaten und ihre Fähigkeit, das aktuell sowie latent vorhandene Revolutionspotential großer Bevölkerungsschichten abzuschöpfen, haben die Möglichkeit einer Revolution in den IL in großem Maße reduziert. Daß die chinesische Weltrevolutionstheorie solche Faktoren außer Acht läßt, überrascht insofern nicht, da sie einen entscheidenden Mangel aufweist: Es fehlt eine umfassende Analyse des Spät-Kapitalismus.
8) Schram , S. R., a.a.O., S. 335
9) Lin Piao, a.a.O., S. 266
10) Schramm, S. R., a.a.O., S. 335/336
11) Lin Piao, a.a.O., S. 267
12) Ebd., S. 267
13) Ebd., S. 268
14) Vgl. Schram , S. R., a.a.O., S. 333 f.
15) Lin Piao, a.a.O., S. 268
16) Schram , S. R. , a.a.O., S. 340
17) Schram, S. R., a.a.O., S. 340
18) Bechtholdt, H., a.a.O., S. 138
19) Nan Han-tschen in einer Rede vom Juni 1964, zitiert nach Bechtoldt, H., a.a.O., S. 147/148
20) Der Grundsatz der self-reliance wurde auch wieder in der Rede vertreten, die der Leiter der chin. Delegation auf der UN-Rohstoffkonferenz im April dieses Jahres hielt. Vgl. dazu: Deng Hsiao-ping, Unter dem Himmel herrscht große Unruhe, in: Frankfurter Rundschau vom 1./2. Mai 1974, S. 14
21) zitiert nach Becholdt, a.a.O., S. 139
22) Schram, S. R., a.a.O., S. 333
23) Lin Piao, a.a.O., S. 265
24) Vgl. Schram, S. R., a.a.O., S. 99
25) Vgl.Bechtoldt, H., a.a.O., S. 141
26) Ebd., S. 141; sowie: Deng Hsiao-ping, a.a.O., der sagt: „Es muß unterstrichen werden, daß die eine Supermacht sich zwar 'sozilistischer Staat' nennt, doch deswegen bei der neo-kolonialistischen Ausplünderung keineswegs zurücksteht."
27) Es sei erwähnt, daß in den letzten Jahren, seit dem Scheitern der Algier-Konferenz 1965, für China die Sache der Weltrevolution zu Gunsten nationaler Interessen an Bedeutung verloren hat.
28) Kernig, C. D., Person und Revolution, Marx-Lenin-Mao, S. 69
29) Schram, S. R., a.a.O., S. 95

ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG: MAKROANALYSE

URBANISIERUNG UND ENTWICKLUNGSSTRATEGIE IN DER VR CHINA

Karl Otterbein

1. Urbanisierung und Industrialisierung in bürgerlichen Entwicklungsstrategien

Ausgehend von der Industrialisierung Westeuropas, die mit einer raschen Verstädterung einherging, ist für die bürgerlichen Entwicklungsstrategien der für die meisten Länder der Dritten Welt charakteristische Urbanisierungsprozeß ein wichtiger Faktor des Wirtschaftswachstums, obwohl die in den Städten entstehende Industrie diese zusätzlichen Arbeitskräfte nicht einmal mittelfristig absorbieren kann. Dabei wird zunächst davon ausgegangen, daß die hohe städtische Arbeitslosigkeit Ausdruck der allgemeinen Unterbeschäftigung ist und die Situation sich gesamtwirtschaftlich nicht verschlechtert. Vielmehr wird der Stadt eine höhere Leistungsfähigkeit unterstellt, so daß angesichts knapper Ressourcen deren Zusammenfassung in Wachstumspolen oder Städten das Wirtschaftswachstum unter Verzicht auf eine gerechtere regionale Einkommensverteilung kurzfristig zu maximieren ist. Erst in der zweiten Periode wird dann das Wachstum auch das Hinterland erfassen.

Blieb dieser Ansatz, der mit der Ausklammerung sozialer Kosten in der Tradition der neoklassischen Nationalökonomie steht, selbst nur Modell, so werden angesichts sich verschärfender Ballungsprobleme staatsinterventionistische Versuche unternommen, mittels Steuererleichterungen und Subventionen Industriebetriebe in abgelegeneren Regionen anzusiedeln. Zu rechtfertigen ist diese Strategie mit im Vergleich zum Zentrum niedrigen Produktionskosten (Arbeit, Boden, usw.), der Entlastung der städtischen Infrastruktur und der Schaffung von Arbeitsplätzen für die ortsansässige Bevölkerung.

Die Realität zeigt jedoch, daß sich trotz bedeutender Staatsaufwendungen der Stadt-Land-Unterschied verschärft (Indien). Aufgrund der technologisch bedingten Zunahme externer Effekte (Mindestgrößen), die nicht eindeutig zu quantifizieren sind und sich deshalb der betrieblichen Kostenkalkulation entziehen, werden die Unternehmen nur in Ausnahmefällen den kostengünstigen Standort wählen und in der Regel der Ungewißheit langfristiger Kostenvorteile – abhängig auch von der gleichzeitigen Ansiedlung anderer selbständiger Unternehmen – den bestehenden Ballungsraum vorziehen.

Die sozialen Kosten der Urbanisierung, die sich u. a. auf Schaffung zusätzlichen Wohnraums, aufwendige Infrastruktureinrichtungen, Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität beziehen, werden deshalb in privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaften trotz des Versuchs von Strukturreformen anwachsen und die Chancen des Entwicklungslandes, aus dem „Teufelskreis der Armut" auszubrechen, weiter einschränken.

2. Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion (um 1928)

In dieser Debatte sollte geklärt werden, welche Rolle Landwirtschaft und Industrie bzw. Konsum und Investition in einer revolutionär umgestalteten Gesellschaft für das Wachstum der Volkswirtschaft haben.

Die rechte Gruppe um Bucharin geht von der Notwendigkeit einer gleichzeitigen Entwicklung des industriellen und landwirtschaftlichen Sektors aus, da die Landwirtschaft zur Steigerung ihrer Produktivität sowohl Produktions- als auch Konsumgüter (Inzentiven) benötigt. Im Gegensatz dazu fordert die linke Opposition um Preobrashensky aus politischen Gründen ein ungleich schnelleres Wachstum, für das die bestehenden intersektoralen Proportionen grundlegend verändert werden müssen: Die Landwirtschaft muß als „innere Kolonie" den Aufbau einer Schwerindustrie finanzieren, die selbst mittelbar nicht für deren Bedürfnisse produziert. Obwohl Stalin gemeinsam mit Bucharin die linke Opposition politisch ausgeschaltet hatte, bestimmte deren Modell der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation die sowjetische Industrialisierungsstrategie. Die bis heute sehr niedrig gebliebene Produktivität der sowjetischen Landwirtschaft zwingt zu Devisenausgaben, die gerade umgekehrt für die Einfuhr industrieller Ausrüstungsgüter vorgesehen waren. Auf der politischen Ebene sind aufgrund der starken Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land administrative Maßnahmen nötig, die die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkten Kolchosbauern zu „Bürgern zweiter Klasse" macht. Die beiden alternativen Ansätze sind von der Industrialisierung Englands bestimmt, bei der das Wachstum zu Lasten des Konsums ging. Unterteilt man das Volkseinkommen in Investition und Konsum, dann ist die Wachstumsrate von der Höhe der politisch durchsetzbaren Investitionsquote abhängig. War diese Annahme bereits mit der Weltwirtschaftskrise zusammengebrochen, so mußte seine Anwendung auf eine sozialistische Gesellschaft scheitern, da dem politischen Bewußtsein der Bevölkerung keine Bedeutung beigemessen wird.

3. Historische Entwicklung Chinas bis zur Kulturrevolution

Seit dem Opiumkrieg (1839–42) unter direktem imperialistischen Einfluß stehend, war China 1949 von einer mangelnden infrastrukturellen Ausstattung und einer ausschließlich in den Küstenregionen konzentrierten Industrie, die aufgrund ihres Enklavencharakters weder den ländlichen Arbeitslosen Beschäftigung bieten noch in der Landwirtschaft selbst Produktivitätssteigerungen auslösen konnte, gekennzeichnet. Während in der Landwirtschaft, die arbeitsintensiv betrieben wurde und hohe Erträge je Flächeneinheit erbrachte, ausgesprochen feudalistische Zustände herrschten, stand die Leichtindustrie direkt unter dem Einfluß imperialistischer Mächte und war ausschließlich in der Nähe der Vertragshäfen (Shanghai, Tientsin, Tsingtao, Kanton) angesiedelt. Sie trat kaum in Wechselbeziehung mit anderen Sektoren der Wirtschaft, obwohl ihr Anteil an der Wertschöpfung bei 10 % lag. Die Schwerindustrie konzentrierte sich aufgrund der vorhandenen Bodenschätze und der japanischen Eroberung im Jahre 1931 auf die Mandschurei, so daß die chinesische Volkswirtschaft 1949 aus 3 mehr oder weniger getrennten Wirtschaftssektoren bestand.

Der erste Fünfjahresplan (1953–57)

Im ersten Fünfjahresplan orientierte sich China an dem sowjetischen Entwicklungsmuster: bei einer hohen Investitions-

quote werden 4/5 der industriellen Investition für die Schwerindustrie, die selbst nicht direkt auf landwirtschaftliche Bedürfnisse ausgerichtet ist, verwendet. Die Landwirtschaft muß deshalb ein Großteil der Investitionen für die Industrie aufbringen, während sie bei der Steigerung ihrer eigenen Produktivität sich selbst überlassen ist.
Obwohl sich in diesem Zeitraum die Industrieproduktion nahezu verdoppelte, vergrößerte diese Industrialisierungsstrategie die Unterschiede zwischen städtischem und ländlichem Lebensstandard in einem Maße, daß die dadurch ausgelöste Abwanderung in die Städte das weitere Wachstum gefährden mußte. Nach offiziellen Statistiken war in diesem Zeitraum das Konsumniveau städtischer Industriearbeiter doppelt so hoch wie das der Bauern und mußte mittelfristig einen noch größeren Abstand aufweisen, da die der Schwerindustrie zuerkannte Priorität nur zu Lasten der Landwirtschaft gehen konnte.
Die somit getroffene Grundentscheidung der Wirtschaftsplanung bestimmte dann auch die zu wählende Betriebsstruktur: nur große und kapitalintensive Projekte, die in hohem Maße auf städtische Einrichtungen angewiesen sind, können das erwünschte Güterbündel erstellen. Diese Art der Industrialisierung mußte also von einer hohen Urbanisierungsrate begleitet sein, was sich im Anwachsen der städtischen Bevölkerung von 67 auf 91 Mio. innerhalb von 5 Jahren ausdrückt. Bei einer gleichbleibenden landwirtschaftlichen Produktion und nicht weiter zu senkendem Lebensstandard auf dem Land mußte die mit der Urbanisierung verbundene Ausweitung der Konsumgüternachfrage die Investitionsrate beschneiden und mittelbar, wie vor 1928 in der Sowjetunion, durch die in der Stadt notwendig gewordene Rationierung der Lebensmittel die Arbeitsproduktivität senken.
Bereits mit dem Auslaufen des ersten Fünfjahresplanes wurde deshalb in Anpassung an die Faktorproportionen eines bevölkerungsreichen und rückständigen Landes „Landwirtschaft als die Basis und Industrie als der leitende Faktor" als maßgebend für den weiteren Aufbau betrachtet.
Letztlich wurde aber erst mit dem 1959–60 durch Naturkatastrophen ausgelösten Rückgang der Agrarproduktion – in dieser Anfälligkeit auch ein Zeichen landwirtschaftlicher Rückständigkeit – und den lebensnötig gewordenen Getreideimporten den chinesischen Planern am deutlichsten vor Augen geführt, daß in einer vorwiegend agrarisch ausgerichteten und technologisch zurückgebliebenen Volkswirtschaft selbst das erreichte industrielle Niveau durch Rückschläge im sozusagen sich selbst überlassenen Agrarsektor gefährdet bleibt.

Der „Große Sprung" und die Gründung von Volkskommunen (1958–60)

Der geänderten Prioritätensetzung entsprach in der regionalen Dimension eine konsequente Dezentralisierung. Zur Verkürzung der Transportwege und um die Industrieprodukte den spezifischen Bedürfnissen landwirtschaftlicher Produktionsbetriebe anzupassen, mußte Industrie auf dem Land angesiedelt werden. So produzierte beispielsweise die Schwerindustrie vor 1958 nicht das für kleine Wasserbau- und Aufforstungsprojekte benötigte Gerät. Die wirtschaftliche Dezentralisierung konnte jedoch nur über eine politische Dezentralisierung erreicht werden: der unteren Planungseinheit mußte eine begrenzte Eigenverantwortung zuerkannt werden, um die mit der Mobilisierung der unterbeschäftigten Arbeitskräfte verbundenen Aufgaben organisatorisch bewältigen zu können.

Erst die Volkskommune kann ihre Industrieproduktion drosseln, um die bei landwirtschaftlichen Arbeitsspitzen benötigten Beschäftigten freizustellen, oder ohne größere monetäre Aufwendungen die Sachkapitalbildung mittels Massenaktionen erhöhen. Als unterste Verwaltungseinheit entspricht sie in ihrem Umfang unseren Landkreisen und übernimmt unter Entlastung der zentralen Administration die medizinische, schulische und sonstige Versorgung der Landbevölkerung. Ihre langfristig wichtigste Aufgabe besteht jedoch im Aufbau einer ländlichen Kleinindustrie, um das Gefälle zwischen Stadt und Land abzubauen.
Rückschläge, die z. T. auf die Unüberschaubarkeit der Masseninitiativen und insbesondere auf den durch die geänderte Entwicklungsstrategie ausgelösten ultimativen Abzug der sowjetischen Techniker zurückzuführen sind, verschaffen den Kräften in den zentralen Parteigremien eine stärkere Position, die auf weniger Experimente dringen und eine „ökonomischere" Betrachtungsweise durchsetzen. Die Kulturrevolution macht später deutlich, daß dies in letzter Konsequenz den egalitären Anspruch der chinesischen Gesellschaft aushöhlen muß.

4. Chinesischer Dualismus

Hauptcharakteristiken der chinesischen Industrialisierungsstrategie ist der durchgängige Dualismus sowohl in bezug auf die Wirtschaftssektoren als auch hinsichtlich der Produktionstechnik. Die Strategie des „auf-zwei-Beinen-gehens" konnte jedoch dem sektoralen und technologischen Dualismus, der mit der Zusammenfassung von knappen Ressourcen allein erste Wachstumsimpulse auslösen kann, seine ausbeuterischen Beziehungen nehmen, da die staatliche Planung die Konkurrenz zwischen den mit unterschiedlicher Rentabilität arbeitenden Betrieben aufhebt und durch Preisfestsetzungen der in wachsenden Volkswirtschaften sich zu ungunsten der Landwirtschaft entwickelnden „terms of trade" entgegenwirkt.
Weiterhin wird zwar bei den staatlichen Investitionen der Schwerindustrie Priorität zuerkannt, aber man geht davon aus, daß wirtschaftlicher Fortschritt in einem Agrarland wie China direkt von einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität abhängig ist. Die auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft ausgerichtete Industrieproduktion ermöglicht die arbeitsintensive Ausschöpfung weiterer landwirtschaftlicher Produktivitätsreserven. Insbesondere die Konsumgüterindustrie, deren input zu 80 % aus landwirtschaftlichen Rohstoffen besteht und deren output zu 60 % in den Agrarsektor fließt, profitiert von diesem Produktionszuwachs und wird zum Sammelpunkt der Kapitalakkumulation. Letztlich ist jedoch die Landwirtschaft Hauptquelle der staatlichen Kapitalbildung, denn die Gewinne aus Verarbeitung und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse machen fast 50 % der Staatseinkünfte aus. Nicht mittels Zwangssparen werden die Investitionen für die Schwerindustrie aufgebracht, sondern über eine Ausweitung der Konsumgüterproduktion läßt sich der gestiegene landwirtschaftliche Kaufkraftüberschuß abschöpfen. Zugleich ist dies für die Landbevölkerung, die erkennt, daß die Mehrleistung ihr selbst zugute kommt, ein Anreiz, die Produktivität weiter zu steigern.

Um das große Arbeitskräftepotential für den Aufbau der Wirtschaft zu nutzen, wurde die frühere Betonung der mit modernster, kapitalintensiver Technik produzierender Großbetriebe zugunsten einer simultanen Entwicklung aufgegeben: Klein- und Mittelbetriebe mit arbeitsintensiver Technik werden in allen Wirtschaftszweigen parallel zu Großbetrieben errichtet:

1. subsidäre Produktionen können aus dem Großbetrieb ausgegliedert werden und ermöglichen ihm eine höhere Kapazitätenauslastung;

2. Kleinbetriebe erfordern geringere Produkt- und Infrastrukturinvestitionen, die von lokalen Instanzen aufgebracht werden können und somit den staatlichen Investitionsfonds nicht belasten;
3. Verkürzung der Bauzeit von Kleinbetrieben erhöht den Kapitalumschlag und führt zu volkswirtschaftlicher Kapitalbildung;
4. technisch überholte Produktionsmittel, die von den Großbetrieben ausrangiert werden, können in Kleinbetrieben weiter eingesetzt werden.

Gerade auch unter der regionalpolitischen Zielsetzung kommt dem Kleinbetrieb eine zentrale Bedeutung bei. Aufgrund der unzureichenden Infrastruktureinrichtungen im Landesinnern können dort zunächst keine Großbetriebe errichtet werden. In gleicher Weise wird die Flexibilität des Kleinbetriebes in bezug auf Faktoreinsatz und Ausrichtung der Produktion dem Ziel der Verbesserung ländlicher Lebensverhältnisse gerecht, da die Distribution von Produkten und Produktionsfaktoren vereinfacht wird.

Aus wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen Gründen wird eine breite Streuung der Industrie angestrebt, zumal die weitverstreuten Rohstofflager Chinas bei einem völlig unzulänglichen Transportsystem kaum genutzt werden konnten. Der vorhandenen Industrie, die vor 1949 weitgehend für den Weltmarkt produzierte, entstand bei der Belieferung der entfernt gelegenen Absatzmärkte hohe Transportkosten. Nach der neuen Industrialisierungsstrategie soll deshalb jede Verwaltungseinheit so autark wie möglich sein, um gesamtwirtschaftlich gesehen, die Transportkosten zu minimieren und bestehende regionale Ungleichheiten nicht noch zu verstärken. So produzieren die gewerblichen Betriebe und Kleinhochöfen der Volkskommunen hauptsächlich für den Eigenbedarf und entlasten schon auf unterster Ebene das Transportsystem.



Nordchinesischer Holzschnitt

Planung

Das 1958 eingeführte Planungssystem wird insofern der Dezentralisierungspolitik gerecht, als das Provinzkomitee im Einvernehmen mit den lokalen Behörden einen horizontalen und multisektoralen Plan für alle Betriebe ihres Zuständigkeitsbereiches erarbeitet. Die staatliche Planungskommission stellt einen vertikalen und sektoralen Plan auf, den die nationale Wirtschaftskommission mit dem erstgenannten koordiniert. In der Zuständigkeit der Provinzbehörden bleibt etwa das lokale Transportwesen, Konsumgüterindustrie, Wohnungsbau. Oberstes Ziel der Planung, der auf der untersten Ebene ein Dialog mit den Betrieben vorausgeht, bleibt die Autarkie jeder Planungseinheit.

Funktion der Stadt

In ihren Grundzügen egalitär geht es der chinesischen Industrialisierungstheorie beim Abbau des Stadt-Land-Unterschiedes nicht um eine Umleitung der Ressourcen, die dann zu einer Rustikalisierung der Städte führen müßte, sondern gerade um die Urbanisierung des Landes – ausgedrückt in einer schnellen Vermehrung der Beziehungen zwischen Stadt und Land und einer raschen Ausbreitung von Wissenschaft und Technik. Da die Stärkungdes landwirtschaftlichen Sektors im wesentlichen durch die bloße Umorganisation der gesellschaftlichen Arbeit gelang, konnten im Rahmen der simultanen Entwicklung, wonach der Fortschritt eines Sektors nicht zu Lasten der anderen Sektoren geht, die Städte als Zentren wissenschaftlicher und technischer Innovation in einer Weise ausgebaut werden, in der sie noch effektiver die Modernisierung der Landwirtschaft und den Aufbau einer dezentralen Industrie unterstützen können. So ist Shanghai mit seiner relativ langen industriellen Tradition zu einem Zentrum für industrielle Forschung und Entwicklung geworden. Ausgebreitet werden die hier erzielten Kenntnisse von zumeist erfahrenen Arbeitern, die in andere Provinzen gehen, um dort beim Aufbau der Industrie zu helfen. Aufgrund dieser Wanderung verringerte sich die Einwohnerzahl Shanghais in den letzten Jahren jährlich um etwa 100.000.

Gefördert wird dagegen das städtische Wachstum in abgelegenen Provinzen. So hatte Paotow 1958 55.000 Einwohner, während es durch den Aufbau einer Stahlindustrie auf nahezu 1 Mio. anwuchs. Ähnliches gilt für Lanchow, das 1942 nur 80.000 Einwohner hatte, jetzt nach seinem Anschluß an das Eisenbahn- und Straßennetz die 2 Millionen-Grenze überschritten hat.

Die Rolle der Stadt für die Entwicklung des landwirtschaftlichen Hinterlandes wird auch bei der Arbeit der Studenten und Mittelschulabsolventen auf dem Land deutlich. Lesekundig und auf städtische Schulen mit formaler Bildung versehen, können sie während ihrer Arbeitszeit auf dem Land Kommunemitglieder in der mittlerweile auf einem höheren technischen Niveau produzierenden Landwirtschaft, die damit im größeren Maße von städtischen Produkten und Dienstleistungen abhängig wird, in der Bedienung komplizierter Maschinen etwa unterweisen und auch generell über Kurse zur Erwachsenenbildung das kulturelle Niveau der entlegenen Gebiete anheben. (Die Bedeutung dieses Arbeitsaufenthaltes für das politische Bewußtsein sowohl der Studenten als auch der Bauern kann hier nicht erläutert werden.)

5. Die Volkskommune als Verbindung von Landwirtschaft und Industrie

Merkmal eines landwirtschaftlichen Betriebes ist sein schwankender Arbeitskräftebedarf: Arbeitsspitzen wie bei der Ernte folgen relativ lange Zeiträume, in denen die Feldarbeit ruht. Je rückständiger die Landwirtschaft desto größer ist der kurzfristige Bedarf an zusätzlichen Beschäftigten, die für den Rest des Jahres arbeitslos sind. Bei der sich im Vergleich zur Stadt verschlechternden Situation auf dem Land wandern diese unterbeschäftigten Landarbeiter in städtische Gebiete ab, die allerdings den Zuwanderern keine produktive Beschäftigung, sondern allenfalls eine marginale oder

Gelegenheitsarbeit bieten können. Den dadurch entstehenden Urbanisierungskosten in Form von Überbeanspruchung der städtischen Infrastruktur, zusätzlichem Wohnraum, Beschleunigung des Preisanstiegs usw. steht im Agrarsektor eine sinkende Produktivität gegenüber: die an sich schlechte Ertragslage der Landwirtschaft erlaubt es ihr nicht, die abgewanderten, bei Arbeitsspitzen benötigten Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen. Der inzwischen nicht mehr zu bestreitende Erfolg des chinesischen Modells wird in der Literatur auch mit der Vermeidung der den übrigen Entwicklungsländern durch die Verlagerung der ländlichen Unterbeschäftigung in die Städte entstehenden hohen Urbanisierungskosten erklärt.
Organisatorische Voraussetzung für diese sinnvolle Verbindung von Landwirtschaft und Industrie sind die Volkskommunen, die die damit verbundene Detailplanung allein bewältigen können. Nur so ist die zeitliche Abstimmung der Kleinindustrie auf den aktuellen Arbeitskräftebedarf der Landwirtschaft möglich.
Mit fortschreitender Technisierung der Landwirtschaft werden Arbeitskräfte freigesetzt, die eine Beschäftigung in dem gleichzeitigen Aufbau der kommuneeigenen Kleinbetriebe finden. Das so erweiterte Güterangebot entspricht einem wachsenden landwirtschaftlichen Einkommen und wirkt dessen preistreibendem Effekt entgegen.
Hinsichtlich der angewandten Agrartechnik entsprechen die in den Kleinbetrieben hergestellten Geräte eher den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Volkskommunen als die in einem städtischen Konstruktionsbüro entworfenen Maschinen, da hier Produktionsprobleme unmittelbar Eingang in technische Lösungen finden. Genutzt werden dabei auch gerade die Erfahrungen der alten Bauern und Handwerker, deren traditionelle Techniken neuen Erfordernissen angepaßt werden. Umgekehrt wird dadurch über die so hergestellte Vertrautheit mit neuen Techniken die Arbeitsproduktivität nochmals erhöht.
Dieses enge Verhältnis zwischen Produktionserfahrung und deren systematischer Verarbeitung in technischen Neuerungen basiert auf einer Bildungspolitik, die auf abstrakter Ebene den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit tendenziell aufhebt. Im konkreten Fall geht es in den Volkskommunen um das Einbringen von Produktionsproblemen in den Lehrplan der Schulen. Einmal ist den Schülern die Problemstellung vertrauter und erleichtert den individuellen Lernfortschritt. Die Volkskommune andererseits profitiert von der systematischen Beschäftigung mit bestimmten Fragen innerhalb der Schule, die oft genug zu in der Produktion anwendbaren Resultaten führt.
Ausbreitung von Wissenschaft und Technik war bisher allerdings unbestritten eine der wichtigsten Funktionen der Stadt. Die Dezentralisierung der Volkswirtschaft oder der Abbau des Stadt-Land-Unterschiedes in Form der Volkskommunen führt somit in letzter Konsequenz zur Einschränkung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die von der bürgerlichen Wissenschaft dagegen als Voraussetzung für Produktivitätsfortschritte betrachtet wird.

ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG: MIKROANALYSE

„UNTER ANSPANNUNG ALLER KRÄFTE, IMMER VORWÄRTSSTREBEND, MEHR, SCHNELLER, BESSER UND WIRTSCHAFTLICHER DEN SOZIALISMUS AUFBAUEN!"

Ein Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik China

Daniel Glass

Die Ausgangslage der Volksrepublik China für ihre wirtschaftliche Entwicklung war 1949 so, wie sie viele unterentwickelte Länder kennzeichnet: Eine Landwirtschaft, die die Bevölkerung nicht zu ernähren vermag; Ausbeutung und Massenelend; kaum Industrie; vorhandene Industrien im Besitz oder in Abhängigkeit ausländischer Mächte; ein krasser Gegensatz zwischen den Städten und dem Land.
Wer heute, 27 Jahre nach der Befreiung, Gelegenheit hat, durch die VR China zu fahren, sieht immer noch ein Entwicklungsland: ein *„Entwicklungs"*-Land im wörtlichen und positiven Sinne, keineswegs aber ein unterentwickeltes Land. In einem Vierteljahrhundert stetiger Veränderung wurden in allen gesellschaftlichen Bereichen Stagnation und Unterentwicklung überwunden und der Aufbau einer modernen sozialistischen Gesellschaft vorangetrieben.
Diese Vorwärtsentwicklung, die sich im wirtschaftlichen Bereich durch enorme Steigerungsraten in allen Produktionszweigen ebenso dokumentiert wie durch die fast vollständige Unabhängigkeit von ausländischen Produkten und ausländischem Know how, ist insgesamt zurückzuführen auf die natürlichen und gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen in der VR China: Die geographischen, geologischen und klimatischen Verhältnisse ermöglichen eine weitestgehende Selbstversorgung mit Bodenschätzen und die Errichtung einer Landwirtschaft, die die Ernährung der 800-Millionen-Bevölkerung sicherstellt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die seit 1949 schrittweise eingeführte und immer weiter ausgebaute sozialistische Produktionsweise, ermöglichen die Nutzung und Entwicklung der vorhandenen Produktivkräfte, eine geplante Verteilung der Ressourcen und Produkte und eine verlustfreie Akkumulation des Mehrprodukts. Im Einzelnen folgt der wirtschaftliche Aufbau des Landes einer Reihe von Prinzipien, deren wichtigste im folgenden erläutert und an Beispielen konkretisiert werden.
„Den Klassenkampf als Hauptkettenglied anpacken" ist die Parole, die das zweifellos wichtigste chinesische Entwicklungsprinzip des Primats der Politik vor der Wirtschaft ausdrückt. In der wirtschaftlichen Praxis der Produktion, Organisation und Verteilung bedeutet dieses Prinzip nicht, daß viel geredet und wenig produziert wird, wie dies die Rechte in China gerne behauptet. Vielmehr muß jede wirtschaftliche Entscheidung daraufhin überprüft werden, ob sie den Interessen der Massen oder den Interessen Einzelner dient – eine Überprüfung, die in konkreten Einzelfällen sicher schwierig ist und entsprechende politische Auseinandersetzungen hervorrufen kann.
Eine *Massenlinie durchzusetzen* heißt zum Beispiel, auf das Prinzip der Profitmaximierung (das es auch bei sozialistischen Eigentumsverhältnissen geben kann) zu verzichten. Für eine Volkskommune[1], z. B. in der Nähe einer Stadt gelegen, mag es sich unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen größtmöglichen Rentabilität anbieten, vorwiegend Fleisch oder Gemüse zu produzieren, deren Verkauf in der Stadt mehr einbringt als die Produktion von Reis oder Weizen. Unter dem Primat wirtschaftlicher Gesichtspunkte bei der Planung der Produktion hätten solche Rentabilitätsüberlegungen sicherlich Vor-

rang – unter dem Primat der Politik in der Wirtschaft dagegen wird zunächst auf eine ausreichende Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln (Reis, Weizen) geachtet, auch wenn dadurch die Einnahmen der Kommune unter dem erreichbaren Maximum bleiben. Die regionale Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln ist ein Gesichtspunkt des höheren, der Volkskommune übergeordneten Interesses: Wird sie überall durchgeführt, so entstehen dem Staat enorme Ersparnisse an Planungs-, Infrastruktur- und Transportkapazität. Im Falle von Naturkatastrophen oder Krieg werden durch die dezentralisierte Grundversorgung auch die Schäden regionalisiert und nationale Katastrophen weitgehend vermieden; Hilfe von Region zu Region kann dann leicht geleistet werden. Solche Überlegungen, die den *wirtschaftlichen* Produktionsplan einer Volkskommune oder Brigade beeinflussen, sind rein politischer Art. Es ist eine *politische* Entscheidung, auf solche Weise das gesellschaftliche Interesse dem eingeschränkten wirtschaftlichen Interesse eines „Eigentümerkollektivs" wie einer Volkskommune überzuordnen.

Ein anderes politisches Problem in der wirtschaftlichen Produktion ist der *„materielle Anreiz"*. Die Einführung sozialistischer Eigentumsverhältnisse brachte zwar einen enormen Umschwung für die ganze chinesische Gesellschaft mit sich; sie bedeutete aber nicht, daß sozusagen von einem Tag auf den andern alles anders würde. Zum Beispiel gibt es auch in der VR China Lohnunterschiede, eine Art Leistungslohn, der sich *im Prinzip* vom Arbeitslohn in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht unterscheidet. Die Lohnunterschiede sind allerdings nicht sehr groß[2]; es gibt keine Hungerlöhne, und wer viel verdient, kann sich zwar ein höheres Konsumniveau leisten (er kann sich leichter als andere ein Fahrrad, ein Radio, eine Uhr oder Kunstgegenstände, Elektrogeräte, Lederschuhe kaufen oder sich die Wohnung teurer einrichten), aber er kann kein Geld ansammeln, das er später „für sich arbeiten" läßt. „Leistungslohn" bedeutet aber doch, daß mehr Geld erhält, wer mehr oder schwerer arbeiten kann.[3] Es liegt daher nahe, besonders in Fabriken das Leistungslohnsystem so auszudehnen, daß Prämien und andere Sonderbelohnungen für besondere Arbeitsleistungen gezahlt werden. Wo Produktion und Verteilung aber tatsächlich von proletarischer Politik beherrscht werden, werden solche „materillen Anreize" scharf abgelehnt. Ihre Einführung würde eine Erweiterung des (noch) „bürgerlichen Rechts" bedeuten statt einen Abbau. Langfristig wird die Verteilung „jedem nach seinen Bedürfnissen" angestrebt. Wegen der noch herrschenden wirtschaftlichen Knappheit und wegen der noch unzureichend entwickelten Produktionsverhältnisse und Bewußtseinsformen ist das zwar eine Zukunftsvision. Jedoch wird jede Ausweitung des jetzt bestehenden Verteilungsprinzips „jedem nach seiner Leistung" von den Vertretern fortschrittlicher proletarischer Politik als Verstärkung einer letztlich kapitalistischen Verteilungsform verstanden und deshalb abgelehnt – auch wenn sich die hierzulande als „Pragmatiker" bezeichneten Vertreter rechter Politik durch „materielle Anreize" eine Erhöhung der Produktionsziffern erhoffen.

Die Einführung „materieller Anreize" würde eine Differenzierung und damit Konkurrenz statt Solidarität innerhalb der Arbeiterschaft mit sich bringen. Das wäre das Ende der Herrschaft, die die Arbeiter zur Zeit über ihre Betriebe ausüben. Differenzierung und Konkurrenz zwischen den Arbeitern einzuschränken, solidarische Kooperation auch zwischen den Inhabern verschiedener Funktionen zu fördern, ist ein vom Primat der Politik bestimmtes Prinzip der chinesischen Betriebsführung. Natürlich sind dieses und andere Prinzipien nicht unumstritten. Es ist der Kampf um gerade solche Prinzipien mit sehr konkreten Auswirkungen im Alltag, der als „Kampf der zwei Linien und der zwei Wege" zur Kritik und Absetzung von Deng Hsiao-ping führte.

Um eine solche Auseinandersetzung tatsächlich führen zu können, nehmen praktisch alle Arbeiter und Bauern an *politischen Schulungen und Diskussionen* teil. Bei sechs wöchentlichen Arbeitstagen zu sieben Stunden Arbeitszeit finden in der Regel wöchentlich während zwei Stunden politische Diskussionen in kleinen Gruppen statt. Außerdem gibt es Arbeiter, die in „Gruppen zum Studium der Theorie" organisiert sind. Sie nehmen sich mehr Zeit zur Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen, z. B. vier Stunden pro Woche. Früher und intensiver als ihre Kollegen lesen und diskutieren die Arbeiter der Studiengruppen aktuelle Artikel und Werke von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse-tung. Zur Zeit unseres Besuches in der VR China (April 1976) wurden vor allem Beiträge zur Kritik am Revisionismus studiert, z. B. Marx' Kritik am „Gothaer Programm" und Lenins „Staat und Revolution". Unter der Leitung der Kommunistischen Partei sind diese Studiengruppen, die es seit der Kulturrevolution und besonders seit der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius überall in China gibt, die Hauptkraft für die politische Schulung der Massen.



Wandzeitung – mobilisierendes Ausdrucksmittel der Massen.

In solchen „Gruppen zum Studium der Theorie" und in den anderen politischen Schulungen wird das politisch bewußte und fortschrittliche Proletariat ausgebildet, das allein in der Lage ist, die Macht über die Produktionsmittel *faktisch* auszuüben und nicht bloß über die formale Teilhabe an einem Gemeineigentum, über das letztlich eine begrenzte Schicht von Spezialisten die wesentlichen Entscheidungen fällt. In solchen politischen Schulungen wird z. B. konkretisiert, was eine Aussage wie *„Die Arbeiter sind die Helden der Fabrik"* bedeutet, die in den Ohren eines westlichen Beobachters zunächst vielleicht pathetisch klingt. Durch eine solche programmatische Aussage wird den Massen sowohl die Fähigkeit als auch die Aufgabe zugeschrieben, an der organisatorischen und technologischen Weiterentwicklung in ihren Produktionsstätten verantwortlich teilzunehmen. Als Beispiel läßt sich die petrochemische Fabrik der Stadt Nanking anführen: In den ersten fünf Jahren nach der Inbetriebnahme des Werks (1965) wurden jährlich 1 Mio. Tonnen Rohöl destilliert. Den Arbeitern, die sich für ihr Werk verantwortlich fühlen, war diese Produktionsleistung zu gering. Es wurde eine der in China häufigen *„Dreierverbindungen zur technischen Erneuerung"* geschaffen, bestehend aus

einem Arbeiter, einem Techniker und einem Kader (= Inhaber einer leitenden Funktion). Diese Dreierverbindung bemühte sich um technische Verbesserungen, und zwar nicht nur am Reißbrett im Büro des Ingenieurs, sondern „vor Ort", in der Produktion, in der Diskussion mit den Arbeitern, die einen viel stärker praxisbezogenen Erfahrungszugang zu den technischen Problemen der Produktion haben. Das Ergebnis war eine Steigerung der Produktionskapazität auf drei Mio. Tonnen Rohöl jährlich durch technische Veränderungen, die 3 Mio. Yuan kosteten im Gegensatz zu den bisher bekannten Verbesserungsmöglichkeiten, die 8 Mio. Yuan an Investitionen und eine mehr als doppelt so lange Montagezeit erfordert hätten.
Solche Dreierverbindungen, für deren Überlegenheit gegenüber herkömmlichen Organisationsformen sich zahllose Beispiele anführen lassen, haben eine enorme politische Bedeutung. Sie zeigen den Arbeitern, daß sie tatsächlich in der Lage sind, ihre Betriebe selbst zu führen und zu entwickeln, und sie berauben die Techniker und Ingenieure der Aura der Überlegenheit über die Produktionsarbeiter.

Hinsichtlich des Prinzips vom Primat des Politischen in der Ökonomie ergibt sich eine Synthese im dialektischen Sinn: Zumindest nach der Rationalität im Kapitalismus erscheinen Politik und Ökonomie als Gegensätze, und ein Primat der Politik über die Ökonomie scheint widersinnig zu sein. Für die westliche bürgerliche Presse erscheinen deshalb die Vertreter der rechten Linie Deng Hsaio-pings als „Pragmatiker", die Produktion und Verteilung von der Politik abtrennen und nach immanenten Kriterien wie dem Profitprinzip steuern wollen, und die eine Verlangsamung des Produktionswachstums befürchten, wenn die Massen der Produzenten an der Politik unmittelbar beteiligt werden. (Natürlich geht durch Diskussionen, Schreiben von Wandzeitungen u. ä. Zeit „verloren", die man für die Produktion nützen könnte!) Tatsächlich wird aber gerade *durch* die Politisierung der Massen die Produktion nicht nur demokratisiert und humanisiert, sondern auch *quantitativ gesteigert:* Neue Organisationsformen fördern die Kreativität der Massen und ermöglichen ihre Umsetzung in die Praxis; die Arbeiter und Bauern entwickeln ein Verantwortungsgefühl für den Aufbau ihrer jeweiligen Produktionseinheiten und des ganzen Landes, wie man es nur von Leuten erwarten kann, die über die Früchte der Arbeit faktisch verfügen.

Die Produktivkraft Mensch wird verbessert durch neue, der sozialistischen Produktionsweise entsprechende zwischenmenschliche Beziehungen und Organisationsformen, deren Grundbedingung die Politisierung der Produktion von der Basis her ist.
„Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor betrachten" ist die Charakterisierung der chinesischen Einschätzung des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie. Im Gegensatz zu anderen Entwicklungsmodellen wird der Schwerindustrie nicht Priorität gegeben. Der erste Schwerpunkt der chinesischen Entwicklung ist die *Landwirtschaft.* Sie sichert die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen. Ohne eine gut funktionierende Landwirtschaft würde der Bevölkerung die Existenzgrundlage entzogen; Industrialisierung auf breiter Basis wäre dann nicht möglich. Zweiter Schwerpunkt der Entwicklung ist die *Leichtindustrie.* Ihr kommen mehrere wesentliche Funktionen zu als Angelpunkt zwischen Landwirtschaft und Schwerindustrie. Zum einen ist sie Abnehmer landwirtschaftlich produzierter Rohstoffe; zum andern dient sie (zusammen mit der Landwirtschaft) der Versorgung der Bevölkerung mit notwendigen Konsumgütern. Der Expansion der Leichtindustrie sind auf Jahre hinaus keine Grenzen gesetzt, wenn die Landwirtschaft, die den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung beschäftigt, ausreichend produktiv ist, um den Austausch mit der Leichtindustrie leisten zu können. Die Expansion der Leichtindustrie ist relativ einfach durchzuführen, jedenfalls im Vergleich zur Schwerindustrie. Es werden relativ kleine Investitionen benötigt, um sehr produktive Leichtindustrien aufzubauen: Die Leichtindustrie ist deshalb in der Lage, den größten Teil der für die Entwicklung der *Schwerindustrie* notwendigen Investitionsmittel zu akkumulieren.
Ist eine ausreichend große und produktive Leichtindustrie für die Entwicklung der Schwerindustrie von der Investitionsseite her notwendig, so ist sie es ebenfalls (zusammen mit der Landwirtschaft) als Abnehmer der Produkte der Schwerindustrie. Eine nur sich selbst entwickelnde Schwerindustrie ist für die chinesische Volkswirtschaft ein Unding. Die Schwerindustrie hat vielmehr (zusammen mit der Leichtindustrie) die Ausrüstungen und Materialien zu liefern, die notwendig sind zur Modernisierung und Expansion aller Sektoren der Volkswirtschaft. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird die Industrie zum „führenden Faktor".
In der Landwirtschaft sind die Produktionsmittel zum größten Teil im Kollektiveigentum der Volkskommunen und ihrer Untereinheiten (Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen), abgesehen von einigen Staatsgütern und kleinen privatwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Schwerindustrie ist praktisch durchweg in staatlichem Eigentum, während die Leichtindustrie sich teils in staatlichem, teils in städtischem oder ländlichem Kollektiveigentum befindet. Der Staat regelt den Warenaustausch zwischen der hauptsächlich kollektiveigenen Landwirtschaft und dem größten Teil der Industrie. Er setzt die Ankaufs- und Verkaufspreise der landwirtschaftlichen und der industriellen Produkte so fest, daß die Landwirtschaft ihre Produkte zu einem relativ hohen Preis verkaufen und industrielle Produkte zu einem verhältnismäßig niedrigen Preis kaufen kann. Für eine gleiche Menge landwirtschaftlicher Produkte können die Bauern heute sehr viel mehr Industriegüter kaufen als z. B. vor zwanzig Jahren. Auf diese Weise nimmt die Landwirtschaft an der schnelleren Produktivitätssteigerung, Modernisierung und Expansion der Industrie teil. So ist auch vom Austausch her gewährleistet, daß die Industrie tatsächlich der „führende Faktor" sein kann.
Dieses Verhältnis von Landwirtschaft, Leicht- und Schwerindustrie hat zwei weitere, politische Aspekte. Zum einen ermöglicht es die für den sozialistischen Aufbau wichtige Losung *„Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft"* in großem Umfang zu verwirklichen; zum andern spielt es eine wichtige Rolle bei der *Aufhebung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land,* die in China mit viel Energie und sichtbarem Erfolg vorangetrieben wird.

Der Aufbau der Leichtindustrie ist in der VR China zu einem sehr großen Teil auf die direkte Initiative und die Arbeitsleistung der Basis der Arbeiter und Bauern zurückzuführen. Die Tatsache, daß der Aufbau vieler Leichtindustrien weder große finanzielle Investitionen noch einen großen technischen Aufwand für Anfangsausrüstungen verlangt, wurde auf extreme Weise ausgenützt: In den Städten entstanden in den Arbeitervierteln überall kleine oder größere „Straßenfabriken", die buchstäblich aus dem Nichts aufgebaut wurden. Die Angehörigen der Fabrikarbeiter, vor allem die Frauen, errichteten in Schuppen oder Höfen kleine Werkstätten, in denen sie, zunächst ohne handwerkliche oder technische Kenntnisse zu haben, einfache Hilfs-, Zuliefer- oder Reparaturarbeiten für die Fabrikproduktion der Männer begannen. Mit wachsendem Erfolg und mit wachsender Nützlichkeit dieser Tätigkeiten, in denen sie durch

„Versuch und Irrtum" und durch gegenseitige Hilfe immer geschickter wurden, erhielten die Frauen auch zunehmend Unterstützung von den Fabriken: Arbeiter und Techniker wurden geschickt, die die notwendigen Fachkenntnisse vermittelten; die Beschaffung von Material und Werkzeug und später von Maschinen (Drehbänken usw.) wurde erleichtert. So entstanden im Verlauf der letzten zwanzig Jahre aus primitiven Anfängen eine große Anzahl moderner, sehr leistungsfähiger Kleinfabriken, die vor allem von Frauen betrieben werden.
In einem Shanghaier Arbeiterwohnviertel sahen wir eine gut eingerichtete Fabrik zum Zusammenbau von Armbanduhren. Die Einzelteile wurden von einer größeren staatlichen Fabrik geliefert, die zusammengebauten Uhren dorthin zurückgegeben. Die Frauen hatten diese Fabrik aus eigener Kraft aufgebaut. Der Zusammenbau von Uhren verlangt von Werkzeug und Ausrüstungen her wenig Aufwand (im Schwarzwaldund im Jura wird er traditionellerweise in Heimarbeit vorgenommen) – eine solche Tätigkeit war für die Frauen daher naheliegend, wenn sie zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes beitragen wollten. Sie arbeiteten zunächst über Jahre hinweg ohne Lohn. Heute verdienen sie monatlich 30 Yuan, und sie haben ein eigenes Fabrikgebäude mit gut über hundert Arbeitsplätzen, ausgestattet mit modernen, teilweise elektronischen Geräten zur Qualitätskontrolle und Justierung der Uhren.
Auf solche Weise wird von den Betroffenen das für viele Entwicklungsländer scheinbar unlösbare Problem versteckter oder offener Arbeitslosigkeit gelöst: Es sind nicht kapitalintensive Investitionen zur Schaffung teuer ausgestatteter und hochtechnisierter Arbeitsplätze notwendig; vielmehr werden die Arbeitsplätze *„aus eigener Kraft"*, mit einfachen, aber sich im Lauf der Zeit verbessernden Mitteln geschaffen. Die Arbeitskräfte sind vorhanden, und ein Bedarf nach den Produkten ihrer Arbeit ist vorhanden – so wird nicht erst auf Initiative, Anordnung und Hilfe von oben gewartet, sondern es werden notwendige Arbeiten von der Basis her angepackt. Solche Arbeit, in ihren Anfängen oftmals unvorstellbar mühsam, steigert die Produktivität auf allen Ebenen von der Fabrik bis zum Staat und ermöglicht dadurch erst die notwendige Hilfe von oben zur Vergrößerung, Modernisierung und Erleichterung der Arbeit.
Ähnlich geht der Aufbau kleiner und mittlerer Industrien auf dem Land vor sich: Wo durch Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft Arbeitskräfte freigestellt werden, wandern sie nicht auf einen freien städtischen Arbeitsmarkt ab. Vielmehr werden sie zur Modernisierung und Industrialisierung auf dem Land selbst eingesetzt. Hier macht sich der Zusammenschluß in so große wirtschaftliche und politische Einheiten wie die Volkskommunen positiv bemerkbar: In erster Linie die Volkskommunen haben die materiellen und personellen Ressourcen, um Projekte der Industrialisierung und Modernisierung zu initiieren und durchzuführen. Bewässerungsanlagen, Ziegeleien, Zement-, Kunstdünger- und Kleintraktorenfabriken sind die hauptsächlichen solcher Projekte auf dem Land.
In der Pekinger Volkskommune „Freundschaft zwischen China und Vietnam" zum Beispiel gibt es eine Gießerei, eine Ziegelei, eine Getreideverarbeitungsfabrik. Dresch-, Mäh- und Sämaschinen werden in eigenen Werkstätten hergestellt. Für die vielen Wasserpumpen in der Kommune sind zahlreiche Elektromotoren notwendig. Zunächst entstand deshalb eine Reparaturwerkstätte für Elektromotoren, die von Kommunebauern betrieben wurde, die aus der Praxis die notwendigen technischen Fertigkeiten erlernten. Mit zunehmender Erfahrung kamen sie soweit, Elektromotoren nicht nur zu reparieren, sondern selbst fabrikmäßig herzustellen.
Beim Aufbau solcher ländlicher Industrien gilt das Prinzip, so wenig staatliche Kapital- und Ausrüstungshilfe wie möglich in Anspruch zu nehmen. Die Volkskommune entscheidet am Ende des Rechnungsjahres selbst über die Verteilung ihres Produkts auf Lohn-, Modernisierungs-, Industrialisierungs-, Reserve-, Sozialfonds usw. Wenn sich in der Politik einer Kommune eine fortschrittliche Linie durchsetzt, wird sie die Verteilung so vornehmen, daß staatliche Hilfe möglichst wenig gebraucht wird – die für solche Zwecke zur Verfügung stehenden staatlichen Fonds sind naturgemäß begrenzt, während es zum Aufbau des Landes sehr zahlreiche unterstützungsbedürftige und -würdige Projekte gibt.

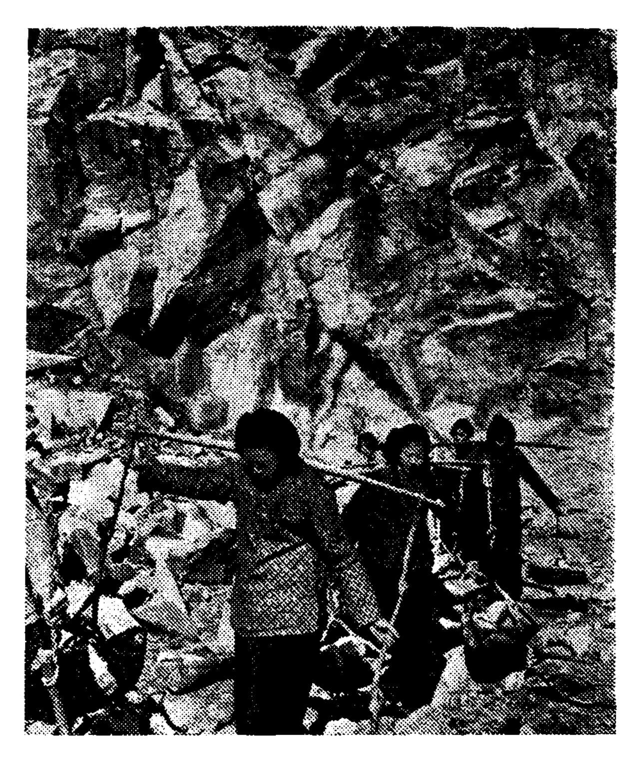


Die Bergarbeiter der Kailuan-Gruben in der Hopei-Provinz

Die Industrialisierung des Landes, weitgehend aus eigener Kraft, trägt viel zum Abbau der Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeitern und Bauern bei. Immer mehr Bauern werden zu Arbeitern in den ländlichen Industrien; andererseits kommen allmählich auch Arbeiter städtischer Industrien in Kontakt mit dem Land. Um die Städte nicht wild weiter wachsen zu lassen und die Bildung städtischer Industrie-Großagglomerationen zu vermeiden, werden neue staatliche, organisatorisch meist zu Städten gehörende Industrien in die ländlichen Vorgebiete der Städte verlagert. Ihre Standorte werden einerseits nach üblichen Transport- und Rohstoff- oder Energie-Kriterien gewählt; gleichzeitig wird darauf geachtet, daß sie möglichst wenig landwirtschaftlich nutzbaren Boden zerstören. Sie kommen auf unfruchtbare oder landwirtschaftlich schwer zu bearbeitende Böden.
Auch hierfür ist die erwähnte Nankinger petrochemische Fabrik ein gutes Beispiel. Sie liegt eine knappe Autobus-Stunde vor der Stadt in der unmittelbaren Nachbarschaft einer Volkskommune. Die Kommunebauern helfen mit beim Aufbau, vor allem bei den Erdarbeiten. Auch bei den Erdarbeiten für eine weitere Ausbaustufe, die zur Zeit unseres Besuches durchgeführt wurden, nahmen Bauern aus der Nachbarschaft teil. Dafür gehen Angehörige des petrochemischen Werkes zur Landarbeit in die Kommune, wenn dort zu bestimmten Zeiten besonders viele Arbeitskräfte

benötigt werden. Ebenso wurde mit Personal und Geräten aus der Fabrik geholfen„als in der Volkskommune kleine chemische und Düngemittel-Fabriken aufgebaut wurden – Fabriken übrigens, die im Zusammenhang mit der Raffinerie stehen, indem sie einige ihrer Produkte weiterverarbeiten.

Auf solche Weise, die hier an einzelnen Prinzipien und Beispielen verdeutlicht wurde, geht der wirtschaftliche Aufbau des Landes mit der politischen Entwicklung Hand in Hand. „Wirtschaftliche Entwicklung" bedeutet in der VR China zwar auch, aber keineswegs nur Erhöhung von Output-Ziffern. Natürlich müssen Produktivität und Produktion in allen Bereichen schnell gesteigert werden, aber die wirtschaftliche Entwicklung ist wesentlich auch eine qualitative Veränderung. Die „drei großen Unterschiede" zwischen Stadt und Land, Arbeitern und Bauern, Handarbeit und Kopfarbeit sollen verringert werden; Entscheidungsbefugnis und politische Macht sollen bei den Massen der Arbeiter und Bauern bleiben, die durch ihre Arbeit die Entwicklung des ganzen Landes tragen; schließlich soll die Macht im Interesse der Entwicklung der gesamten Volksrepublik eingesetzt werden und nicht für Lokal- oder Gruppeninteressen. Darin und nicht in einem beschränkten Modernisierungs- und Wachstumsfetischismus liegt der Schlüssel zum Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung in der VR China.



Anhang

1 Volkskommunen sind die wirtschaftlichen und politischen Grundeinheiten auf dem Lande. Sie umfassen mehrere zehntausend Einwohner auf verschiedenen Dörfern oder Höfen, die zweistufig untergliedert sind in Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen. Fast alle landwirtschaftlichen Produktionsmittel sind in kollektivem (also nicht staatlichem) Eigentum der Produktionsgruppen, -Brigaden und der Kommunen.

2 Die Mehrheit der Löhne von Arbeitern und Angestellten liegt zwischen 50 und 70 Yuan monatlich. Löhne für Spezialisten und Experten gehen bis ca. 120 oder 140 Yuan, in einzelnen Ausnahmefällen liegen sie über 200 Yuan pro Monat.

3 Die Löhne der Einzelnen werden in den Arbeitsgruppen durch Diskussion unter den Arbeitern gemeinsam festgelegt. Auf dem Land, wo die Verteilung über Arbeitspunkte teils in Reis, teils in Geld erfolgt, erhalten Männer in der Regel mehr Arbeitspunkte als Frauen, weil sie schwerere Landarbeit zu leisten in der Lage sind. In besonders fortschrittlichen Kommunen wie Dadschai sind diese Lohnunterschiede nur noch sehr klein und sollen in naher Zukunft ganz abgeschafft werden.

ENTWICKLUNG EINER NEUEN PROLETARISCHEN MORAL

Charles BETTELHEIM

Wer China besucht, wie ich es im August und September 1971 getan habe, wird mit Erstaunen die tiefe Verankerung von sozialen Verhältnissen feststellen, die im Einklang mit der sozialistischen Entwicklung der Volksrepublik stehen.

Nachdem die Umwandlung der Eigentumsformen, die sich hauptsächlich zwischen 1949–58 vollzog, abgeschlossen war, nahmen neue Produktionsverhältnisse Gestalt an: eine neue soziale Arbeitsteilung, neue Beziehungen zwischen manueller und geistiger Arbeit, eine veränderte Zuteilung von Führungs-, Verwaltungs- und Vollzugsaufgaben. Diese Veränderungen wurden ermöglicht, weil man die Ideologie der Kader ausmerzte oder umgestaltete. Diese waren durch Vorstellungen beeinflußt, welche mit Sozialismus nichts gemein haben. Damit verknüpft ist die Erneuerung der chinesischen kommunistischen Partei und das wachsende Eindringen der Grundideen des Marxismus und des dialektischen Materialismus in die Volksmassen. Ihrerseits leiten diese Veränderungen eine sozialistische Entwicklung der Produktivkräfte ein, deren wichtigstes Anzeichen der Aufschwung der Landindustrie ist.

Schon zur Zeit des „Großen Sprungs" wurden die Grundlagen für eine Industrialisierung der ländlichen Gebiete geschaffen. Heute ist dieser Typus eines industriellen Aufbaus in mannigfaltiger Art verwirklicht; er setzt vor allem voraus, daß das Prinzip respektiert wird, wonach jede Volkskommune, jede Produktionsbrigade, jeder Distrikt sich vorrangig aus eigener Kraft entwickeln muß; die Tätigkeit jeder Gruppe richtet sich aber nach allgemeinen Entwicklungsleitlinien und erhält notfalls vom Staat etwas Unterstützung.

Eine wesentliche Bedingung, welche diesen Entwicklungsweg gefördert hat, war das Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten, welches sich die Volksmassen im Laufe der proletarischen Kulturrevolution immer mehr angeeignet haben. Es hat dazu beigetragen, den Mythos von der vermeintlichen „Überlegenheit" der Experten und Techniker zu zerstören.

So haben die Volksmassen ein Bewußtsein von ihrer eigenen Fähigkeit entwickelt, kollektiv komplexe Techniken zu meistern, dank ihrer praktischen Erfahrung und mit Hilfe von Technikern, die aber keine dominierende Rolle spielen, ganz im Gegenteil! Damit hat man eine entscheidende Etappe im Aufbau des Sozialismus beendet. Dieser setzt nämlich voraus, daß die Ideologien verschwinden, die einer Minderheit erlauben, Macht auszuüben und privilegierte Stellungen einzunehmen, weil sie sich Kenntnisse zu eigen gemacht haben, die doch die Frucht einer gesellschaftlichen, kollektiven Praxis waren. Ist das erreicht, können sich die Produzenten

selbst die Technik dienstbar machen: sie beherrschen sie, anstatt von ihr beherrscht zu werden. Dagegen erscheint die Herrschaft der Technik über die Produzenten als Bedingung und Folge für das kapitalistische Funktionieren der Produktionsmittel.

Im Laufe meines Aufenthalts in China konnte ich unzählige Beispiele sehen, wo auf Grund von Neuerungen, welche die Arbeiter selbst erfunden hatten, Eigenschaften und Produktionskapazitäten von Maschinen in bedeutendem Umfang verbessert worden waren. Ich konnte zahlreiche kollektiv realisierte technische Verbesserungen konstatieren. Die große Zahl dieser Abänderungen und ihre wirtschaftliche Tragweite zeugen davon, daß es sich nicht um eine Art individuellen „Werkelns" oder um isolierte Tatbestände handelt. Man ist sichtbar mit einem Massenphänomen konfrontiert, das einem neuen Entwicklungsweg der Produktivkräfte entspricht. Während die kapitalistische Entwicklung der Produktivkräfte vor allem auf der Akkumulation vergangener Arbeit (d. h. Kapital, Maschinen u. ä.; Anm. pa) beruht, zeigt das Beispiel Chinas, daß dem sozialistischen Entwicklungsweg der Produktivkräfte hauptsächlich die Initiative und die Tätigkeit der Arbeiter zugrunde liegen, die den entscheidenden Faktor sozio-ökonomischer Umwälzungen darstellen.

Die ideologische Revolution, die sich in China entfaltet, weist die Mythen von einer wertfreien Technik und Naturwissenschaft und daraus abgeleitete „Sachzwänge" zurück und baut darauf auf, daß sich die Arbeiter die fundamentalen Begriffe des Marxismus aneignen. Zu wiederholten Malen wurde ich Zeuge davon, wie die Arbeiterkollektive die kennzeichnenden Widersprüche eines Produktionsprozesses in Griff zu kriegen wußten, den Hauptwiderspruch herauskristallisierten und daraus ihre praktischen Folgerungen zogen. Die Aneignung des dialektischen Materialismus durch die Arbeiter ist etwas ganz anderes als Buchwissen; die Worte Mao Tse-Tungs werden konkret studiert, um sie praktisch an objektive Prozesse anzuwenden.

Der China-Besucher wird darüber in Erstaunen versetzt, wie das Eindringen der proletarischen Ideologie in die Massen neue Beziehungen zwischen den eigentlichen Produzenten und den Technikern, Experten und Verwaltern hervorgebracht hat. Sie hat auch die Entstehung einer proletarischen Moral erlaubt, die auf der Politik gründet und die allein eine tiefgreifende Umgestaltung der Arbeits- und Produktionsorganisation möglich machte. Diese Politik und diese proletarische Moral setzen die Gemeinschaftsinteressen in den Vordergrund, die Interessen der Revolution über die persönlichen und speziellen. In den Gesprächen mit chinesischen Arbeitern und Bauern erscheint diese Haltung häufig in der Idee, daß „man arbeitet, produziert und studiert, um dem Volk zu dienen".

Es handelt sich hier nicht um simples Gerede, sondern um eine wachsende klare Zurückweisung individualistischer Ideologien. Dieses Zurückweisen erklärt, warum die „individuellen Produktionsanreize", besonders das Prämiensystem (womit man die Arbeiterklasse spaltete), fallen gelassen werden konnten, ohne daß daraus ein Schaden für Produktionsmenge und -qualität sowie die Arbeitsproduktivität entstanden wäre. Ganz im Gegenteil!

Die Abkehr von der individualistischen Ideologie und das Eindringen einer sozialistischen haben auch die Schaffung neuer Beziehungen zwischen den verschiedenen Produktionseinheiten und zwischen diesen und den höheren politischen Vorgesetzten erlaubt. Aufgrund derselben Umwälzung wird eine enge Kooperation zwischen Industrie und sozialistischem Handel verwirklicht, die ihrerseits eine Verbesserung der Produktionsqualität und -varietät nach sich zieht. Ich konnte dies in Augenschein nehmen, als ich in den verschiedenen Städten Chinas die Verkaufshäuser besuchte.

Eine weitere Folge des Wandels, der sich in den letzten Jahren vollzog, ist die radikale Schrumpfung des Verwaltungsapparats; dies gilt heute generell für ganz China. Die Abschaffung irrationaler Verordnungen und das Funktionieren neuer Organisationsformen, insbesondere der Arbeiterselbstverwaltung, erlaubten, eine ganze Reihe von Kontrollen fallen zu lassen, welche früher eine Minderheit von Verwaltern und Technikern über die Arbeiter ausübten. Wird ein Mangel in der Produktionsqualität festgestellt, wird dessen Ursache gemeinsam gesucht; Kader und Techniker helfen dabei den Arbeitern. Selbstkontrolle und gegenseitige Wachsamkeit haben jetzt absoluten Vorrang.



„Auch ich lese die 'Blätter des iz3w'!"

Will man neue Produkte entwickeln oder schon in Fabrikation befindliche verbessern, so führen die Arbeiter der entsprechenden Produktionswerkstätten häufig bei denen Befragungen durch, die die Produkte, teils als Produzenten, teils als Konsumenten gebrauchen (oder gebrauchen werden). Man strengt sich damit an, die Verwertungsbedingungen besser in Betracht zu ziehen, um die industrielle Produktion den tatsächlichen Bedürfnissen anzupassen. Im Zuge der letzten Jahre festigte sich die Anwendung des Prinzips immer mehr, nach dem die Industrie im Dienste der Volksmassen und der Landwirtschaft stehen muß.

Zusammenfassend läßt sich im Laufe einer Chinareise die Feststellung machen, daß das aktive Eingreifen der Arbeiter in die Verwaltung der Betriebe auf allen Gebieten einen mächtigen Motor darstellt, um eine wirtschaftliche Entwicklung neuen Typs zu realisieren, Entwicklung, die der *Befreiung der Produktivkräfte*, von der die Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus sprachen, eine konkrete Bedeutung gibt.

Übersetzt von IZ3W aus: „Le Monde Diplomatique", Nov. 1971

DER POLITISCHE KAMPF ZWISCHEN RECHTER UND LINKER LINIE

KLASSENKAMPF ODER HÖFISCHES INTRIGENSPIEL?

Zur inneren Entwicklung Chinas im Frühling 1976

Daniel Glass

Wer über die verwirrend erscheinenden Ereignisse der letzten Zeit in China mehr wissen wollte, erfuhr es des langen und breiten aus der Titelgeschichte des SPIEGEL 18/1976: Maos Frau , im Stile einer wildgewordenen Kaiserin von China, brachte diesen Frühling ihre jahrelangen Intrigen am roten Hof von Peking zu einem Höhepunkt. Sie setzte ihren politischen Rivalen Deng Hsiao-ping schachmatt und eroberte sich damit die Startposition auf Maos Nachfolge. Wenn ihr Mann tot ist, wird seine Witwe Tschiang-Tsching zusammen mit ihren getreuen Mafiosi die Schalthebel der Macht über das rote chinesische Reich betätigen und über 800 Millionen Untertanen gebieten . . .
Wie sind die politischen Ereignisse in China zu verstehen, wenn man von dem Mischmasch aus Informationsbruchstücken, Falschmeldungen und verkehrten Interpretationsansätzen der SPIEGEL-Geschichte absieht? Kämpfen Diktatoren um die Macht? Soll die Bildung aus den Schulen, der Sachverstand aus Produktions- und Verwaltungsstätten vertrieben werden? Ist die Einsetzung von Hua Guo-feng in höchste Ämter von Partei und Staat, zusammen mit der Amtsenthebung des Deng Hsiao-ping, ein Figurenwechsel an der Spitze, von dem die Massen der Chinesen nichts merken? Oder wird nun in China ab sofort alles anders?
Dies waren die aktuellen Ereignisse, die in der westlichen Presse Schlagzeilen hervorgerufen hatten: Etwa von November 1975 an wurde eine neue Kampagne beobachtet, die sich seit Anfang 1976 gegen den in der Öffentlichkeit nicht namentlich genannten Deng Hsiao-ping richtete. Am 5. April 1976 spielten sich auf dem Tiänamen-Platz in Peking gewaltsame, zum Teil blutige Zwischenfälle ab. Auch aus anderen Städten Chinas wurden solche Vorkommnisse berichtet. Als unmittelbare Folge dieser Zwischenfälle veröffentlichte das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) am 7. April 1976 die folgenden zwei Beschlüsse:
„Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro des ZK der KPCh einstimmig die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCh und zum Ministerpräsidenten des Staatsrates der Volksrepublik China bestätigt."
„Das Politbüro des ZK der KPCh hat den konterrevolutionären Zwischenfall auf dem Tiänanmen-Platz und das Verhalten Deng Hsiao-pings in der jüngsten Zeit erörtert und ist zu der Ansicht gekommen, daß sich das Wesen der Deng-Hsiao-ping-Frage bereits in einen antagonistischen Widerspruch verwandelt hat. Auf Vorschlag unseres großen Führers, des Vorsitzenden Mao, hat das Politbüro in einem einstimmigen Beschluß Deng Hsiao-ping aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben, ihm aber gestattet, seine Parteimitgliedschaft beizubehalten, um zu sehen, wie er sich in Zukunft verhält."
Diese Beschlüsse sind ein vorläufiger Höhepunkt in einer Entwicklung, die sich durch die ganze Geschichte der Volksrepublik China zurückverfolgen läßt und die sich auf jeder Ebene gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse abspielt. Um diesen Höhepunkt verstehen zu können, muß man die geschichtliche und die gesellschaftsstrukturelle Dimension wiederherstellen, die allzuleicht verloren geht, wenn sich die schlagzeilengebundene Aufmerksamkeit nur auf lautstarke, aufsehenerregende Einzelereignisse richtet.

Restauration oder Revolution?

Die Beschlüsse des ZK der KPCh vom 7. April sind Teil eines Kampfes um die ökonomische Gesellschaftsformation Chinas, der mit der Gründung der Volksrepublik 1949 keineswegs abgeschlossen war. Das Jahr 1949 bezeichnet das Ende der neudemokratischen, antifeudalen und antiimperialistischen Revolution, die von den chinesischen Kommunisten, zusammen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, durchgeführt worden war. Zu diesem Zeitpunkt *begann* erst die *sozialistische* Revolution. Nach der politischen Machtübernahme der KPCh wurde zunächst der feudale und imperialistische Besitz an Land und Industrieanlagen enteignet. Das enteignete Land wurde den Bauern zur privaten Nutzung überlassen und die nationale Bourgeoisie blieb noch Eigentümerin ihrer industriellen Produktionsanlagen. Erst im Verlauf von etwa sieben Jahren nach der Gründung der Volksrepublik China wurde dieses private Eigentum an landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsmitteln stufenweise in gemeindschaftliches (kollektives und staatliches) Eigentum überführt.
Das bedeutet, daß selbst an der ökonomischen Basis nach der Machtübernahme der Kommunisten noch alles zu tun blieb, um eine sozialistische Gesellschaft zu errichten; und so viel bis heute erreicht ist, so viel bleibt weiter zu tun. Dasselbe gilt für den gesellschaftlichen Überbau. Vor allem in den Bereichen von Recht, Erziehung und Wissenschaft und der Kultur gibt es noch zahlreiche vorsozialistische Elemente, deren Entwicklungsstand noch nicht der sozialistischen Umgestaltung der Produktionsverhältnisse entspricht.

Die chinesischen Kommunisten wissen, daß sie das Erbe einer halbfeudalen und halbkolonialen Gesellschaft angetreten haben, ein Erbe, das sie so leicht nicht los werden. Bis heute herrscht in vielen Bereichen noch bürgerliches Recht und es gibt noch überall wiederaufkeimende bürgerliche Bewußtseinsformen, die sich nicht per Dekret abschaffen lassen. Solche Bewußtseinsformen finden sich besonders im Reproduktionsbereich (z. B. in Medizin, Erziehung, Wissenschaft), wo die Verbindung zur ökonomischen Basis nicht so unmittelbar ist wie in der Produktion. Aber auch dort gibt es immer von neuem Widersprüche zwischen bürgerlichen und fortschrittlichen, antibürgerlichen Vorstellungen und Verhaltensweisen.

Die Träger der rückschrittlichen Bewußtseinsinhalte sind vor allem in zwei Gruppen zu finden: Zum einen die (kleiner werdende) Gruppe der ehemaligen Mitglieder der früheren ausbeutenden Klassen, die sich als Verlierer der sozialistischen Revolution betrachten und eine Rückkehr der früheren Zustände erhoffen. Zum anderen Kader oder Funktionäre, die sich nicht nur der neuen Gleichheit erfreuen, sondern die als Aufsteiger im Sozialismus ihre neu errungenen Positionen verteidigen und die damit verbundenen Vorteile ausbauen wollen. Ihnen ist der Ausbau ihrer potentiellen

Macht als Experten wichtiger als die Demokratie. Die anfängliche Gleichheit ist für sie die Grundlegung einer neuen Ungleichheit zu ihren Gunsten; sie ist ihnen nicht die Basis zum Kampf für die Umwandlung der (noch bürgerlichen) Gleichheit vor dem Gesetz zur (kommunistischen) Gleichheit der Leistungen nach den individuellen Fähigkeiten und der Befriedigungen nach den individuellen Bedürfnissen.
Experten sind selbstverständlich notwendig in einem Land, das sich gerade auf dem Weg von einer halbfeudalen und halbkolonialen Gesellschaft zu einer sozialistischen Gesellschaft befindet, das in einem Vierteljahrhundert Hunger, Krankheit und Elend schlimmsten Ausmaßes beseitigt hat und allen Einwohnern Nahrung, Kleidung, Wohnung, medizinische Versorgung, Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit garantiert. Selbstverständlich regieren Sachzwänge in einem Land wie China, das nach wie vor ein Entwicklungsland im Aufbau ist – Sachzwänge, die bisweilen unversehens den Experten mehr Macht zuspielen als einer funktionierenden Basisdemokratie zuträglich ist. Der „Kampf der zwei Linien" ist im wesentlichen der Kampf um diese Macht: Ob solche Macht allein im Interesse der arbeitenden Massen der chinesischen Bevölkerung eingesetzt wird, oder ob sie den partikularen Interessen einer Elite von Experten und Organisatoren dient, ist dabei die entscheidende Frage.
Aus dieser Fragestellung ergibt sich klar, daß der Kampf zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Linie nicht auf eine Auseinandersetzung innerhalb der Führung der Volksrepublik China beschränkt ist. Hauptbetroffene und Hauptpartei in diesem Kampf sind die Arbeiter und Bauern, d. h. die große Masse des chinesischen Volkes, neben denen die Kader und Intellektuellen, die Ärzte, Lehrer, Verwalter, Experten und Organisatoren zahlenmäßig unbedeutend sind. Der Kampf geht um die Frage, ob die Macht dieser Wenigen im Interesse und unter der Kontrolle der Massen eingesetzt wird – ein Kampf, den nur die Massen selbst, mit den ihnen uneigenützig dienenden und in diesem Sinne revolutionären Kadern zusammen, führen können. Deshalb sind die ganzen Kämpfe um den Ausbau und die Erweiterung der sozialistischen und demokratischen Errungenschaften in der Volksrepublik immer Massenbewegungen, die von der Basis ausgehen. Die Führung kann ihnen einen gewissen organisatorischen Zusammenhalt geben; inszenieren kann sie solche Massenbewegungen nicht.

Die Große Proletarische Kulturrevolution

Die Kräfte der „rechten Linie", die an Hierarchisierung und differenzierter Machtverteilung interessiert sind, hatten in den frühen 60er Jahren in der ganzen chinesischen Gesellschaft einschließlich der Partei großen Einfluß errungen. Die Vertreter der Linie Mao Tse-tungs, die nicht nur das Bruttosozialprodukt, sondern die *sozialistische Demokratie* Chinas entwickeln wollten, waren geschwächt und zurückgedrängt. Die alten und die neuen Eliten, deren Interessen objektiv partiell zusammenfielen, waren dabei, die sozialistische Demokratie Chinas in eine pseudo-sozialistische Bürokratie zu verwandeln.
In dieser Situation setzte 1966 die „Große Proletarische Kulturrevolution" ein, die von Mao Tse-tung ausgelöst wurde. Sie hatte zum Ziel, den im Aufbau befindlichen Machtapparat der neuen Eliten in der Partei und in anderen gesellschaftlichen Institutionen zu zerschlagen. Sie sollte den Massen zum Bewußtsein bringen, daß eine wirksame sozialistische Demokratie ihren Interessen besser entspricht als eine reibungslos laufende bürokratische Maschinerie. Die Kulturrevolution, die 17 Jahre nach der kommunistischen Machtübernahme begann, war ein heftiger Klassenkampf: es kämpften die chinesischen Massen der Bauern und Arbeiter gegen die neuen Eliten, die sich aus eben diesen Massen erhoben, sich allmählich von ihnen ablösten und sich von einer revolutionären Führung in eine herrschende Klasse zu verwandeln drohten.
„Kultur"-Revolution hieß dieser Kampf, weil es nicht um eine Veränderung der formalen Eigentumsverhältnisse, sondern um eine Revolutionierung vorsozialistischer Formen und rückläufiger Entwicklungstendenzen in den Produktionsverhältnissen ging. Die *Eigentumsverhältnisse*, die ja schon in den Jahren nach 1949 geändert worden waren, sind nur *ein Aspekt der Produktionsverhältnisse.* Andere Aspekte sind die *Verteilungsformen* und die *verschiedenen Beziehungen zwischen den Menschen.* Im Gegensatz zu früheren Phasen der Revolutionierung der Gesellschaft in China ging es in der Kulturrevolution in erster Linie um die Beziehungen zwischen den Menschen als einem Aspekt der Umwandlung der Produktionsverhältnisse, nachdem schon die politische Macht erobert, die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Angriff genommen und relativ weit vorangeschritten war.

Die Beziehungen zwischen den Menschen als Aspekt der Produktionsverhältnisse umfassen sehr viele Bereiche. In der Kulturrevolution und danach waren besonders das Verhältnis von Handarbeitern und Kopfarbeitern, die Beziehungen zwischen Inhabern leitender Funktionen und den von ihnen „Geleiteten" umkämpft, aber auch Fragen wie das Verhältnis des einzelnen Arbeiters oder Bauern zu der von ihm erbrachten Arbeitsleistung bzw. dem Produkt seiner Arbeit. Gerade Fragen wie die über das Verhältnis von Führung und Geführten, von Kadern und Massen in produktiven, reproduktiven und politischen Einheiten haben eine Bedeutung,* die weit über den jeweiligen Einzelfall hinausweist: Von ihrer Beantwortung hängt nicht nur die Fortentwicklung einzelner Aspekte der Produktionsverhältnisse ab, sondern das gesamte politische System. Indem sie in der Frage der Beziehungen zwischen den Menschen als gesellschaftlichen Funktionsträgern rückschrittliche Formen in breitem Maße durchsetzen, können die Repräsentanten des Rückschritts die politische Macht „auf kaltem Wege" erobern. Dann haben sie den Schlüssel in der Hand, mit dem auch die sozialistischen Eigentumsverhältnisse – in China scheinbar doch fest konsolidiert – rückverwandelt werden können in Formen, die es Wenigen erlauben, über Produktionsmittel, Produzenten und Produkte zu verfügen.
Eine solche rückläufige Entwicklung war bis zum Beginn der Kulturrevolution weit gediehen, nicht zuletzt im kulturellen Schaffen und in der Erziehung, aber auch in der allgemeinen Entwicklung des Bewußtseins und besonders verheerend in Fragen der Organisation von Produktion und Verteilung. Die Selbstbestimmung der Massen und damit ihre Initiative und Kreativität wurden überall zurückgedrängt: Die Massen hatten Verordnungen von Experten und Bürokraten auszuführen. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit verstärkte sich. Der Aufbau kleiner und mittlerer industrieller Produktionsanlagen auf dem Lande und die Entwicklung kooperativ organisierter kleiner Zulieferindustrien (Straßenfabriken) in der Stadt wurde gebremst oder aufgehalten. Auch große, für die Entwicklung ganzer Regionen wichtige Projekte wie der Rote-Fahne-Kanal wurden abgeblockt. Technologie und technologische Rationalität des Auslandes bildeten den Wertmaßstab für die eigenen Aktivitäten.

Ergebnisse der Kulturrevolution

Diese Entwicklungen, die zu einer neuerlichen Trennung in herrschende und beherrschte Klassen zurückzuführen drohten, wurden durch die Kämpfe in der Kulturrevolution un-

terbrochen. Neue, wirksame Formen der Basisdemokratie in Politik, Wirtschaft, Kultur und Medizin wurden eingeführt. Die „drei großen Unterschiede" zwischen Stadt und Land, zwischen Handarbeit und Kopfarbeit und zwischen Arbeitern und Bauern sollten verringert werden.
Die Kader sollten an körperlicher, produktiver Arbeit teilnehmen, um die Lebensbedingungen und Probleme der Arbeiter und Bauern existentiell kennenzulernen und um von den Erfahrungen unvermittelter Praxis zu lernen. Die politisch bewußtesten Vertreter der Arbeiterschaft dagegen wurden in Arbeiterpropagandatrupps organisiert, die in Krankenhäuser, Schulen, Verwaltungsinstitutionen usw. geschickt wurden. Dort sollten sie die Macht der Arbeiterklasse konkret ausüben: Durch politische Propagandaarbeit und durch die Teilnahme an der Leitung und Verwaltung dieser Institutionen sollten sie gewährleisten, daß überall die Interessen der Massen der Arbeiter und Bauern wahrgenommen wurden, daß nirgendwo eine neue Elite sich herausbildete, die den in produktiver Arbeit geschaffenen Mehrwert für ihre Sonderinteressen verwenden konnte. In den Produktionsbetrieben wurden nach Bedarf „revolutionäre Dreierverbindungen" gebildet: Arbeiter, Techniker und Kader erhielten die gemeinsame Aufgabe, technische Neuerungen zu entwickeln. Auf diese Weise sollten die praktischen Erfahrungen der Arbeiter, die theoretischen Kenntnisse der Techniker und die organisatorischen Fähigkeiten der Kader fruchtbar vereint werden.



Auch im Bildungsbereich wurde der Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeit, zwischen Theorie und Praxis verringert: Heute werden an den Universitäten nur noch „Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Studenten" aufgenommen, d. h. Studenten, die schon mindestens drei Jahre in der städtischen oder ländlichen Produktion oder in der Volksbefreiungsarmee tätig waren. Insgesamt zwölf Monate ihres dreijährigen Studiums verbringen sie bei Produktions- oder Armee-Einheiten, wo sie ihr neues Wissen anwenden und aus der Praxis die relevanten Fragestellungen für ihr Studium erfahren können. Ein anderes Resultat der Kulturrevolution war die Gründung von 21.-Juli-Arbeiter-Hochschulen, von denen es mittlerweile 3.700 gibt, davon allein in der Stadt Shanghai über 1.500: Nach einer Weisung von Mao Tse-tung vom 21. Juli 1968 wurden in vielen Fabriken eigene Schulen errichtet, auf denen Arbeiter aus der Fabrik (zum Teil aus benachbarten Fabriken) zu Technikern herangebildet werden. Sie werden zum Studium von ihrer bisherigen Arbeit freigestellt, erhalten ihren bisherigen Lohn weiter und gehen nach dem Ende ihrer Ausbildung – ohne wohlklingenden Titel und ohne Gehaltserhöhung – wieder in die Werkhallen ihrer Fabrik zurück, wo sie ihre neuen technischen und politischen Kenntnisse praktisch verwerten können.

Widerstand von rechts – Gegenangriff von links

Diese und andere Entwicklungen sind positive Ergebnisse der Kulturrevolution – sie wurden aber auch nach dem Sieg der Kulturrevolution nicht widerstandslos, der geraden Linie eines einfachen Planes folgend, eingeführt. Zwar hatten die Massen, die die Beteiligung der Basis in Stadt und Land an allen gesellschaftlichen Prozessen wollten, den Sieg davongetragen. Ihre Gegner waren vorerst zur Wirkungslosigkeit verurteilt, aber sie waren nicht beseitigt. Vielmehr sammelten sie sich wieder, rekrutierten auch neue Kräfte und begannen die Ergebnisse der Kulturrevolution zu revidieren. Das fiel ihnen besonders leicht, wenn sie an Fehlern oder Übertreibungen der Kulturrevolution ansetzen konnten – Übertreibungen, die sie bisweilen sogar selber gefördert hatten.
Die Durchsetzung neuer basisdemokratischer Formen stieß mancherorts auf zunehmenden Widerstand. Arbeiterpropagandatrupps verschwanden aus Institutionen oder wurden auf verwaltungstechnische Hilfsfunktionen beschränkt. Kader nahmen nicht mehr an der körperlichen produktiven Arbeit teil – sie hatten „zu viel zu tun" mit reiner Schreibtischarbeit. Es wurde wieder mehr Wert auf perfekte importierte Technologie aus dem Ausland gelegt, anstatt daß eigene technische Alternativen entwickelt wurden. Im Bildungswesen wurde die Wichtigkeit des Bücherwissens betont; Bücherwissen und nicht Erfahrung in den praktischen Lebensbedingungen und Fragestellungen der Massen war der Schlüssel zum Studium.
Viele Ergebnisse der Kulturrevolution wurden in den darauffolgenden fünf Jahren in Frage gestellt. Doch konnten sich die Exponenten des Widerstandes gegen diese Ergebnisse nicht die starken Positionen zurückerobern, die sie vor dem Beginn der Kulturrevolution innehatten. Die Linie der Basisdemokratie und des Sozialismus reagierte schnell und organisiert. In der Kampagne „zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius" 1973 und 1974 wurde in der gesamten chinesischen Gesellschaft die Frage nach den Zielen der Entwicklung Chinas und nach den Wegen dazu neu gestellt.
Konfuzius war das Symbol für die jahrtausendealte Ideologie der freiwilligen Unterordnung unter die bestehende Herrschaft, sei es die Unterordnung der Frau unter den Mann, sei es die willige Unterordnung aller Untertanen unter die jeweilige Obrigkeit. Lin Biao verkörperte die aktuelle Praxis der gesellschaftlichen Hierarchisierung unter dem Vorwand der Herrschaft der Experten und Organisatoren, denen man sich unter Zurückstellung der eigenen Interessen unterzuordnen habe. Ideologie und Praxis der Linie von Lin Biao und Konfuzius wurden in der gesamten Gesellschaft diskutiert und kritisiert. Die gesellschaftlichen Zielsetzungen, die Organisationsformen und die Methoden der Praxis, die sich in der Kulturrevolution entwickelt hatten und die in den Jahren danach teilweise wieder geschwächt worden waren, wurden in dieser Kampagne in vielen Bereichen wieder zur Geltung gebracht. Die Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius kann also als Erneuerung der Kulturrevolution mit teilweise anderen Mitteln verstanden werden.

1975: Ein „Wind von rechts" und seine Kritik

Obwohl diese Massen-Kampagne die Entwicklung Chinas wieder eindeutiger auf den Weg des Ausbaus von Sozialismus und Demokratie lenkte, konnten sich in ihr die demokratischen Kräfte nicht völlig gegen ihre Gegner durchsetzen. Der Kampf der zwei Linien ging seit Ende 1974 weiter in einer Folge von kleineren Kampagnen und Diskussionen, die teils in zeitlicher Folge, teils sich überschneidend und nebeneinander abliefen, bis sie in der Absetzung von Deng Hsiao-ping einen neuen vorläufigen Höhepunkt fanden, von dem aus sich der enge politische Zusammenhang aller dieser Bewegungen erkennen läßt.

Die „Theorie der Diktatur des Proletariats": Nach dem Abebben der Kampagne zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius fand im ersten Halbjahr 1975 in ganz China eine intensive Diskussion über die Frage der Diktatur des Proletariats statt. In unzähligen Diskussionen, Aufsätzen, Artikeln, Wandzeitungen wurde die gesellschaftliche Bedeutung von „Diktatur des Proletariats" erörtert und definiert. Gegen die Interessen einer Diktatur der Bürokraten und technischen Experten, die sich in eine neue Diktatur der Bourgeoisie verwandeln kann, wurde hervorgehoben, wie notwendig die Durchsetzung, Aufrechterhaltung und Erneuerung der Diktatur der arbeitenden Volksmassen sei, die nur so ihre Interessen wirksam vertreten und über die von ihnen geschaffenen gesellschaftlichen Werte selbst verfügen können.

Diese Diskussionen fanden nicht nur in esoterischen, politisch interessierten Debattierklubs statt, sondern es handelte sich (wie in allen anderen hier beschriebenen Kampagnen und Bewegungen auch) um Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, an denen praktisch alle Chinesen beteiligt waren. In Betrieben, Gewerkschaften, Frauen-, Jugend- und Rentnerorganisationen, Berufsverbänden und anderen Massenorganisationen finden Gruppendiskussionen statt, an denen jeder einmal oder mehrere Male wöchentlich teilnimmt. In solchen Diskussionen werden das aktuelle politische Geschehen, vorliegende Stellungnahmen dazu und bestimmte Texte der Klassiker des Marxismus besprochen, sowohl allgemein als auch in ihrer Bedeutung für den jeweiligen Nahbereich. Dabei wird nicht einfach eine „offizielle" Meinung verbreitet und nachgebetet, sondern hier findet tatsächlich Auseinandersetzung, Kritik und Selbstkritik und Meinungsbildung statt – Meinungsbildung, die sich später in politischem Handeln der Massen äußert, hinter dem die Massen auch stehen, weil sie die Geschehnisse begreifen und weil sie in ihrem eigenen Interesse handeln. Diese Massendebatten sind selbst ein Teil des politischen Kampfes der zwei Linien, weil sich nicht zuletzt in ihnen entscheidet, welche Politik sich auf den unteren Ebenen des gesellschaftlichen Geschehens durchsetzt. Ob sich z. B. die Kritik an einer elitären Betriebsleitung artikulieren und durchsetzen kann, wird nicht zuletzt in solchen regelmäßig stattfindenden politischen Diskussionen entschieden.

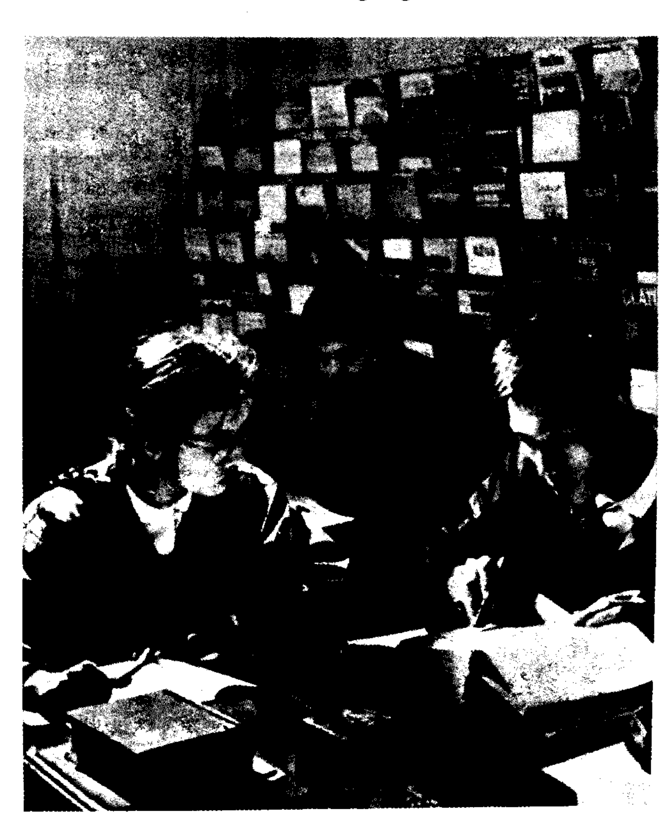
Obwohl die Diskussion um die Diktatur des Proletariats lange, intensiv und mit großer Breitenwirkung geführt wurde, artikulierte sich auch die rechte Linie im Kampf, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1975. Diese Artikulation fand auf verschiedenen Ebenen statt. Deng Hsiao-ping übernahm die Amtsgeschäfte des erkrankten Ministerpräsidenten Tschou En-lai. Von dieser Machtposition aus versuchte er, die wirtschaftliche Produktion zu erhöhen, ohne jeweils der gesellschaftspolitischen Frage, wem die erhöhte Produktion diene, das Primat zu geben. Die wirtschaftliche Produktion zu steigern, ohne die Frage des „Wozu" und „Für wen" zu stellen, ist ein Spezifikum der kapitalistischen Produktionsweise. Diese Politik strebten die Anhänger der Linie Deng Hsiao-pings an mit der Behauptung, es würde „nur von Politik, nicht von Wirtschaft gesprochen und allein von Revolution, nicht von Produktion geredet" (PEKING RUNDSCHAU 19/1976, S. 17). Damit unterstellten sie ihren Gegnern, sie würden den wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes vernachlässigen.

„Die drei Weisungen": Diese Politik wurde von Deng Hsiao-ping vertreten mit dem Programm „Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten". Die „drei Weisungen" sind Losungen, die Mao Tse-tung zu verschiedenen Gelegenheiten ausgab. Sie fordern auf zum „Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats zur Bekämpfung und Verhütung des Revisionismus", zum „Voranbringen der Volkswirtschaft" und zu „Stabilität und Einheit". Deng Hsiao-ping faßte diese drei voneinander unabhängigen Losungen als „die drei Weisungen" zusammen und forderte dazu auf, sie alle drei gleichermaßen als richtungsweisend für alle Aktivitäten zum Aufbau Chinas zu betrachten.

Damit setzte er sich in Widerspruch zur Linie Mao Tse-tungs, die seit jeher und vor allem wieder in der Kampagne zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats im ersten Halbjahr 1975 gefordert hatte, auch unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie voranzutreiben. In Deng Hsiao-pings Zusammenfassung der „drei Weisungen" diente die Losung über das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats als Alibi für die beiden andern Parolen. Die Aufforderungen, „Stabilität und Einheit" zu wahren und zum „Voranbringen der Volkswirtschaft" beizutragen, bedeuteten in dieser Zusammensetzung nichts anderes, als die wirtschaftliche Produktion zu entpolitisieren. Dieses Programm stand in unmittelbarem Gegensatz zu Mao Tse-tungs Linie, die die Entwicklung der Produktion nie als Selbstzweck betrachtete, sondern nur als Mittel für das Ziel, eine humane sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Da ein solches Gegenprogramm sich nur legitimieren kann, wenn es scheinbar an sozialistischen Zielen und an den Ideen von Mao Tse-tung orientiert ist, wurde es in zusammengeklaubte Mao-Zitate verpackt, die in dieser Kombination eine neue Bedeutung erhielten. Mit der Aufforderung, die Volkswirtschaft voranzutreiben, wurde unterstellt, daß dies nicht im Interesse der politisch fortschrittlichen Kräfte sei. Mit dem Ruf nach Stabilität und Einheit sollte die politische Auseinandersetzung gedämpft werden – anstatt, wie es ursprünglich intendiert war, Stabilität und Einheit der Basis gerade im Klassenkampf gegen die alte und die neue Bourgeoisie zu bewahren.

Die „Geschichten vom Liangschan-Moor": Den Anhängern der rechten Linie gelang es im kulturellen Bereich, die Bewegung zur Kritik an den „Geschichten vom Liangschan-Moor" in ihrer politischen Stoßkraft vorübergehend massiv zu dämpfen. Die aus mündlichen Überlieferungen von historischen Bauernaufständen zusammengetragenen „Geschichten vom Liangschan-Moor" wurden im 13. Jahrhundert niedergeschrieben und waren durch die Jahrhunderte bis zur Gegenwart ein populäres Hauptwerk der chinesischen Literatur. Die Kritik an diesen Geschichten, die etwa im September 1975 in Übereinstimmung mit einer Weisung von Mao Tse-tung begann, betrifft das Verhalten der Hauptfigur des Romans: Sung Djiang, Mitglied der herrschenden Feudalklasse, kommt in Konflikt mit der kaiserlichen Bürokratie und schließt sich deshalb einem Heer revolutionärer Bauern an. Das ursprüngliche Ziel des Bauernaufstandes ist die Beseitigung der Feudalherrschaft, der Ausbeutung und des Kaisertums, also die Beseitigung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs jener Epoche. Sung Djiang, eben der von den

Bauern bekämpften Klasse entstammend, wird Führer des Bauernheeres. In dieser Position verändert er die Stoßrichtung des Bauernaufstandes: Er bekämpft die Korruption der kaiserlichen Bürokratie, aber nicht die Existenz dieser Bürokratie. Zum Ende akzeptiert er ein kaiserliches Amnestieangebot und schlägt als kaiserlicher Armeeführer die revolutionären Bauern. Sung Djiang lenkt die Aufmerksamkeit der Bauern vom Hauptwiderspruch weg auf einen Nebenwiderspruch und verhindert damit ihre Befreiung.
Die heutigen Vorwürfe gegen Sung Djiang, der im Roman als positiver Held erscheint, sind identisch mit den Vorwürfen gegen die Anhänger der rechten Linie Deng Hsiao-pings: Mit dem Versuch, ähnlich wie in kapitalistischen Ländern die Produktion um jeden Preis voranzutreiben, ohne die politische Frage nach dem „Wozu" zu stellen, ist Deng Hsiao-ping zu einem Vertreter bürgerlicher Praxis und bürgerlicher Ideologie in der Führungsspitze des sozialistischen China geworden. Er lenkt ab vom Hauptproblem, in China eine sozialistische, demokratische Gesellschaft aufzubauen und behauptet, der Grundwiderspruch im heutigen China läge in der mangelnden Entwicklung der Produktivkräfte. Natürlich müssen die Produktivkräfte weiter entwickelt werden – genauso, wie zur Zeit der Räuber vom Liangschan-Moor die Korruption beseitigt werden mußte. Aber die Beschränkung auf dieses Problem wird der Etablierung einer herrschenden Klasse Vorschub leisten – genauso, wie der ausschließliche Kampf der Aufständischen vom Liangschan-Moor unter Sung Djiang gegen die Korruption das System der grundherrschaftlichen Ausbeutung nicht beseitigte, sondern festigte.
Mit diesen offensichtlichen und in der öffentlichen Kritik an den „Geschichten vom Liangschan-Moor" deutlich gemachten Parallelen zur Politik der rechten Linie trifft die scheinbar rein literarische Kampagne ins Herz der von Deng Hsiao-ping repräsentierten Auffassung. Es ist deshalb kein Wunder, daß die Anhänger dieser Linie die öffentliche Diskussion und Kritik an den „Geschichten vom Liangschan-Moor" bremsten und dämpften, wo sie nur konnten. Das gelang ihnen teilweise auch: Nachdem die Kritik an diesen Geschichten etwa im September letzten Jahres begonnen hatte, entfaltete sie sich zunächst nur zögernd. Die Diskussion über den Roman wurde schnell ins Literarische abgedrängt und in einer akademischen Sprache geführt, die die Arbeiter und Bauern nicht verstehen konnten. Erst zu Beginn dieses Jahres, als die gesamte Bewegung gegen den „Wind von rechts" größere Ausmaße erreicht hatte, kam die öffentliche Debatte um die politischen Inhalte der „Geschichten vom Liangschan-Moor" wieder zu einer breiten Entfaltung.
Erziehung und Wissenschaft: Nicht nur in Wirtschaft und Kultur, sondern auch in Erziehung und Wissenschaft begann der „Wind von rechts" zu wehen. Im September 1975 schickten vier Mitglieder leitender Gremien der Pekinger Tjinghua-Universität einen Brief an Mao Tse-tung. Darin beklagten sie sich, die Studenten würden zu viel Zeit und Energie für praktische Arbeit und politische Diskussionen opfern und dadurch die Aneignung von Fachwissen vernachlässigen. Ihre fachliche Qualifikation würde außerdem nach dem Studium nicht hinreichend genutzt, wenn sie in ihre Fabriken und Volkskommunen zurückgingen, statt in wissenschaftlichen Forschungsinstituten zu arbeiten. Der Wunsch der Verfasser dieses Briefes lief darauf hinaus, das aus Büchern erlernbare theoretische Wissen wieder mehr in den Vordergrund zu rücken und der körperlichen produktiven Arbeit in Industrie und Landwirtschaft sowie der politischen Praxis weniger Platz einzuräumen. Diese Kritik lag ganz auf der von Deng Hsiao-ping repräsentierten Linie und entsprach in ihrer Grundeinstellung auch den Ansichten des Erziehungsministers.
Nachdem der Brief zunächst parteiintern diskutiert worden war, wurde beschlossen, die Diskussion öffentlich und in breitem Rahmen zu führen. Das entsprach auch der Antwort von Mao Tse-tung auf den Brief, der die Kritik weder akzeptiert noch zurückgewiesen hatte, sondern zur Auseinandersetzung darüber aufforderte. Es entfaltete sich zunächst eine breite Debatte an der Tjinhua-Universität, die nach etwa vierzehn Tagen auch auf die Peking-Universität übergriff.
Aus der Debatte wurde ein gezielt geführter Kampf um die politische Linie im Erziehungswesen, der über ein halbes Jahr andauerte. Die beiden großen Pekinger Hochschulen, die Tjinghua- und die Peking-Universität, wurden in dieser Auseinandersetzung zu Zentren der Information und neuer Impulse. Es ging um die Alternative: Wird sich aus den Studenten, die ja größtenteils aus der arbeitenden Bevölkerung kommen, eine neue Elite technischer Spezialisten und eine neue intellektuelle Oberschicht herausbilden, losgelöst von den Massen der Arbeiter und Bauern? Oder werden die Universitätsabsolventen nichts anderes sein als hochqualifizierte Arbeiter – Arbeiter, die sich von ihren Kollegen allein durch ihre Ausbildung unterscheiden, die sie befähigt, besonders schwierige Aufgaben zu bewältigen, deren Lösung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung liegt?



Shanghais Studenten beim intensiven Studium

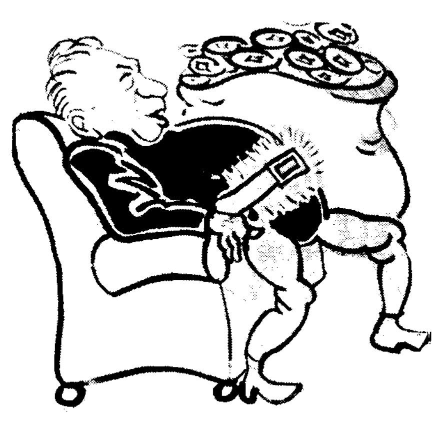
Die jahrhundertealte Funktion des Bildungssystems, Verteilungsmechanismus für gesellschaftlichen Aufstieg und Privilegien zu sein, sollte abgeschafft werden. Die Studenten sollten nicht mehr „lernen, um Beamter zu werden", wie es in konfuzianischer Manier heißt, sondern sie sollten lernen, um die gesellschaftliche, d. h. vor allem die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas beschleunigen zu können. Eine solche Zielsetzung von Erziehung und Bildung läßt sich nicht von heute auf morgen per Dekret einführen. Gerade

im Erziehungswesen und in der Wissenschaft werden auch heute noch Spezialisten aus der Zeit vor der Befreiung gebraucht. Nicht allen von ihnen gelingt es gleich gut, sich mit den neuen Zielsetzungen zu identifizieren und Wissenschaft bewußt als Klassenwissenschaft für das bäuerliche und industrielle Proletariat zu betreiben. Vielfach ist noch der Wunsch verbreitet, durch individuelle Gelehrsamkeit persönliche Meriten zu verdienen. Andererseits ist politische Fortschrittlichkeit, entwickeltes politisches Bewußtsein eine Bedingung für die Aufnahme als Student an eine Hochschule. So ist es kein Wunder, wenn gerade im Hochschulbereich die „zwei Linien und zwei Wege" besonders heftig aufeinanderprallen, wenn gerade in Erziehung und Wissenschaft der Kampf besonders zäh und heftig geführt wird.

Verschärfte Auseinandersetzung seit Anfang 1976

Eine Entscheidung in all diesen umstrittenen Bereichen kristallisierte sich erst allmählich heraus. Zum Jahreswechsel 1975/76 wurden zwei Gedichte von Mao Tse-tung veröffentlicht, in denen Kleinmut und Revisionismus der Lächerlichkeit preisgegeben werden und in denen die Vorkämpfer für den Sozialismus ermutigt werden: „Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen." In den Auseinandersetzungen an den Universitäten erwies sich die klassenbewußte Linie, die Politik und Praxis mit dem Studium der Theorie vereinen wollte, als überlegen. In der Debatte über das Primat der Politik bei der Entwicklung der Wirtschaft setzte sich immer stärker die Ansicht durch, die Produktion müsse im Zusammenhang mit dem Klassenkampf erfolgen, damit sich keine neue Bourgeoisie herausbilde, die die Entwicklung der Produktivkräfte losgelöst von den Bedürfnissen der Massen als scheinbaren Selbstzweck vorantreibt.
Gleichzeitig wurde der politische Gesamtzusammenhang der Debatte im Bildungswesen, der Kritik an den „Geschichten vom Liangschan-Moor" und der Diskussion um die Rolle der Politik in der Entwicklung der Wirtschaft deutlich herausgearbeitet. Die Linie Deng Hsiao-pings wurde direkt und allgemein an drei Hauptthemen kritisiert und bekämpft: An der „Theorie der Produktivkräfte", an der „Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes" und an der Losung „Die drei Weisungen als Hauptkettenglied betrachten". Die kritisierte „Theorie der Produktivkräfte" enthält die Behauptung, das Haupthindernis auf dem Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft in China sei die ungenügende Entwicklung der Produktivkräfte. Dagegen bestreitet diese Theorie, daß es in den Produktionsverhältnissen und im Überbau noch wesentliche bürgerliche Reste gibt, die die weitere Entwicklung des Sozialismus in China entscheidend behindern können. Mit der Behauptung, Produktionsverhältnisse und Überbau seien weitgehend frei von bürgerlichen Formen und Inhalten, werden gerade diese bürgelrichen Elemente für restaurative Anstrengungen nutzbar gemacht. Ähnlich ist es mit der „Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes": Es wird bestritten, daß es außer den Widersprüchen im Volke (d. h. Konflikten zwischen Menschen mit grundsätzlich vereinbaren, nicht antagonistischen Interessen) auch antagonistische Konflikte zwischen Klassen mit entgegengesetzten Interessen gebe. Die Frage nach der objektiven, klassenbezogenen Funktion gesellschaftlicher Prozesse wird verhindert, indem Klassengegensätze als nichtexistent ausgegeben werden. Das ermöglicht es restaurativen Kräften, unter dem Schutz einer Ideologie gemeinsamer Interessen ihre besonderen Klasseninteressen wahrzunehmen.
Die Kritik der „drei Weisungen", der „Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes" und der „Theorie der Produktivkräfte" wurde seit Beginn dieses Jahres immer intensiver geführt; gleichzeitig richtete sie sich immer deutlicher gegen Deng Hsiao-ping, den Hauptrepräsentanten dieser Theorie in der Parteiführung. Anfang Februar wurde Hua Guo-feng amtierender Ministerpräsident des Staatsrates, obwohl vorher Deng Hsiao-ping es war, der hauptsächlich die Amtsgeschäfte des erkrankten (am 8. Januar 1976 verstorbenen) Ministerpräsidenten Tschou En-lai geführt hatte.

Die Kritik gegen die Weisung von „Stabilität und Einheit" als Gegensatz zur Kontinuität des Klassenkampfes, gegen die „Theorie der Produktivkräfte" und gegen die „Theorie vom Erlöschen des Klassenkampfes" richteten sich zunächst gegen Liu Schao-tschi, Lin Biao „und Konsorten". Im Februar wurden verschiedene Reden, die Deng Hsiao-ping gehalten hatte, veröffentlicht. Aus den verschiedenen Produktionseinheiten wurden Arbeiter und Bauern in Lastwagen zu diesen Wandzeitungen gefahren. Sie studierten die Texte, schrieben sie ab und verbreiteten sie in ihren Einheiten, wo sie diskutiert und kritisiert wurden. Die Zielrichtung der Kritik wurde präzisiert, indem nicht nur Lin Biao und Konsorten, sondern zunächst „*die* Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen" und etwa ab März auch „*der* Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg" angegriffen wurden.



Liu Shao-chi als Befürworter des „kapitalistischen Weges" in der Wandzeitung karikiert.

Die Ereignisse Anfang April 1976

Etwa einen Monat lang gingen die Intensivierung der Kritik, die Präzisierung ihrer Stoßrichtung, die kraftvollere Artikulierung und Durchsetzung der proletarischen Linie Mao Tsetungs weiter. Die Kampagne zur Kritik am bürgerlichen „Wind von rechts" war zu einer Massenbewegung geworden. Mit dem 5. April begannen sich dann die Ereignisse zu überstürzen. Dieser Tag war nach dem chinesischen Kalender ein Totengedenktag, an dem nach einer alten Tradition die Verstorbenen geehrt, die Gräber besucht werden. Viele Chinesen, die arbeitsfrei hatten, gingen auf den Tiänanmen-Platz in Peking, um am Denkmal der gefallenen Volkshelden den verstorbenen Tschou En-lai zu ehren, der sehr großes Ansehen in der Bevölkerung genießt.
Diesen Feiertag benutzten Vertreter der rechten Linie, um auf dem Tiänanmen-Platz militante Manifestationen gegen die Linie Mao Tse-tungs durchzuführen. Schon in den Tagen vor dem 5. April waren Zettel angeklebt worden, Gedichte und Parolen ausgehängt worden, die alle die rechte Linie favorisierten. Kränze für Tschou En-lai waren niedergelegt worden, die weniger der Ehrung des Verstorbenen dienten als dem Ruf nach einer Stärkung der Linie Deng Hsiao-pings. In der Nacht vom 4. zum 5. April wurden diese Kränze wieder entfernt. Darauf wurden am 5. April den ganzen Tag über Reden, Gedichte und Parolen zugunsten der rechten

Linie verlesen; die Ernennung Deng Hsiao-pings zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der KPCh wurde verlangt. Dazwischen gab es Prügeleien mit Anhängern der Linie Mao Tse-tungs, mit Milizionären, die die Volkskongresshalle am Rande des Tiänanmen-Platz bewachten, und mit Polizisten, die bei solchen Zwischenfällen eingreifen wollten. Mehrmals wurden im Lauf des Tages Fahrzeuge umgestürzt und demoliert oder verbrannt. Zweimal besetzten die Manifestanten das Erdgeschoß einer kleinen Kaserne der Volksbefreiungsarmee an der Südostecke des Platzes. Bettzeug und Mobiliar wurde auf die Straße geworfen und verbrannt.
Diese ganzen Zwischenfälle waren keine zentrale Demonstration. Sie fanden, zeitlich über den ganzen Tag verteilt, an verschiedenen Stellen des riesenhaften Tiänanmen-Platzes statt. Auf dem Platz befanden sich gleichzeitig stets zwischen 10.000 und 100.000 Personen, von denen immer nur ein relativ kleiner Teil mitbekommen konnte, was an einzelnen Stellen des Platzes geschah. Die chinesische offizielle Feststellung, es wären nur wenige Unruhestifter tätig gewesen, ist durchaus glaubwürdig. Ihnen können sich Umstehende bei den einzelnen Gewaltakten spontan angeschlossen haben. Daß es sich nur um „eine Handvoll schlechter Elemente" gehandelt habe, ist allerdings relativ zu verstehen: Immerhin gelang es den Manifestanten, eine Hundertschaft von Arbeitermilizionären vor der Volkskongresshalle in Gruppen aufzuspalten und zu verprügeln.
Den ganzen Tag über wurde nur mit kleinen Einheiten von Ordnungskräften oder Feuerwehrleuten an den jeweiligen Stellen eingegriffen, wo die einzelnen Zerstörungsakte vorkamen. Gegen Abend fand eine Sitzung des Revolutionskomitees der Stadt Peking statt. Danach hielt der Vorsitzende des Revolutionskomitees (der „Bürgermeister") der Stadt Peking, Wu Dö, eine Radioansprache, die über Lautsprecher auf den Tiänanmen-Platz übertragen wurde. Wu Dö forderte die Massen auf, den Platz zu verlassen. Seiner Aufforderung wurde Folge geleistet. Drei Stunden später waren nur noch Leute auf dem Platz, die ihre Manifestationen für die Linie Deng Hsiao-pings weiterführten. Nun erst griff die Volksmiliz ein und verhaftete die Manifestanten, die sich noch auf dem Platz befanden und teilweise Widerstand leisteten.
Ob die Unruhen des 5. April von Deng Hsiao-ping persönlich ausgingen, kann hier aufgrund der vorliegenden Informationen nicht entschieden werden. Über den organisatorischen Zusammenhang der Manifestanten mit Deng Hsiao-ping kann nur spekuliert werden; der ideologische Zusammenhang ist dagegen offensichtlich. Die Vorfälle bedeuteten jedenfalls das Ende der persönlichen Macht Deng Hsiao-pings in Partei und Staat: Zwei Tage später wurden die eingangs zitierten Beschlüsse des Zentralkomitees der KPCh veröffentlicht.

Diese Beschlüsse wurden von der Bevölkerung in den größten Demonstrationen seit den Ussuri-Zwischenfällen von 1969 in allen Städten des Landes gutgeheißen. In der 10-Millionen-Stadt Shanghai waren es 300.000, die an der Hauptdemonstration am 9. April teilnahmen. Insgesamt haben über 5 Millionen Menschen allein in Shanghai demonstriert, weil außer der Hauptdemonstration noch tagelang in Straßenkomitees, Fabriken usw. kleinere Demonstrationen zur Unterstützung der Beschlüsse vom 7. April stattfanden. Jugendliche, Rentner, Frauen, Krankenhausärzte und -Pfleger und alle möglichen anderen Gruppen führten ihre eigenen Demonstrationen auf lokaler Ebene durch. Entsprechend war es in den anderen Städten Chinas. Die Straßen waren gesäumt von meterhohen Wandzeitungen in der Länge ganzer Häuserblöcke, die in riesigen Schriftzeichen die zwei Beschlüsse des Zentralkomitees guthießen.
Natürlich waren diese Massenmanifestationen organisiert: 300.000 Menschen könnten unorganisiert gar nicht demonstrieren, sondern allenfalls ein Verkehrschaos zustandebringen. „Organisiert" heißt aber nicht (wie es in der bundesdeutschen Presse gern unterstellt wird) „inszeniert" oder „angeordnet": Die Unterstützung der proletarischen Linie von Mao Tse-tung ist eine Bewegung, die von der Basis ausgeht. Die chinesischen Massen sind sich der vor erst 27 Jahren zu Ende gegangenen Zeit der Ausbeutung und Unterdrückung zu bewußt, um nicht sehr empfindlich zu reagieren, wenn die Errungenschaften ihrer proletarischen Politik in Frage gestellt werden. Es sind die chinesischen Massen, die die Auswirkungen von Maßnahmen rechtsgerichteter Führungskräfte zu spüren bekommen, und deshalb waren es auch die chinesischen Massen, die von sich aus, ohne Befehl oder Aufforderung, die Beschlüsse des Zentralkomitees guthießen. Sie erkannten den Zusammenhang zwischen den Beschlüssen des Zentralkomitees, die die Führung von Partei und Regierung betrafen, und der Politik in den Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, in denen der Ausgang des Kampfes zwischen den zwei Linien unmittelbar spürbare Auswirkungen für die Massen der Bauern und Arbeiter hat.
Abgeschlossen ist der Kampf der zwei Linien durch die dramatischen Ereignisse der ersten Aprilhälfte noch keineswegs. Im Bildungswesen, wo die Auseinandersetzung besonders heftig war, ist die rechte Linie aus ihrer ursprünglichen starken Stellung durch die jüngste Auseinandersetzung besonders weit abgedrängt worden. In andere Bereiche, nicht zuletzt in die Medizin, wird die Auseinandersetzung jetzt erst verstärkt hineingetragen werden. Mit Deng Hsiao-ping ist die rechte Linie nicht insgesamt entmachtet. Deng Hsiaoping war ein Repräsentant dieser Linie: er ist – wie Lin Biao und Liu Schao-tschi – eine Symbolfigur für die Linie der wiederaufstrebenden Bourgeoisie im sozialistischen China. Er hatte zwar sehr viel Macht durch seine hohen Partei- und Staatsfunktionen. Er konnte aber so wenig wie irgend ein anderer einzelner Politiker in China (einschließlich Mao Tsetung) „seine" Linie per Dekret durchsetzen – ebenso wie es nicht möglich ist, die Massenkritik an der rechten Linie von oben her zu verordnen. Der Kampf der zwei Linien findet nicht von oben her statt. Er spielt sich an der Basis der Gesellschaft ab und auf jeder einzelnen Ebene von Verwaltung, Regierung und Partei, von der Volkskommune und dem Straßenkomitee bis zu den Spitzen von Regierung und Partei in Peking. Sein Inhalt ist nicht abstrakt ideologisch; es handelt sich weder um theologische Auseinandersetzungen um das „richtige" Dogma noch um Machtkämpfe einzelner Führungspersönlichkeiten eines großen Reiches. Es geht vielmehr um die politisch verstandene Frage des Weges und Zieles der Entwicklung Chinas, die sich gleichermaßen in der Festlegung der großen Politik dieses Landes wie in jeder organisatorischen, inhaltlichen oder personellen Entscheidung auch in der untersten produktiven oder reproduktiven Einheit stellt.

Dieser Bericht über die Hintergründe der jüngsten Klassenauseinandersetzung in der Volksrepublik China beruht auf einer Chinareise, die der Verfasser als Mitglied der *Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft* (GDCF) im April dieses Jahres unternommen hat. In zahllosen Besichtigungen und Besuchen, Diskussionen und Befragungen und nicht zuletzt durch das Erlebnis der Demonstration am 9. April in Shanghai hat sich das Bild herauskristallisiert, das hier wieder gegeben wird. Für die Strukturierung des Vorverständnisses und der Interpretationsansätze, die an die in China gewonnenen Informationen herangetragen werden, dienten unter anderm:
Baumberger, Elo und Jürg: Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen! – Was geschah in China 1973/74? Reinbek (Rowohlt), 1975
Yu, Cheugg-Lieh: Der Doppelcharakter des Sozialismus. Zur politischen Ökonomie der VR China. (2 Bände) Berlin (Wagenbach), 1975
Peking Rundschau 1975, bes. Nr. 11, 14, 20, 37, sowie 1–19/1976.
Die in China kritisierten „Geschichten vom Liangschan-Moor" sind in deutscher Übersetzung als zweibändiges Insel-Taschenbuch unter dem Titel „Die Räuber vom Liangschan-Moor" erhältlich.

ZUR AUSSENPOLITIK

NUTZT DIE AUSSENPOLITIK DER VOLKSREPUBLIK CHINA DEN BEFREIUNGSKÄMPFEN IN DER DRITTEN WELT?

Versuch einer Einschätzung.

Anfang der siebziger Jahre begann die VR China, wieder diplomatische Beziehungen zu Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aufzunehmen und auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet ihre Kontakte nach außen zu verstärken. Mittlerweile betreitb sie auch gegenüber Organisationen und Staaten in der Dritten Welt, die reaktionär bis faschistisch sind, eine ausgesprochen freundliche Außenpolitik. Man denke z. B. an die militärische Unterstützung der FNLA in Angola, die internationale Aufwertung des iranischen Schah-Regimes durch gegenseitige Freundschaftsbesuche und Abkommen oder den kürzlich gewährten Kredit an Chile, wo die Pinochet-Junta herrscht. (Vgl. dazu im Einzelnen Teil II). Ist diese Außenpolitik noch revolutionär, nützt sie den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt? Um dies einzuschätzen, ist es notwendig, zunächst darzustellen, wie die chinesische KP den revolutionären Anspruch ihrer Außenpolitik theoretisch begründet. Anschließend untersuchen wir anhand von drei Einzelbeispielen (Angola, Iran, Chile), ob die daraus abzuleitenden Argumente zur Rechtfertigung der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik zutreffend sind und ob die Chinesen sich selbst daran halten. Sollte das nicht der Fall sein, stecken vermutlich andere, z. B. strategische oder ökonomische Interessen hinter ihrer Aussenpolitik.

I. Die Einschätzung der Weltlage durch die chinesische KP als theoretische Grundlage ihrer Außenpolitik.

a. Die offiziellen Prinzipien

Die offiziellen Prinzipien der chinesischen Außenpolitik, die sowohl für Beziehungen mit kapitalistischen als auch mit sozialistischen Staaten gelten sollen, sind:

1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität.
2. Gegenseitiger Nichtangriff.
3. Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.
4. Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil.
5. Friedliche Koexistenz.[1]

Offenbar handelt es sich hierbei lediglich um formale Prinzipien, deren Anerkennung die VR China von jedem Land verlangt, mit dem sie Beziehungen unterhält. Dazu gehören Länder, die auch der chinesischen Einschätzung nach imperialistisch sind (z. B. die BRD). Weil die Chinesen also davon ausgehen, daß Mächte, die die Völker der Dritten Welt ausbeuten und unterdrücken, die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz befolgen können, ist kaum anzunehmen, daß sie diese Prinzipien für eine Grundlage halten, die den revolutionären Anspruch ihrer eigenen Außenpolitik inhaltlich rechtfertigt. Daher gehen wir nicht näher auf die fünf formalen Prinzipien ein sondern versuchen, die Außenpolitik der chinesischen Kommunisten aus ihrer Einschätzung des revolutionären Prozesses in der Welt zu erklären.

b. Die Bestimmung des Hauptwiderspruchs

Im Zentrum der politischen Philosophie Mao Tse-tungs steht die Theorie vom Widerspruch. Überall in der Welt gibt es Widersprüche, und indem sie auf ihre Lösung drängen, treiben sie alle Prozesse in Natur und Gesellschaft voran. Im gesellschaftlichen Bereich erscheinen Widersprüche vor allem als Gegensätze zwischen ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen. Die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche setzt daher stets Klassenkampf voraus.

Mao Tse-tung unterscheidet Haupt- und Nebenwidersprüche. „Wenn ein Prozeß mehrere Widersprüche enthält, muß einer von ihnen der Hauptwiderspruch sein, der die führende und entscheidende Rolle spielt, während die übrigen nur eine sekundäre, untergeordnete Stellung einnehmen. Infolgedessen muß man sich beim Studium eines komplizierten Prozesses, der zwei oder noch mehr Widersprüche enthält, die größte Mühe geben, den Hauptwiderspruch herauszufinden. Sobald dieser festgestellt ist, kann man alle Probleme leicht lösen. Das ist die Methode, die uns Marx in seiner Untersuchung der kapitalistischen Gesellschaft vordemonstriert hat."[2] Wenn der Hauptwiderspruch gelöst ist, wird einer der bisherigen Nebenwidersprüche zum neuen Hauptwiderspruch, der wiederum auf seine Lösung drängt, und so fort.

Welches sind nun die Widersprüche, die nach Auffassung der chinesischen KP den gegenwärtigen revolutionären Prozeß in der Welt bestimmen? Seit Ende der sechziger Jahre werden vor allem die folgenden genannt: „Der Widerspruch zwischen unterjochten Nationen einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits; der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten und dem sozialimperialistischen Staat sowie der Widerspruch unter den imperialistischen Staaten; der Widerspruch zwischen den sozialistischen Staaten einerseits und dem Imperialismus und Sozialimperialismus andererseits."[3]

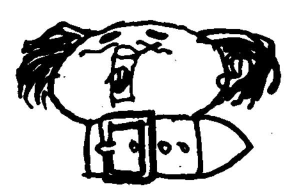
Welchen davon halten die Chinesen für den Hauptwiderspruch, auf dessen Lösung sich der internationale Klassenkampf zuerst richten muß? „In den kapitalistischen und imperialistischen Ländern ist der Hauptwiderspruch der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die anstehende Etappe ist die proletarische Revolution."[4] Welches ist aber der Hauptwiderspruch in der Dritten Welt, wo nach chinesischer Auffassung „halbkoloniale" oder „halbfeudale" Produktions- und Gesellschaftsstrukturen vorherrschen und die Stufe des Kapitalismus noch nicht erreicht ist?

Die Antwort liefert die von den Chinesen entwickelte Theorie der historischen Phasen, die das klassische marxistische Schema: Feudalgesellschaft – bürgerliche Revolution – kapitalistische Gesellschaft – proletarische Revolution – sozialistische Übergangsgesellschaft zum Kommunismus, auf Länder überträgt, die sich nicht eigenständig entwickeln wie die europäischen Industrieländer sondern in kolonialer Abhängigkeit von diesen. Die chinesische Phasentheorie ist weitgehend am Werdegang der eigenen Revolution und deren Etappen orientiert. Ihr zufolge steht heute in der Dritten Welt noch nicht die sozialistische Revolution an, sondern die sogenannte „neudemokratische" Revolution. „Ziel dieser Revolution ist die Errichtung einer ‚Neuen Demokratie' . . ., die die nationale Unabhängigkeit herstellt, gewisse Maßnahmen zur Konfiszierung des Bodens ergreift, jedoch eine Großbauern-Wirtschaft zuläßt, die das kapitalistische Privateigentum in vielen Sektoren nicht beschlagnahmt. Diese Revolution ist laut Mao insofern eine demokratische Revolution neuen Typs, als sie nicht mehr unter Führung der Bourgeoisie wie frühere Revolutionen, sondern unter Führung

des Proletariats vor sich gehen soll."[5]
In einem Land der Dritten Welt entwickele sich erst während der Phase der Neuen Demokratie der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat zum Hauptwiderspruch, der auf seine Lösung durch die sozialistische Revolution drängt. Vor der „neudemokratischen Revolution" aber sei dieser Widerspruch nebensächlich, da es zunächst um die Beseitigung der halbkolonialen und halbfeudalen Strukturen gehen müsse. Dies könne nur von einem Bündnis derjenigen Klassen geleistet werden, die ein gegen den Imperialismus gerichtetes Interesse an nationaler Unabhängigkeit haben: neben dem Proletariat und den ländlichen Massen auch das Kleinbürgertum und die sogenannte „nationale Bourgeoisie."

Das Bündnis dieser vier Klassen, die gemeinsam den Kampf gegen Imperialismus und um nationale Unabhängigkeit in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht führen sollen, wird von den Chinesen in jüngerer Zeit meist einfach „Volk" oder „Nation" genannt. Dabei wird leicht vergessen, daß es auch nach ursprünglicher chinesischer Theorie innerhalb jedes Landes der Dritten Welt Kräfte gibt, die auf der anderen, konterrevolutionären Seite des Widerspruchs stehen: die niedergelassenen ausländischen Imperialisten, die sogenannte „Kompradorenbourgeoisie" (also Einheimische, die die Interessen des ausländischen Kapitals vertreten) sowie Teile der Großgrundbesitzerklasse, dren Eigentum von der Bodenkonfiszierung während der Neuen Demokratie bedroht ist.
Aus der Phasentheorie läßt sich schließen, daß nach chinesischer Auffassung in den meisten Ländern der Erde der Hauptwiderspruch nicht der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist, sondern der zwischen unterdrücktem Volk und Imperialismus (wozu auch der „Sozialimperialismus" der UdSSR zählt). Dieser Widerspruch wird in offiziellen Texten der KPCh in den letzten Jahren auch stets an erster Stelle genannt.
Wenn der Hauptwiderspruch der zwischen den unterdrückten Völkern und den Imperialismen ist, so bedeutet das, daß die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt in der gegenwärtigen Etappe zuerst auf seine Lösung drängen müssen. Diese Strategie erfordert eine größtmögliche Einheit der unterdrückten Völker gegenüber den Imperialismen. Die Chinesen begreifen die Dritte Welt daher als Block, der geschlossen gegen die beiden imperialistischen Supermächte auftreten muß. Sie verstehen sich selbst als Teil der Dritten Welt. Als deren mächtigstes sozialistisches Land sieht China sich vor die Aufgabe gestellt, die Einheit dieses Blocks herzustellen und zu bewahren.
Zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR („Erste Welt") und den vom Imperialismus abhängigen Ländern („Dritte Welt") existiert noch die „Zweite Welt", zu der die kleineren imperialistischen Länder in West- (und wohl auch Ost-) Europa sowie Japan, Australien, Neuseeland und Kanada gehören. Diese Länder stehen in Konkurrenz zu den Supermächten und können daher im Kampf gegen deren Hegemoniestreben eine positive Rolle spielen. „Auch die Länder der Zweiten Welt haben ihren Kampf gegen die Kontrolle, Einmischung, Subversion und Gewaltandrohung durch die Supermächte, insbesondere durch den Sozialimperialismus, verstärkt. Die Tendenz unter den westeuropäischen Ländern, vereint gegen den Hegemonismus zu kämpfen, geht weiter. Die Zweite Welt hat ihren Dialog und ihre Kontakte mit der Dritten Welt intensiviert. Solche Beziehungen der Kooperation haben, soweit sie auf gegenseitiger Achtung der Souveränität und Gleichberechtigung beruhen, ohne Zweifel gute Entwicklungsaussichten."[6] In diesem Fall geht es darum, daß ein Nebenwiderspruch (der zwischen verschiedenen imperialistischen Ländern) nützlich sein kann, um die Lösung des Hauptwiderspruchs, die Befreiung der unterdrückten Nationen vom Imperialismus, voranzutreiben.
Die Rolle der Dritten Welt als geschlossener revolutionärer Block geht auch aus der von Lin Piao entwickelten Theorie „die Dörfer kreisen die Städte ein" hervor, die bis heute gültig geblieben ist. „Das Schema des Maoschen Volkskriegs, des Kriegs auf dem Lande, benutzend, hat er der Dritten Welt – den Dörfern der Welt – die Aufgabe zugedacht, Nordamerika und Westeuropa sowie andere hochentwickelte kapitalistische Staaten – die Städte der Welt – einzukreisen, d. h. das Schwergewicht der Revolution wird noch stärker im Rahmen der oben skizzierten Haupt- und Nebenwiderspruchsstrategie auf die Dritte Welt verlagert."[7]

c. Drei Argumente für die chinesische Außenpolitik
Aus dieser Einschätzung der internationalen Klassenkampfsituation durch die chinesische KP ergeben sich drei Argumente, die für die gegenwärtige chinesische Außenpolitik, insbesondere für die Unterstützung auch bürgerlicher Regierungen, ins Feld geführt werden können:
1. Da die nationale Bourgeoisie (in der Etappe der neudemokratischen Revolution) als eine revolutionäre Klasse verstanden wird, ist es nur konsequent, sie in der Verfolgung ihrer Interessen zu unterstützen, die gegen imperialitische Einmischung und auf nationale Unabhängigkeit gerichtet sein sollen. Wenn man wie die Chinesen davon ausgeht, daß ein Land der Dritten Welt, welches von der nationalen Bourgeoisie beherrscht wird, um Unabhängigkeit sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet ringt, ergibt sich als logische Folge die Forderung nach Unterstützung solcher bürgerlichen Regierungen.



2. Wenn die Dritte Welt als geschlossener Block gegen die Supermächte auftreten soll, ist es notwendig, daß kein Staat, auch der reaktionärste nicht, aus dieser Front ausbricht. Rohstoffkartelle beispielsweise lassen sich nur zustande bringen, wenn wirklich alle bedeutenden Produzentenländer eines Rohstoffes, die sehr unterschiedliche Gesellschaftsordnungen und politische Verhältnisse haben können, an einem Strang ziehen und kein Land versucht, die Preise der anderen auf dem Weltmarkt zu unterbieten. Daher müssen alle Länder der Dritten Welt gute Beziehungen zueinander haben. Insbesondere China, das den Block zusammenhalten will, muß auch mit ausgesprochen reaktionären Staaten die Kontakte pflegen.
3. Wenn die Nebenwidersprüche (z. B. die Konkurrenz zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten oder der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat in der Dritten Welt) revolutionär ausgenutzt werden sollen, braucht China auf allen Ebenen der internationalen Politik Kontakte und Kanäle, um seinen Einfluß in dieser Richtung geltend machen zu können. Zum Beispiel kann es versuchen, die Interessengegensätze zwischen den beiden Supermächten an bestimmten Punkten zu schüren, um so in deren gemeinsame Front gegen die unterdrückten Völker Lücken zu reißen, in die (wie in Indochina) die Befreiungsbewegungen hineinstoßen können. Auch dies spricht dafür, möglichst zu allen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten. Im Falle des Vietnamkrieges konnte die Taktik, UdSSR und USA zum Vorteil des Befreiungskampfes gegeneinander auszuspielen, mit einigem Erfolg angewendet werden. Diese Tak-

tik hat China und Vietnam veranlaßt, „nicht nur auf der Ebene des ‚Volkskriegs' zu intervenieren, sondern auch auf der Ebene öffentlicher oder geheimer diplomatischer Verhandlungen und auf der eines vorurteilslosen und konsequenzenreichen Spiels – dies alles, um wenigstens die gegnerische Front auseinanderzubrechen."[8] Der Erfolg bestand darin, daß die FNL (Vietcong) den Krieg gegen die USA mithilfe russischer Waffen führen und gewinnen konnte, ohne von der UdSSR abhängig zu werden. Dies war nicht zuletzt deshalb möglich, weil sich die FNL jederzeit auf den Beistand der Chinesen verlassen konnte.

d. Unsere Haltung gegenüber der theoretischen Position der Chinesen

Wir wollen nicht versuchen, die chinesische Einschätzung der internationalen Klassenkampfsituation global zu kritisieren. Die Gruppe Intenationale Marxisten (GIM) tut dies und ersetzt die chinesische Ideologie durch eine andere, die ebenso schematisch ist, weil sie ebenfalls auf jedes Land der Dritten Welt – unbesehen seiner besonderen sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse – zutreffen soll: „Der Hauptklassengegensatz in der Welt besteht zwischen dem Imperialismus und den Bourgeoisien der zurückgebliebenen Länder einerseits, sowie der Arbeiter- und armen Bauernschaft der unterentwickelten Länder und der Arbeiterschaft der imperialistischen Länder andererseits."[9] Für die GIM besteht der Hauptwiderspruch also nicht zwischen Erster und Dritter Welt, sondern zwischen den Kapitalisten und dem Proletariat innerhalb jedes Landes. Aus chinesischer Sicht steht die Bourgeoisie in der Dritten Welt (oder mindestens ein beträchtlicher Teil davon) auf der revolutionären Seite des Hauptwiderspruchs, aus trotzkistischer Sicht (GIM) steht sie ganz und gar auf der Seite der Konterrevolution. Ob die trotzkistische oder die chinesische Auffassung vom Hauptwiderspruch richtig ist, können wir nicht entscheiden, wenn wir uns damit auf ein Schema festlegen sollen, das auf jedes Land der Dritten Welt angewendet wird. Schmierer schreibt im theoretischen Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: „Bei der Ausarbeitung der konkreten Linie und der Politik im jeweiligen Land muß man den Hauptwiderspruch herausfinden, durch den der Gang der historischen Entwicklung *in diesem Land* bestimmt ist."[10] Bei Schmierer zielt dieser Satz auf den Unterschied zwischen entwickelten kapitalistischen Ländern einerseits und den Ländern der Dritten Welt andererseits ab, deren Entwicklungsgang und Entwicklungsstand natürlich außerordentlich verschieden ist. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum die Methode, zur Bestimmung des Hauptwiderspruchs zunächst die je besonderen, konkreten Verhältnisse zu analysieren, nicht auch auf jedes einzelne Land der Dritten Welt angewendet werden soll: ist es vernünftig anzunehmen, daß der Hauptwiderspruch in Chile derselbe ist wie in Libyen, in Iran derselbe wie in Nigeria, in Angola derselbe wie in Peru? Bei aller Ähnlichkeit, die die Strukturen dieser Länder wegen ihrer vom ausländischen Kapital abhängigen Entwicklung aufweisen, sind ihre historischen, geographischen, ökonomischen und kulturellen Ausgangslagen doch zu verschieden, als daß es sinnvoll wäre, sie alle in dasselbe Schema vom Hauptwiderspruch zu pressen.

In solchem Schematismus liegt eine Gefahr, die nicht nur den in Europa entstandenen bürgerlichen Gesellschaftstheorien, sondern auch dem Historischen Materialismus anhaftet, wenn er – und sei es von den Chinesen – auf Verhältnisse in Afrika, Asien oder Lateinamerika angewendet wird. Marx selbst hat sich geweigert, „das Schema des ersten Bandes des ‚Kapitals' für mehr anzusehen als für eine Skizze der Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa"[11], d. h. er hat damit keine allgemeingültige Theorie entwerfen wollen, die auf alle gesellschaftlichen Formationen der Erde zutrifft. Der im Exil lebende brasilianische Anthropologe Darcy Ribeiro versucht die Gefahr, die in einer unzulässigen Verallgemeinerung des Historischen Materialismus liegt, am Beispiel des Begriffs Feudalismus zu verdeutlichen: „Wenn Marx vom Feudalismus spricht, denkt er dabei an das Mittelalter, die dunklen Zeiten der europäischen Geschichte. . . . Das Problem entsteht, wenn man sich daran macht, in anderen, nicht-europäischen Gesellschaften den Feudalismus zu suchen. Wenn der Feudalismus die dem Kapitalismus vorausgehende Phase ist, wie es in Europa der Fall war, muß er dann auch in anderen Gesellschaften stattgefunden haben?

Für einen Europäer mag es sinnvoll erscheinen, die Wiederholung eines Modells außerhalb Europas zu suchen, das als begriffliche und als historische Kategorie für ihn sinnvoll ist. Für einen Nichteuropäer ist das schon weniger sinnvoll. Das haben wir in den letzten Jahren immer deutlicher erkannt. Und die Falle des Marxschen Begriffssystems – um es einmal so zu sagen – besteht darin, daß es dazu verführt, seine historischen, also gesellschaftlich bedingten Konzepte auf außereuropäische Sachverhalte und Geschehnisse anzuwenden."[12] Besonders in der marxistischen Phasentheorie, von der ja, wie wir gesehen haben, die chinesische Einschätzung der Weltlage entscheidend geprägt ist, steckt also die Gefahr des eurozentristischen Schematismus, der den besonderen Verhältnissen der Dritte-Welt-Länder nicht gerecht wird. Um dieser Gefahr zu entgehen, entscheiden wir uns nicht global für oder gegen die chinesische Auffassung vom Hauptwiderspruch. Vielmehr versuchen wir herauszufinden, welchen Wert die drei genannten Argumente zur Rechtfertigung der chinesischen Außenpolitik in den drei konkreten Fällen Angola, Iran und Chile tatsächlich haben.

Die Streitfrage zwischen der chinesischen und der trotzkistischen Einschätzung der internationalen Klassenkampflage ist: Muß zuerst das äußere Abhängigkeitsverhältnis zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern gebrochen werden und erst danach das darin eingeschachtelte innere zwischen Bourgeoisie und Proletariat in jedem Land, oder führt nur die umgekehrte Reihenfolge zur Weltrevolution? Wir sehen keine Kriterien, anhand derer sich diese Streitfrage beantworten ließe. Unbezweifelbar erscheint uns, daß die Auflösung der einen Abhängigkeit die Auflösung der anderen erleichtern und beschleunigen wird, und zwar in beiden Richtungen. In Ländern, wo alle zum „Volk" gehörenden vier Klassen tatsächlich existieren und gemeinsam um nationale Unabhängigkeit ringen, unterstützen wir daher dieses Bündnis und seinen Kampf. In Ländern, wo die Bourgeoisie nicht als eine Brückenkopfelite des ausländischen Kapitals ist und ausgesprochen konterrevolutionär und repressiv gegen das Industrieproletariat und die ländlichen Massen vorgeht, unterstützen wir den Kampf dieser beiden unterdrückten und ausgebeuteten Klassen gegen die schmarotzende Bourgeoisie.

II. Läßt sich die Praxis der chinesischen Außenpolitik mithilfe der dargestellten Argumente rechtfertigen? (Angola, Iran, Chile)

a. Angola

1. Wie sieht die chinesische Außenpolitik im Fall Angola aus?

Bis 1970 unterstützte China die MPLA als einzige Befreiungsbewegung, und zwar sowohl politisch als auch militärisch. Die MPLA war und ist in der Tat die einzige Befreiungsbewegung in Angola, die diesen Namen verdient. Sie hat stets die Unabhängigkeit des Landes vom portugiesischen Kolo-

nialismus und von den internationalen Konzernen wie Gulf und Krupp angestrebt, die immenses Kapital in Angola investiert haben. Schon während des bewaffneten Befreiungskampfes versuchte sie, auf die Bedürfnisse der afrikanischen Bevölkerung ausgerichtete Schul- und Gesundheitswesen in den befreiten Gebieten aufzubauen: wichtige Schritte auf dem Weg der Entkolonialisierung. Heute sieht die Verfassung der von der MPLA geführten Volksrepublik Angola die Nationalisierung der Bodenschätze vor und verbietet ausländische Militärstützpunkte im Land.

Von den mit der MPLA rivalisierenden Organisationen FNLA und Unita, die ursprünglich ebenfalls aus echten Aufstandsbewegungen hervorgingen, ist eine um Unabhängigkeit ringende Politik nicht bekannt, im Gegenteil: Die Unita fiel schon während des Befreiungskampfes der MPLA militärisch in den Rücken, indem sie heimlich mit den Truppen des kolonialistischen Caetano-Regimes kollaborierte. Nachweise dafür, die den Akten der portugiesischen Geheimpolizei Pide entstammen, sind den Chinesen bekannt gewesen.[13]

Die FNLA ließ sich vom CIA aushalten und hat sich in der Praxis stets gegen jegliche Nationalisierungsvorhaben gewandt.[14] Tschou-En-lai hat 1971 gesagt: „Wir wissen selbst genau, daß Holden Roberto [der Präsident der FNLA] ein selbsternannter Agent des US-Imperialismus ist.“[15]

Mit der Wende ihrer Außenpolitik Anfang der siebziger Jahre stellt die VR China ihre militärisch-materielle Hilfe für die MPLA ein. 1971 wurde einer MPLA-Delegation in Peking zwar noch jegliche Unterstützung einschließlich Waffen und deren Transport zugesagt, aber diese Versprechungen wurden nicht eingehalten.[16] Stattdessen erhielt die FNLA Holden Robertos von nun an die militärisch-materielle Unterstützung der VR China. Zwar erreichten die direkten Waffenlieferungen nie einen besonders großen Umfang. „Von größerer Bedeutung waren demgegenüber aber die auf 200 bis 300 Personen geschätzten chinesischen Ausbilder, die seit 1973 auf zairischem Territorium FNLA-Rekruten militärisch geschult haben.... Unbeachtet von Quantität und Qualität der chinesischen Militärhilfe für die FNLA erwies sich zudem auch die Tatsache als solche, daß die VR China seit 1973 die FNLA unterstützt, für die FNLA von unschätzbarem Wert – dies in politischer Hinsicht: Vor 1973 stand die FNLA überall in Afrika in dem (berechtigten!) Verdacht, ein Ziehkind des amerikanischen CIA's zu sein. Erst die Hilfe seitens der chinesischen Regierung ... vermochte die FNLA von diesem Makel zu befreien und verhalf der Organisation dann auch zur Rückkehr in den Kreis der afrikanischen Befreiungsbewegungen, die von der OAU diplomatisch anerkannt und finanziell unterstützt werden. Die VR China hatte damit indirekt zugleich der MPLA einen schweren politischen Schlag versetzt. Die MPLA konnte von dem Zeitpunkt an gegenüber der afrikanischen Staatengemeinschaft nicht mehr länger als die einzige legitime Repräsentantin des angolanischen Volkes auftreten.“[17]

Im Januar 1975 wurde im Abkommen von Alvor eine Einigung der drei Organisationen MPLA, Unita und FNLA erzielt; die MPLA hat in der ersten Hälfte des Jahres 1975 das Abkommen strikt eingehalten und mit großer Geduld versucht, die Vereinbarungen praktisch durchzuführen. Dies war jedoch nicht möglich, da Unita und vor allem FNLA – angestachelt von ihren Drahtziehern in den USA, Südafrika, Zaire – permanent militärische Angriffe schwerster Art gegen die MPLA richteten[18], die für die MPLA zur Existenzbedrohung wurden. „Ich war auf der Alvor-Konferenz anwesend, und es war ein gutes Abkommen – genauso gut wie das Pariser Abkommen zur Beendigung des Vietnamkrieges. Aber sie hingen beide ab von dem guten Willen und der Ernsthaftigkeit der Unterzeichner. Die FNLA und die Unita, ganz und gar von den USA unterstützt, handelten dann ganz ge-



nauso wie das Thieu-Regime in Südvietnam; sie benutzten das Alvor-Abkommen, um ihren militärischen Kampf gegen die MPLA weiter zu intensivieren und um sich selbst als neokolonialistische Marionetten anzubieten.“[19] Dies gelang ihnen auch, denn der CIA, Südafrika, Zaire stellten sich nun ganz offen in massiver Weise hinter Unita und FNLA. Südafrika schickte, um die MPLA zu beseitigen, nicht nur Panzer und schwere Artillerie, sondern auch eigene Truppen nach Angola.

Daraufhin stellte die VR China ihre militärisch-materielle Hilfe für die FNLA zwar ein. Gleichzeitig wurde aber auch der MPLA-Delegation, die im Mai 1975 zu Gast in Peking war, jegliche materielle Unterstützung versagt. Die Chinesen forderten die MPLA lediglich auf, sich an das Abkommen von Alvor zu halten[20], was angesichts der Provokationen und Angriffe von Unita/FNLA-Seite, die bereits im März 1975 begonnen hatten, nicht eines gewissen Zynismus' entbehrt. Jedenfalls war die MPLA in ihrer äußerst bedrängten Lage von nun an allein auf die Hilfe der UdSSR und Kubas angewiesen, die sie dann auch in ausreichendem Maße erhalten hat, um die Unita/FNLA-Front im Bürgerkrieg zu besiegen. „Es ist einfach nicht wahr, daß die Sowjetunion durch immense Unterstützung allein an eine Organisation das Alvor-Abkommen zerstörte. Die UdSSR hatte weiterhin kleine Sendungen an die MPLA verschifft, wie sie es schon seit einer Dekade getan hatte; die großen Lieferungen begannen nicht eher, als später im Verlauf des Jahres eindeutig klar wurde, daß FNLA und Unita massivste Unterstützung aus den USA, Zaire und Südafrika erhielten.“[21] Übrigens wurden die MPLA-Truppen in Cabinda noch im Oktober und November 1975 von Zaire aus mit chinesischen Granaten beschossen. Bis heute hat China die MPLA-Regierung in Angola nicht diplomatisch anerkannt.

2. Treffen die drei Rechtfertigungsargumente in diesem Fall zu?

1. Daß die nationale Bourgeoisie als revolutionäre Klasse unterstützt und das Bündnis zwischen ihr und der Arbeiterklasse und den Bauern gefördert werden muß, um die Phase der Neuen Demokratie zu erreichen, geht in bezug auf Angola restlos an den realen Verhältnissen vorbei. Die angolanische Bourgeoisie, meist Weiße portugiesischer Abstammung, die erst in den letzten dreißig Jahren nach Angola gekommen waren[22], zeichnete sich durch eine außerordentlich starke Orientierung an der Ökonomie und Kultur ihres europäischen Herkunftslandes aus. Größtenteils ist sie inzwischen nach Europa zurückgekehrt. Nationale angolanische

Interessen und Vorstellungen hatte diese Bourgeoisie kaum entwickelt und insofern waren auch von ihr kaum Perspektiven für die Entkolonialisierung des Landes (über die formelle politische Unabhängigkeit hinaus) zu erwarten.[23] Zumal unter den Bedingungen der bis 1975 noch bestehenden Kolonialherrschaft darauf zu setzen, daß diese Klasse um nationale Unabhängigkeit Angolas kämpfen werde, wäre ein schwerer Fehler gewesen.
Aber selbst wenn eine nationale Bourgeoisie in Angola ansatzweise existieren sollte, sind FNLA und Unita keineswegs deren politisches Sprachrohr. Ihre Führer waren 1975 schon längst zu Vertretern ausländischer Kapitalinteressen geworden. Eine Basis in der einheimischen Bevölkerung hatten sie behalten, weil sie sich Stammesrivalitäten zunutze machen konnten, wie dies für die imperialistische Taktik „teile und herrsche" charakteristisch ist.[24] Nationale Befreiungsbewegungen wie die MPLA zeichnen sich durch die umgekehrte Politik aus: Sie versuchen ethnische und tribale Rivalitäten abzubauen, damit eine Nation entstehen kann. Als Instrumente des Imperialismus stehen Unita und FNLA heute also auch nach chinesischer Theorie eindeutig auf der konterrevolutionären Seite des Hauptwiderspruchs. Daß die VR China sie unterstützt, kann ihren Anspruch auf revolutionäre Außenpolitik nicht rechtfertigen.
Gerade die MPLA, die von der VR China im Stich gelassen wird, versucht alle Schichten und Klassen des Volkes im Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen, welche an der vollständigen nationalen Unabhängigkeit ein objektives Interesse haben. Sie stützt sich also keineswegs nur auf die ländlichen Massen und das kleine Industrieproletariat, sondern auch auf das afrikanische Kleinbürgertum, das – im Gegensatz zu einer nationalen Großbourgeoisie – in Angola tatsächlich existiert. Aus diesem Charakter als breiter Volksbewegung erklären sich die immer wieder zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Tendenzen innerhalb der MPLA.[25] Wenn China die MPLA weiterhin unterstützt hätte, hätte das also keineswegs gegen das eigene Konzept vom breiten Bündnis aller an nationaler Unabhängigkeit interessierten Klassen, die das „Volk" bilden, verstoßen.
2. Das Argument, die Geschlossenheit des Dritte-Welt-Blocks müsse gefördert werden, hätte eher dafür gesprochen, weiterhin die MPLA voll zu unterstützen als zur FNLA überzulaufen. Die chinesische Unterstützung für die FNLA hat beispielsweise in der Organisation für Afrikanische Einheit Verwirrung gestiftet und die afrikanische Solidarität, die vorher einhellig der MPLA galt, gespalten: von nun an sahen sich in der Angola-Frage diejenigen fortschrittlichen afrikanischen Länder wie Tansania, die nach wie vor die MPLA als einzige Befreiungsbewegung anerkannten und förderten, mit Ländern wie Zaire konfrontiert, die unter dem Einfluß des CIA, aber auch der VR China, die FNLA favorisierten. Alle fortschrittlichen Länder der Dritten Welt – Tansania, Mozambique, Guinea-Bissau, Vietnam, Korea, Kuba, Algerien usw. – haben während des angolanischen Bürgerkriegs fest auf der Seite der MPLA gestanden. Nur die VR China verhielt sich indifferent und setzte dadurch die Geschlossenheit des Dritte-Welt-Blocks stärker auf's Spiel, als wenn auch sie die MPLA voll unterstützt hätte und ihren Einfluß geltend gemacht, auch noch andere Länder der Dritten Welt zu diesem Verhalten zu bewegen.[26]
Ausgerechnet die von den Chinesen favorisierte FNLA hat den Bürgerkrieg in Angola vom Zaun gebrochen. Dies hätte sie nicht wagen können, wenn sie militärisch und politisch schwächer gewesen wäre. So hat die chinesische Unterstützung der FNLA auch in Angola selbst indirekt zur Uneinigkeit und – vermutlich ohne Absicht der Chinesen – sogar zum Ausbruch eines Bürgerkrieges beigetragen. Dies kann sicher nicht die chinesische Außenpolitik als revolutionär rechtfertigen, im Gegenteil: in der Praxis hat diese Politik das Umgekehrte von dem erreicht, was die VR China laut ihrer Einschätzung der internationalen Klassenkampflage anstrebt. Statt zur Einigkeit hat sie zur Feindschaft der verschiedenen Länder und politischen Kräfte in der Dritten Welt beigetragen.
3. Bleibt schließlich das Argument, daß Nebenwidersprüche wie der zwischen den verschiedenen imperialistischen Mächten geschickt ausgenützt werden müssen, um die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten Völker zu stärken. Gerade die Ablehnung der Chinesen, die MPLA im Augenblick ihrer höchsten Bedrängnis militärisch-materiell zu unterstützen, hat dazu geführt, daß die MPLA auf Gedeih und Verderb auf die massive Waffenhilfe der UdSSR und Kubas angewiesen war. Gerade dadurch sind der Sowjetunion erhebliche Einflußmöglichkeiten geschaffen worden. Es muß heute in der Tat befürchtet, zumindest aber genau beobachtet werden, ob sie sich für ihre Waffenlieferungen einen Preis bezahlen läßt, der der nationalen Unabhängigkeit Angolas Abbruch tut.[27] Da die MPLA-Regierung nicht auf den Beistand der VR China rechnen kann, ist sie den Pressionen der UdSSR umso wehrloser ausgeliefert. Die Verfassung der VR Angola allein bietet keine Gewähr, daß die Unabhängigkeit des Landes von der UdSSR bewahrt werden kann. Dafür bedarf es politischer, vor allem aber auch ökonomischer Hilfe aus Ländern, die keine Hegemonie anstreben. Hier wäre für die VR China die Möglichkeit gegeben, die Unabhängigkeit Angolas zu stärken und die Front der Supermächte aufzuweichen.
Tatsächlich hat die VR China also nicht ihre Kontakte und Kanäle benutzt, um USA und UdSSR gegeneinander auszuspielen und so die Position des angolanischen Volks gegenüber beiden zu verbessern: vielmehr hat sie durch ihre Untätigkeit die Gefahr verstärkt, daß ein Land der Dritten Welt in Abhängigkeit von einer Supermacht gerät. Sie hat nicht, wie noch in Vietnam, durch geschicktes außenpolitisches Taktieren die Front der beiden Supermächte aufzuweichen und deren Einfluß zu neutralisieren versucht, sondern sie hat durch ihr unbewegliches Verhalten gegenüber der MPLA die Einflußchancen der UdSSR verbessert.

b. Iran

1. Wie sieht die chinesische Außenpolitik gegenüber Iran aus?

1971 nahm die VR China diplomatische Beziehungen zu Iran auf. Seitdem haben die beiden Länder ausgesprochen freundschaftliche Verbindungen zueinander entwickelt, was auch die chinesische Seite nicht müde wird zu betonen.[28]
1972 reiste Kaiserin Farah Dibah nach Peking und wurde dort mit „großem Bahnhof" empfangen. Tschou En-lai gab ihr zu Ehren ein Bankett und würdigte bei dieser Gelegenheit die Bemühungen Irans, „die Souveränität des Staates aufrechtzuerhalten, die nationalen Bodenschätze zu schützen und die nationale Kultur zu fördern" und wünschte Iran weiterhin „Siege auf dem Wege des Fortschritts".[29] Der Schah wurde in der „Peking Rundschau" als Vorkämpfer bei der Verteidigung der nationalen Erdölrechte gefeiert.[30]
Im Juni 1973 schlossen die beiden Länder ein wechselseitiges Handels- und Zahlungsabkommen. Als Verrechnungseinheit wurde der iranische Rial festgelegt, der damit zum ersten Mal in einem bilateralen Zahlungsabkommen als internationale Währung anerkannt wurde. Das Abkommen gilt für fünf Jahre. Für das erste Jahr wurde ein Warenaustausch im Wert von rund 300 Mio. DM vorgesehen. Die Chinesen verpflichteten sich, Iran vor allem Baumwolle, Aluminium, Kraft-

wagen und Dünger abzunehmen. Inzwischen ist zu dem Handelsabkommen noch ein Luftfahrtabkommen getreten. Spätestens 1974 begann man in China die persische Sozialpolitik zu loben und schickte Experten nach Iran.[31] Als in einem Abkommen zwischen der UdSSR und Iran im August 1974 der Preis für aus Persien nach Rußland geliefertes Erdgas von 30 auf 57 US-Cents pro 1000 Kubikfuß erhöht wurde, jubelte die „Peking Rundschau“: „Die iranische Regierung und das iranische Volk haben im beharrlichen Kampf um die Verteidigung ihrer nationalen Rechte und Interessen einen neuen Sieg errungen.“[32] Der übliche Weltmarktpreis lag damals bei 1,5 Dollar.

Im April 1975 besuchte der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Li Hsiän-niän Iran und wurde dort mit offenen Armen empfangen. Prinzessin Ashraf Pahlavi, die Zwillingsschwester des Schahs, erstattete im Mai 1975 einen Gegenbesuch, wobei ihr die Ehre zuteil wurde, vom todkranken Tschou En-lai persönlich im Spital empfangen zu werden. Wie hoch die Chinesen das Schah-Regime einzuschätzen scheinen, geht aus einer Rede Li Hsiän-niäns hervor: „Heute hält das iranische Volk unter Führung seiner Majestät des Schah an der Verteidigung der staatlichen Souveränität und der nationalen Unabhängigkeit fest und macht wirkungsvolle Anstrengungen, um den Iran zu einem gedeihenden Land aufzubauen, und hat dabei erfreuliche Erfolge erzielt. In internationalen Angelegenheiten ist der Iran eifrig bemüht, seine Einheit und Zusammenarbeit mit den Ländern der dritten Welt zu verstärken, setzt sich entschieden der Machtpolitik und dem Expansionismus der Großmächte entgegen, er hat somit nützliche Beiträge zum antiimperialistischen, antikolonialistischen und antihegemonistischen Kampf der Völker der Welt geleistet.“[33]

2. Die tatsächlichen Verhältnisse in Iran

Stellen wir diesen blumigen Ausführungen die Fakten gegenüber: Das Schah-Regime kam 1953 durch einen vom US-Geheimdienst CIA inszenierten Militärputsch an die Macht. Die vorher regierende, vom Volk gewählte Regierung Dr. Mossadeghs hatte den Profitinteressen des US-Imperialismus zuwidergehandelt und die ausländischen Erdölinvestitionen nationalisiert. Die „New York Times“ gab am 21. Mai 1961 zu: „Die CIA spielte die Hauptrolle beim Sturz des iranischen Premiers Mossadegh im August 1953.“[34]
Der vom US-Imperialismus inthronisierte Schah Reza Pahlavi machte die von der Mossadegh-Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Abhängigkeit und des Massenelends rückgängig. 1954 schloß er Verträge mit den USA, die diesen weitgehende Rechte an den iranischen Erdölvorkommen einräumten und ihnen aus dem Windschatten der bis dahin im Nahen Osten vorherrschenden Briten verhalfen.
Gleichzeitig wurde in Iran eine Terrorherrschaft errichtet, die ihresgleichen in der Welt sucht. Schon damals mußten viele fortschrittliche Iraner das Land verlassen, weil sie vom Schah-Regime mit Zuchthaus, Folter und Erschießung bedroht wurden. Diese Situation hat sich inzwischen noch verschärft: Laut „Amnesty International“ gab es in Iran im Jahre 1974 ungefähr 40 000 politische Gefangene.[35] Allein zwischen dem 23. und dem 27. Januar 1976 wurden 20 Oppositionelle in Persien hingerichtet, hinterrücks umgebracht oder zu Tode gefoltert.[36]
Was auf diese brutale Weise verteidigt wird, sind die Privilegien einer dünnen, schmarotzenden Oberklasse, die auch heute noch größtenteils auf feudalistische Weise herrscht. Vor der vom Schah durchgeführten Landreform waren 85 Prozent des fruchtbaren Bodens im Großgrundeigentum.
„Der Großgrundbesitz wird von sogenannten Anteilbauern bewirtschaftet, die kein Land besitzen und als Pachtzins 60 % ihres Ertrags an den Grundherrn abliefern müssen. Sie sind daher ... Hörige des Grundherrn.“[37] Was es mit der Bodenreform auf sich hat, die den Schah als Interessenvertreter einer „nationalen Bourgeoisie“ ausweisen könnte, geht aus den folgenden Daten hervor: „Nach der ‚revolutionären Bodenreform des Schah‘ besitzen die Großgrundbesitzer noch 75 % des nutzbaren Bodens. Der ... Anteil, den die Bauern hinzubekamen, beschränkt sich auf den schlechtesten Boden. Die Großgrundbesitzer wurden durch Industriezertifikate großzügig entschädigt. Die Bauern müssen den Boden in Raten auf 15 Jahre abzahlen.“[38]
Als Preußen unter dem Eindruck der Märzrevolution von 1848 „eine pomphafte Liste von unbedeutenden ... Feudallasten“ aufhob und auf dem Grundsatz der Entschädigung für die Landbarone bestand, kommentierte Marx das in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ so: „Die Fortdauer die Sanktion der Feudalrechte in der Form der (illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei.“[39] Diese Sätze, mit denen Marx eine bürgerliche Revolution kritisiert, die keine war, treffen ebenso gut auf die Bodenreform des Schahs zu. Kein Marxist wird zu behaupten wagen, daß es sich dabei um die antifeudalistische „neudemokratische“ Revolution in der Bodenfrage handelt.

Die iranische Oberklasse, an der Spitze der Schah, versucht aber auch, das Land zu industrialisieren. Dabei hat sie raschen Erfolg, denn die Industrialisierung wird eben nicht „national“ vollzogen (d. h. mithilfe von Kapital, das im Lande selbst akkumuliert wurde), sondern indem ausländisches Kapital ins Land geholt wird. Die ausländische Investitionstätigkeit hat in den letzten fünf Jahren erheblich zugenommen. Einer der wichtigsten Partner des iranischen Regimes in dieser Hinsicht ist die BRD. 1974 schlossen die beiden Länder Kooperationsverträge ab, die für die westdeutsche Wirtschaft vor allem auf dem Sektor der Rohölversorgung unschätzbare Vorteile bieten. „Durch die neuen Verträge mit Persien gelangt ... die BRD, die im internationalen Ölkonsortium nicht vertreten war, an direkten Zutritt zu den Ölquellen des Nahen Ostens, und dies zu einer Zeit, in der die ölproduzierenden Länder begonnen haben, sich aus der totalen Abhängigkeit von den internationalen Ölkonzernen zu lösen und mittels Enteignungen, Durchsetzung von Mitspracherechten und dem Erwerb von Anteilen selbst stärker ins internationale Ölgeschäft einzusteigen.“[40] Riesige westdeutsche Investitionsvorhaben sind geplant oder bereits durchgeführt, wobei fast alle großen westdeutschen Konzerne mit im Spiel sind: Veba, VW, Flick, Bayer, Krupp usw.[41] Neben dem Kapitalexport wuchs auch der Warenexport aus der BRD nach Persien in den letzten



Jahren rapide: Vor allem Technologie und schwere Waffen werden in großem Stil andie iranische Bourgeoisie und ihren Staat verkauft, der sich dies alles leisten kann aufgrund der hohen Überschüsse aus dem Ölgeschäft, die durch die Kartellpolitik der ölexportierenden Staaten ermöglicht worden sind.
Der Ölexport ist denn auch der einzige Wirtschaftsbereich, in dem die Politik des Schah-Regimes auf den ersten Blick antiimperialistisch und „national" erscheinen mag. Persien hat sich durch seine Beteiligung am OPEC-Kartell (das sicher nicht ohne politisches Zutun der VR China zustande gekommen ist) stabilere und höhere Einnahmen gesichert. Es läßt sich seine Mineralölquellen nicht mehr ohne weiteres (d. h. ohne nationale Kontrolle) von den internationalen Ölkonzernen ausplündern.
Damit die Ölpolitik des Schah das Prädikat „national" verdient, müßten allerdings die erhöhten Einnahmen auch der iranischen Nation (einschließlich der Bauern und der Arbeiterklasse) zugute kommen. Davon kann jedoch keine Rede sein. Einen großen Teil der „Petrodollars" investiert die iranische Bourgeoisie in westlichen Industrieländern. Beispiel: 1974 hat sich der persische Staat als Großaktionär bei Krupp eingekauft, was von der deutschen Presse mit der Schlagzeile „Die Ölmilliarden strömen zurück" begrüßt wurde.[42] Die Umverteilung durch die Ölkartellpolitik muß also nicht einmal unbedingt eine Schwächung der westlichen Industrieländer bedeuten, weil das umverteilte Kapital auf dieselbe Weise verwertet wird wie zuvor. Auch mit dem anderen großten Teil der Mehreinnahmen, der für Rüstung ausgegeben wird, hilft das Schah-Regime den imperialistischen Mächten: es betätigt sich damit nämlich als subimperialistische „Ordnungsmacht" in der Golfregion, die andere Länder oder Befreiungsbewegungen, welche tatsächlich um ihre nationale Unabhängigkeit ringen, militärisch bedroht oder sogar besetzt hält. Kein Wunder also, daß der bis an die Zähne bewaffnete iranische Staat heute ein Hauptabnehmer der westdeutschen Rüstungsindustrie ist.
„Der Iran bemüht sich seit einiger Zeit mit unverhohlener Zielstrebigkeit um die Vorherrschaft im Nahen Osten, zumindest um die volle Kontrolle der Regionen am persischen Golf. . . . Die Ergebnisse: 1971 besetzten persische Truppen die Inseln Abu Mussa, sowie Groß- und Klein-Tuneb am Ausgang des persischen Golfs. Abu Mussa wird zu einem amerikanisch-iranischen Luftstützpunkt ausgebaut, auf der Insel Farsi wurden mit Zustimmung Saudi-Arabiens iranische Militärs stationiert. . . . Persische Truppen stehen in Oman und Dhofar und intervenieren dort gegen die Befreiungsbewegungen; persische Truppen kämpfen an den Grenzen zum Irak und dringen selbst in Belutschistan ein . . ."[43] Damit nimmt Iran den USA und Großbritannien wichtige militärstrategische Aufgaben ab, die sie früher zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft über den Nahen Osten selbst erfüllen mußten, was natürlich sehr kostspielig war. Iran ist heute ein wichtiger Baustein in der Abwehrstrategie des Imperialismus, der nach den Siegen der Befreiungsbewegungen in Indochina und den ehemaligen portugiesischen Kolonien neue Niederlagen befürchten muß – zum Beispiel in Oman, am strategisch wichtigen Ausgang des persischen Golfes, wo die PFLO seit Jahren einen entschlossenen Befreiungskampf führt.
Für die iranische Bevölkerung bleibt von den Ölüberschüssen nichts übrig: Mittlere Lebenserwartung: ca. 30 Jahre. In Teheran leben rund eineinhalb Millionen Menschen in Slums. Analphabetenquote: etwa 60 Prozent. Anteil der arbeitsfähigen Arbeitslosen: etwa 45 Prozent. Erziehungs- und Gesundheitswesen sind kümmerlich – abgesehen natürlich von den exklusiven Schulen und Krankenhäusern für die parasitäre Oberklasse. „Das Volk im Iran lebt heute unter schwersten Bedingungen. Ein Industriearbeiter verdient bei annähernd gleichem Lebenshaltungsindex wie in der BRD für einen 10–12 Stundentag höchstens DM 6,–. Während die Grundnahrungsmittel wie Brot, Zucker und Fleisch Mangelwaren geworden sind, steigen die Preise der übrigen Konsumgüter um jährlich 23 %."[44]

3. Treffen die drei Rechtfertigungsargumente in diesem Fall zu?

1. Wer behauptet, daß der Teil der persischen Oberklasse, dessen Interessen das Schah-Regime vertritt, „national" orientiert sei, ist blind oder lügt. Das Schah-Regime sucht Schutz und Hilfe bei imperialistischen Mächten wie der BRD oder den USA und räumt ihnen deshalb weitgehende Sonderrechte im Land ein. Außerdem versucht es seinerseits andere Völker unter seine Vorherrschaft zu bringen. Weder unternimmt es ernsthafte Schritte, eine Revolution neudemokratischen Typs durchzuführen, noch hat es sich mit den Bauern, Arbeitern und Kleinbürgern verbündet, deren fortschrittliche Teile es sogar extrem scharf unterdrückt.
Zu behaupten, der Schah sei ein Vorkämpfer um nationale Unabhängigkeit und Fortschritt, ist ebenso absurd wie etwa die Behauptung, 1917 sei der russische Zar eine revolutionäre Figur gewesen.
2. Auf den ersten Blick hat das Argument, daß die Geschlossenheit des Block der Dritte-Welt-Länder gefördert werden muß, im Falle Persiens einiges für sich: Das OPEC-Kartell wäre nie zustande gekommen, wenn auch nur eines der bedeutenden ölproduzierenden Länder aus der Reihe getanzt wäre und weiterhin versucht hätte, die Preise der anderen auf dem Weltmarkt zu unterbieten. Den Chinesen muß zugute gehalten werden, daß sie auf diesen Punkt bei ihren Kontakten mit iranischen Politikern immer besonders hingewiesen haben – schon 1971, als Prinzessin Ashraf zum ersten Mal nach Peking reiste.[45] Es ist auch nicht zu bestreiten, daß die Erhöhung der Rohölpreise durch die Produzentenländer das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem erschüttert und die westlichen Industrieländer an den Rand einer Krise gebracht hat, was der weltweiten antiimperialistischen Bewegung jedenfalls zeitweilig die Arbeit erleichterte. Inzwischen ist jedoch aufgrund der Kapitalrückflüsse und dadurch, daß reiche Ölländer wie Iran heute militärstrategische Aufgaben übernehmen, die die großen imperialistischen Mächte aufgrund ihrer Schwächung nicht mehr ohne weiteres erfüllen können, alles wieder ins alte Gleis geraten.

Außerdem ist natürlich höchst problematisch, ob die VR China tatsächlich die Geschlossenheit der Dritten Welt stärkt, wenn sie freundschaftliche Kontakte zu einem Regime pflegt, das über seine Nachbarländer (die ja auch zur Dritten Welt gehören) herfällt. Indem China sowohl die PFLO als auch das Schah-Regime unterstützt, die in Oman gegeneinander kämpfen, heizt es sogar eine militärische Auseinandersetzung innerhalb der Dritten Welt an. Aufgabe Chinas wäre es, seine Kontakte zum Schah-Regime zu benutzen, um es zu einer Beendigung seiner Intervention in Oman zu bewegen. Ob dies geschieht, ist uns nicht bekannt. Wenn es geschieht, hat es noch keinen Erfolg gehabt.
3. Auch das Argument, gute Kontakte zu allen Staaten eröffneten die Möglichkeit, Nebenwidersprüche für den nationalen Befreiungskampf auszunützen, hat im Falle Irans auf den ersten Blick etwas für sich. Offenbar geht der Einfluß der Supermacht USA in Persien heute etwas zurück, während ein Land der Zweiten Welt, die mit den USA konkurrierende BRD, im Vormarsch ist.
Jedoch macht das Schah-Regime keine Anstalten, durch geschicktes Lavieren zwischen den imperialistischen Mächten

den eigenen politischen Handlungsspielraum zu vergrößern. Vielmehr biedert es sich nach allen Seiten an und kommt dem internationalen Kapital in seiner Gier nach den iranischen Ressourcen geradezu zuvor – wenn es sie auch zu etwas höheren Preisen verhökert als bisher. Jedenfalls benutzt es die Machtlücken, die durch die Konkurrenz der imperialistischen Mächte entstehen, keineswegs, um – wie vor zwanzig Jahren die Regierung Mossadegh – die Unabhängigkeit Irans in ökonomischer und politischer Hinsicht

Pekings Persien-Politik stößt bei den Arabern auf Unverständnis

Beirut (dpa)

Das Auftreten des chinesischen Außenministers Tschi Peng-fei in Teheran hat in den arabischen Staaten eine Mischung aus Erstaunen, Ärger und Protest hervorgerufen. Wie paßt es zusammen, so fragen arabische Kommentatoren, daß Peking der Befreiungsfront von Oman Waffen schickt, gleichzeitig aber die Politik des „erzreaktionären" Schahs lobt, der dem Sultan von Oman hilt, dieselben Mitglieder der Befreiungsfront mit Waffengewalt zu bekämpfen. Tschi hatte in Teheran dem Schah die volle Unterstützung Pekings für seine Politik am Persischen Golf zugesichert, weil diese die Rivalität der Großmächte im Golf beende und die künftige Nichteinmischung fremder Mächte in Golf-Angelegenheiten sichere. Tschi ging so weit, die Unterstützung für Teherans Verteidigungspolitik und den Ausbau seiner Streitkräfte zu erklären. Arabische Zeitungen fragten, wie Pekings Kampf gegen den Imperialismus mit seiner Unterstützung für Teherans Expansionismus zusammenpasse.

SZ vom 23.6.73

zu stärken. Sollte die chinesische Diplomatie darauf hinwirken, hat sie auch damit bisher noch keinen Erfolg gehabt.

c. Chile

1. Wie sieht die chinesische Außenpolitik gegenüber Chile aus?

Gegenüber Dritte-Welt-Ländern mit faschistischen Diktaturen betreibt die VR China eine Außenpolitik, deren revolutionärer Anspruch allgemein auf Unverständnis stoßen muß. Das Beispiel Chile ist dabei am eindrücklichsten, da der Putsch 1973 innerhalb der Linken weltweit Empörung und spontane Solidaritätsbezeugungen mit dem chilenischen Widerstand hervorgerufen hat.
Einige Länder der Dritten Welt, darunter Mexiko und Kuba, brachen sofort nach der Machtergreifung durch die Pinochet-Junta ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile ab.
Nicht jedoch die VR China. Einen Monat nach dem Putsch veranlaßte sie den Botschafter der chilenischen Volksfrontregierung, China zu verlassen; er sei nicht mehr der rechtmäßige Vertreter des chilenischen Volks, wurde ihm in Peking gesagt. Im Frühjahr 1974 wurde von den Chinesen der neue Botschafter der faschistischen Junta akkreditiert, die bereits damals das Leben tausender chilenischer Demokraten und Sozialisten auf dem Gewissen hatte.[46]
In Santiago de Chile wurden nach dem Putsch alle Botschaften von Soldaten bewacht, um zu verhindern, daß Verfolgte dort nach politischem Asyl nachsuchten. Nur zwei Botschaften fielen nicht unter diese Maßnahme: die der USA und die der VR China. Eine Bewachung der chinesischen Botschaft war nicht nötig, denn chilenische Flüchtlinge wurden von ihr aus eigenen Stücken abgewiesen.
Die VR China und die USA waren auch die einzigen Länder, die sich, als die UNESCO-Konferenz Ende 1973 die Vorgänge in Chile verurteilte, der Stimme enthielten.[47]
Die heutige chinesische Außenpolitik gegenüber Chile ist die logische Fortsetzung des damaligen Verhaltens. Der politischen Anerkennung des chilenischen Terrorregimes folgte die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen. So wurde Ende letzten Jahres bekannt, daß die VR China einen Warenkredit von über 50 Mio. US-Dollar an Chile vergeben hat.[48] Die Kupferlieferungen, die China aus Chile bezieht, sind um ein Vielfaches gestiegen. Während es 1975 nur 8000 Tonnen chilenisches Kupfer kaufte, sind es 1976 bereits 34 000 Tonnen.[49] Diese chinesische Außenpolitik stellt zweifellos eine politische und wirtschaftliche Unterstützung für die Junta dar.

2. Läßt sich diese Unterstützung mit den in Teil I dargestellten Argumenten rechtfertigen?

Die Behauptung, daß die Pinochet-Junta die *nationale* Bourgeoisie Chiles, die zweifellos existiert, repräsentiert, ist höchst fragwürdig. Zwar machte sie die von der Unidad-Popular-Regierung vorgenommenen Nationalisierungen großer US-Konzerne wie ITT, Kennecott, Anaconda-Copper oder Cerro-Co. nicht rückgängig, jedoch entschädigte sie diese Konzerne nachträglich mit hunderten Millionen von US-Dollar.[50] Außerdem holt sie erneut internationales Finanzkapital ins Land: Etliche US-Banken sind gegenwärtig dabei, sich in Chile niederzulassen; 23 multinationale Ölgesellschaften sind von der Junta eingeladen worden, Rechte auf Öl- und Naturgasbohrungen in der Magellanstraße zu erwerben; bis Ende 1975 sind ausländische Investitionen von ca. 240 Mio. Dollar genehmigt worden, 80 Prozent davon im Bergbau.[51]
Daß die Junta kaum ein Vertreter des fortschrittlichen Teils der chilenischen Bourgeoisie sein kann, geht auch daraus hervor, daß bürgerliche Organisationen wie die Christdemokratische Partei, die dem Putsch zu Anfang zustimmten, heute offen die Junta kritisieren.
Nach chinesischer Theorie muß die nationale Unabhängigkeit eines unterentwickelten Landes von einem *Bündnis* der vier Klassen erkämpft werden, die das „Volk" bilden. Selbst wenn die Pinochet-Junta die Interessen einer dieser Klassen, nämlich der nationalen Bourgeoisie, vertreten würde, ließe sich kaum behaupten, daß sie mit den anderen Klassen des Volkes und deren politischen Vertretern im Bündnis steht: alle Parteien und der chilensiche Gewerkschaftsverband sind verboten, Mitglieder der Arbeiterbewegung werden massenweise eingesperrt und gefoltert. Dies als Bündnis zu bezeichnen, wäre nicht nur falsch, sondern auch zynisch.

Auch im Falle Chiles kann das Argument, die nationale Bourgeoisie als revolutionäre Klasse und deren Bündnis mit dem Proletariat und dem Kleinbürgertum müsse unterstützt werden, also nicht als Rechtfertigung für die Unterstützung des gegenwärtigen chilenischen Staates mit der Militärjunta an der Spitze gelten. Dies wäre ein Grund gewesen, die Unidad-Popular-Regierung Allendes massiv zu unterstützen, die bewußt eine Politik der nationalen Unabhängigkeit und des breiten Klassenbündnisses versucht hat, damit aber an den imperialistischen Machenschaften der USA und der chilenischen Kompradorenbourgeoisie gescheitert ist.
2. Zu prüfen ist, ob die chinesische Politik gegenüber dem faschistischen Chile die Geschlossenheit der Dritten Welt fördert. Man könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß China versucht, nach dem Kartell der ölexportierenden Länder ein zweites Rohstoffkartell der kupferexportierenden Länder (außer Chile vor allem Peru, Zambia, Zaire und Uganda) zu-

sammenzubringen. Die kupferexportierenden Länder versuchen bereits, sich in der Organisation CIPEC zusammenzuschließen, die ihr gemeinsames Interesse an einem hohen und sicheren Weltmarktpreis für Kupfer durchsetzen soll. Hierzu ist zu sagen, daß Rohstoffkartelle nur beim Öl erfolgreich sein können. Bei anderen mineralischen Rohstoffen wie z. B. dem Kupfer können die Industrieländer nämlich ohne große Kosten strategische Lager anlegen. Kupfererz kann man in unbeschränkter Menge einfach auf Halde schütten, um dann gegebenenfalls einen hohen Weltmarktpreis zu dumpen. Für die Lagerung von Rohöl dagegen sind außerordentlich kostspielige Tankkapazitäten nötig. Selbst wenn China seine guten Kontakte zur chilenischen Junta benutzt, um das Kupferkartell zu fördern, ist diesen Bemühungen also kein großer Erfolg vorherzusagen.
In politischer Hinsicht hat die chinesische Politik gegenüber Chile – ähnlich wie im Fall Angola – Verwirrung in der Dritten Welt gestiftet, da einige Länder direkt nach dem Putsch ihre diplomatischen Beziehungen zu Chile abbrachen. Vietnam und Kambodscha haben auch heute noch nicht die Pinochet-Junta diplomatisch anerkannt.
Die Geschlossenheit des Dritte-Welt-Blocks ist durch die chinesische Unterstützung für das faschistische Chile also nicht gefördert worden oder kann – im Hinblick auf ein erfolgreiches Kupferkartell – nicht gefördert werden.
3. Bleibt schließlich die Frage, ob die chinesische Außenpolitik gegenüber Chile Nebenwidersprüche ausnützt, um die Lösung des Hauptwiderspruchs voranzutreiben.
Als lateinamerikanisches Land gehört Chile in die unangefochtene Einflußzone des US-Imperialismus. Der Einfluß der USA ist hier zu stark, als daß die Konkurrenz mit anderen imperialistischen Mächten große Handlungsspielräume für nationale Unabhängigkeitsbewegungen öffnen könnte.
In Chile ist der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat von größerer Bedeutung, der ja aus der Sicht der chinesischen Theorie ebenfalls nur ein Nebenwiderspruch ist, da Chile zur Dritten Welt gehört. Ähnlich wie in Argentinien ist dieser Widerspruch in Chile stärker entwickelt als in den meisten anderen Ländern der Dritten Welt. Der Klassenkampf zwischen der chilenischen Bourgeoisie und dem chilenischen Proletariat ist schon verhältnismäßig weit vorgeschritten, was der Hauptgrund dafür ist, daß das in der chinesischen Theorie vorgesehene „neudemokratische" Bündnis zwischen den vier Klassen des „Volks" in Chile nicht zustande kommt.
In der Zeit der Unidad-Popular–Regierung war die entwickelte Klassenkampfsituation in Chile ein Faktor, der die Lösung des von den Chinesen als hauptsächlich angesehenen Widerspruchs zwischen Volk und Imperialismus vorantrieb. Bei ihren Nationalisierungsmaßnahmen und bei der Landreform konnte sich die Allende-Regierung des Rückhalts in der Arbeiterklasse sicher sein und wurde auch von den Organisationen der revolutionären Linken, insbesondere dem MIR, hierin unterstützt.
Damit die Chinesen das Argument in Anspruch nehmen konnten, diesen vermeintlichen Nebenwiderspruch auch heute auszunutzen, um die Abhängigkeit Chiles vom US-Imperialismus zu brechen, bedürfte es des Nachweises, daß sie ihre diplomatischen Kontakte zur Junta benutzen, um die chilensiche Arbeiterklasse, d. h. vor allem die Gewerkschaften und die Organisationen der revolutionären Linken zu unterstützen. Es ist verständlich, daß hierüber kaum Informationen nach außen dringen. Von verschiedener Seite wird behauptet, daß die VR China auf illegalem Wege versucht, das MIR zu bewaffnen. Klar ist, daß Belege hierfür nicht vorliegen können, weil sie das Ende dessen bedeuten würden, das sie belegen sollen. Aber auch die Unmöglichkeit ihres Nachweises ändert nichts am Gerüchtecharakter deiser Behauptung, die deshalb – jedenfalls von uns aus – nicht zur Rechtfertigung der chinesischen Außenpolitik vorgebracht werden kann. Hier könnten sich aber im Laufe der Entwicklung Korrekturen an unserer insgesamt skeptischen Einschätzung als notwendig erweisen.
Insgesamt muß zum heutigen Zeitpunkt auch von der chinesischen Außenpolitik gegenüber Chile gesagt werden, daß sie vom revolutionären Standpunkt – und zwar auch von dem der Chinesen selbst – unverständlich und nicht zu rechtfertigen ist. Das Prinzip der Chile-Solidarität, die Pinochet-Junta politisch und wirtschaftlich zu isolieren, das in der BRD zum ersten Jahrestag des Putsches 1974 noch von allen Linksgruppen anerkannt wurde, ist von der VR China nie angewendet worden.

III. Vermutungen über die tatsächlichen Hintergründe der chinesischen Außenpolitik

Die Fälle Angola, Iran und Chile haben gezeigt, daß die theoretische Einschätzung der internationalen Klassenkampfsituation durch die chinesische KP keine zureichende Grundlage für ihre gegenwärtige Außenpolitik ist. Die Rechtfertigungsargumente, die aus dieser Einschätzung abzuleiten sind, treffen teilweise nicht zu, außerdem handeln die Chinesen nicht immer dementsprechend. Es ist kaum anzunehmen, daß die chinesischen Kommunisten dies nicht selbst wissen. Die Gründe, die sie zu ihrer gegenwärtigen Außenpolitik treiben, werden daher andere sein. Hinter der Ideologie dürften sich handfestere Motive und Interessen verbergen, die sich weniger auf den Befreiungskampf der Dritten Welt als auf die Verteidigung des eigenen Staates und auf den wirtschaftlichen Aufbau im eigenen Land richten. Solange eine genaue materialistische Analyse fehlt, die solche Interessen der VR China aufdeckt, sind wir hier allerdings auf *Vermutungen* angewiesen.

1. Defensivstrategie gegenüber der UdSSR
Einzubeziehen in solche Überlegungen ist zunächst die aggressive Politik der UdSSR gegenüber China. Nachdem der Versuch der USA, China in Asien politisch und strategisch zu isolieren, spätestens seit ihrer Niederlage im Vietnamkrieg endgültig gescheitert ist, stehen andere Bedrohungen von außen im Vordergrund: „Die erste dieser Gefahren ist das Auftreten eines neuen feindlichen Imperialismus in Asien, ein neuer Einkreisungsversuch, und zwar durch die Sowjetunion, mit einem massiven militärischen Druck im Norden, an den Grenzen Sinkiangs, der Manövriermasse Indien im Süden, dem immer dichter gezogenen Netz der Intrigen Gromykos in Tokio und ihrem . . . Entschluß, die Lösung des Vietnam-Konflikts unmittelbar zu beeinflussen."[52]
Die Ernsthaftigkeit, mit der die Chinesen sich heute von der Sowjetunion bedroht fühlen, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß überall in China große Getreidevorräte angelegt und unterirdische Atombunker gebaut werden.
In Ergänzung zu diesen innenpolitischen Verteidigungsmaßnahmen dürfte die Außenpolitik wesentlich auf die Vereitelung des sowjetischen Einkreisungsversuchs abgestellt sein. China sucht nach Verbündeten in Asien, die sich nicht vor den Karren der expansionistischen russischen Großmachtinteressen spannen lassen. Dies und nicht etwa die absurde Auffassung, daß das iranische Regime fortschrittlich sei oder auf diesem Wege die Geschlossenheit des Dritte-Welt-Blocks gefördert werde, dürfte die Ursache für die freundschaftlichen Beziehungen Chinas zum Iran sein.
Daß die Defensivstrategie gegenüber der UdSSR offenbar

zur obersten Richtschnur der chinesischen Außenpolitik geworden ist, hat sich insofern in der theoretischen Einschätzung der Weltlage durch die KPCh niedergeschlagen, als sie heute den „Sozialimperialismus" als die größte Gefahr bezeichnet. „Wir sind davon überzeugt, daß sich das Volk Angolas nach Mißerfolgen und Umwegen zusammenschließen wird und, ausharrend im Kampf, die Machenschaften der Supermächte, besonders des Sozialimperialismus, durchkreuzen und seine Unabhängigkeit und Befreiung endgültig erkämpfen wird."[53] Daß „besonders" der Sozialimperialismus die Völker der Dritten Welt bedroht, mag für China und seine besondere geographische, strategische Situation richtig sein. Auf Lateinamerika und auch auf das südliche Afrika, nach wie vor in der Hand der nordamerikanischen und westeuropäischen Konzerne, ist das nicht übertragbar.
Leider haben sich die Chinesen zu solchen unzulässigen Verallgemeinerungen ihrer eigenen Probleme mit der UdSSR verleiten lassen. Darüber hinaus haben sie noch ein anderes falsches Prinzip in ihre Außenpolitik eingeführt. Die VR China macht heute „Hilfe für nationale Befreiungsbewegungen oder Freundschaft zu bestimmten Regierungen von der Bedingung abhängig . . ., ob diese den ‚sowjetischen Sozialimperialismus' angreifen. Vor einigen Jahren wären solche Forderungen von der chinesischen Führung richtigerweise noch als unerlaubte Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes oder einer Organisation eingestuft worden. . . . es ist eine schlechte Grundlage der Außenpolitik, wenn nach dem Motto ‚Nur die, die unsere Feinde angreifen, sind unsere Freunde' vorgegangen wird."[54] Es ist sicher nicht nur Zufall, daß sich einerseits unter den Feinden der Sowjetunion die reaktionärsten Regimes in der Dritten Welt befinden und andererseits manche Befreiungsbewegungen ähnlich wie die FNL in Vietnam auf die militärisch-materielle Hilfe der UdSSR angewiesen sind. Aus dem falschen Prinzip, nur die Feinde der eigenen Feinde als Freunde zu akzeptieren, erklärt sich deshalb die absurde Tatsache, daß die VR China zu faschistischen Staaten wie Iran freundschaftliche Beziehungen unterhält, während sie gleichzeitig Befreiungsbewegungen wie die MPLA im Stich läßt. Aus der besonderen geographisch-strategischen Lage Chinas heraus mag das erklärlich sein, aber für die antiimperialistische Bewegung in der Welt hat es schädliche Folgen.

2. Eigene Rohstoffinteressen (Kupfer)

Ein anderer wichtiger Gesichtspunkt, der bei Vermutungen über die Beweggründe ihrer Außenpolitik nicht fehlen darf, sind die nach außen gerichteten eigenen Wirtschaftsinteressen der Chinesen. Zwar ist China ein großes Land, daß weitgehend autark wirtschaften kann und das in der Phase der Isolation in den sechziger Jahren auch bewiesen hat. Gleichwohl sind auch in China bestimmte Rohstoffe rar. So gibt es – im Verhältnis zum Fünftel der Weltbevölkerung, das in China lebt – nur geringfügige Kupfervorkommen. Die großen Kupferlager der Erde befinden sich in den USA, der UdSSR, Chile, Peru, Zambia und Zaire. Hinzu kommt, daß China – heute an der Schwelle zu einem Industrieland – sich in einer Phase seiner Wirtschaftsentwicklung befindet, die vorhersehen läßt, daß in den nächsten Jahrzehnten sehr viel Kupfer benötigt wird: Beim Ausbau der Infrastruktur für elektrische Leitungen, bei der fortschreitenden Mechanisierung für alle Arten von Motoren und Generatoren, bei der weiteren Hebung des Lebensstandards für elektrische Gebrauchsgegenstände aller Art. Kupfer gehört zu den Rohstoffen, für die Fachleute schon in absehbarer Zeit eine Erschöpfung der Ressourcen vorhersagen: Die Schätzungen liegen zwischen 20 und 50 Jahren.[55]
Diese drei Faktoren – relativ geringe eigene Vorkommen, großer zu erwartender Bedarf und knappe Weltressourcen – könnten vielleicht erklären, warum China gerade zu Ländern mit großen Kupfervorkommen wie Chile, Zaire und Zambia (Bau der Tansam-Bahn) so gute Kontakte unterhält, ohne in bezug auf deren politisches und gesellschaftliches System wählerisch zu sein.

3. Die Chinesen sollten die Beweggründe ihrer Außenpolitik offen darlegen

Ökonomische und verteidungsstrategische Interessen der VR China von dieser Art sind keineswegs verwerflich. Man muß sich allerdings darüber im Klaren sein, daß sie mit den Interessen des Volks von Angola, Iran, Chile oder irgendeines anderen unterentwickelten Landes kollidieren können, sobald sie über die Struktur des internationalen Systems zu diesen vermittelt werden, die ja noch entscheidend vom Imperialismus geprägt wird. Sobald ein sozialistisches Land im Rahmen dieser Struktur agiert, d. h. Außenpolitik betreibt, muß es daher stets Kompromisse machen zwischen den Anforderungen, die einerseits der internationale Klassenkampf stellt und andererseits der Aufbau des Sozialismus im eigenen Land. Dies Dilemma macht sorgfältige Interessen- und



Güterabwägungen notwendig, durch die sich die Außenpolitik eines sozialistischen Landes gegenüber kapitalistischen Ländern stets auszeichnen muß.
Daß sich der chinesische Staat gegen die Großmacht UdSSR wappnet, die begehrlich auf ihren südöstlichen Nachbarn schielt, ist ebenso berechtigt wie das Interesse an einer ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen, auch wenn diese nicht im Lande selbst vorkommen. Wenn China über den Welthandel eigene Versorgungslücken abzudecken bemüht ist, bedeutet das keineswegs, daß es ein imperialistisches Land ist: Das Kennzeichen imperialistischer Handelsbezie-

hungen sind die extrem ungleichen Austauschverhältnisse und die extrem ungleiche Produktionsstruktur, nicht die Tatsache, daß überhaupt ein Austausch stattfindet. Ohne einen solchen Austausch auf dem Weltmarkt wären zumal einige besonders rohstoffarme unterentwickelte Länder für immer zur Rückständigkeit verdammt.
Aber gerade weil es sich hier um *legitime* nationale Interessen der VR China handelt, sollten sie von den Chinesen auch als solche kenntlich gemacht werden. Wir halten dies für notwendig, damit eine breite internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt zustande kommen kann: Solange die Chinesen ihre Außenpolitik nicht als Erfordernis der besonderen sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen ihres Staates darstellen, sondern ausschließlich als Erfordernis des Kampfs der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, wird es in aller Welt maoistische Parteien und Gruppen geben, die sich bedingungslos mit dieser Politik identifizieren und versuchen, ihr eigenes Handeln damit vollständig zur Deckung zu bringen. So hat zum Beispiel der Kommunistische Bund Westdeutschland im Laufe des Jahres 1975 seine Unterstützung für die MPLA aufgegeben und damit die Solidaritätsbewegung für das Volk von Angola in der BRD geschwächt und gespalten. Der KBW setzt heute diese an die chinesische Außenpolitik angelehnte Linie fort und macht mit entsprechenden Begründungen antiimperialistische Komitees kaputt, die schon seit Jahren erfolgreich gearbeitet haben.[56]



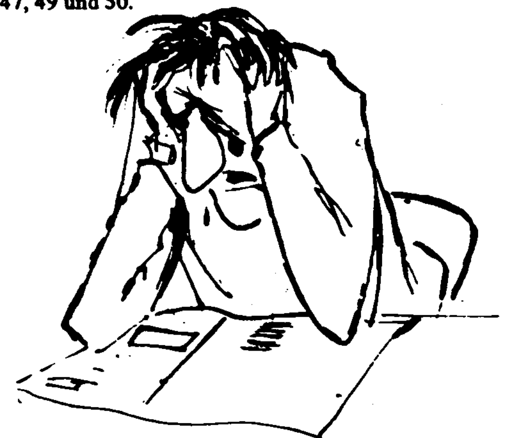
Was die Chile-Solidarität und die Solidarität mit der Befreiungsfront von Oman, PFLO, angeht, zeichnen sich bereits ähnliche Tendenzen ab. Der KBW weigert sich, den chinesischen Kredit an Chile als eine Maßnahme zu kritisieren, die dem Ziel der Chile-Solidarität, die Pinochet-Junta international zu isolieren, widerspricht. Auf Veranstaltungen zum Befreiungskampf in Oman, die die PFLO unterstützen sollen, verschweigt der KBW die subimperialistische Rolle Irans. All dies schadet der antiimperialistischen Bewegung in der BRD, indem es sie zu spalten droht.
Der KBW begründet seine Positionen mit derselben theoretischen Einschätzung der Weltlage, mit der China seine Außenpolitik als revolutionäre Notwendigkeit zu rechtfertigen versucht. Wie wir gesehen haben, ist diese theoretische Grundlage zumindest in den drei von uns geprüften Fällen lücken- und fehlerhaft. Die chinesische KP würde Fehler in der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung, wie sie der KBW heute macht, vermeiden helfen, wenn sie ihre Außenpolitik als das hinstellen würde, was sie tatsächlich in erster Linie ist: Insturment legitimer, aber *besonderer* Interessen der chinesischen Gesellschaft und des chinesischen Staats. Dann würde nämlich für kommunistische Organisationen, die sich weitgehend mit Theorie und Praxis des Mao Tse-tung-Denkens identifizieren, der ideologische Zwang wegfallen, der chinesischen Außenpolitik unkritisch selbst dorthin zu folgen, wo sie für den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt und für die internationale Solidaritätsbewegung mit diesem Kampf offensichtlich schädlich ist.
Die antiimperialistische Bewegung in der BRD ist kein sozialistischer Staat und muß daher auch nicht die Rücksichten nehmen, nicht die Kompromisse eingehen, zu denen ein sozialistischer Staat sich um seiner Selbsterhaltung und um des wirtschaftlichen Aufbaus willen gezwungen sehen kann. Schon gar nicht ist sie der chinesische Staat und schon gar nicht muß sie aus den sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen des chinesischen Staats heraus handeln. Wir jedenfalls sehen darin, daß die VR China strategisch von der UdSSR bedroht wird oder daß die Chinesen Kupfer für ihre wirtschaftliche Entwicklung benötigen, keine Gründe, unsere Unterstützung für die MPLA aufzugeben oder unseren Kampf gegen die faschistische Junta in Chile oder das subimperialistische Regime in Iran einzustellen. Und zwar unabhängig davon, daß wir jene sicherheitspolitischen und ökonomischen Motive für berechtigte Interessen desjenigen Landes halten, von dem in der Frage, wie ein Land der Dritten Welt sich aus Abhängigkeit und Elend herausentwickeln kann und wie in einem solchen Land der Sozialismus aufzubauen sei, am meisten Positives zu lernen ist.

bsm/hpö

Anmerkungen:

1 Vgl. Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Berlin 1973, S. 300.
2 Mao Tse-tung: Über den Widerspruch. In: Mao: Ausgewählte Werke, Bd. I, Peking 1968, S. 365–408, S. 390.
3 Vom ZK der KPCh ausgearbeiteter und von Lin Piao vorgetragener Bericht auf dem 9. Parteitag der KPCh, Peking 1969, S. 92 f.
4 Schmierer, Joscha: Die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und die Frage von Krieg und Frieden. In: Kommunismus und Klassenkampf 3/3, S. 154–167, S. 156.
5 Cardorff, Peter: Die Außenpolitik der VR China. Hamburg 1974, S. 8.
6 Tjiao Guan-hua: Rede auf der Plenarsitzung der 30. Tagung der UNO-Vollversammlung, 26. 9. 75, Peking 1975, S. 4.
7 Cardorff aaO, S. 9; vgl. auch Lin Piao: Es lebe der Sieg im Volkskrieg. Peking 1968.
8 Rossanda, Rossana: Nixon in China. In: Enrica Collotti Pischel u. a.: Zur chinesischen Außenpolitik. Berlin 1972, S. 45–48, S. 47 f.
9 Cardorff aaO, S. 15.
10 Schmierer aaO, S. 156, Hervorhebung: bsm/hpö.
11 Schlesinger, Rudolf: Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale. Frankfurt/M 1970, S. 18. Vgl. die Briefe von Marx an den Herausgeber der „Otetschestwennije Sapiski" (MEW, Bd. 19, S. 107–115) und an Wera Sassulitsch vom März 1881.
12 Sonntag, Heinz Rudolf: Gespräch mit Darcy Ribeiro. In: Kursbuch 23, S. 167–186, S. 168 f.
13 Vgl. den Artikel von Wilfred Burchett zur chinesischen Außenpolitik in der amerikanischen Wochenzeitung „Guardian" vom 5. 5. 76 sowie „blätter des iz3w", Nr. 36/37, S. 34 ff.
14 So z. B. im Frühjahr 1975, als das MFA in Portugal die Banken und Versicherungsgesellschaften nationalisiert hatte und die MPLA in Angola eine entsprechende Maßnahme verlangte. Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 45, S. 4.

15 Zitiert nach Burchett aaO.
16 Vgl. Burchett aaO.
17 „blätter des iz3w", Nr. 50, Dez. 75, S. 4.
18 Vgl. „blätter des iz3w", Nachrichten und Kurzberichte, Nr. 45, 46/47, 49 und 50.



Immer diese langen Artikel....

19 Burchett aaO.
20 Vgl. Burchett aaO.
21 Burchett aaO.
22 Vgl. Heimer: Perspektiven der Entkolonialisierung im ehemaligen portugiesischen Afrika, Teil III. In: „blätter des iz3w", Nr. 43/44, S. 52–59, S. 57.
23 Vgl. Heimer: Perspektiven . . ., Teil I. „blätter des iz3w", Nr. 41/42, S. 46.
24 Vgl. Ideologiekritik 8, Kommunalismus und Tribalismus, in: „blätter des iz3w", Nr. 28, Okt. 1973, S. 11 ff.
25 Aussage eines führenden MPLA-Vertreters, der im Winter 1975/76 für einige Wochen in Europa war.
26 Vgl. zu diesem Komplex: Fink, Angelika: Wer kämpft in Angola? In: „Das Neue China", Nr. 10, 1. 4. 76, S. 8–10, S. 9.
27 Kürzlich sind Meldungen durch die Presse gegangen, daß die angolanische Regierung den Russen Fischereirechte in ihren Gewässern eingeräumt hat.
28 „Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und dem Iran im Jahre 1971 haben sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern rasch entwickelt." Li Hsiän-niän (stellvertretender Ministerpräsident der VR China) im April 1975. „Peking Rundschau", Nr. 15, 1975, S. 10.
29 Süddeutsche Zeitung, 22. 9. 72.
30 „Peking Rundschau" vom 21. März 1972.
31 Vgl. „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 19. 5. 74, S. 8.
32 „Peking Rundschau", Nr. 35, 1974, S. 20.
33 „Peking Rundschau", Nr. 15, 1975, S. 9.
34 Zitiert nach „Deutsche Volkszeitung", 7. 10. 71, S. 10.
35 Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 40, Dez. 74, S. 42.
36 Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 54, Juni 1976, S. 38.
37 „blätter des iz3w", Nr. 10, Okt. 1971, S. 24.
38 aaO.
39 Marx, Karl: Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten. In: Marx/Engels: Die Revolution von 1848. Berlin 1973. S. 192.
40 „blätter des iz3w", Nr. 36/37, S. 41
41 Vgl. „Antiimperialistisches Informationsbulletin", Iran-Sonderbroschüre, Dortmund 1975, S. 77 ff.
42 „Süddeutsche Zeitung", 19. 7. 74.
43 „blätter des iz3w", Nr. 36/37, S. 40.
44 „blätter des iz3w", Nr. 40, S. 42.
45 Tschou En-lai damals: „Um die staatliche Souveränität zu wahren und die Bodenschätze des Landes zu schützen, kämpfte Iran kürzlich zusammen mit anderen Mitgliedern der Organisation der Erdöl exportierenden Länder erfolgreich gegen die westlichen imperialistischen Erdölmonopolgruppen an und hat dabei Siege errungen." „Peking Rundschau", Nr. 17, April 1971, S. 3.
46 Vgl. „Süddeutsche Zeitung", 19. 10. 73 und 21. 2. 74.
47 Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 30, Dez. 73, S. 17.
48 Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 54, Juni 1976, S. 4 f.
49 Vgl. „Blick durch die Wirtschaft", 30. 2. 75
50 Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 52, S. 10 f., Nr. 53, S. 4 f.
51 Vgl. „blätter des iz3w", Nr. 53, Mai 76, S. 5.
52 Rossana Rossanda aaO, S. 47.
53 Rede Tjiao Guan-huas . . . auf der Plenarsitzung der 30. Tagung der UNO-Vollversammlung (26. Sept. 1975). Peking 1975, S. 12.
54 Burchett aaO.
55 Vgl. Mühlemann u. a.: Das Kupfer geht zu Ende. In: Tagesanzeiger Magazin Zürich, Nr. 24, 12. 6. 76, S. 18 ff.
56 Vgl. die Artikel und Dokumente in diesem und im vorigen Heft der „blätter des iz3w" zur Sprengung des KSA-Heidelberg durch den KBW.

Joris Ivens, „grand old man" des politischen Dokumentarfilms, hat von Ende 1972 bis Anfang 1974 in der VR China gelebt und gefilmt. Das Ergebnis, das er zusammen mit Marceline Loridan, seiner langjährigen Mitarbeiterin, nun vorgelegt hat, nach eineinhalb Jahren Schneide- und Montagearbeit, ist ein Zyklus von zwölf Filmen. Joris Ivens, wie Eisenstein Jahrgang 1898, war bereits 1938 und 1958 in China — seine Kamera aber war seit 1938 dort geblieben. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion hatte er sie einem jungen Revolutionär anvertraut, damit er sie nach Yenan zur Roten Armee bringen konnte. Jahrelang war Ivens alte Kamera der einzige Filmapparat, den die chinesische Revolution besaß. Ebenso wichtig wie Ivens für den chinesischen Film wurde China für Ivens, der viele Filme auch in den europäischen sozialistischen Ländern gedreht hat: „In dieser Umgebung begann ich noch einmal ernsthaft über meine eigene Arbeit der vergangenen Jahre, über meine Ideologie nachzudenken. Ich fing an zu zweifeln: Warum hatte ich gewisse Dinge in der Politik der sozialistischen Länder nicht gesehen, hatte ich sie vielleicht unbewußt nicht sehen w o l l e n? In China kam mir plötzlich voll zu Bewußtsein, daß es nicht nur darum ging, viel und gut zu produzieren, um die kapitalistischen Länder zu überholen. (. . .) Was mich an China am meisten beeindruckte, war das echte und energische Bemühen, nicht allein Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaft im sozialistischen Sinne zu entwickeln, sondern auch einen neuen Menschen zu schaffen, mit einer wirklichen sozialistischen Einstellung zur Arbeit, zum Leben und zu den Beziehungen der Menschen untereinander." (Joris Ivens über seine China-Reise 1958, zitiert aus Ivens, Die Kamera und ich, erschienen in der Reihe das neue buch bei Rowohlt.)
Aber auch 1972 gibt sich Ivens nicht mit dem Status quo zufrieden, statt Musterbetriebe zu feiern, wartet er lieber in einer ganz gewöhnlichen Fabrik Chinas darauf, wie hier der „Kampf zweier Linien" entschieden wird. Als Filmemacher weiß er, daß er darauf warten muß, bis die gesellschaftlichen Widersprüche als Risse in der Oberfläche sichtbar werden, um sie überhaupt visualisieren zu können. Die das Thema festhaltenden Titel der 12 Filme sind: Die Apotheke (75 Min.), Eine Frau, eine Familie (100 Min.), Die Generatorenfabrik (124 Min.), Eine Kaserne (54 Min.), Das Fischerdorf (99 Min.), Training im Zirkus von Peking (14 Min.), Der Lehrer Tsien (11 Min.), Eindrücke von einer Stadt: Shanghai (55 Min.), Über das Petroleum (83 Min.), Probe in der Peking-Oper (30 Min.).



INDIEN UNTER DER GANDHI-DIKTATUR

(FORTSETZUNG)

Unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik

Indira Gandhi verkündet bei jeder sich bietenden Gelegenheit, sie werde alles tun, um das Elend der Massen zu beseitigen. Zu diesem Zweck habe sie das 20-Punkte-Wirtschaftsprogramm (vgl. FEER, 18. 7. 75) ausgearbeitet, das vor allem endlich die Durchführung der Landreform (sie steht seit 25 Jahren an), die Liquitation der Schulden der Landbevölkerung, die Senkung der Preise für die wichtigsten Güter und die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen zum Inhalt hat. Davon abgesehen, daß diese verbalradikalen Forderungen nichts Neues darstellen und schon seit der Unabhängigkeit Indiens immer wieder vorgetragen wurden, läßt sich anhand des neuen Budgets für 1976/77 (1.4.76–31.3.77) und einiger parallel dazu erlassener Gesetze zeigen, daß die Versprechungen nur leere Worte sind. Indira Gandhi stützt sich mit ihrer faschistoiden Diktatur hauptsächlich auf die Großbourgeoisie und die landbesitzenden Klassen, die beiden tonangebenden Gruppierungen der indischen Gesellschaft.
Handelte Indira Gandhi gegen die Interessen dieser Leute, so kündigten sie ihr die Gefolgschaft auf. Besonders bei den Großgrundbesitzern wäre dies ein schwerer Verlust für die Ministerpräsidentin, da in einer Agrargesellschaft wie Indien die reichen Landbesitzer die Masse der Dorfbevölkerung kontrollieren.
Die Wirtschaftspolitik der Regierung für 1976/77 ist generell durch Steuererleichterungen, Investitionsanreize und Importerleichterungen gekennzeichnet. Für die Masse der Bevölkerung sind diese Maßnahmen jedoch irrelevant, da zum einen nur wenige Inder Unternehmer sind und zum anderen die allermeisten unter der Steuerfreigrenze von 10.000 Rp pro Jahr liegen. Die Reichen aber profitieren kräftig. Die Einkommenssteuer wurde von maximal 77 % auf 66 % gekürzt, ebenso erfolgte eine Reduzierung der Vermögenssteuer und Verbrauchersteuer für Luxusartikel wie Kühlschränke, Fernsehgeräte und Pkws.
Es werden Investitionsanreize geschaffen, indem künftig 25 % Rabatt auf Neuinvestitionen gewährt wird, die Sondersteuer auf Unternehmergewinne herabgesetzt und eine Reihe von Lizenzvorschriften aufgehoben werden. Auf dem Gebiet der Importpolitik erfolgen viele Erleichterungen, unter anderem die Senkung der Importzölle, obwohl das Handelsdefizit 1975/76 eine Rekordhöhe von 12,35 Mrd. Rp (ca. 4,118 Mrd. DM) erreichte. (Alle Zahlen sind der Neuen Zürcher Zeitung vom 18. 3. 76 entnommen; ebenso FEER, 26. 3. 76) Analog dazu wächst die Schuldenlast. Mit 204,51 Mrd. Rp (68.17 Mrd. DM) im Jahr 1974/75 und stetig steigender Tendenz belastet sie die indische Volkswirtschaft schwer. Ca. 30 % Exporteinnahmen bzw. etwas mehr als 3 % des gesamten indischen Volkseinkommens müssen für den Schuldendienst aufgebracht werden. (NFA 27. 4. 76)
Insgesamt ist das Budget für 1976/77 auf 78,52 Mrd. Rp (ca. 26,17 Mrd. DM) veranschlagt. Die Auflistung der einzelnen Ressorts zeigt ein eindeutiges Übergewicht des industriellen Sektors, obwohl die Landwirtschaft das Grundproblem Indiens ist. Wie wenig die Regierung bereit ist, die Lebenssituation der Massen zu verbessern, läßt sich daran ablesen, daß von der Gesamtsumme lediglich 1,9 Mrd. Rp (0,86 Mrd. DM) für Erziehung, Wohlfahrt, Gesundheit und Familie und nur 2,57 Mrd. Rp (0,86 Mrd. DM) für Landwirtschaft und Nahrungsmittel bereitgestellt werden.[1] (NFA 22. 4. 76) Daß dabei der Etat für Familienplanung sogar noch unter dem Ansatz des letzten Jahres liegt, erscheint angesichts der rigorosen Zwangsmaßnahmen für Geburtenbeschränkung (vgl. Teil I, Heft 54) völlig unverständlich. Dagegen: in die Rüstung werden bei vorsichtiger Schätzung ca. 40 % des gesamten Budgets gesteckt, für die Herrschenden eine Notwendigkeit, um den Zustand der Ausbeutung und Unterdrückung per Gewalt zu sichern.[2] Es dürfte wohl klar sein, daß die privaten Unternehmer, sowohl die inländischen als auch die ausländischen, diese Wirtschaftspolitik der Regierung einhellig begrüßen. Hinzu kommt, daß diese volksfeindliche Politik noch mit anderen repressiven Verordnungen ergänzt wird. Hier ist besonders der sogenannte „Sozialpakt" zwischen Privatunternehmern und Gewerkschaften zu erwähnen, der unter anderem ein generelles Streikverbot beinhaltet und de facto die Macht der Gewerkschaften ausschaltet. (FR 31. 7. 75) Löhne und bislang bezahlte Prämien wurden gekürzt (die Prämien wurden von 8,3 % auf 4 % reduziert; FEER, 24. 10. 75), man geht sogar dazu über, die 7 Tage-Woche einzuführen. (Spiegel 16/76; Indoasia 1/1976). Die Loblieder der Kapitalisten auf die Auswirkungen der Diktatur sind inzwischen nicht mehr zu überhören. Die „Nachrichten für Außenhandel" (10. 5. 76) melden, daß sich das Arbeitsklima in Indien wesentlich gebessert habe. Der Ausfall an Arbeitstagen habe sich 1975, also alleine durch 6 Monate Diktatur, um mehr als 75 % reduziert. Und eine Angehörige der Millionärsfamilie Oberoi schwärmte: „Der Ausnahmezustand ist wundervoll. Früher hatten wir dauernd Probleme mit den Gewerkschaftern, heute werden diese eingesperrt."
Ebenso meinte schon im September letzten Jahres der Chef einer deutsch-indischen Pharmazeutikfirma zuversichtlich: „Zum ersten Mal seit 17 Jahren waren wir bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß nicht mehr in der Defensive" (Handelsblatt 25. 9. 75)
Optimistisch über die wirtschaftliche Entwicklung in Indien äußerte sich auch das Indien-Konsortium der Weltbank. Es erhöhte sofort die Kreditsumme für 1976/77 auf 1,8 Mrd. US-Dollar. Im vergangenen Jahr wurden nur 1,4 Mrd. Dollar ausbezahlt. (Le Monde, 31. 5. 76) Damals waren eben die Investitions- und Profitbedingungen schlechter als heute.
Die Masse der indischen Bevölkerung muß hingegen weiterhin in immer schlimmer werdenden Verhältnissen leben: ungefähr 70 % aller Inder lebt heute schon nach amtlichen Statistiken unterhalb der Armutsgrenze (SPIEGEL 16/75). Und trotz Diktatur und 20 Punkte-Wirtschafts-Programm sank das Durchschnittseinkommen eines Inders im letzten Jahr um 1,7 % auf 341 Rp (113 DM) pro Jahr. (WiWo 12/76; NFA, 7. 5. 76)
Das Vordringlichste, die Durchführung der Landreform, wurde überhaupt nicht in Angriff genommen. (FEER, 26. 3. 76, Le Monde 27. 1. / 31. 1. 76)

Zwar konnte im vergangenen Jahr eine Rekordernte von 114 Mio. Tonnen Getreide und eine leichte Senkung der Verbraucherpreise um 6 % (Dez. 75 im Vergl. zu Dez. 74) verzeichnet werden (NFA 22. 4. 76), doch sind die positiven Fakten nicht der Politik der Regierung zuzuschreiben, sondern dem guten Monsun und dem Einpendeln der Preise auf ein ökonomisch bedingtes Niveau. Zudem muß berücksichtigt werden, daß im Dezember 74 die Nahrungsmittelpreise astronomische Höhen erklommen hatten. Die Preise für Lebensmittel sind daher für die meisten Inder noch viel zu hoch, als daß sie eine gesicherte und genügende Ernährung

gewährleisteten. Die leichte Abschwächung der Preise in der Zeit des Ausnahmezustandes ist außerdem darauf zurückzuführen, daß Spekulantentum und Hortun, also der gesamte Schwarzmarkt, größtenteils durch Regierungsmaßnahmen aufgelöst wurden – eine Maßnahme, die sehr wohl im Interesse der Kapitalisten war, weil zum einen das nicht faßbare, dem offiziellen Wirtschaftsleben entzogene Geld an die 60 % der offiziellen indischen Gesamtgeldmenge betrug und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll genutzt, d. h. nicht in der Industrie investiert wurde. Das Geld lagerte in Verstecken oder wurde für unprodukte Luxusgüter ausgegeben. Zum anderen hatte der Schmuggel von ausländischen Waren derartige Dimensionen angenommen, daß die einheimischen Unternehmer mit ihren Produkten nicht mehr konkurrieren konnten und schlechte Verkaufserfolge erzielten (z. B. Textilfabriken).[3] (FEER, 22. 8. 75)

Man kann also zusammenfassend sagen, daß der Ausnahmezustand in Indien eindeutig die Privatindustrie bevorzugt, die Profite der Kapitalisten kräftig steigen läßt, während die Massen – und das sind ca. 80 % der Gesamtbevölkerung – weiterhin in großem Elend leben, ja sogar in ihrem Lebensniveau noch weiter herabgedrückt werden. Hinzu kommen die brutale Zerstörung von Wohnraum, die willkürliche Zwangssterilisation und die rücksichtslose Niederschlagung von Hungerrevolten. Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß Indira Gandhi eine Änderung ihrer volksfeindlichen Politik plant.

Hier erhebt sich die Frage nach der „Produktion für wen?“ Durch die systematisch betriebene Verelendung der Massen hat sich die indische Bourgeoisie den einheimischen Markt selbst stark eingeengt. Ihre Produkte kann sie nicht mehr in der gewünschten Menge verkaufen, da es immer weniger Käufer gibt. Der Gesamtverband der indischen Industrie und Handelskammern mußte dies auch erkennen: „Was der Industrie am meisten Sorge macht, ist die Frage, wie man die Produktion steigern kann zu einer Zeit, in der die Nachfrage fällt“. (FEER, 22. 1. 76) Sowohl die selbstproduzierte Verengung des einheimischen Marktes als auch die gleichzeitig bestehenden Absatzschwierigkeiten auf dem internationalen Markt lassen die indischen Kapitalisten nach neuen Investitionsmöglichkeiten ausschauhalten. Und hier bietet sich ein geradezu unbegrenztes Terrain an: die Rüstungsindustrie. Das bringt zweierlei Vorteile: Erstens, die Existenz eines äußerst wachstumsorientierten, von Rezessionen unabhängigen Wirtschaftsbereichs, der zudem noch vom Staat vor unliebsamer internationaler Konkurrenz geschützt wird. (Ziel ist eine autonome Rüstungsproduktion.)

Zweitens, der Aufbau eines umfassenden Unterdrückungsapparates mit modernsten Waffen, um die Herrschaft gegen jegliche Form des Widerstandes aufrechtzuerhalten. So vereinigen sich die Interessen der Militärs, Unternehmer und Politiker.

Die massiven Investitionen im Rüstungsbereich beanspruchen aber in starkem Maße die knappen Ressourcen des Landes. Eine im Interesse der breiten Bevölkerung betriebene Industrialisierung kommt nicht mehr zustande, weil Überschüsse unproduktiv investiert werden und so die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Arbeitsgeräten nicht möglich wird. Die ganze Produktionsstruktur des Landes ist auf den hcohtechnisierten, kapitalintensiven Rüstungssektor ausgerichtet. In Indien ist schon das Entstehen eines industriell-militärischen Komplexes sichtbar.

Eine derartige Wirtschaftsorganisation verhindert natürlich wiederum eine spürbare Verbesserung der Lebenssituation der Massen, ja sie führt sogar in eine Verschlechterung (sihe oben). Dies bedeutet aber auch, daß die Konsumptions-



kraft der breiten Bevölkerung weiter sinkt, die interne Marktverengung weiter wächst. Wachsende interne Marktverengung führt aber wieder zu steigenden Investitionen im Rüstungssektor. Es besteht also eine wechselseitige Beziehung zwischen Verelendung der Massen und steigenden Rüstungsausgaben, bei der die beiden Faktoren einander stets zum Schlimmeren verstärken.

Diese Dynamik von Rüstung und Unterentwicklung zeichnet sich langsam ber sicher in den meisten Ländern der Dritten Welt ab.

Kronprinz Sanjay Gandhi

Die politische Szene Indiens zeichnet sich immer mehr durch die wachsende Konzentration der Macht auf die Familie Gandhi und deren engste Verbündete aus. Namentlich der 29-jährige Sohn der Ministerpräsidentin, Sanjay Gandhi, schiebt sich immer mehr in den Vordergrund und wurde kürzlich in Calcutta bei einem großen Spektakel offen als Mitregent vorgestellt. (NZZ 2. 3. 76)

Inzwischen ist es ein offenes Geheimnis, daß Sanjay Gandhi zum engsten Berater seiner Mutter geworden ist und einen starken Einfluß auf die Politik des Landes ausübt. Mit seinen Entscheidungen übertrifft er sogar seine gewiß nicht zimperliche Mutter an Radikalität und Brutalität. Die Zerstörung von Wohnraum in Delhi, von der 250 000 Menschen betroffen sind (siehe Teil I, Heft 54), geht auf ihn zurück und wird von ihm selbst folgendermaßen glorifiziert: Seine „Operation saubere Stadt“ sei die „schnellste Umsiedlung von Menschen gewesen, die es je im Frieden gegeben habe“ (Spiegel 16/76). Auch war er es, der dem Gouverneur von Tamil Nadu befahl, einen schlechten Situationsbericht über diesen Gliedstaat anzufertigen, um einen Vorwand für die Zwangsenthebung der DMK-Regierung zu haben (NZZ vom 6. 2. 76). Von diesem diesem Schritt waren die meisten Regierungsmitglieder nicht unterrichtet.

Auf seinen spektakulären Reisen durch das Land läßt sich der Indira-Sohn wie einen Gott feiern. Es wird um ihn ein Persönlichkeitskult aufgezogen, der alles bisher Dagewesene

überbietet. Ihm werden Prädikate wie „aufgehende Sonne Indiens" oder „Volkswaffe gegen die Armen" verliehen. In Zeitungen, Wochenmagazinen und auf Versammlungen wird seine 4-Punkte-Philosophie verkündet: Jeder Inder soll:
a) jedes Jahr einen Baum pflanzen
b) einem Analphabeten Lesen und Schreiben beibringen
c) nicht mehr als zwei Kinder haben
d) die alte Kultur des Landes wiederbeleben.
Sanjay Gandhi, dessen Vergangenheit von Korruptionsaffären gezeichnet ist, charakterisiert sich selbst so: „Ich bin weder links- noch rechtsorientiert, sondern fühle mich lediglich dem Wohle des Volkes verpflichtet." (NZZ 2. 3. 76/ Spiegel 16/76)
Doch seine wahren Freunde sind die Unternehmer. Ihnen gegenüber entpuppt er sich als strammer Anti-Kommunist und starker Befürworter der unternehmerischen Privatinitiative. Während seine Mutter immerhin noch dem Sozialismus das Wort redet, setzt Sanjay Gandhi voll und ganz auf das kapitalistische Wirtschaftssystem und kritisiert sogar offen die Wirtschaftspolitik der Zentralregierung, die für seine Begriffe bislang „zu sehr von Ideologien bestimmt" gewesen sei (NZZ 2. 3. 76). Darin befindet er sich in voller Übereinstimmung mit den Ansichten des Big Business.
Seine Machtbefugnisse haben ein beachtliches Ausmaß erreicht. Auf seine Veranlassung hin wurden Minister entlassen (bestes Beispiel ist der ehemalige Verteidigungsminister Swaram Singh) und treu ergebene Verbündete in die Regierung berufen. Einige altgedinete Kongress-Funktionäre wurden ausgeschaltet, die Opposition in den eigenen Reihen systematisch ausgemerzt. Die im Amt verbliebenen werden von dem privaten Geheimdienst Indira Gandhis überwacht (Spiegel 16/76).
Indien ist somit auf dem besten Weg, in eine dynastische Diktatur gezwungen zu werden, mit Sanjay Gandhi als künftigem Herrscher. Seit den 29 Jahren Unabhängigkeit wird Indien von einer einzigen Familie regiert – mit Ausnahme der 1 1/2-jährigen Regierungszeit Shastris in den Jahren 1964–1966. Indira Gandhis Vater, J. Nehru, war 17 Jahre an der Macht. Seit 1966 ist sie selbst Ministerpräsidentin der zweitgrößten Nation der Erde. Die Bilanz von 27 Herrschaftsjahren der Familie Nehru ist mehr als traurig: Seit der Unabhängigkeit ist der Lebensstandard der Massen kontinuierlich gesunken; es gibt mehr Elend und Hunger als je zuvor.

Die Chancen der Opposition

Indira Gandhi läßt sich die schrittweise Abschaffung der bürgerlich-demokratischen Staatsform auch juristisch bestätigen. Nachdem schon im November 75 das Oberste Gericht Indira Gandhi vom Vorwurf der Wahlkorruption freigesprochen und die Verfassungsmäßigkeit der Notstandsgesetze bestätigt hatte („blätter des iz3w" 50), entschied das Gericht unlängst, daß das Recht auf richterliche Untersuchung bei einer Verhaftung (die sogenannte „habeas-corpus-Akte") im Ausnahmezustand nicht gültig sei (Newsweek 10. 5. 76 / FEER 7. 5. 76). Der Vorsitzende, Richter A. N. Ray, erklärte wörtlich: „Der Begriff politische Freiheit . . . beinhaltet nicht absolute persönliche Freiheit". (Newsweek 10. 5. 76)[4].
Mit dieser juristischen Absegnung der staatlichen Repression und Willkür (vgl. „blätter" 51) erhält die faschistoide Diktatur den Schein der Legalität.
In Zukunft ist aber Frau Gandhi auf die Mithilfe der Justiz nicht mehr angewiesen. Denn bei den letzten Teilwahlen zum Oberhaus des indischen Parlaments erhielt ihre Congress-Party die 2/3-Mehrheit, so daß sie nun in beiden Häusern des Parlaments über eine 2/3-Mehrheit verfügt (Le Monde/ NZZ 30. 3. 76). Damit kann die Regierung alle Gesetze, die sie für nötig hält, und jede Änderung der indischen Verfassung im Parlament durchsetzen (FEER 9. 4. 76). Dies wird bald von großer Bedeutung sein, sobald die eingesetzte Verfassungskommission der Congress-Party unter Vorsitz von Swaram Singh die Vorschläge für eine neue indische Verfassung vollständig ausgearbeitet hat (vgl. „blätter" 51). Erste konkrete Änderungsvorschläge liegen schon auf dem Tisch: So sollen künftig Verfassungsänderungen nicht mehr gerichtlich angefochten werden können, ebenso eine Reihe von Entscheidungen der Regierung und des Parlaments, speziell die Ausrufung des Ausnahmezustandes (NZZ/Le Monde 2. 6. 76). Hierfür sollen dann Sondertribunale zuständig sein (FEER 11. 6. 76). Diese Maßnahmen laufen auf eine faktische Entmachtung der Gerichte hinaus, um dem Parlament – fest in den Händen des Congress – die Vorrangstellung zu garantieren.
Angesichts dieser Situation scheinen die Chancen der Opposition gering. Zwar läßt die total zensierte Presse Indiens kaum Informationen über oppositionelle Bewegungen durchsickern, obgleich die Regierung selbst kürzlich die Existenz eines Untergrunds zugeben mußte angesichts der wachsenden Zahl von Anschlägen vornehmlich auf Eisenbahnen, Brücken und Kraftwerke (NZZ 16. 3. 76/7. 4. 76/FR 28. 4. 76). Doch hie und da kommen trotz allem Meldungen durch, die allerdings kaum ein umfassendes Bild über den Stand der Dinge erlauben. Le Monde berichtet am 16. 3. 76 über Streiks in Calcutta, an denen 12 000 Arbeiter beteiligt seien und die seit mehr als drei Wochen andauerten. Namentlich Georges Fernandes, der Führer der Sozialistischen Partei und der mächtigen Eisenbahner-Gewerkschaft, versucht vom Untergrund aus den indischen Widerstand zu organisieren. Er propagiert den gewaltsamen Kampf gegen die Diktatur Indira Gandhis (Spiegel 16/76 / NZZ 6. 3. 76). Ob die Gruppe um Fernandes allerdings Erfolg haben wird, bleibt dahingestellt. Zu groß scheinen die politischen Unterschiede der Oppositionsgruppen, die von der national-hinduistischen Jan Sangh bis zu den linken Sozialisten reichen. Ein Zusammenschluß, die erste Bedingung für ein schlagkräftiges Vorgehen, dürfte kaum möglich sein, zumal unterschiedliche Auffassungen über die Methoden des Kampfes bestehen.
Mehr oder weniger lassen sich zwei Widerstandsgruppen unterscheiden: Zum einen die Gruppe um Fernandes, die eine gewaltsame Zerschlagung der Diktatur propagiert; zum anderen die Gruppe um J. P. Narayan – er befindet sich im Moment todkrank unter Hausarrest –, die den gewaltlosen Widerstand und den zivilen Ungehorsam als Kampfmittel befürwortet. Wie tief der Graben zwischen beiden Gruppen ist, demonstrierte Narayan persönlich, als er sich öffentlich von den Methoden Fernandes' distanzierte (NZZ 6. 3. 76). Daran ändert auch die kürzlich beschlossene Gründung einer Oppositionspartei unter der Führung Narayans nichts, in der möglichst viele Gruppen und Parteien vertreten sein sollen (NZZ 30. 5. 76). Das gemeinsame Ziel ist die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte. Doch zeigen sich, noch bevor die Oppositionspartei sich konstituiert hat, jetzt schon Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern.
Als völlig unverständlich erscheint für viele das Verhalten der pro-sowjetischen CPI. Sie ist zu einem blinden Vollstrecker der Interessen Moskaus herabgesunken und definiert – genau wie die sowjetische Führung – die volksfeindliche Diktatur Indira Gandhis als einen wichtigen und notwendigen Schritt im Kampf gegen die Reaktion und für den Aufbau des Sozialismus. Die Anbiederungsversuche der CPI gehen sogar so weit, daß sich der Generalsekretär Rao dafür aussprach, die Verbindungen zur Congress-Party zu verstärken (Le Monde 14. 2. 76). Indira Gandhi zeigte sich für dieses Wohlverhalten erkenntlich: Die CPI ist die einzige Partei, die von den landesweiten Verhaftungen verschont blieb. Ob sich aber diese Anbiederungs-Strategie der CPI

langfristig lohnt, erscheint angesichts des immer stärker werdenden Einflusses des Anti-Kommunisten Sanjay Gandhi und anderer kommunistenfeindlicher Gruppen des Congress mehr als fraglich.
Von den beiden anderen kommunistischen Parteien, der CPI/M und CPI/ML, ist die letztere in einen „parlamentarischen" und einen „revolutionären" Flügel gespalten. Zudem war die CPI/ML der Repression besonders stark ausgesetzt, da sie die Vorbereitung ihrer Kader auf einen Kampf im Untergrund vernachlässigt hatte; sie mußte die meisten Verhaftungen hinnehmen. Die maoistische PCI/M hingegen, die durch jahrelange Untergrundtätigkeit entsprechend geschult, hat die Diktatur bislang relativ gut überstanden. Ihre Kader scheinen weiterhin aktiv zu sein. Es bleibt abzuwarten, ob von ihr Impulse zur Gründung einer breiten Widerstandsbewegung ausgehen werden.
Weiterhin ist die Opposition dadurch geschwächt, daß ihre Führungskräfte verhaftet sind und erst langsam Nachwuchs herangebildet werden kann. Besonders die Linke ist davon betroffen. Zudem ist die Verankerung im Volk recht gering. Der Einhalt der Inflation, die gute Ernte und die in den Geschäften wieder reichlicher vorhandenen Waren des täglichen Bedarfs lassen die Bevölkerung glauben, der Notstand sei in ihrem Interesse. Angesichts der erdrückenden Übermacht der Polizeiwillkür haben viele Inder Angst, gegen die Diktatur aktiv zu werden.
Bei der Landbevölkerung ist die Bewußtseinsbildung wegen der überwiegend halbfeudalen Produktionsweise und der umfassenden Isolation der Leute noch kaum in Gang gekommen, ein großes Versäumnis der linken Parteien, die sich bisher in ihrer Arbeit stets nur auf die Städte konzentriert haben.[5]



Sehr negativ wirkt sich auch das eigensüchtige und opportunistische Verhalten einiger Politiker der Opposition aus, die um einiger Posten oder Schmiergelder willen zur herrschenden Congress-Party übergelaufen sind. Dies geschah sowohl in Gujarat, wo Überläufer die Koalition um ihre parlamentarische Basis gebracht haben, als auch bei den Teilwahlen zum indischen Oberhaus, als oppositionelle Abgeordnete in einigen Bundesstaaten für die Kandidaten der Congress-Party gestimmt und ihr damit zu einer 2/3-Mehrheit verholfen haben. Diese Schwächen der Opposition in Indien kommen dem gemeinsamen Gegner zugute und erleichtern Indira Gandhi die Aufrechterhaltung ihrer Diktatur.
Den wohl schwersten Schlag erlitten die im Untergrund kämpfenden Widerstandsgruppen in jüngster Zeit, als ihr Führer Georges Fernandes von Indiens Geheimdienst in seinem Versteck in Calcutta gestellt und verhaftet wurde. Es wird vermutet, daß sein Leben in höchster Gefahr ist, da die Regierung ein öffentliches Auftreten Fernandes' in einem Gerichtsverfahren verhindern wolle. (NZZ, 15. 6. 76)

jür

Anmerkungen

1) Für Bewässerung sind 6,93 Mrd. Rupien (2,31 Mrd. DM), für Chemie/Mineraldünger 4,39 Mrd. Rp (1,46 Mrd. DM) vorgesehen. Angesichts der übergroßen landwirtschaftlichen Probleme ein viel zu geringer Betrag. Außerdem profitieren nur die reichen Bauern davon, da Kunstdünger und Bewässerungsanlagen für den überwiegenden Teil der Landbevölkerung unerschwinglich teuer sind.
2) Offiziell beträgt der Verteidigungshaushalt 2,660 Mrd. US-Dollar (FEER, 7. 5. 76). Das sind ca. 29 % (nach eigenen Berechnungen genau 28,8 %; 1 US-Dollar = 8,5 Rp) des Gesamthaushaltes in Höhe von 87,52 Mrd. Rp. Diese Ausgaben erfassen jedoch bei weitem nicht das gesamte Ausmaß an militärischen Aufwendungen, die Belastung für die Wirtschaft und die sozialen Kosten für die Gesellschaft. Erstens werden Nettomilitäraufwendungen angegeben, die durch Einkünfte aus Verkäufen u. ä. ca. 8,0 bis 8,4 % unter den Bruttoausgaben liegen. Zweitens fehlen im Militärbudget die Kosten für die Nuklearforschung, für das Raumfahrt- und Raketenforschungsprogramm, ebenso wie die Ausgaben für paramilitärische Verbände und für die Polizeistreitkräfte, die größtenteils im Haushalt des Innenministeriums enthalten sind. Die Polizeistreitkräfte und paramilitärischen Verbände bestehen aus mindestens 800 000 Mann, das sind fast ebenso viel wie die Truppenstärke der drei Waffengattungen. Hinzu kommen noch Verbände der Zivilverteidigung:
1. Border Security Force
100 000 Soldaten und 55 000 Reservisten. Sie war ursprünglich als Bundesgrenzschutz konzipiert. Heute wird sie hauptsächlich bei Streiks und Unruhen eingesetzt. Zu diesem Zweck erhielt sie ein neues und umfangreiches Ausbildungsprogramm und eine moderne Ausrüstung.
2. Territorialarmee
45 000 Soldaten
Seit Verabschiedung eines Gesetzes im Jahr 1956 können hier Regierungsbeamte und -angestellte eingezogen werden.
3. The National Cadet Corps
1973 führte er an 3508 Colleges der 101 Universitäten und an 6675 Schulen Kurse für paramilitärische Kurse für 1 188 500 Jugendliche durch.
4. The Village Volunteer Force
ca. 15,1 Mio. Mitglieder
5. The Home Guards
522 500 Mitglieder
6. Central Industrial Security Force
17 000 Mitglieder
Sie ist vor einigen Jahren gegründet worden, um die Arbeiter in den staatskapitalistischen Betrieben unter Kontrolle halten zu können. Außerdem besteht noch eine gesonderte Polizeitruppe für den Dienst in den Bergwerken Westbengalens.
Schließlich beansprucht das Militär knappe Resourcen wie hochqualifiziertes Personal, Rohmaterial, Devisen etc., die anderen wichtigen Entwicklungsaufgaben entzogen werden. Die realen Militäraufwendungen in Indien sind 1952–1973 um 350 % gestiegen (Gesamte Welt: 151 %). Vgl. dazu: Wulf, H., Indien: Militarisierung und der Aufbau einer autonomen Rüstungsproduktion, in: Internationales Asienforum, Vol 6 (1975), Nr. 3, S. 272 ff.; ebenso: Albrecht u. a., Rüstung und Unterentwicklung, Reinbeck 1976 (rororo aktuell 4004). Der Far Eastern Economic Review (7. 5. 76) berechnet noch viel höhere Militärausgaben. Er schätzt, daß das Verteidigungsbudget dreimal so hoch sei als offiziell angegeben, d. h. 67,83 Mrd. Rp würden für das Militär ausgegeben, ohne daß in dieser Zahl die Kosten für die Atomforschung enthalten seien. Bei einem Gesamthaushalt von 78,52 Mrd. Rp entspräche das genau 86,3 % der Gesamtausgaben! Ob diese Zahl stimmt, kann aufgrund des schwer zugänglichen Zahlenmaterials nicht entschieden werden. Allerdings scheinen diese Angaben äußerst unwahrscheinlich zu sein.
3) Wörtlich (FEER, 22. 8. 75, S. 55): These undisclosed funds, or purchases made with them, are believed to amount to as much as 60 % of the official figure for India's entire Money suppley.
4) „Liberty . . . is not an absolute freedom"
5) Zwar ist die Unzufriedenheit größer denn je, kommt es in den letzten Jahren verstärkt zu Klassenkämpfen auf dem Lande, doch diese sind vorwiegend spontane Erhebungen, die ungeplant und nicht zielgerichtet sind, sondern den Charakter von emotionalen Revolten tragen. Daher brechen sie auch sehr oft und sehr schnell zusammen. Der Organisationsgrad und das Klassenbewußtsein sind zu niedrig.

Multinationale Konzerne

DIE NESTLÉ AG IST ENTLARVT



RÜCKZUG DER KLAGEPUNKTE

Der Ehrverletzungsprozeß der Nestlé A.G. gegen die Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern hat ein überraschendes Ende gefunden. Die Arbeitsgruppe hat im Mai 1974 eine Übersetzung der von der englischen Hilfsorganisation „war an want" herausgegebenen Studie „The Baby Killer" durch ein Vorwort ergänzt und mit dem provozierenden Titel „Nestlé tötet Babys" veröffentlicht. In dieser Studie wird der Zusammenhang zwischen dem durch massive Werbefeldzüge der Nahrungsmittelkonzerne verursachten starken Rückgang des Stillens, der Flaschennahrung und erhöhter Säuglingssterblichkeit bei den nicht gestillten Kindern in der Dritten Welt aufgezeigt.
Kurz nach Veröffentlichung hat Nestlé Klage gegen die Arbeitsgruppe erhoben; namentlich sind folgende Stellen als ehrverletzend erwähnt worden:

1. Der Titel „Nestlé tötet Babys."
2. Die Tätigkeit Nestlés und anderer Konzerne sei unethisch und unmoralisch.
3. Nestlé sei durch seine Verkaufspraktiken im Sektor Kindernahrung für den Tod oder die bleibende geistige und körperliche Schädigung tausender von Kindern verantwortlich.
4. Die Verkäuferinnen der Kindernahrung in Entwicklungsländern würden als Krankenschwestern getarnt.

Bis auf den ersten hat Nestlé zu Beginn der dritten und letzten Verhandlungsrunde vom 22.6. – 25.6.1976 alle Klagepunkte zurückgezogen, um einem Freispruch der angeklagten Arbeitsgruppe in diesen Punkten vorzubeugen. Zu belastend ist das Beweismaterial gegen Nestlé, das die Gruppe zusammengetragen hat. Nestlé hat auf diese Weise zugeben müssen, daß die Vorwürfe zutreffend sind.

Im Klagepunkt 1 wurden 11 Mitglieder der Arbeitsgruppe 3. Welt der üblen Nachrede für schuldig erklärt und zu Geldstrafen von je 300 Franken, Bezahlung der Rechtsanwaltskosten von Nestlé und eines Teils der Verfahrenskosten verurteilt. Ihnen wurde vorgeworfen, eine ehrverletztende Tatsachenbehauptung gemacht zu haben und bei der Erhebung solch schwerwiegender Vorwürfe nicht die nötige Sorgfalt geübt zu haben. Deshalb der Schuldspruch. Nestlé ist jedoch – wegen der zurückgezogenen Klagen, aber auch wegen Ermahnungen durch den Richter – die eigentliche Verliererin des Prozesses.
Die Arbeitsgruppe legte sofort nach Urteilsbegründung Berufung ein, kann sich aber bis zum Prozeßbeginn in der 2. Instanz noch zum Rückzug entscheiden.
Der folgende Artikel stellt die Auswirkungen der Flaschennahrung und Nestlés Werbemethoden in der Dritten Welt dar und geht auf den Prozeß-Verlauf und die Arbeitsmethoden der Berner Gruppe ein, die es als ihren Erfolg verbuchen kann, die Methoden eines multinationalen Konzerns einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht zu haben. Zudem wollen wir uns die Frage stellen, wie das für den Prozeß zusammengetragene Material für die weitere politische Arbeit genutzt werden kann.

A. KÜNSTLICHE SÄUGLINGSNAHRUNG FÜHRT ZU UNTERERNÄHRUNG, MAGEN-DARMERKRANKUNGEN UND ZUM TOD

Von der Werbung für künstliche Babynahrung, welche die Mütter vom Stillen wegbringt, bis zur Schädigung oder zum Tod von Säuglingen besteht eine lange, aber klar konstruierbare Kausalkette, die den Schluß rechtfertigt: die Konzerne töten Babies.
In den Verhältnissen, wie wir sie oft in den Ländern der Dritten Welt antreffen, führt Flaschenernährung zu Infektionen, Magen-Darmerkrankungen, Unterernährung und Tod. (zur Kindersterblichkeit durch veränderte Ernährungsgewohnheiten vgl. Kasten: Beispiel Chile)

Beispiel Chile

1969/70 wurden 1712 Mütter in 15 chilenischen Dörfern über ihre Ernährungsgewohnheiten und über das Schicksal ihrer in den letzten fünf Jahren geborenen Kinder befragt.

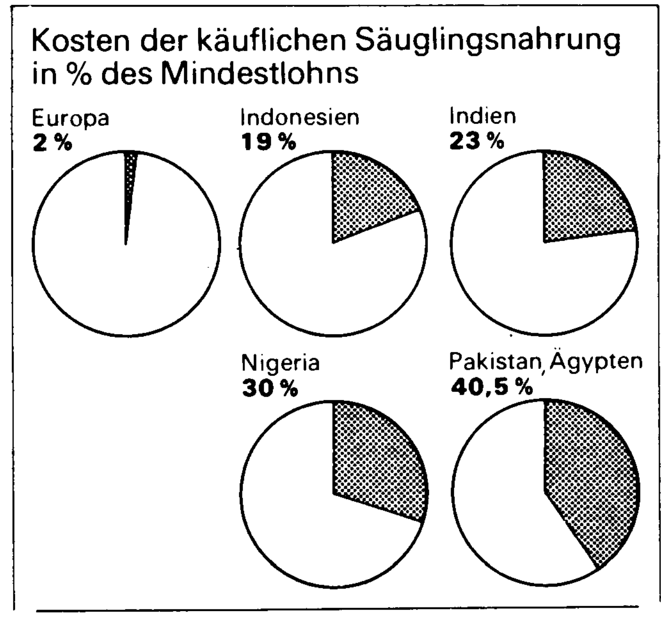
Für Kinder im Alter von 4 Wochen ergab sich folgendes Bild: (2)

Milchtyp	Anzahl der Kinder	Todesfälle im Alter von 4 Wochen bis 12 Monaten	
		Anzahl	in Promille
Stillen	1 231	36	29,2
Stillen plus Flasche	125	7	56,0
Flasche	215	13	60,5

Im Alter von 3 Monaten:

Milchtyp	Anzahl der Kinder	Todesfälle im Alter von 3 Monaten und 12 Monaten	
		Anzahl	in Promille
Stillen	798	11	13,8
Stillen plus Flasche	125	9	37,5
Flasche	413	16	38,7

Wirtschaftliche Faktoren
Die Ernährung eines Babies mit künstlichen Milchprodukten kostet z.B. in Nigeria 30 % des Minimallohns in der Stadt, wenn das Kind 3 Monate alt ist. Wenn es 6 Monate alt ist, erreichen die Kosten einen Anteil von 47 %. Dabei muß man berücksichtigen, daß der Minimallohn das ist, was die meisten verdienen (vgl. Kasten). So ergibt sich zwangsläufig, daß das Geld der Mutter nicht ausreicht, um genügend Trockenmilch zu kaufen. Der Mutter bleibt nichts anderes übrig, als die Milch zu strecken. So wird diese gefährlich verdünnt, es handelt sich oft nur noch um weiß gefärbtes Wasser. Oft kann die Mutter zu Beginn noch nicht überblicken, wieviel sie die „moderne" Nahrung kosten wird, denn sie hat ja erst mal einige Gratispackungen. Danach ist es ihr aber meist nicht mehr möglich, zum Stillen zurückzukehren, die Muttermilch ist versiegt. Hinzu kommt außerdem noch, daß es für die Mutter schwer ist, die Milch in der richtigen Konzentration zuzubereiten, da ihr das Verständnis und die Sorgfalt fehlt, die Mengen genau abzumessen. Die Folge ist eine verheerende Unterernährung der Kinder. Ein Arzt beschreibt das so: „Die Gewichtszunahme des Säuglings hört auf, und lang-



sam stellt sich ein Gewichtsverlust ein, bis das Kind schließlich einem runzligen alten Männlein gleicht, ein Zustand, den wir Marasmus nennen. Wenn die Unterernährung sich diesem Punkt nähert, wird das Kind mehr und mehr infektionsanfällig. . . . wir stehen einem Teufelskreis gegenüber, indem der unterernährte Säugling aufgrund der Infektionen, denen er ausgesetzt ist, zu Diarrhoe neigt, welche ihrerseits das normale Funktionieren des Magen-Darm-Traktes in schwerem Maße beeinträchtigt. Insgesamt verschlechtert sich also der Ernährungszustand" (Prof. Hendrickse, Tropenarzt).
Eine weitere Folge der Unterernährung sind Langzeitschäden am Gehirn. „Wissenschaftler an der Universität Manchester konnten zeigen, daß das junge menschliche Gehirn in den ersten beiden Lebensjahren besonders empfindlich auf Unterernährung reagiert (NZ-Panorama 9.11.74)

Hygienische Faktoren
Es fehlt jedoch nicht nur das Geld zur Beschaffung der Nahrung sondern die hygienischen Voraussetzungen, die für die Zubereitung der Flaschennahrung nötig wären, sind in den meisten Haushalten der Dritten Welt nicht gegeben. In der Hauptstadt Malawis haben z.B. 66 % aller Haushalte überhaupt keine Waschgelegenheit, 60 % haben keine gedeckte Küche. In den meisten Slums der Dritten Welt steht nur eine Wasserstelle für Hunderte von Menschen zur Verfügung. Aber auch dort wird Lactogen verkauft und verwendet.
Die wichtigste hygienische Voraussetzung ist die gründliche Reinigung der Flasche und des Saugers. Doch die Küchen sind einfach nicht darauf eingerichtet, daß die tiefen und enghalsigen Flaschen gereinigt werden. So kommt es häufig vor, daß sich ein Belag von alten Milchresten am Boden der Flasche und innen im Sauger bildet, was ein reicher Nährboden für Bakterien ist. Durch die tropische Hitze wird deren Vermehrung noch beschleunigt. Handelt es sich um Plastikflaschen, und das ist häufig, so wird die Oberfläche sehr schnell rauh und das Verkrusten geht noch schneller. Hinzu kommt, daß das zur Zubereitung verwendete Wasser oft auch noch verunreinigt ist. Eine holländische Ärztin berichtet aus Nigeria: „Im kleinen Dorf Ingangan sah ich z.B. an einem bestimmten Tag 10 von 36 Müttern mit Saugflaschen in ihren Taschen in der Klinik warten, das Innere der Saugnippel schwarz verkrustet." Die direkte Folge dieser Zustände sind die häufigen Magen-Darm-Erkrankungen der Säuglinge, die bis zum Tod führen können. Vor allem deshalb, weil sie normalerweise mit der oben geschilderten Unterernährung zusammengehen und die Kinder sehr infektionsanfällig sind. „Wir nennen diese Kombination von Marasmus (= Auszehrung), Gastroenteritis (= Magen-Darminfektion) und Mundschwamm das Lactogen-Syndrom" so Dr. R. Coles, ein Kinderarzt in Sierra Leone.

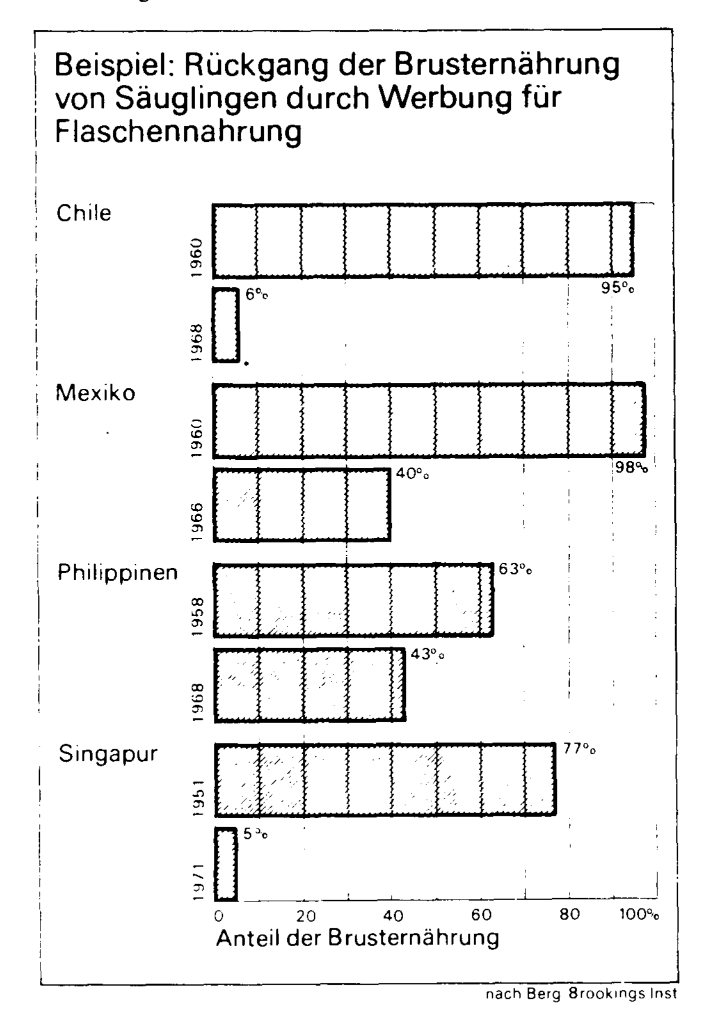


Saugflaschen-Werbung

Dem stehen die Vorteile der Brusternährung gegenüber
Muttermilch ist die ursprüngliche und angemessene Nahrung für den Säugling, sie benötigt weder Mischung, Erwärmung noch Sterilisation.

Muttermilch bietet Schutz gegen Infektionen
Das ist zurückzuführen auf die nicht vorhandene Verunreinigungsmöglichkeiten bei der Fütterung, aber auch auf die antiinfektiösen Eigenschaften (sekretorisches Immunoglobulin A, Lysozym, Laktoferrin etc.) dieser Milch.

Muttermilch hat einen reichen Gehalt an Nährstoffen
Im Unterschied zur Kuhmilch enthält die Muttermilch besonders viel Nährstoffe, die für das rasche Wachstum und die Entwicklung des zentralen Nervensystems und des Gehirns nötig sind.



nach Berg Brookings Inst

Muttermilch trägt zur Empfängnisverhütung bei
Die Milchproduktion beeinflußt den Hormonhaushalt der Mutter und hat so eine anovulatorische (den Eisprung verhindernde) Wirkung. Stillen ist kein absolut sicheres Verhütungsmittel, aber die Wahrscheinlichkeit einer erneuten Schwangerschaft wird herabgesetzt. Einen Einfluß auf die Kinderfolge hat das Stillen also sicher.

Muttermilch ist billig
Die Kosten der Milchpulverimporte für die Dritte Welt, die die Muttermilch ersetzen sollen, belaufen sich auf mindestens 750 Millionen Dollar. Für die einzelnen Familien stellt die künstliche Kindernahrung zudem eine hohe finanzielle Belastung dar.
Dabei sind die medizinischen Kosten, die für Flaschenkinder normalerweise 10mal größer sind als für brusternährte Kinder, noch nicht berücksichtigt.

Nestlé kennt die Zusammenhänge
Unter Tropenärzten sind diese Folgen der künstlichen Säuglingsernährung seit langem bekannt. Es gibt eine umfangreiche Fachliteratur zu diesem Thema seit mehr als 10 Jahren. Auch die großen internationalen Organisationen kennen das Problem schon jahrelang. Bereits in einem medizinischen Lehrbuch von 1966 wird auf den Zusammenhang von Flaschennahrung und infektiöser Diarrhoe sowie ernährungsbedingtem Marasmus eingegangen. 1965-1967 schlug die Gesundheitsgesellschaft von Nigeria eine Kampagne gegen die Flaschenernährung vor. Die Weltgesellschaft der Kinderärzte, die Weltgesundheitsorganisation, die Welternährungsorganisation sowie eine Fachkommission der UNO (UNPAG) warnen vor den Folgen und der aggressiven Werbung der Milchkonzerne. Am 23. Mai 1974 schlägt die 7. Versammlung der WHO in einer Resolution Maßnahmen gegen den Rückgang der Brustnahrung vor.



I am building up on Lactogen!
Modified and enriched powdered Milk, containing nine added Vitamins and Iron, prepared especially for infant feeding.
... one of the very fine products made by



the company that takes good care of millions of babies on five continents. Founded by Henry Nestle in 1866 at Vevey (Switzerland), Nestle employs today 86,000 people in over 220 factories and 650 administrative centres, sales branches and depots.

NESTLE — symbol of security and service the world over!

B. DIE WERBEKAMPAGNE NESTLES

Für den verhängnisvollen Rückgang des Stillens in den letzten 20 Jahren (siehe Kasten) sind hauptsächlich die Werbefeldzüge der großen Nahrungsmittelkonzerne verantwortlich zu machen. Der Anteil der Mütter, die berufstätig sind und ihre Kinder nicht zur Arbeit mitnehmen können, ist klein; diese Gruppe setzt sich zudem aus Angehörigen der Mittelschicht zusammen, die über die notwendigen Einrichtungen und Mittel verfügen, um künstliche Baby-Nahrung richtig anwenden zu können. Der Anteil der Mütter, die nicht stillen können, ist ebenfalls klein. Nestlé schätzt ihn auf ca. 5 %; Ärzte bezeichnen dies als das wahrscheinliche Maximum.

Inhalt der Werbung
Eine Werbung, die gesunde Kinder durch Lactogen verspricht, ist besonders angesichts der hohen Kindersterblich-

keit in der Dritten Welt wirkungsvoll. Die Werbung suggeriert die Hoffnung, einem Elend zu entgehen, das durch das angepriesene Produkt nur verschlimmert wird.

Den besten Aufschluß über den Inhalt der Werbung gibt eine Befragung von 500 Müttern in Ibadan, Nigeria. Von den 190, die sich an Lactogen-Werbung erinnerten, gaben 58 an, Lactogen gäbe den Babys Stärke, Energie und Kraft, bzw. stelle diese wieder her. Bedeutend weniger erinnerten sich an den Satz: „Es ist gut für Säuglinge, wenn die Mutterbrust zu wenig Milch gibt", und keine einzige hatte je gehört, daß Muttermilch besser sei als Lactogen! Auch die Nestlé-Werbung in Jamaica, Peru, Senegal, Kenia, St. Vincent (West-Indien) und der Schweiz, die von der Berner Arbeitsgruppe untersucht worden ist, enthielt nicht



den geringsten Hinweis auf die Überlegenheit der Muttermilch.

Zudem kann die massive Werbung für Brustmilchersatz sich negativ auf die mütterliche Milcherzeugung auswirken. Dazu der Spezialist der tropischen Kinderernährungskunde Prof. Jelliffe, den die Arbeitsgruppe als Zeugen gewinnen konnte: „Das Stillen (ist) für die Mütter eine Frage des Selbstvertrauens. Der Hinweis in der Werbung 'Wenn die Muttermilch fehlt oder ungenügend ist . . .' untergräbt das Selbstvertrauen. Als Folge tritt Angst auf und die Milchproduktion wird gestört." Daß die Brusternährung zurückgedrängt werden soll, gibt auch ein Verkaufsmanager von Nestlé, G. A. Fookes, zu, wenn er begründet, warum neben der Verteilung von Gratismustern auch die Direktwerbung eingeführt wurde: „Anläßlich einer Marktforschung fanden wir heraus, daß ungefähr 50 % der Mütter nicht die empfohlene Milch verwendeten. Viele von ihnen kehrten zur Muttermilchernährung zurück und dies war eine Rechtfertigung für Direktwerbung, weil man auf diese Weise die Mutter erreichte, wenn das Kind 4 – 5 Monate alt war und außerhalb des Einflusses des Arztes war."
Neben dem Versprechen gesunder Babys und der Entmutigung, zu Stillen, bedient sich die Werbung eines weiteren perfiden Mittels: Die Werbebilder zeigen westlich gekleidete Frauen, die Werbespots sind mit westlicher Musik unterlegt. Den armen Massen, die Lactogen kaufen sollen, wird suggeriert, durch eine Saugflasche am „Fortschritt" der städtischen Mittel- und Oberschichten teilnehmen zu können. Die Saugflasche wird für sie zum Symbol der Teilnahme.

Radiowerbung: Die Unterschicht als Zielgruppe
Den bei weitem wichtigsten Bereich der Medienwerbung stellt das Radio dar. Mit diesem Medium erreicht man auch die unteren Schichten, also diejenigen, bei denen künstliche Baby-Nahrung die verhängnisvollsten Folgen hat. Die Werbespots werden zudem außer in Englisch und Französisch auch in zahlreichen afrikanischen Sprachen und Dialekten ausgestrahlt, um ihre Wirkung bei den unteren Schichten zu vergrößern.

Die Radiowerbung ist massiv. In Kenia, wo die Werbung für Baby-Nahrungsmittel genauer untersucht wurde, machte die Werbung für Lactogen 1973 über 11 % der Werbezeit im suaheli-sprachigen Radio aus. In der gleichen Zeit wurde in der Presse, dem Medium der Mittel- und Oberschicht, nicht geworben; Zielgruppe der Werbekampagne war also eindeutig die Unterschicht.
Im August 1974, also zu einer Zeit, als die Folgen dieser Werbekampagnen bereits in der europäischen Öffentlichkeit diskutiert wurden, sind im Rundfunk von Sierra Leone 345 Werbesendungen allein für Nestlé-Baby-Nahrung gesendet worden; im Jahresdurchschnitt ergaben sich etwa 5 Werbesendungen täglich für Lactogen.
Diese massive Werbung birgt eine weitere Gefahr: Sie stellt eine wesentliche, wenn nicht die hauptsächliche Einnahmequelle der nationalen Rundfunkgesellschaften dar. Prof. Jelliffe hat während seiner Tätigkeit in Uganda große Schwierigkeiten gehabt, im Rundfunkt eine Aufklärungskampagne über Brustmilchersatz zu starten. „Aus der Reaktion der Massenmedien merkte ich, daß die Einnahmen aus der Industriewerbung bei Radio und Fernsehen eine Haupteinnahmequelle waren. Ich hatte große Mühe, mit meiner Botschaft anzukommen." (aus der Aussage vor dem Berner Gericht)

Milchschwestern und Werbung in Spitälern
Ein besonders heimtückisches Werbemittel sind die sog. „Milchschwestern". Mit großzügigen Lohnangeboten werden qualifizierte Krankenschwestern aus dem ohnehin knappen Bestand an Fachkräften abgeworben und zur Förderung des Lactogen-Verkaufs eingesetzt. Stellenweise werden auch medizinisch unqualifizierte Verkäuferinnen einfach in Schwestern-Uniformen gesteckt. Die Wirkung ist durchschlagend: „95 % der Mütter, die Brust- und Flaschennahrung kombinieren, sind der Meinung, diese Ratschläge seien ihnen von medizinischem Personal, besonders Hebammen und Krankenschwestern, gegeben worden. Vertreter von Milchfirmen, die über Ernährung sprechen, scheinen für Spitalpersonal gehalten zu werden." (Infant Feeding and Health in Ibadan, Social Policy Research 1973) Mit dem Rückzug des diesbezüglichen Klagepunktes hat Nestlé auch diese Werbepraktik vor dem Berner Gericht zugeben müssen.
Wesentliches Arbeitsgebiet der Milchschwestern sind die Krankenhäuser und Entbindungsheime, die überflutet sind von Werbematerial für Flaschennahrung. Dort werden den Müttem Gratisproben und oft auch kostenlos eine Saugflasche zur Verfügung gestellt. Dazu der tansanische Arzt Dr. Maletnlema: „Das ist die beste Art, vom Stillen zu entmutigen und die Saugflasche zu verbreiten. Die Fabrikanten wissen, wo sie uns packen können." (Sunday News Tanzania, 8.12.1974).
Unterbricht die Mutter das Stillen aufgrund der kostenlosen einen Packung und Flasche, so ist sie auch zukünftig auf Flaschennahrung angewiesen, da die Milchproduktion nach der Unterbrechung des Stillens versiegt.
Auch der Geldmangel der Krankenhäuser wird von Nestlé ausgenutzt: Sie stellen den Krankenhäusern kostenlos Hilfsmittel wie etwa Gewichtskarten zur Verfügung, die dann mit Werbung für Baby-Nahrung versehen sind. Auch das muß den Eindruck bei den Müttern verstärken, die Flaschenernährung werde ihnen von den Medizinern empfohlen. Gegenüber den Ärzten besteht die Werbestrategie in der Behauptung, die Auswirkungen könnten durch den Einsatz bestimmter Milchmarken (natürlich von Nestlé) verhindert werden. Dadurch sollen die Ursachen der in der Fachliteratur bereits als „Lactogen-Syndrom" bezeichne-

ten Kinderkrankheit beschönigt werden.
Die Werbekampagne lief auch auf Hochtouren weiter, als die Folgen bereits weithin diskutiert wurden. Nur dort, wo die Regierungen der Länder in der Dritten Welt Druck auf Nestlé selbst ausgeübt oder gesetzliche Maßnahmen ergriffen haben, ist die Werbung geändert worden. Der Profit ist auch dann oberste Richtschnur, wenn bereits erwiesen ist, daß man für ihn über Leichen gehen muß.

C. KÜNSTLICHE BABYMILCH – EIN BEISPIEL FÜR UNANGEPASSTE TECHNOLOGIE

Die zunehmende Verbreitung von künstlicher Babynahrung in der Dritten Welt ist ein typisches Beispiel für die Übertragung westlicher Verhaltensweisen, Techniken und Konsummuster. Die Technologien wie auch die Produkte werden für unsere Verhältnisse entwickelt und dann ungeachtet der dortigen Anforderungen in die Dritte Welt exportiert. Auf dadurch entstehende Schäden wird keine Rücksicht genommen, solange sich die Dinge gut verkaufen lassen und Profite abwerfen.
Hinzu kommt, daß die Entwicklungsländer für diesen „Segen" aus dem Westen Unsummen aufbringen müssen. So ist Lactogen „die teuerste industriell verarbeitete Nahrung per Proteineinheit" (S.K. Reddy, West Indian Medical Journal 20, 1971, S. 198).

Die angepaßte Technologie wäre: Stillen plus einheimische Entwöhnungsnahrung

Auf die Brusternährung wurde weiter oben schon eingegangen, deshalb hier nur noch einige Bemerkungen zur einheimischen Entwöhnungsnahrung:



Trockenmilch - Werbung

Anstatt das Kind nach der Stillzeit mit Pulvermilch weiterzuernähren und dafür 25 % des Minimaleinkommens auszugeben, gäbe es auch die Möglichkeit hausgemachte Babynahrung zu verwenden, die für die Bauern oft kostenlos wäre oder nicht mehr als 3 % des Minimaleinkommens ausmachen würde. Eine traditionelle Babynahrung aus einer Mischung von Getreiden und Gemüsen wäre sowohl leichter

EINIGE ANGABEN ÜBER NESTLE

Nestlé Alimentana ist der zweitgrößte Nahrungsmittelkonzern der Welt und der multinationalste Konzern überhaupt (d.h. geographisch am breitesten gestreut).

Nestlé hat in der ganzen Welt 297 Fabriken (1972), davon 81 in 28 Entwicklungsländern. Dazu in der ganzen Welt 100 Verwaltungszentren und 697 Verkaufszentren.
Nur 7000 von 127.000 Konzernbeschäftigten sind in der Schweiz tätig.
Mit 16,4 Milliarden Franken Umsatz (1973)
- ist Nestlé der größte und mächtigste Schweizer Konzern
- ist Nestlés Verkaufsziffer viel höher als der Rechnungsabschluß der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Bundesfinanzrechnung 1973: 11,6 Mrd. Fr.)
- hat Nestlé einen höheren Umsatz als das nationale Bruttosozialprodukt von 51 der 53 afrikanischen Entwicklungsländer. Die Finanzmacht des Konzerns ist also größer als die von Einzelländern in der Dritten Welt.

Es ist mühsam und schwierig, genaue Angaben über Konzernstruktur, Beteiligungen, Marktanteile und Gewinne zu bekommen, da Nestlé nicht gerade besonders informationsfreudig ist. Business Week wußte 1973 zu berichten, daß der Konzern wegen seiner Verschwiegenheit an den großen amerikanischen und englischen Börsen wie New York und London nicht zugelassen werden könne.

Dem Außenseiter ist kaum klar, was alles für Firmen zum Nestlé-Konzern gehören. Nestlé-Produkte sind unter den verschiedensten Marken anzutreffen. Die wichtigsten davon sind:
- Nescafé, Nescoré, Taster's Choice, Incarom und Nestea: sofortlöslicher Kaffee und Tee
- Nesquik, Quik, Milo, Nestomalt, Tonimalt und Nescao: Kraftgetränke auf Kakao und Malzbasis.
- Nestlé, Peter, Cailler, Kohler, Sarotti und Dish: Schokolade und Confiseriewaren
- Maggi, Crosse & Blackwell, Thomi & Franck, Findus, Frisco Findus Libby und Stouffer: Produkte für die Küche, Fertigmahlzeiten, Tiefkühlprodukte
- Guigoz, Pelargon, Lactogen, Eledon, Nan, Cerelac, Nestum, Babex, Nidina, Nativa, Beba, Nestogen und Alete: diätische Produkte.
- Milchmädchen, Ideal, Nido, Bärenmarke, Montblanc, Sweetheart, Flair, Fruit Float, Gerber, Chambourcy und Locatelli: Milchprodukte und Desserterzeugnisse.

Besonders stark ist Nestlé in Europa. Auf einigen Märkten besitzt sie Monopole. So hat sie zum Beispiel in der Schweiz beim sofort löslichen Kaffee einen Marktanteil von 75 – 80 %. Zusammen mit Unilever kontrolliert sie den europäischen Markt für Tiefkühlprodukte.

aus: Sagep, „Tötet Nestle Babies", Bern, März 1975, S. 37

erhältlich als auch sicherer im Gebrauch.
Vonnöten wäre also nicht die Übernahme eines westlichen Produktes, sondern vielmehr Vertrauen auf die eigene Kraft. Das kann jedoch nur geschafft werden, wenn auch das medizinische Personal in dieser Richtung ausgebildet ist. Aber: „in keiner medizinischen Fakultät Afrikas gibt es heute für die Studenten einen systematischen Lehrgang in Ernährungskunde". (Children in the Tropics 82, 1972). Was liegt da näher, als sich auf die Produkte verlassen, die aus den ohnehin als fortschrittlich betrachteten Industrieländern kommen. Inzwischen gibt es allerdings schon Kliniken, in denen sowohl das Stillen propagiert wird als auch eine genaue Anleitung zur Selbsthilfe mit landeseigenen Produkten erfolgt.

D. GEGENMASSNAHMEN IN DER DRITTEN WELT

Guinea-Bissau: Rezeptpflicht für Babymilch und Saugflaschen. In der Zeitung „No Pintcha" wurde am 15.4.76 folgendes Rundschreiben des Staatsministeriums für Gesundheits- und Sozialwesen veröffentlicht:

„Angesichts der hohen Kindersterblichkeit wegen Diarrhoen, die vom Gebrauch und Mißbrauch von Saugflaschen herrühren, welche mangels Kenntnissen falsch zubereitet werden, hat das Staatsministerium für Gesundheits- und Sozialwesen folgendes angeordnet:
1.) Der Verkauf von Säuglingsmilch darf ausschließlich in Apotheken erfolgen und nur gegen ärztliches Rezept. Verordnung und Name des Arztes müssen gut lesbar sein.

2.) Die gleiche Formalität wird auch beim Verkauf von Saugflaschen AUS GLAS verlangt – der Verkauf von Plastiksaugflaschen ist verboten, weil diese eine geringere Garantie für korrekte Sterilisierung bieten.

Es wird an die gesamte Bevölkerung appelliert, ohne Ausnahme an der Durchführung dieser Verordnung teilzunehmen, hinter der das Interesse steht, unsere Kleinkinder zu schützen."

Papua Neu Guinea: Die Regierung duldet keine Werbung für Saugflaschen. Alle, die im Gesundheitswesen arbeiten, werden aufgefordert, jeden Laden nach solchen Reklamen abzusuchen.

West-Indische Inseln: Zutrittsverbot zu staatlichen Grundstücken (Schulen, Krankenhäuser) für kommerzielle Milchschwestern; größere Betonung des Stillens in Kursen für Krankenschwestern und Ärzte sowie in Kalendern, die die Nestlewerbung in den Kliniken ersetzen sollen.

Niger: Es sind keine Vorführungen oder Werbung für Flaschenernährungstechniken in Mutter-Kind-Gesundheitszentren erlaubt.

Tansania: Die Regierung hat einen Radio-Werbespot für Lactogen verboten.

Teilweise wurden diese Maßnahmen schon vor der Veröffentlichung der Broschüre „Nestlé tötet Babies" getroffen; zum Teil sind sie aber auch Ergebnis der Öffentlichkeitsarbeit der Schweizer Gruppen. Erst durch das große Echo, das die Problematik in der Weltpresse fand, gelang es Ärzten in der Dritten Welt, von der rein medizinischen Betrachtungsweise abzukommen und die Sache politisch anzupacken. Sie übten Druck auf Regierung und Radioanstalten aus, um so die Werbung der Konzerne einzudämmen. (Beispiel: der Brief eines kenianischen Arztes an das kenianische Gesundheitsministerium, in dem er konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Werbung macht.) Aber nicht nur die einheimischen Ärzte gehen diese Sache an, sondern auch die internationalen Organisationen geben Resolutionen und Empfehlungen heraus.
Beispiele: Resolution der WHO Mai 1974; Empfehlungen der internationalen Kinderärztevereinigungen, Montreux, August 1975; Richtlinien der UNPAG.
Allerdings sollte man sich hüten, diese Erfolge zu optimistisch einzuschätzen, da die großen Nahrungsmittel-Konzerne sicher nicht so schnell auf ihren Profit verzichten, sondern raffiniertere Methoden anwenden werden als bisher, um sich Märkte zu schaffen.



Nach alter Tradition wird dem Verstorbenen von seinen Angehörigen das Wertvollste, das es besaß, auf das Grab gelegt . . .

E. DIE ARBEIT DER SAFEP (SCHWEIZERISCHE ARBEITSGRUPPEN FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK)

Herausgefordert durch die Anklage Nestlés mußte die Arbeitsgruppe alles daran setzen, ihre Behauptungen zu belegen. Nur durch äußerst gründliche Recherchen konnte sie vor Gericht bestehen.

Gewinnung von Zeugen: mit Hilfe von Briefen und eigenen Reisen konnte die Ag3W namhafte Spezialisten für Kinderheilkunde und Ernährungslehre aus aller Welt als Zeugen gewinnen:
Prof. D. B. Jellife, Professor für Kinderheilkunde und Ernährungslehre in Los Angeles (früher in Kalkutta, Kampala und Jamaica)

Dr. T. N. Maletnlema, Direktor des Tansanian Food and Nutrition Center, Daressalam

Prof. Dr. H. A. P. C. Oomen, Professor für tropische Ernährungslehre und Alt-Direktor des königlichen Tropeninstituts in Amsterdam

Vorlage eines umfangreichen Dossiers
Im Gegensatz zu Nestlé, die außer selbst-fabrizierten keine wissenschaftlichen Untersuchungen vorlegen konnte und sich so vor allem auf Dankesschreiben für Kindermilch-Gratismuster stützen mußte, sowie auf zensierte Ärztestimmen (die belastenden wurden einfach ausgelassen), gelang es der Arbeitsgruppe, dem Gericht ein umfangreiches Dossier von ca. 1000 Seiten mit wissenschaftlichen Untersuchungen, Materialien über Nestlés Werbemethoden (Plakate, Tonbandaufnahmen von Radiowerbungen, Statistiken, Marktforschungsergebnisse etc) so-

wie eine Reihe Briefe von Ärzten aus der ganzen Welt zu unterbreiten.

Pressearbeit
Neben der sehr gründlichen Recherchenarbeit leistete die Arbeitsgruppe hervorragende Arbeit an der „informationspolitischen Front". Durch die Herausgabe von sogenannten „Presserohstoffen" wurden Journalisten, Radio- und Fernsehleute, Aktionsgruppen und alle Interessierten auf dem Laufenden gehalten. Aber nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt, besonders in den betroffenen Ländern selbst, sollte eine breite Öffentlichkeit erreicht werden, deshalb erschienen die Materialien immer in 5 Sprachen und gingen an ca. 200 Adressen im spanischsprachigen sowie 400 im englischsprachigen Raum. Eine internationale Zusammenarbeit sollte nicht nur Strategie der Multis sein, sondern auch deren Kritiker sollten sich weltweit organisieren.

Einschätzung der Arbeit
Zwei Ziele hatte die Arbeitsgruppe. Sie wollte zum einen eine Änderung der für so viele Babies tödlichen Werbestrategie von Nestlé erreichen; zum andern aber auch die Praktiken der multinationalen Konzerne allgemein aufzeigen. Ihr ist es gelungen, an einem konkreten Beispiel darzustellen, daß solche Unternehmen für ihren Profit auch über Leichen gehen. Wo sonst oft nur theoretisiert oder global angeprangert wird, liefern die exakten Recherchen der Arbeitsgruppe genügend Stoff, um Aussagen wie „kapitalistische Unternehmen orientieren sich nur am Profit" inhaltlich zu füllen. Ihr Erfolg ist es aber auch, zur Entwicklung von Gegenmaßnahmen in der Dritten Welt beigetragen und eine große Publizität für ein normalerweise als nicht sehr hautnah empfundenes Dritte-Welt-Thema erreicht zu haben.

F. NESTLES STRATEGIE: DROHUNG UND DIFFAMIERUNG

Nur durch die genaue Ermittlung weiteren Beweismaterials, der Gewinnung namhafter Zeugen und der Schaffung einer breiten Öffentlichkeit ist es der Arbeitsgruppe Dritte Welt möglich gewesen, die von Nestlé mit dem Prozeß verbundene Strategie zu unterlaufen.
Diese Strategie sieht folgendermaßen aus:

1) Klage und Vergleichsangebot:
Kurz nach Erscheinen der Broschüre „Nestlé tötet Babies" erhob Nestlé Klage wegen Ehrverletzung; an einem Prozeß, der die Berechtigung der Vorwürfe prüfen sollte, war Nestlé jedoch nicht interessiert. Sie hoffte, durch ein Vergleichsangebot, das der Arbeitsgruppe die Rücknahme aller Anschuldigungen, die Veröffentlichung des Dementis in vielen Tageszeitungen sowie die Hinterlegung einer „Friedens"-Bürgschaft von 100.000 Schweizer Franken auferlegte, die Kritiker mundtot zu machen.

2) Nestlé will den Wahrheitsbeweis verhindern:
Nachdem die Arbeitsgruppe das Vergleichsangebot abgelehnt hatte, wollte Nestlé eine Nachprüfung der Anschuldigungen vor Gericht verhindern. Ihre Geschäftstätigkeit sei, so ihre Argumentation, eine rein private Angelegenheit, ein öffentliches Interesse an einer Nachprüfung bestände nicht und somit müsse eine diesbezügliche Beleidigung (ähnlich einer Wirtshausbeleidigung) ohne Nachprüfung des Sachverhalts geahndet werden.

3) Diffamierung:
Was Multi-Vertreter als Teil einer allgemeinen Strategie gegen Kritiker ausgearbeitet haben (siehe Kasten), wurde auch hier angewendet: die Kritiker wurden als inkompetent diffamiert und ihnen wurde zweifelhafte Motive unterstellt, um sie so in der Öffentlichkeit zu isolieren. So Verwaltungsratspräsident P. Liotard-Vogt: „Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, was Maoismus, Dummheit, Ahnungslosigkeit oder auch Eifersucht von Versagern gegenüber jenen, die etwas geleistet haben, hervorbringen können."

4) Druck auf die Medien:
Nestlé erhob Klage gegen zwei Zeitungen, die Zusammenfassungen der Studie brachten, um somit eine weitere Verbreitung der Information zu verhindern. Der Druck auf die Schweizer Fernsehgesellschaft war so groß, daß sie erst, nachdem mehrere Berichte im ausländischen Fernsehen gesendet worden waren, darüber berichten konnte.
Auch offensichtliche Falschmeldungen wurden von Nestlé verbreitet: So behaupteten sie zeitweise im Ausland, die Arbeitsgruppe sei den Vergleich eingegangen, um damit eine weitere Auseinandersetzung zu verhindern.

STRATEGIE GEGEN KRITIKER

Die folgenden Punkte einer Strategie gegen Kritiker wurde auf einem Symposium „Multinationals in Confrontation" im September 1975 erarbeitet. Die Teilnahmegebühr betrug 850 sFr. Es war nicht öffentlich. Journalisten konnten nur teilnehmen, wenn sie die volle Gebühr bezahlten. Die Schweizer Gruppen brachten das Geld auf und schickten einen Journalisten. Anwesend waren 250 Public-Relation- und Werbechefs und andere Top-Manager.

1. Der Kritiker wird als **Systemgegner** bezeichnet und somit als Gesprächspartner diskreditiert.
2. Dem Kritiker werden **zweifelhafte Motive** unterschoben:
ideologische oder nationalistische Vorurteile, Neid, Dummheit, Unwissenheit und Unerfahrenheit. Er wird dadurch als Gesprächspartner ebenfalls diskreditiert.
3. Wenn die Kritik sich nur auf Indizien stützt oder global ist: „Veweis" des Gegenteils anhand von **Einzelbeispielen**, (z.B. Beschreibung eines Einzelprojekts).
4. Wenn die Kritik unbestreibar ist (z.B. ITT in Chile): Es wird **betont**, daß es sich um **einen Einzelfall** handelt, der zudem noch geahndet wird.
5. In allen Fällen müsse in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die **Verteidigung der freien Marktwirtschaft im Interesse aller sei.** Deshalb müsse man, vor allem in den Massenmedien, aufzeigen, daß Kritik an den Multinationalen grundsätzlich Kritik an der freien Marktwirtschaft sei, und daß dahinter die Feinde der freien Welt stünden, deren Weltbild sich auf den Marxismus stütze.

Einzelne Teilnehmer schlugen vor, man solle zuerst zuvorkommend das Gespräch anbieten und den leider oft nicht genügend informierten Kritiker mit ausgewählten Einzelbeispielen „aufklären".

5) Moralkodex als Flucht nach vorn:
Mit einem in verdächtiger Eile zwei Tage vor Prozeßbeginn veröffentlichten „Moralkodex" zu den Werbemethoden für Babynahrungsmittel sollten potentielle Kritiker besänftigt werden und sollte legislativen Maßnahmen in der Dritten Welt zuvorgekommen werden. Dieser „Moralkodex" erging sich in allgemeinen Sprüchen und sah keinerlei Kontrolle für seine Einhaltung vor. Selbst ein Nestlé-Manager gab zu, daß dieser Kodex zu keiner Änderung der Werbemethoden des Konzerns führen würde. Trotz seiner Allgemeinheit wurde der Kodex in der Presse meist positiv aufgenommen und als Änderung des von der Arbeitsgruppe aufgedeckten „Mißstandes" dargestellt.

G. WIE KANN MAN DAS BREITE ECHO IN DER WEITEREN POLITISCHEN ARBEIT NUTZEN?

Nestlé hat sich mit der Politik der Informationsunterdrückung verkalkuliert. Sie hat weder mit der Standhaftigkeit der Gruppe, noch mit der Schwere des Beweismaterials, noch mit dem breiten Echo in den Medien (ca. 2 000 Presseartikel, 20 Fernsehsendungen) gerechnet. Das breite Echo ist im wesentlichen Nestlés Verdienst. Erst durch ihre Klage wurden die Folgen der Flaschennahrung eine Information, die „verkauft" werden konnte. Hierzu aus dem Plädoyer des Anwaltes der Berner Arbeitsgruppe:
„So haben weder Resolutionen und Appelle lokaler Ärztegesellschaften in den späten 60er Jahren, noch die Diskussion in Fachzeitschriften, noch die seit 1970 im Rahmen der UNO geführten Diskussionen zwischen internationalen Experten und der Kindernahrungsmittelindustrie zu einer Änderung der Nestlé-Praxis zu führen vermocht.
Das einzig Positive, was die Firma Nestlé im Hinblick auf die Kontrolle ihrer eigenen Tätigkeit unternahm, war die Anstrengung dieses Ehrverletzungsprozesses, welcher eine weitere Öffentlichkeit auf die Verhaltensweise in der Dritten Welt aufmerksam macht."

In der Reaktion der Presse auf den „Moralkodex" kündigt sich die Gefahr an, die in den Medien stets dann auftritt, wenn an einem Fall die Folgen des kapitalistischen Wirtschafts-Systems offensichtlich werden. Die durch die Flaschennahrung erhöhte Kindersterblichkeit wird nicht als Ergebnis des mit allen Mitteln geführten Konkurrenzkampfes der Konzerne um den Markt in der Dritten Welt gesehen, sondern erscheint als sicher bedauerlicher Einzelfall, den es möglichst rasch zu ändern gelte. Die Multi-Vertreter haben selber auf einer Tagung zur Entwicklung einer Strategie gegen Kritiker als wesentlichen Punkt aufgeführt: „Wenn die Kritik unbestreitbar ist: Es wird betont, daß es sich um einen Einzelfall handelt, der zudem noch geahndet wird." (siehe Kasten) Der Presse reichen oft schon die Auswechslung einiger Personen, die Verfassung eines Moralkodex oder einige kleine Änderungen, um damit den einzelnen Mißstand als behoben darzustellen. Der aktuelle Aufhänger ist bald verflogen, die Information bald nicht mehr verkäuflich, Kontrolle, ob wirklich langfristig Veränderungen eintreten, wird von der Presse nicht geleistet.
Demgegenüber muß eine kritische Bewußtseinsarbeit, auch wenn sie dies nicht in annähernd der Breite wie die kommerzielle Presse tun kann, herausarbeiten, daß es sich hier nicht um ein bedauerliches Mißgeschick in einem an sich gesunden System handelt. Anhand der systematischen Werbekampagnen, der jahrelangen Ignorierung aller Warnungen von Wissenschaftlern und internationalen Organisationen, dem jahrelangen Verschweigen der Opfer dieser Absatzpolitik und dem Konkurrenzkampf zwischen mehreren Nahrungsmittelkonzernen kann deutlich gemacht werden, daß die erhöhte Kindersterblichkeitsrate die direkte Folge eines Wirtschaftssystems ist, das den Profit zum Motor hat, einen Profit, der über Leichen geht. Das von der Berner Arbeitsgruppe recherchierte Material zeigt dies an einem Beispiel, das den Erfahrungsbereich fast aller Menschen tangiert.



„Wirklich schade, daß die nicht lange genug leben, um unseren „Sofort-Kaffee" genießen zu können!"

Der Nestlé-Prozeß, die Herausgabe und Verschickung von Presserohstoffen und die Recherchenarbeit ect. haben ca. 60.000 Sfr gekostet. Damit diese enormen Kosten gedeckt werden können, bitten wir um Spenden.
Überweisungen bitte auf unser Konto (Technische Hilfe) unter dem Stichwort „Nestlé" (Postscheckkonto Karlsruhe 11500-754) oder direkt auf das Prozeßkonto der Arbeitsgruppe Dritte Welt: Bern, PC-11163.

Weitéres Informationsmaterial zu Nestle:
„blätter des iz3w", Nr. 40 und Nr. 50
„Flaschenpost", Zeitung der Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern, insbesondere „Presserohstoff", Nr. 1–4.
Zu beziehen über: Arbeitsgruppe Dritte Welt Bern. Postfach 1007, 3001 Bern. Dort demnächst auch eine umfangreiche Broschüre.

gc \ hiwe

Rezension

Rius: Kuba für Anfänger, Ein illustrierter Führer durch das sozialistische Kuba, Berlin 1976, 154 S., 5,– DM Bezugsquelle: Buchhandel oder: Freundschaftsgesellschaft Westberlin-Kuba, Alwenslebenstr. 4, 1000 Berlin 30

Dieses Buch beschreibt die Geschichte Kubas. Dabei wird eingegangen auf die Entdeckung durch Kolumbus, die spanische Kolonialzeit, die Unabhängigkeitskriege, den Status Kubas als Quasi-Kolonie der USA, sowie (und das recht ausführlich) auf die sozialistische Revolution. Das Auffallendste an diesem Buch sind die überaus zahlreichen Karikaturen, die dem Buch fast den Charakter eines Comic geben und es zu einer leicht lesbaren und trotzdem nicht oberflächlichen Lektüre machen.
Die hier vorliegende Übersetzung des ursprünglich mexikanischen Buches ist nicht ganz zufriedenstellend: Sachverhalte, die Mexikanern wohl ohne Erklärung verständlich sind, deutschen „Anfängern" aber nicht, hätten bei der Übersetzung erläutert werden sollen. Man wünscht sich, daß z.B. „Allianz für den Fortschritt" (S. 16), „Ford-Stiftung" (S. 16), sowie die Bedeutung Miamis (S. 99) in zusätzlichen Anmerkungen erklärt wird. Dann würden auch „Anfänger" alle Anspielungen dieses Buches verstehen können.

Kersting/Jansen/Otto: Indios im Andenhochland, Sekundarstufe 1 und 2, Misereor, Materialien für die Schule Nr. 3, Aachen 1976, 5,00 DM

Diese Unterrichtshilfe besteht aus folgenden Teilen:

1) Lehrerheft
Das Lehrerheft enthält:
- eine Sammlung von Texten als Hintergrundinformation für den Lehrer
- eine Darstellung möglicher Lernziele im Geographie-, Sozialkunde- und Religionsunterricht und deren Einordnung in bestehende Lehrpläne,
- einen Vorschlag für den Unterrichtsverlauf,
- Hinweise auf Filme und weiterführende Literatur

2) Schülerarbeitsblätter
Die 27 (Kopier)Vorlagen für Schülerarbeitsblätter enthalten Texte und Aufgaben zur Geographie, zur Situation der Indios und zu den geschichtlichen Ursachen der Unterentwicklung, sowie zu einigen Entwicklungsprojekten.

3) 20 Farbdias

4) Die UNICEF-Werbebroschüre „Das karge Leben auf dem Altiplano"

An dieser Unterrichtshilfe ist folgendes als positiv herauszustellen: Die Materialien sind variabel einsetzbar und ermöglichen daher eine flexible Unterrichtsgestaltung. Grundlage des Lernens ist die selbständige Schüler(gruppen)arbeit (Arbeitsblätter). Die Auswirkungen der Kolonialzeit auf die heutige Situation der Indios werden klar herausgearbeitet.
Unbefriedigend bleibt die am Ende der Einheit vorgesehene Befragung von Entwicklungshilfeprojekten: Hier sollen die Schüler an Hand von vorgegebenen Kriterien verschiedene Projekte von Misereor bzw. Brot für die Welt beurteilen. Letztere werden jeweils durch einen Text (1 Seite) vorgestellt. Die dort gegebene Information ist aber teilweise zu knapp, um eine Beurteilung des Projekts zu ermöglichen. So enthält z.B. die Beschreibung des Projekts Radioschulen (T 23) nur sehr allgemeine Angaben über die Inhalte der dabei ausgestrahlten Sendungen. Auch die langfristigen Ziele dieses Projekts werden kaum präzisiert. wawi

Albie Sachs, Hilda Bernstein
Die Gesetze der Apartheid Hrsg. Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), 1976, Preis 5,00 DM

Die Absicht der Autoren ist es, wie sie im Vorwort bemerken, das Problem der „juristischen Durchsetzung der Doktrin der Apartheid" darzustellen, das bisher in Deutschland nur in unzureichendem Maße bearbeitet worden sei.
Die politische Herrschaft der weißen Minderheit in Südafrika, so die Grundaussage, ist nur durch repressive Gesetzgebung, polizeistaatliche Methoden, Bespitzelung und Ausschaltung der Opposition des Landes aufrechtzuerhalten (S. 1). Dementsprechend werden in der Broschüre politische Prozesse geschildert, die Funktion der Gerichte aufgezeigt, die gewaltsame Behandlung der Angeklagten in den Gefängnissen und eigens dafür hergerichteten Lagern beschrieben.
Was in der Darstellung fehlt (oder stark vernachlässigt wird) ist:

1. Die Schilderung der Zustände, gegen die diese vor Gericht stehenden Personen anzugehen versuchten, d.h. die Schilderung der Zustände in dem Rassenstaat Südafrika, welche notwendig wäre, um die Maßnahmen gegen die Angeklagten verstehen zu können.
So beginnt z.B. die Beschreibung des Falles von Winnie Mandela (S. 10) am Ende ihres zweiten Prozesses, als sie nach 491 Tagen Haft zwar formell freigesprochen wurde, aber diese Freiheit nur sehr begrenzt wahrnehmen konnte. Es folgen nun die Schikanen der südafrikanischen Polizei.

Der Leser wird im Unklaren darüber gelassen, gegen welche Verhältnisse Winnie Mandela anzugehen versuchte. Es müssen schon spezielle Kenntnisse über die Grundlagen des südafrikanischen Rassen- und Klassenstaates beim Leser vorhanden sein, damit er die Schilderung der Prozesse, der einzelnen Fälle, in ihrem sozialen und politischen Zusammenhang sehen kann.

2. Es wird aus der Broschüre nicht ersichtlich, daß die Rassengesellschaft in Südafrika, die sich konkretisiert in der Apartheid-Politik, im Grunde eine Klassengesellschaft ist. Denn es wird nur auf das Phänomen der Apartheid eingegangen. Es hätte herausgearbeitet werden müssen, daß Apartheid als Instrument politischer Herrschaft fungiert und daß der Hauptkonflikt, gegen den die Widerstandskämpfer zu Felde ziehen, der Widerspruch zwischen privater Aneignung der Produktionsmittel durch die Weißen und der gesellschaftlichen Produktion des Reichtums durch die schwarze Bevölkerungsmehrheit ist.
Apartheid wird somit als Stabilisierung notwendig und ist im Grunde nur Ausfluß einer kapitalistischen Ordnung. Die Tendenz der Broschüre aber ist, Apartheid als das „Grundübel" aller Unterdrückung gegen die schwarze Mehrheit darzustellen, so daß der Eindruck erweckt werden könnte, daß schon mit deren Abschaffung die südafrikanische Gesellschaft eine humane sei.
Das drückt sich auch darin aus, daß den Widerstandskämpfern als Motivation unterstellt wird, sie wollten „die Apartheid in Frage gestellt" (S. 101) haben. Das stimmt natürlich im begrenztem Maße, aber diese Infragestellung ist eingebettet in die Kenntnis über den südafrikanischen Klassenstaat, der letztlich die Wurzel der Apartheid – Existenz ist.

Die Broschüre hat ihre Stärke in der Darstellung des Justizwesens. Von daher ist sie Leuten zu empfehlen, die sich speziell mit dem momentanen Rechtssystem Südafrikas auseinandersetzen wollen.
Eine darüberhinausreichende Analyse der Bedingungen, die zur Entstehung dieses Rechtssystems führten, wird nicht vorgenommen. hil

unctad-kampagne

KRITISCHER RÜCKBLICK AUF DIE UNCTADKAMPAGNE

UNCTAD IV ist vorbei und damit auch die unctad-Kampagne. Die peinlich negative Rolle der BRD-Delegation in Nairobi war für manche vermutlich eine bittere Enttäuschung, vielleicht ein Schock. Nicht nur aus diesem Anlaß und nicht nur im Rückblick, sondern auch im Ausblick auf die zukünftige entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit sollten wir die Kampagne zu UNCTAD IV einer kritischen Auswertung unterziehen.

Absicht der bisherigen unctad-Kampagnen war – wenn ich sie richtig verstanden habe –, im Blick auf ungerechte und entwicklungsfeindliche Welthandelsstrukturen soviel wie möglich Informationen zu verbreiten, um dadurch eine „kritische Öffentlichkeit" herzustellen, und gleichzeitig als „pressure group" auf die Bundesregierung Druck zugunsten der Entwicklungsländer auszuüben (vgl. Appell an die Bundesregierung vor und während der Nairobi-Konferenz). Das erste Ziel (Information) halte ich für richtig und wichtig, wobei allerdings genauer als bisher Inhalt und Ziel dieser Informationsarbeit bestimmt werden müßte. Das zweite Ziel (pressure group) halte ich für illusionär, wobei nicht „nur" Erfolglosigkeit, sondern auch die Bestärkung und Verbreitung illusionärer politischer Vorstellungen zum Ergebnis gehören. Die folgenden Kritikpunkte sollen das verdeutlichen.

1. Es ist viel, vielleicht sogar zuviel Information zu Welthandelsfragen verbreitet worden. **Das** unctad-Info war relativ gut gemacht; fast optimal im Hinblick auf die spröde Materie war das neue Bändchen von Strahm. Mit viel Mühe wurde versucht, komplizierte Details zu Handelsbehinderungen, Rohstoffhandel, Weltwährungssystem, dem „link" u.v.a.m. verständlich zu machen. Doch blieb das meiste im Technisch-Ökonomischen stecken, **die politisch-ökonomische Dimension wurde** trotz aller immanenten Kritik **nicht deutlich** genug. Wer sich – z.B. im Bereich der Ev. und Kath. Jugend – zum ersten Mal mit Dritte-Welt-Fragen befaßte, mußte den Eindruck gewinnen, das ganze Feld sei eine ungeheuer komplizierte Sache, eigentlich nur für Experten durchschaubar und lösbar. (Dies war sicher nicht die Absicht, vermutlich aber der Effekt der unctad-Kampagne. Zu Alternativen siehe unten Punkte 6 und 7).

2. Die ganze Kampagne, die ja nicht nur aus Anlaß von UNCTAD IV über Welthandel aufklären wollte, sondern im Hinblick auf diese Konferenz politische Wirkung erzielen wollte, baute auf der **Illusion** auf (und nährte sie zugleich), **politische Entscheidungen** in der Bundesrepublik seien **durch „öffentlichen Druck"** zu beeinflussen. Dies war nicht einmal bei der Mitbestimmungsgesetzgebung o.ä. innenpolitisch wichtigen Entscheidungen der Fall, bei denen ganz andere pressure groups am Werke waren, wie viel weniger bei dieser Konferenz fernab von der Wähler Interessen. Diese Kritik richtet sich nicht gegen die minimale Öffentlichkeitswirkung der unctad-Kampagne (selbst die Denkschrift der beiden Kirchen war nur innerkirchlich, und da nur für die Experten bedeutsam), sondern gegen ihre falsche Stoßrichtung. Denn selbst das Heulen einer tausendköpfigen Hundehorde kümmert den Mond nicht. Also sollte man auch nicht so tun, als ob der Mond zu bewegen wäre, wenn nur recht viele Hunde heulen.

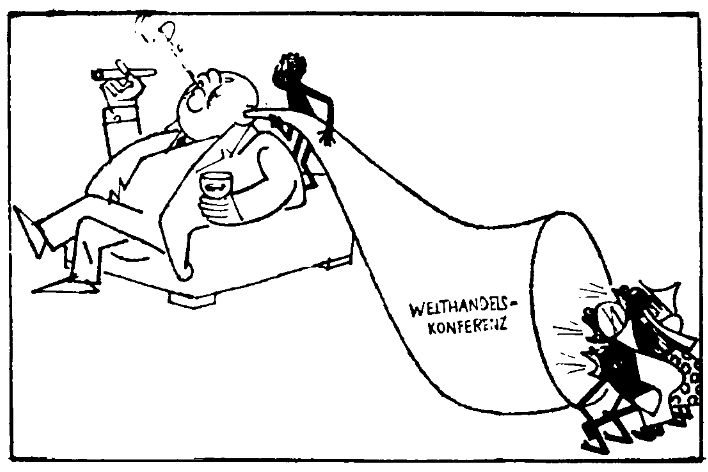
Bereits bei UNCTAD III war deutlich geworden, daß die Politik der Bundesrepublik bei diesen internationalen Entwicklungskonferenzen vom Wirtschaftsministerium und im Interesse „der deutschen Wirtschaft" gemacht wird. Seit dem Wechsel von Eppler zu Bahr ist außerdem deutlich geworden, daß auch das BMZ – trotz der guten Motivationen mancher seiner Mitarbeiter – grundsätzlich keine andere Politik betreibt bzw. betreiben kann. In den Bereichen der Illusionen gehören auch jene Personalisierungen, die Unterschiede zwischen Friedrichs und Bahr oder Bahr und Eppler völlig überbewerten und dadurch zu dem Eindruck führen, als ob bei anderer personeller Konstellation etwas anderes hätte herauskommen können.

3. Unüberhörbar auch in der unctad-Kampagne war **das Moralisieren**, als ob Entgegenkommen, Nachgeben, Verzicht-Üben dort etwas bewirken könnten, wo sehr massive Machtkämpfe ausgetragen werden. Aber nicht auf die im „Spiel" befindlichen Machtinteressen hat die unctad-Kampagne primär hingewiesen, sondern sie hat an Einsicht, Verantwortungsbewußtsein, Welt-Gerechtigkeitsgefühl der (wenigen) beteiligten Politiker appelliert. Hat man dadurch nicht der verschleiernden Illusion – die gerade bei jungen Christen ohnehin verbreitet ist – daß eine moralische Position in der Politik etwas ausrichten könne, Vorschub geleistet?

4. Eine weitere **Illusion**, die wir nicht weiter verbreiten dürfen, ist, **daß bei diesen internationalen Konferenzen** irgendetwas **Entscheidendes** zugunsten der Entwicklungsländer **geändert werden könne**. Eine Neue Weltwirtschaftsordnung – das jüngste entwicklungspolitische Modethema – kann eben nicht herbeigeredet und nicht herbeibeschlossen werden. Diese Konferenzen einschließlich der UN-Generalversammlung haben keinerlei Durchführungsmacht für ihre Beschlüsse und können schon gar nicht den mächtigen Industrienationen irgendetwas aufzwingen.
Eine Neue Weltwirtschaftsordnung wird es nur dadurch geben, daß mehr und mehr Länder in einem Akt der Selbstbefreiung auch die neokolonialen Abhängigkeiten durchbrechen, ihre eigenen Wege gehen und ihre Reichtümer in eigene Regie nehmen. Eine so wirkungsvolle Kartellbildung wie beim Erdöl ist kaum bei einem anderen Rohstoff zu erwarten. Aber Verstaatlichungen ausländischer Investitionen werden überall dort zur Selbstverständlichkeit werden, wo sozialistisch orientierte Regierungen die Macht übernehmen – und das geschieht in immer mehr Ländern. Andererseits werden die Konzerne noch „deren" Regierungen dies einfach hinnehmen. Der Fall Chiles war weder ein erster, noch ein letzter Fall internationaler Einmischung in die Entwicklung eines Landes. Ja, im südlichen Afrika und in Lateinamerika kann es in nächster Zeit zu Bürgerkriegen mit internationalen Interventionen (auch der BRD) kommen. Dabei und (leider) nicht bei den großen internationalen Konferenzen werden einschneidende Entscheidungen zugunsten oder zuungunsten der Völker fallen (siehe Indochina, Guinea-Bissao, Mosambik, Angola bzw. Bolivien, Chile, Argentinien). Von diesen Verhältnissen – ob sie uns gefallen oder nicht – muß unsere entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ausgehen und nicht von unserem Wunschdenken hinsichtlich möglicher Verhandlungslösungen.

5. **In diesen** Zusammenhang gehört das falsche Bild, zu de-

ssen Verbreitung die unctad-Kampagne indirekt und direkt beitrug, als ob die Regierungen der Entwicklungsländer alle



in einem Boot säßen. Im unctad-info Nr. 6 wird auf S. 2 im Bericht aus Nairobi angedeutet, daß die Dritte-Welt-Aktionsgruppen keineswegs in allen Dritte-Welt-Politikern Verbündete erkennen konnten. **Viele dieser Regierungen sind Bündnispartner der Regierungen der Industrieländer,** ja deren Brükkenköpfe in ihrem Land. Sie vertreten keineswegs die Interessen der Völker der Dritten Welt. (Wir werden in Zukunft wohl genauer bestimmen müssen, mit wem in der Dritten Welt wir solidarisch sein wollen. (Vgl. unten Punkt 7)

Schlußfolgerungen:
6. Unsere Informationsarbeit auch über den Welthandel muß stärker als bisher auf die macht- und interessenpolitischen Hintergründe hinweisen. So müssen die „ordnungspolitischen" Bedenken der Bundesregierung (daß man nicht in die „freie" Weltmarktwirtschaft eingreifen dürfe) als das entlarvt werden, was sie sind: Argumente zur Verteidigung der Bewegungs- und Gewinnfreiheit des Kapitalismus. Der Welthandel muß als ein Aktionsfeld der internationalen Machtpolitik des Kapitalismus (also dessen, was viele den Imperialismus nennen) dargestellt werden. Hinter all den komplizierten Sachverhalten und Lösungsvorschlägen steht der ganz einfache **Grundkonflikt zwischen den Interessen des „privaten" Kapitals der Industrieländer und den Interessen der Völker** der Dritten wie auch der Ersten Welt. Nicht um die Reform ungerechter Welthandelsstrukturen kann es gehen, sondern um die Abwehr, das Zurückdrängen und schließliche Überwinden des Imperialismus, der historischen wie gegenwärtigen Ursache von Ungerechtigkeit und Unterentwicklung. Sofern wir UNCTAD und ähnliche Konferenzen zum Anlaß für solche **politische Aufklärung** nehmen, sind unctad-Kampagnen sinnvoll; allerdings werden sie dann wohl kaum noch öffentliche und kirchliche Gelder bekommen. Als Verbreitung der oben skizzierten Illusionen sind sie nicht nur zu Erfolglosigkeit und Enttäuschung verdammt, sondern sogar irreführend und schädlich.

7. Dritte-Welt-Aktionsgruppen, die etwas für die Menschen der Entwicklungsländer tun wollen, sollten ihre Energien gezielter einsetzen und zwar zur **Unterstützung derjenigen Befreiungsbewegungen und -regierungen** in der Dritten Welt, die in dem weltweiten Kampf zwischen Imperialismus und den Völkern auf der richtigen Seite, **der Seite ihres Volkes stehen.** Davon gibt es immer mehr und sie alle brauchen Unterstützung. (Vgl. E. Meueler: Unterentwicklung, Bd. 1, S. 418-420). Um diese Parteinahme – nicht nur zugunsten „der Dritten Welt", sondern weitergehend gegen den Imperialismus – werden wir nicht herumkommen.

Gerhard Breidenstein

ORGANISATIONEN

KBW–ZK RECHTFERTIGT PUTSCH DER KSA–MINDERHEIT

Wie wir schon in Nr. 54 berichtet haben, hat am 27. Mai die Fraktion des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW im Komitee Südliches Afrika Heidelberg (KSA/HD) – 5 von ca. 20 Mitgliedern des KSA – die Mehrheit für ausgeschlossen erklärt und in der Nacht vom 28./29. Mai das gesamte Archiv-, Büro- und Literaturmaterial aus dem Komiteeraum geklaut. Der KBW weigert sich bis heute, Spendengelder, Postfachschlüssel und die geklauten Sachen wieder herauszurücken. Vorausgegangen war diesem Schritt eine lange Auseinandersetzung, die sich um die Einschätzung der Situation in Angola und die Rolle der UdSSR im südlichen Afrika drehte und in der sich die KBW-Fraktion mit ihren Einschätzungen nicht durchsetzen konnte. Wir haben im letzten Heft die Stellungnahmen beider Fraktionen abgedruckt und zur Unterstützung der Mehrheitsfraktion des KSA aufgerufen (siehe unten nochmals neue Adresse und Konto). Inzwischen haben die KBW-Ortsleitung (KBW-OL) in Heidelberg und das ZK des KBW den Putsch der KBW-Minderheit im KSA gerechtfertigt.
Die *OL* schreibt in der *„Arbeiterzeitung"* (Ortsbeilage der „Kommunistischen Volkszeitung") vom 10. 6. 76, daß die KSA-Mehrheit das Statut des Komitees verlassen habe („. . . den Befreiungskampf der afrikanischen Völker für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, so wie ihn diese Völker führen, zu unterstützen."), weil sie das Eingreifen der UdSSR in Angola „bemäntelt", ja sogar „gerechtfertigt" und sich damit „auf die Seite des Imperialismus" geschlagen hätte. Begründet wird diese Behauptung mit einigen Zitaten aus der „Afrika-Zeitung" (Organ des KSA), in denen die Unterstützung der UdSSR für die MPLA als Unterstützung für den Befreiungskampf des angolanischen Volkes bezeichnet wurde. Verschwiegen wird dabei vom KBW, daß auch die Mehrheitsfraktion davon ausging, daß das Ziel der UdSSR dabei nicht war, „den Völkern im Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit zu helfen, sondern den Platz der alten Herren durch raffinierte Methoden zu übernehmen." Allerdings hielt die KSA-Mehrheit die von der MPLA unterstützte Volksmacht in Angola für ausreichend stark, auch der drohenden Abhängigkeit durch die UdSSR und Kuba entgegenzutreten. Auf das undemokratische Vorgehen der Minderheitsfraktion, Hauptangriffspunkt der KSA-Mehrheit und aller sich mit ihr solidarisierenden Gruppen, geht die OL nicht ein, es darf also von ihrem Einverständnis damit ausgegangen werden.
Noch einen Schritt weiter geht das *ZK des KBW* in einem Artikel in dem theoretischen Organ „Kommunismus und Klassenkampf" (KuK) vom Juni 76 (Editorial). Sie bezieht sich in ihrer Kritik an der KSA-Mehrheit auf ein Zitat aus der „Afrika-Zeitung" vom Mai 76: „Der Sieg des angolanischen Volkes unter Führung der MPLA wäre sicher nicht so schnell erreicht worden, wenn die Sowjetunion und Kuba nicht massive Unterstützung geleistet hätten. Es darf dennoch nicht übersehen werden, daß ohne die Unterstützung des Volkes der Sieg auch mit den besten Waffen nicht zu erringen gewesen wäre. „Das KBW-ZK dreht diesen Satz böswillig um: Die KSA-Mehrheit betrachte das Volks als „Dreingabe", die Sozialimperialisten als „Helden der angeblichen Befreiung". Diese Verdrehung ist deshalb bösartig, weil die KSA-Mehrheit eindeutig die Machtinteressen der UdSSR als Grund für ihre Einmischung ansieht und diese Einmischung der UdSSR als langfristige Gefahr für die Unabhängigkeit

Angolas bezeichnet. Begleitet wird die unverschämte Zitierweise im KuK von üblen Beschimpfungen: Als „Pfaffen der Solidaritätsbewegung", „Leute, die den Völkern nichts zutrauen", „Revisionisten", „ideologischer Sumpf", „bürgerliche Kräfte, die, den Kopf voller neokolonialistischer Ideen, die zukünftigen Agenten der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber den siegreichen Befreiungsbewegungen darstellen werden" bezeichnet der KBW die KSA-Mehrheit und damit logischerweise auch den überwiegenden Teil der Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden Völkern im südlichen Afrika. Selbstverständlich seien diese Leute für die Spaltung des KSA verantwortlich, einziger Fehler der KBW-Fraktion sei ihre langdauernde „defensive" Haltung gewesen und ihr Versuch, „mit der feindlichen Weltanschauung" ein „Auskommen" zu suchen. Das hätte dazu geführt, daß die KBW-Fraktion mit dem „Rücken zur Wand" gestanden habe: „sich entweder vollständig unterwerfen müssen oder aus der Isolierung heraus einen Befreiungsschlag führen müssen." (Wobei letzteres selbstverständlich richtiger ist!)
Wer hier die Solidaritätsbewegung spaltet und sich isoliert, erscheint klar: Die völlige Distanzierung des KBW von allen Afrika-Gruppen, die seine Angola-Einschätzung nicht teilen, ist nicht nur logisch aus dem Artikel ableitbar, sie steht auch beinahe wörtlich drin: „Es gibt jetzt welche, die dem KBW den Komromiß aufdrängen wollen, damit er durch ihre ehrenwerte Gemeinschaft akzeptiert wird. Das Organisationskomitee der Afrika-Gruppen wie der KB(Nord) machen dies zur Bedingung künftiger Aktionseinheiten. Sie werden auf ihrer Ware sitzen bleiben." Hat hier der KBW die Vorwärtsverteidigung gegen die breite Unterstützung für die KSA-Mehrheit (zu den obigen zusätzlich zB mehrere Heidelberger antiimperialistische Gruppen) angetreten?

Welches sind die Grundlagen für dieses Verhalten des KBW?

Der Putsch der KBW-Fraktion im KSA/HD und seine Rechtfertigung durch OL und ZK sind kein Zufall. Sie finden ihre Begründung in verschiedenen Richtlinien des ZK für die Arbeit der KBW-Fraktionen in den Komitees (es wird im folgenden aus den „Dokumenten des ZK des KBW, 4. 5. 1974–19. 1. 1975", S. 15–17 und 42–47, erhältlich an KBW/KHG-Büchertischen, zitiert).

1. Nach den Vorstellungen des ZK sollen die Fraktionen „den festen, führenden Kern in den Komitees bilden und sich als führende Kraft in den Komitees bewähren" (S. 16/17). Solche Richtlinien sind für alle Mitglieder des KBW (oder einer seiner „Massenorganisationen") verbindlich, da der KBW eine zentralistische Organisation ist. In den „Richtlinien" steht nun zwar noch dabei, daß dieses Führungs-Bestreben durch politische Überzeugungsarbeit und vorbildliche Tätigkeit zu verwirklichen ist. Wenn es jedoch trotz des Einsatzes der Fraktionsmitglieder nicht gelingt, in den Komitees die eigenen Ansichten zur Mehrheitsmeinung zu machen und damit die politische Führung den KBW-lern entgleitet, geht es offenbar auch anders: So in Heidelberg, wo die Okkupierung der KSA-Führung nicht mehr im Meinungs-, sondern im Machtkampf durchgesetzt wurde. Die logische Konsequenz ist erschreckend: Wenn in irgendeinem (nicht nur einem antiimperialistischen) Komitee die KBW-Fraktion sich nicht mehr durchsetzen kann, droht der (andersmeinenden) Mehrheit nicht nur ein formaler Ausschluß, sondern auch der Diebstahl aller Unterlagen, Materialien und Gelder.

Denn das hat der KBW ja ausreichend deutlich gesagt: „Eine konsequente antiimperialistische Linie ist niemals eine Frage von Minderheits- oder Mehrheitsentscheidungen" (Flugblatt der KSA-Minderheitsfraktion), an „Argumenten" für die Schädlichkeit einer Mehrheits-Linie wird es gegebenenfalls nicht fehlen und die richtigen Einschätzungen hat fraglos der KBW!

Die Komitees sollten ihre KBW-Fraktionen dazu befragen!

2. Die (verbindliche) Anleitung der Fraktionsmitglieder erfolgt zentral: Auf nationaler Ebene „wird die Tätigkeit der Fraktionen (die geheim tagen müssen, d. Verf.) durch einen Fraktionsleiter koordiniert, der durch das ZK eingesetzt wird und der im Auftrag des ZK und unter Anleitung durch das ZK tätig ist." (S. 17) Zur Aufrechterhaltung der zentralistischen Steuerung ist ein umfängliches Berichtswesen aufgebaut: „Alle Briefe und Berichte laufen über die Ortsleitungen und das ZK. Sie werden deshalb grundsätzlich in dreifacher Ausfertigung hergestellt. Ein Exemplar für die Ortsleitung, ein Exemplar für das ZK, ein Exemplar für die zentrale Fraktionsleitung bzw. umgekehrt für die Fraktion." (S. 47) Für die Komitees hat diese strikte Kontrolle und Verpflichtung zur Konsequenz, daß die Mitglieder ihrer KBW-Fraktionen sich stets stärker an Entscheidungen des KBW als an die des Komitees gebunden fühlen. Dadurch werden die Fraktionen gezwungenermaßen bei starkem Abweichen der Komitee-Ansichten von KBW-Ansichten sich abspalten oder das Komitee durch Putsch übernehmen müssen. Ein Abweichen von „zentralen" Einschätzungen könnte den Ausschluß aus dem KBW bedeuten.

Wie geht es in Heidelberg weiter?

Die KSA-Mehrheit arbeitet als KSA weiter. Das undemokratische Vorgehen der KBW-Minderheit kann nur durch die Isolation der Minderheit bekämpft werden, die weiterhin den Namen KSA führt und die Verfügung über die alte Postadresse und die Konten hat. Es ist notwendig, nur mit dem aus der Mehrheit der Mitglieder gebildeten Komitee zusammenzuarbeiten und bei Post und Überweisungen auf die Angaben unten im Kasten zu achten.
Das Vorgehen der KBW-Minderheit und seine offizielle Absegnung durch das ZK des KBW müssen in den antiimperialistischen Gruppen und innerhalb der Linken bekanntgemacht werden, um die Rückgabe des geklauten Materials zu erzwingen und um ähnliche Putsche in Zukunft verhindern zu helfen.

bm

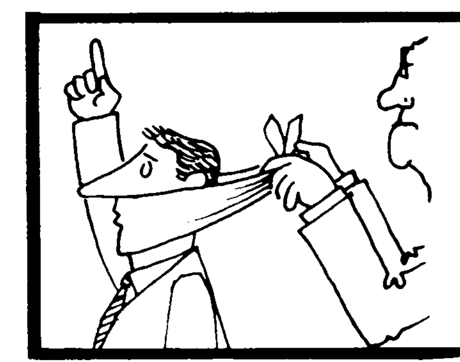
Neue Adresse des KSA-Heidelberg:
Postfach 10 34 05, 69 Heidelberg, Tel. 06221/13415
und 0621/444472,
Konto: Volksbank Heidelberg Nr. 20229918 (B. Kalkum)
(B. Kalkum)

Während der Fertigstellung dieses Artikels erreichte uns die Nachricht, daß der *KBW auch im KSA Hannover geputscht* hat! Begonnen hatte die Sache auch dort mit Streitereien über die Einschätzung der Lage in Angola, dann war ein KBWler (von zweien) ausgeschlossen worden, weil er auf Veranstaltungen ständig seine persönlichen Ansichten als KSA-Ansichten verbreitete und nun haben 2(!) KBWler die restlichen KSA-Mitglieder (14) für ausgeschlossen erklärt.
Auch dort ist die bisherige Kontaktadresse ein KBWler und das Konto in Händen der Fraktion.
Vorläufige neue Kontaktadresse des KSA Hannover:
Ulrike Schulz, Ferdinand Walbrecht-Str. 20, 3000
3000 Hannover, Tel. 0511/627204
Eine neue Kontonummer gibt es noch nicht, also vorläufig bitte keine Überweisungen auf die alte Kontonummer des KSA-Hannover!

b. w. →

Beschlüsse des Organisationskomitees der antiimperialistischen Afrika-Gruppen vom 30. 5. 76:

1. Das OK erkennt die ‚Mehrheitsfraktion' als KSA Heidelberg an und sieht in ihm den stimmberechtigten OK-Mitarbeiter.
2. Das OK unterstützt die Forderung des KSA an die KBW-Fraktion (und die KBW-Ortsleitung), das geklaute Material, die Kontenverfügung und die Schlüssel sofort herauszugeben.
3. Das OK begrüßt es, wenn der KBW zu einer offiziellen Stellungnahme zu den Vorfällen beim KSA Heidelberg aufgefordert wird. Dieses Vorgehen hält das OK für legitim, weil es sich beim KSA Heidelberg um ein OK-Mitglied handelt.
4. Bei einer negativen bzw. wenn gar keine Stellungnahme durch den KBW erfolgt, lehnt das OK Aktionseinheiten mit dem KBW ab. Erst die Erfüllung der gerechtfertigten Forderungen des vom OK als KSA Heidelberg anerkannten Komitees gegenüber der KBW-Fraktion und dem KBW wird eine Revidierung dieses Beschlusses ermöglichen.



Repression in der BRD

Am 20. Oktober 1975 erhielt der Studienrat z. A. Rüdiger Quaer aus Kaiserslautern eine Vorladung von seiner Dienstbehörde in Neustadt/Weinstr.. In einem Anhörungsverfahren wurde ihm der Besuch von Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und verschiedener Komitees vorgeworfen, u. a. die Teilnahme an einer Info-Veranstaltung zu Guinea-Bissau und an einer Kundgebung gegen eine NPD-Veranstaltung zum Jahrestag des chilenischen Militärputsches, bei der die Pressereferentin der chilenischen Botschaft in Bonn sprechen sollte. Rüdiger Quaer begründete seine Teilnahme damit, daß man offen das Recht haben müsse, solche Veranstaltungen zu besuchen, ganz gleich, ob sie vom KBW getragen würden oder von einer anderen engagierten Gruppe. Die Bezirksregierung in Neustadt jedoch sieht die Sache so:

„Selbst wenn er an den ersten in Neustadt ihm vorgeworfenen Aktionen nur der Sache wegen teilgenommen hätte, so hätte er spätestens nach Kenntnis des Veranstalters von diesem deutlich abrücken müssen. Aber auch aus einer derartigen Distanzierung wäre nur eine neutrale Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu folgern, während für eine Bewährung als Beamter eine positive Haltung erforderlich ist." (Entlassungsverfügung gegen R. Quaer vom 10. 2. 76. – Entlassung ist noch nicht in Kraft, da Widerspruch eingelegt wurde.)

Quaer, der als Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und Vorsitzender der GEW-Fachgruppe Gymnasien im Bezirk Rheinhessen-Pfalz in seiner Gewerkschaft Rückhalt erhoffte und deshalb seinen Fall in die GEW-Gremien trug, sollte rasch eines besseren belehrt werden:

Die GEW hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Vorwürfe der Bezirksregierung wortwörtlich (!) aufzugreifen, wobei sie auf den *Inhalt* der Veranstaltungen, die Rüdiger Quaer zum Vorwurf gemacht werden, in keiner Weise einging. Dies ist verständlich, denn wem könnte es einleuchten, daß die Gewerkschaft sich *nicht* gegen Zustände, wie sie in Chile herrschen (Verbot der Gewerkschaften, Verfolgung der Linken), wenden sollte?

Der Ausschlußantrag aus der GEW wurde am 28. 5. 76 vom Landesvorstand Rheinland-Pfalz gestellt. Am 19. 6. 76 bereits wurde der Ausschluß dann vom Hauptvorstand vollzogen (Ort: Sheraton-Hotel München), ohne daß der Nachweis gewerkschaftsschädigenden Verhaltens und der Mitgliedschaft im KBW hätte erbracht werden können, und obwohl viele GEW-Gremien, besonders die, in denen Rüdiger Quaer selbst mitarbeitete, gegen seinen drohenden Ausschluß Protestresolutionen an den Hauptvorstand gerichtet hatten (Fachgruppe Gymnasien Rheinhessen-Pfalz, Fachgruppe Gymnasien Kaiserslautern, Fachgruppe Gesamtschule Kaiserslautern, AjLE Kaiserslautern, Kreisvorstand Kaiserslautern, AjLE Mainz-Bingen, Fachgruppe Gymnasien Mainz-Bingen, Fachgruppe Gymnasien Ludwigshafen, Fachgruppe Gymnasien Koblenz).

Grundlage dieses Ausschlusses sind die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB, wonach alle Mitglieder von Kommunistischen Organisationen links von der DKP nicht der Gewerkschaft angehören dürfen.

Der Hauptvorstand der GEW sah sich nicht genötigt oder in der Lage, auf die ausführliche Begründung der Protestresolutionen einzugehen, nein, Landesvorsitzender Knops (Rheinland-Pfalz) konnte offensichtlich nur noch drohen: „wolle man konsequent sein, müsse man auch gegen diejenigen vorgehen, die Bestrebungen unterstützen, auf legalem Wege die Ausschlüsse von Walla/Walla [zwei andere Ausgeschlossene] rückgängig zu machen, den Ausschlußantrag gegen Quaer abzulehnen, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB aufzuheben."

Damit bewahrheitete sich eine später als „Versprecher" verharmloste Drohung des GEW-Landesvorstandes Rheinland-Pfalz:

„Wenn auch kein Junktim zwischen den Ermittlungen des Verfassungsschutzes und dem Ausschluß aus der GEW hergestellt werden kann, muß doch die Gewerkschaft im Interesse ihrer übrigen Mitglieder und um einer Unterwanderung vorzubeugen strenger vorgehen als der Staat." (Landesvorstandsprotokoll vom 17. 12. 75)

N. N.

Weitere Informationen zum Fall Rüdiger Quaer (2 Dokumentationen) zu beziehen über die Redaktion des iz-3-w.

Argentinien:

FREIHEIT FÜR KLAUS ZIESCHANK FORDERN!

FREIHEIT FÜR KLAUS ZIESCHANK

Wie im iz 54 schon berichtet, wurde der deutsche Student Klaus Zieschank am 26. März in Argentinien verhaftet. Seitdem hat man nichts mehr von ihm gehört. Inzwischen wird vermutet, daß er von dem argentinischen Geheimdienst SIDE gefangengehalten wird. Die Französin Jaroslavsky, die in Argentinien ebenfalls verhaftet, gefoltert und dann auf Drängen der französischen Regierung freigelassen wurde, soll Klaus Zieschank Anfang Mai gesehen haben. Sie war mit Zieschank und mehreren anderen Gefangenen in einem Raum eingesperrt. Die Französin vermutet, daß Zieschank als erster von einer Erschießung bedroht ist, da er als einziger der Gefangenen keine Augenbinde hatte und somit sein Gefängnis sehen konnte. Es gehört auch zu der Praxis des argentinischen Militärs, als Vergeltung für Morde, denen ihre eigenen Leute zum Opfer fallen, mehrere politische Gefangene zu erschießen.

Mittlerweile ist der Fall Zieschank in der BRD bekanntgeworden und mehrere Organisationen, vor allem Amnesty International, und sogar Abgeordnete haben sich für die Freilassung Zieschanks eingesetzt.
Die ESG (Evangelische Studentengemeinde) hat einen Hungerstreik in Bonn vor der argentinischen Botschaft durchgeführt.
Schließlich hat auch Bundeskanzler Schmidt Präsident Videla um Auskunft im Falle Zieschanks gebeten. Bis jetzt haben die argentinischen Behörden immer behauptet, nichts von dem Fall zu wissen.
Die Verhaftung bedeutet eine echte Lebensgefahr für Klaus Zieschank. Aufgrund intensiver internationaler Solidarität sind in mehreren anderen Fällen politische Gefangene freigelassen worden, was für die Wichtigkeit der Solidarisierung auch in diesem Fall spricht.

Unterstützt die Kampagne für die Freilassung von Klaus Zieschank, klebt den nebenstehenden Text mit Unterschrift auf eine Postkarte und schickt sie an Präsident Videla, oder schreibt an

Herrn Bundesminister des Auswärtigen
Hans Dietrich Genscher
Auswärtiges Amt
Adenauerallee 101
5300 Bonn
(siehe auch die Chronik zu Argentinien)



Hinweis

„Kuba-Politik, Wirtschaft, Außenbeziehungen 1959-1975", herausgegeben von Wolfgang Grenz; Institut für Iberoamerika-Kunde, 1975, 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21; 253 S., 20,00 DM
(Sonderausgabe im Rahmen der Reihe „Aktueller Informationsdienst Lateinamerika)

Ein wichtiger Beitrag zum großen Informations-Nachholbedarf über den inneren Entwicklungsprozeß der Sozialistischen Republik Kuba.
Die Dokumentation ist Teil der wieder zaghaft auflebenden Auseinandersetzung mit der Entwicklung Kubas. Erst seit der Aufhebung des Wirtschaftsembargos (30.7.75), einem Embargo, dem sich die bundesrepublikanische Presse mit einem Informationsstop bezüglich Kuba angeschlossen hatte, ist eine solche Dokumentation wieder denkbar geworden.

Die vorliegende Arbeit ermöglicht eine intensivere Beschäftigung mit der über ein Jahrzehnt verschwiegenen Republik Kuba in der BRD. Enthalten in dieser inhaltsreichen Broschüre sind u.a.:
1.) Zwei Textbeiträge (Wolfgang Grenz und Rogelio Villegas
2.) Eine 150-seitige internationale Pressedokumentation
3.) Eine Auswahlbibliographie
4.) Basisdaten zu Kuba
5.) Ein Institutionenverzeichnis.





POSTKARTE





Al Senor Presidente
de la Republica Argentina
Tte. General Jorge Rafael Videla

Casa Rosada
Buenos Aires

De acuerdo a informaciones de la prensa alemana me he enterado de la detencion de los ciudadanos alemanes KLAUS MANFRED ZIESCHANK y PETER FALK por parte de la Policia argentina.
Tambien por informaciones aparecidas en la prensa (FRANKFURTER RUNDSCHAU del 25.5.76) he tomado conocimiento de que KLAUS ZIESCHANK se encuentra en manos de una unidad especial de la Secretaria de Inteligencia del Estado (SIDE), habiendo sido torturado.
KLAUS MANFRED ZIESCHANK viajo a Argentina solamente por 4 semanas para visitar a su madre que reside en ese pais. Dos semanas despues de su llegada fue detenido. Resultan para mi inexplicables los motivos de su desaparicion, y la tortura a la que ha sido sometido.
Es por eso que por la presente, exijo sea respetada la vida de KLAUS ZIESCHANK y de PETER FALK, y les sea posible retornar a Alemania en perfecto estado de salud fisica y mental.
En este sentido solicito a Ud. tenga a bien interceder en el caso, y desde ya le agradezco las informaciones que Ud. me pueda proporcionar sobre el particular.



Die Informationsgruppe Lateinamerika sucht dringend Informationen zu Mittelamerika, Karibik und nördliches Südamerika. Besonders wichtig sind: Peru-Cuba-Equador-dominik. Republik-Haiti-Kolumbien.
Diese Informationen sollten sich auf die Innenpolitik beziehen.

Infogruppe Lateinamerika
ai-Büro Eythstraße 17
7900 Ulm/Donau

Suche (für Dissertation) Erfahrungsberichte von 3.Welt-Gruppen über Öffentlichkeitsaktionen: Zielgruppe(n), Vermittlungsebenen, Verbindung zum Erfahrungsbereich der Zielgruppen, Vermittlungstechniken/Medien, positive/negative Erfahrungen, etc.

Freddy Holzbrecher
Helenenstraße 18
5300 Bonn – Beuel
Telefon 02221 464205

Wer hat Reiseerfahrung in Westafrika, in dem Gebiet zwischen den Staaten Senegal und Kamerun? Wir benötigen für eine 6monatige Reise Informationen über öffentliche Verkehrsmittel, Besonderheiten der Länder, Unterkünfte, Preise, politische Situation, ...

Peter Tobiassen, Anke Grabhorn
Parkstraße 78
2800 Bremen 1
Telefon (0421) 34 25 32

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, Berichte und Dokumente von und über die linke Opposition und den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder abzudrucken.

INFO 15/16 (April 76): Der „Fall" des politischen Gefangenen L. Pljuschtsch (UdSSR): Briefe, Interviews, Dokumentation./ Wissenschaftl. Arbeitsorganisation in der DDR (Teil 2). / Frankreichs KP zwischen Rom + Moskau./ Westeuropäische Linke und d. Opposition in der UdSSR./ Rezension (W. Biermann) u.a. , 48 S. DM 3,00

INFO 17/18 (Juli 76): Diskussion des Buches von W. Harich (DDR) „Kommunismus ohne Wachstum": Ordnungsutopie vs. Freiheitsutopie?/ Polit. Verfolgung von Anarchisten in Bulgarien./ Polen: Opposition poln. Intellektueller. / DDR: Zum Auftrittsverbot einer Beat-Gruppe. –

blätter des iz3w

Abonnierzettel

Ich abonniere die „blätter des iz3w"

☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres

☐ ab der letzten erschienenen Nummer

☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200,00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin . . . .
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr.

Ich bitte um Nachlieferung – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐ 1972 (Nr. 15 – 20 DM 11,25)

☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)

☐ 1974 (Nr. 31 – 40 DM 18,00)

☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,– / Schüler etc. DM 18,–)

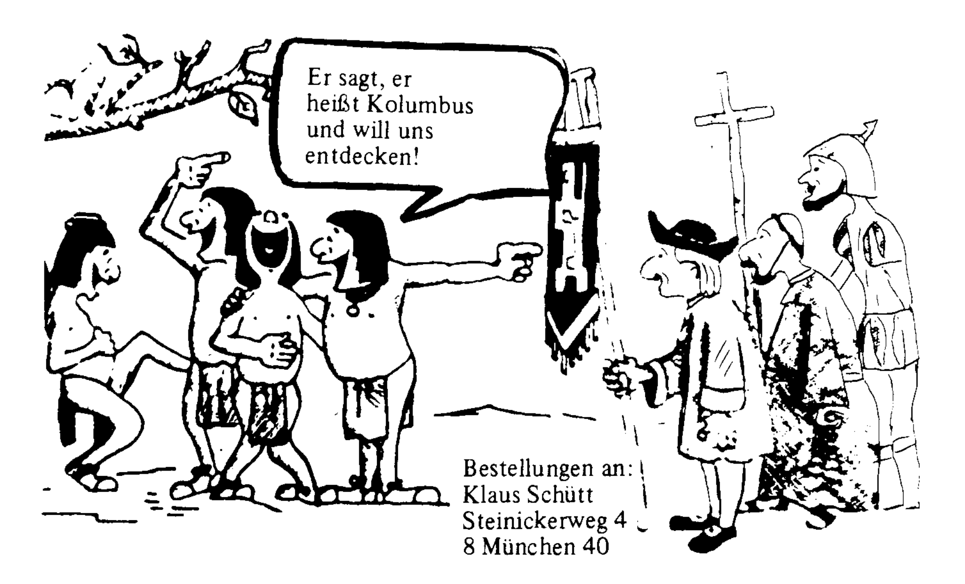
Absender

Die folgenden Angaben benötigen wir nur für statistische Zwecke; die Bestellung wird auch ohne sie ausgeführt.

Beruf: . . . .

Geburtsjahrgang: . . . .





Er sagt, er heißt Kolumbus und will uns entdecken!

BÜCHER ÜBER CHINA



Peter Kuntze
CHINA DIE KONKRETE UTOPIE
(rororo Sachbuch 6890/DM 5,80). Peter Kuntze mißt Chinas Sozialismus an den Kriterien des Sozialismus selbst. Er nimmt Partei für den chinesischen Versuch, der Selbstverwirklichung des Menschen näherzukommen, verzichtet aber nicht auf kritische Distanz bei der Beschreibung, wieweit es gelungen ist, die Teilung zwischen Handarbeit und Kopfarbeit aufzuheben, die Unterschiede zwischen Stadt und Land einzuebnen und das Aufkommen einer neuen Klasse zu verhindern.

Chang Sin-Ren
ALS CHINESE NACH CHINA
Wiedersehen nach 25 Jahren (rororo 1981/DM 3,80). Diese Erinnerungen, Begegnungen und Gespräche bilden ein ungewöhnliches Tagebuch, das ein verläßliches Bild des chinesischen Alltags damals und heute vermittelt.

Alain Peyrefitte
WENN SICH CHINA ERHEBT
(rororo Sachbuch 6975/DM 9,80). Das Erwachen Chinas hat die Welt erschüttert. Die chinesische Revolution ist der radikalste Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen und den Menschen selbst zu ändern: Alain Peyrefitte hat ein China-Buch geschrieben, das an Anschaulichkeit, Kenntnisreichtum und Ausgewogenheit seinesgleichen sucht.

Mao Tse-tung
Das machen wir anders als Moskau!
Kritik an der sowjetischen Politökonomie. Hg. von Helmut Martin (rororo aktuell 1940/DM 5,80).
Theorie des Guerilla-Krieges oder Strategie der Dritten Welt (rororo 886/DM 3,80).

Zhongxia, Deng
Anfänge derchinesischen Arbeiterbewegung 1919 – 1926. Hg. von Werner Meißner u. Günther Schulz (rororo aktuell 1766/DM 5,80).

Baumberger, Elo und Jürg
Beethoven kritisieren! Konfuzius verurteilen. Was geschah in China 1973/74 (rororo aktuell 1882/ DM 4,80).

Deleyne, Jan
Die chinesische Wirtschaftsrevolution. Eine Analyse der sozialistischen Wirtschaft Pekings (rororo aktuell 1550/ DM 5,80).